DOSSIER:
Bundesverfassungsgericht 1 BR 7/13

von: Dr. jur. Stefan G. E. Grossmann

30. Oktober 2014

Inhaltsübersicht:

Es gelten die durchlaufenden Seitenzahlen oben rechts.

EINFÜHRUNG:

Hinweis: Ich war an dem nachfolgend beschriebenen und kommentierten Gerichtsverfahren als Beschwerdeführer beteiligt. Ich verfolge meine ideellen Interessen hieran weiter.

Zusammenfassung:

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat Anfang 2013 in der Sache 1 BR 7/13 (dies ist das letzte von mehreren vergebenen Aktenzeichen) eine Verfassungsbeschwerde wegen der Verletzung eines Grundrechts oder grundrechtsgleichen Rechts ohne Begründung abgewiesen. Die meisten Verfassungsbeschwerden werden heute so abgewiesen.

Mein Kommentar:

Der Fall hat Bezüge zum Euro-Rettungsschirm, sowie zur Massenklage der Gauweiler-Gruppe, die im Wesentlichen ebenfalls abgewiesen wurde. Meine Begründung ist allerdings erheblich drastischer und ausführlicher, was die verborgene Kontrollstruktur angeht. Ich habe unter anderem detailliert und substantiiert genetischen Beweis dafür angeboten, dass Angela Merkel die biologische Tochter von Adolf Hitler ist (der ersichtlich keinen Selbstmord beging), und dass sie eine Sabotageagentin parallel zu ihrem Vater Adolf Hitler vor etlichen Jahrzehnten ist.

Man muss sich einlesen, um zu verstehen, dass das Bundesverfassungsgericht, das oberste deutsche Gericht, machtlos ist gegen diese Verwerfungen. Mein Ziel war es, genau dies glasklar zu dokumentieren. Ich mache den Richterinnen und Richtern keinen Vorwurf. Es wird historisch sehr ausführlich, wenn auch nicht gleich am Anfang.

Die juristischen Details entstammen zum Teil wenig bekannten Bereichen an der Nahtstelle zwischen Steuerrecht, Vollstreckungsrecht, Grundrechten und dem Widerstandsrecht des Grundgesetzes. Die Argumentation ist mit historischen Belegen der weiterbestehenden Nazi-Kontrollstruktur Deutschlands verwoben, die heute in der Metamorphose als „Euro-Krise" firmiert, die offenbar kein Ende nehmen will.

Zunächst, zur Orientierung:

Der Gang aller meiner Verfahren:

Das Verfahren hat eine längere Vorgeschichte mit dem Finanzamt Hanau. Ich bin Steuer-verweigerer und verweigere die Kooperation mit dem Finanzamt. Ich gebe z.B. keine Steuer-erklärungen mehr ab.

18. Februar 2011

Das Finanzamt Hanau forderte mich auf, meine Einkommensteuererklärung 2009 abzu-geben, mit Frist bis 15.3.2011.

15. März 2011

Ich reichte beim Finanzamt einen 35seitigen Schriftsatz nebst umfangreichen Anlagen ein, in dem ich die Abgabe der Steuererklärung verweigert habe. Ich bin deutscher Staatsbürger. Ich habe mich in meinem Schriftsatz auf das Widerstandsrechts in Artikel 20 Abs. 4 GG berufen und dies eingehend mit dem Verhalten des Bundesregierung in der sogenannten Eurokrise begründet. In diesem Schriftsatz werden (i) der zugrunddeliegende Sachverhalt, sowie (ii) die Rechtslage erläutert. Darauf komme ich weiter unten zurück.

4. Juli 2012, kurz nach 12 Uhr mittags

An meiner Haustür klingelte ein Mitarbeiter der Vollstreckungsstelle des Finanzamts Hanau. Er wollte eine Zwangsgeldforderung von € 170 (Nichtabgabe meiner Einkommensteuererklä- rung 2010) sowie € 20 an Kosten haben. Ich habe ihm mitgeteilt, dass er meine Wohnung nicht betreten darf. Der Zwangsgeldbescheid des Finanzamts vom 26.1.2012 war bestands- kräftig; darum geht es hier nicht.

30. August 2012

Ich bekam mit der Post ein Schreiben des Amtsgerichts Hanau, Vollstreckungsabteilung (Schreiben vom 24.8.2012, Az.: 81 M 5810/12). Ich erhielt Gelegenheit zur Stellungnahme binnen 10 Tagen.

In der Anlage zu dem Schreiben lag die Kopie eines Antrags des Finanzamts Hanau auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses nach § 287 AO i.V.m. Artikel 13 Abs. 2 GG. Es ging nun um die rechtskräftige Zwangsgeldfestzung nebst Kosten i.H.v. € 193,45, die das Finanzamt bei mir zuhause vollstrecken wollte. Dazu brauchte das Finanzamt von Rechts wegen die vorherige Zustimmung des zuständigen Amtsgerichts.

30. August 2012

Ich reichte unter dem Az. einen Schriftsatz an das Amtsgericht Hanau ein mit dem Antrag, den Antrag des Finanzamts abzuweisen. Der Grossteil bestand aus Anlagen, nämlich aus der Vorkorrespondenz mit dem Finanzamt und aus einer vollständigen Kopie meines Verweigerungsschriftsatzes an das Finanzamt vom 15.3.2011. Ich habe darauf jeweils genau bezug genommen.

12. September 2012

Ich habe einen zweiten Schriftsatz an das Amtsgericht Hanau eingereicht, in dem ich Stellung genommen habe zu dem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom gleichen Tage über den Euro-Rettungsschirm (Zweiter Senat, Az. 2 BvR 1390/12). Auch darauf werde ich nachher zurückkommen.

17. September 2012

Ich habe einen dritten Schriftsatz an das Amtsgericht Hanau eingereicht, in dem ich hingewiesen habe auf einen Artikel im „Spiegel“, Ausgabe 38/2012, S. 32 f. Darin ging es im Zusammenhang mit dem Euro-Rettungsschirm um das Thema „uferlos haften“. Auch darauf werde ich nachher zurückkommen.

23. September 2012

Ich habe einen vierten Schriftsatz an das Amtsgericht Hanau eingereicht, in dem ich zur Aktualisierung meines Sachvortrags eine Zusammenfassung aus der Tagesberichterstattung vorgelegt habe. Bereits zu dem Zeitpunkt war festzustellen, dass die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts 2 BvR 1390/12 verletzt werden. Auch darauf werde ich nachher zurückkommen.

2. Oktober 2012

Ich habe einen fünften Schriftsatz an das Amtsgericht Hanau eingereicht, in dem ich eine Entwicklungsübersicht bis 29.9.2012 vorgelegt habe. In einem Wikipedia-Artikel „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ waren weitere Verstösse gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2 BvR 1390/12 beschrieben, auf die ich bezug genommen habe.

9. Oktober 2012, mir zugegangen am 12. Oktober 2012

Das Amtsgericht Hanau gab dem Vollstreckungsantrag des Finanzamt statt. Auf meine ausführlichen Darlegungen hat es kurz erwidert im Sinne, das sei „rechtlich unzutreffend“ und stehe mit dem Verfahren in keinem Zusammenhang.

12. Oktober 2012, mit Nachtrag vom 23. Oktober 2012

Ich habe fristwahrend Beschwerde gegen den Beschluss des Amtsgericht Hanau vom 9.10.2013 an das Amtsgericht Hanau eingereicht.

6

13. November 2012

Das Amtsgericht Hanau erliess einen Nichtabhilfebeschluss und reichte die Akte an das übergeordnete Landgericht Hanau weiter.

19. November 2012:

Das Landgericht Hanau (Az.: 8 T 114/12) wies meine Beschwerde aus inhaltlichen Gründen zurück, verbunden mit dem Hinweis, dass alle Formalien (Form und Fristen) in Ordnung waren. Dies war im normalen Rechtsgang die endgültige Entscheidung. Als einzige Möglich-keit verblieb noch die Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht.

27. November 2012, zugestellt am 28. November 2011 (DHL Sendungsverfolgung):

Ich reichte meine umfangreiche Verfassungsbechwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Mein Schriftsatz bestand aus zwei Bänden, Band 1: 12 Seiten, Band 2: 166 Seiten. Darin waren: mein Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Amtsgericht Hanau, meine Begründung, meine genauen Bezugnahmen auf alle bisherigen Informationen in Form von Anlagen.

3. Dezember 2012 bis 7. Januar 2013:

Es gab Schriftverkehr mit der Verwaltung des Bundesverfassungsgericht. Das Az. wurde geändert; ein Ministerialrat (der keine Richter ist) hat gemeint, die Sache müsse den Richter gar nicht vorgelegt werden. Hätte es formale Mängel (Form & Frist) gegeben, wäre meine Verfassungsbeschwerde hier ausgesiebt worden, was jedoch nicht der Fall war. Schliesslich wurde Einigkeit erzielt, dass die Sache den Richtern vorgelegt wird.

15. Januar 2013, mir zugegangen 23. Januar 2013:

Ein richterliches Spruchgremium, nämlich: Vizepräsident Kirchhof, Richter Eichberger, und Richterin Britz, wies „einstimmig“ (wörtlich) meine Verfassungsbeschwerde ohne Begrün-dung zurück, d.h., meine Verfassungsbeschwerde wurde „nicht zur Entscheidung angenom-men“ (§§ 93b, 93a, 93d BVerfGG). Damit war die Sache rechtlich vorbei und unanfechtbar.

Zur krassen inhaltlichen Unrichtigkeit:

1. In der vorliegenden seltenen Fallkonstellation kommen gleich mehrere komplexe Rechtsfragen wie in einem Knoten zusammen. Das möchte ich nach und nach schrittweise erläutern, ähnlich wie ich das in meinen Schriftsätzen getan habe, hier allerdings zum allgemeinen Verständnis an Nicht-Juristen gerichtet. Nach dem Vorausgeschickten steht zunächst einwandfrei fest, dass das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidungsmöglich- keit hatte, sich entweder für oder gegen meine Verfassungsbeschwerde zu entscheiden. Das höchste deutsche Gericht war durch nichts gezwungen, meine Verfassungsbeschwerde unerledigt wegzulegen. Verfahrensrechtlich hätte das Gericht sehr wohl meine Verfassungs-beschwerde annehmen können, anstatt sie wegzulegen. Es hätte eine öffentliche Anhörung und sogar eine Beweisaufnahme durchführen können. Auf all das hat das Bundesver-fassungsgericht ausschliesslich aus freien Stücken verzichtet.

2. Angesichts der vorgetragenen Tatsachen und der Beweisanträge hätte allerdings jede andere Verhaltensweise des Gerichts die Staatssicherheit und die Sicherheit des internatio-nalen Finanzsystems gefährdet. Darum geht es hier:

3. Zunächst geht es um politisch belanglose Einzelheiten aus dem Vollstreckungsrecht, bei einem Gegenstandswert von € 193,45. Um das später Folgende zu verstehen, muss man allerdings auch diese zunächst ganz trivialen Einzelheiten aufnehmen. Das baut sich dann erst allmählich auf den Punkt hin auf.

4. Der Punkt ist, um es vorwegzunehmen: Wenn meine Tatsachenangaben, die auf langen Recherchen beruhen, zutreffend sind, ist die Bundesregierung (nebst anderen Regierungen) eine Geldwäschemafia, die Schäden in schwindelerregender Höhe anrichtet.

5. Um auch dieses Wort vorab noch kurz zu erläutern: Was ist „Geldwäsche“? Im deutschen sog. „Geldwäschegesetz“, § 1 Abs. 4 ist umfassend definiert:

> „Transaktion im Sinne dieses Gesetzes ist jede Handlung, die eine Geldbewegung oder eine sonstigeVermögensverschiebung bezweckt oder bewirkt.“

Das heisst, das jede Geldbewegung im Prinzip zunächst eine Geldwäsche sein könnte. Was genau eine „Geldwäsche“ ist, wird in dem Gesetz nicht explizit definiert.

Das Geldwäschegesetz regelt hauptsächlich bestimmte Identifizierungs- und Sorgfaltspflich-ten. Das Gesetz heisst, umständlich, mit vollem Namen:

8

„Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)“

In diesem gesetzlichen Sinne ist „Geldwäsche“, ein Wort, das keine eigene Legaldefinition hat, eine „Transaktion mit Gewinnen aus schweren Straftaten“ (meine Definition).

„Schwere Straftaten“ könnten beispielsweise, ohne abschliessende Aufzählung, sein:

Hochverrat gegen den Bund, § 81 StGB (Abkürzung für: „Strafgesetzbuch“)

Untreue, § 266 StGB, soweit Steuergelder in €€ Billionenhöhe in Rede stehen

Diese Vorschriften kann man im Internet nachlesen. Bei § 81 StGB kommt es unter anderem auf das Tatbestandsmerkmal „Gewalt“ an. „Gewalt“ kann z.B. die Hoheitsgewalt des Finanzamts sein (hoheitliche Vollstreckungsbefugnisse). (Generell, aber hier nicht relevant, sind zu unterscheiden: „Gewalt“, „vergeistigte Gewalt“, „traditionell-moderner Gewaltbegriff“.)

Sofern es zu keiner Gewaltanwendung durch Finanzamtsvollstreckung kommt, besteht jedenfalls immer die „Drohung“ mit dieser Hoheitsgewalt. Denn freiwillig hat in der ganzen Geschichte noch kein Volk Steuern an die Regierenden bezahlt. Auch die „Drohung mit Gewalt“ ist in § 81 StGB unter Strafe gestellt, sofern die weiteren Merkmale vorliegen.

Das heisst konkret, in einer Fallgestaltung, die es in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat: Wenn eine Regierung, die Steuergelder mit Gewalt oder Drohung mit Gewalt eintreibt, um diese dann durch Geldwäsche an andere Stellen zu verschieben, dorthin, wo die Gelder nicht mehr in der Hand der Regierung sind, sondern in den Händen anderer, ohne dafür eine ausreichende gesetzliche Grundlage zu haben, und wenn dadurch die verfassungsmässige Ordnung geändert wird, kommt diese Regierung als eine Bande von Hochverrätern in Betracht.

Der Tatbestand der Untreue, § 266 StGB, wird dadurch ebenfalls erfüllt, was jedoch dane-ben nicht weiter ins Gewicht fällt.

Ist eine solche Situation vorliegend gegeben? Meine Antwort darauf ist: ja. Überdies hält der rechtswidrige Zustand bis heute als Dauerzustand an. Ich möchte dies auf der Grundlage meines Rechtsfalls mit dem Finanzamt Hanau bündig aber umfassend erläutern:

6. Meine Argumentation gegenüber dem Finanzamt Hanau, dem Amtsgericht Hanau, dem Landgericht Hanau, und dem Bundesverfassungsgericht war auf eine Vorschrift im deutschen Grundgesetz (Abkürzung: „GG“) gestützt, nämlich auf Artikel 20 Abs. 3. Diese Vorschrift ist noch nie zur Anwendung gekommen. Im Wortlaut heisst es in Artikel 20:

9

„Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Ich habe den Absatz 4 hervorgehoben gesetzt. Denn ich berufe mich auf das sog. „Widerstandsrecht“. Das Widerstandsrecht gegen Versuche, die verfassungsmässige Ordnung zu beseitigen, steht jedem deutschen Staatsbürger zu.

6.1. Ich bin, so wie achtzig Millionen andere auch, ein deutscher Staatsbürger.

6.2. Gibt es, ausser der Ausübung des Widerstandsrechts (hier: Steuerboykott) noch „andere Abhilfe“? Nein, denn Wahlen ändern nichts an dem vorhandenen Systemversagen. Dass unsere Freiheiten in den Sand gesetzt worden sind von einer korrupten und unfähigen Regierungsklasse, gleich welcher Partei, lässt sich mit Wahlen nicht mehr rückgängig machen.

6.3. Mithin ist das Widerstandsrecht gegeben. Das Widerstandsrecht ist, wie z.B. in der Amerikanischen Revolution 1776, so beschaffen, das man es sich selbst nehmen muss (ist also ein Selbsthilferecht). Eine Erlaubnis von irgendeinem Gericht oder einer Behörde ist dafür nicht vorgesehen. So ergibt es sich aus dem Grundgesetz, Artikel 20.

Das menschenrechtliche Hauptargument der Amerikanischen Revolution 1776 lautete brisant: „No taxation without representation.“ Das heisst: *Keine Besteuerung ohne Vertretung.* Ein Volk, das nicht wirksam und sinnvoll demokratisch in der Regierung vertreten wird, darf aus diesem verfestigten Grundsatz der historischen Grund- und Menschenrechte dann auch nicht besteuert werden. Das muss auch dann gelten, wenn die angebliche Volksvertretung eine blosse Fassade ist.

7. Voraussetzung des Widerstandsrechts ist, dass die Bundesregierung es unternimmt, die verfassungsmässige Ordnung zu beseitigen. Das ist vorliegend der Fall.

10

8. Konkret wird seit 2005 das Demokratieprinzip abgeschafft. Wesentlicher Bestandteil des Demokratieprinzips ist es, dass Wahlen sinnvoll sind und die Möglichkeit einer Änderung bieten.

8.1. Durch die Politik der Bundesregierung in der Eurokrise sind Wahlen derzeit nicht sinnvoll, da sie keine Möglichkeit einer Änderung bieten. Die Bundesregierung hat durch Zusagen und Verträge einen verfassungswidrigen Zustand dahingehend herbeigeführt, dass wesentliche Entscheidungen über die Verwendung der öffentlichen Gelder auf die Europäische Zentral-bank verlagert worden sind. Der neue, verfassungswidrige Zustand ist, entgegen dem Demokratieprinzip, ein partielles Diktaturprinzip. Der diktatorische Machtanteil ist schon für sich allein verfassungswidrig. Weiterhin ist er deshalb verfassungswidrig, weil er in den Händen der Zentralbank liegt, deren Führungsgremien nicht vom Volk gewählt werden. Eine solche Nebenregierung ist ein klarer, offensichtlicher, und krasser Verstoss gegen die bestehende juristische Grundordnung unseres Staates. Es kommt allerdings auf die Wachsamkeit und die Entschlusskraft der Bürger an, dies zu bekämpfen, was durch Artikel 20 Abs. 3 GG legal ist, und sogar ausdrücklich vorgesehen ist, um den Staat zu retten. Es geht darum, die Missgeburt einer Bankenregierung durch Steuerverweigerung totzuhungern. Das ist im Arbeitsrecht ja Gang und Gäbe und nennt sich dort „Streik“.

8.2. Ein grundlegendes Problem besteht zusätzlich in folgendem: Wie soll eine „Demokratie“ durch politische Parteien geführt werden, wenn die politischen Parteien in ihrer internen Struktur in keiner Weise demokratisch sind? Die CDU/CSU beispielsweise ist ein Machtblock, der wie ein totalitärer Führerstaat geführt wird. Dazu gehört auch die Verheimlichung der Tatsache, dass die wesentlichen politischen Personalentscheidungen von aussen kommen, nämlich durch die alljährlichen Bilderberger-Versammlungen, gegründet von einem Jesuiten. Die vorgespiegelte Kandidatenauswahl „innerhalb“ der Parteien ist ein Mysterium, ein geheimer Machtpoker, verborgen, verschleiert und weitab von jedweder Demokratie; innerhalb der Parteien gibt es gar keine Kandidatenauswahl, weil die Kandidatenauswahl vorgegeben wird. Diese totalitäre Struktur, die im Dienste der Hochfinanz steht, und nicht dem Volk dient, merkt man unserem Staatswesen extrem deutlich an, weshalb im Kern eine demokratische Teilnahme der Bürger nicht stattfindet.

9. Deshalb besteht ein Widerstandsrecht zugunsten jedes deutschen Staatsbügers, in den **Steuerstreik** einzutreten, solange, bis der verfassungswidrige Missstand beseitigt ist.

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

Zustellung als DHL-Paket
An das Bundesverfassungsgericht
Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

27. November 2012

VERFASSUNGSBESCHWERDE
Hauptsacheantrag zum Antrag auf einstweilige Anordnung
Dr. Stefan Grossmann gegen Finanzamt Hanau vom 24.11.2012
Az. des Finanzamts Hanau:
Finanzamt Hanau, Willy-Brandt-Str. 23, 63450 Hanau,
Geschäftszeichen: 22 425 57149-V01
Az. des BVerfG: Hier noch unbekannt /neue Sachen

B A N D 1 v o n 2 (E i n f ü h r u n g)

Ich (Dr. Stefan Grossmann, Meisenweg 15, 63454 Hanau, deutscher Staatsbürger) erhebe hiermit, mich selbst vertretend,

V E R F A S S U N S G S B E S C H W E R D E

gegen den Beschluss des Landgerichts Hanau vom 19.11.2012, Az. 8 T 114/12. mir zugegangen mit einfacher Post am 23.11.2012, Kopie des angefochtenen Beschlusses nebst dessen Postumschlag anbei.

Anlage Bd. 1-1, Kopie des angefochtenen Beschlusses

Es wird beantragt,

den angefochtenen Beschluss aufzuheben und zur Neuentscheidung unter Beachtung der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts an das LG Hanau, Beschwerdekammer zurückzuverweisen.

Die Akte der Justiz Hanau wird beim AG Hanau unter Az. 81 M 5810/12 geführt.

Es wird gebeten, die geringfügigen Schreibfehler im Antrag auf einstweilige Anordnung zu entschuldigen. Der (hoffentlich) fehlerfreie Text wird nachfolgend wiederholt:

Band 1, Abschnitt 1
Wörtliche (korrigierte) Wiederholung des Antrags auf einstweilige Anordnung vom 24.11.2012
(enthält Korrekturen von Rechtschreibfehlern)

Ich beantrage hiermit eine einstweilige Anordnung
gegen
Finanzamt Hanau, Willy-Brandt-Str. 23, 63450 Hanau,
Geschäftszeichen: 22 425 57149-V01

mit folgendem Inhalt:

> dem Finanzamt Hanau wird einstweilen untersagt, Vollstreckungsmassnahmen gegen Herrn Dr. Stefan Grossmann, wohnhaft Meisenweg 15, 63454 Hanau zu unternehmen.

Begründung:

1. Ich arbeite derzeit an einer ausführlich begründeten Verfassungsbeschwerde mit dem Ziel, den heute zugestellten Beschluss des LG Hanau, Az. 8 T 114/12 aufheben zu lassen. Es geht darin um eine bevorstehende Vollstreckung des Finanzamts Hanau für knapp über € 190.

Kopie des Beschlusses LG Hanau 8 T 114/12 anbei [Anl. Bd. 1-1]

Der Beschluss der Beschwerdekammer stellt insbesondere fest, dass meine sofortige Beschwerde form- und fristgerecht und daher zulässig war.

2. Wie sich aus der Akte des LG ergibt (geführt beim AG Hanau zum dortigen Az.: AG Hanau 81 M 5810/12), habe ich ein Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4 GG gegen Steuerforderungen. Das Widerstandsrecht ist gegeben, da durch das ESM-Desaster der Ausnahmezustand besteht. Der Steuerboykott ist geeignet und geboten, um die grundgesetzwidrige Diktatur des EU-Ministerrates in Verbindung mit der Europäischen Zentralbank gemäss dem ESM-Vertrag zu Fall zu bringen.

3. Zur Begründung dieses Antrags auf einstweilige Anordnung wird vorgetragen:

4. Die Sache ist eilbedürftig, da die steuerliche Vollstreckung mit einer Wohnungsdurchsuchung unmittelbar bevorsteht. Die einmal vorgenommene Wohnungsdurchsuchung durch dazu derzeit nicht befugte Staatsbedienstete stellt einen nicht wiedergutzumachenden Schaden gegen das Wohnungsgrundrecht dar.

5. Ich bin deutscher Staatsbürger.

6. Zu Art. 20 Abs. 4 GG wird vorgetragen:

7. Das Urteil vom 12. September 2012 des Bundesverfassungsgerichts in den ESM-Sachen setzt bestimmte Auflagen für den ESM-Mechanismus in Kraft. Das Gericht verlangt, dass die Bundesrepublik Deutschland eine automatische Nachschusspflicht über € 190 Milliarden hinausgehend nicht haben darf.

Werden nämlich Beschlüsse über eine Nachschusspflicht der ESM-Mitglieder getroffen, wird vom Gericht verlangt,
(i) dass das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestages uneingeschränkt bestehen bleibt, und
(ii) dass die Bundesrepublik Deutschland nicht überstimmt werden kann.

Meine Befürchtung ist, dass Auflagen des Bundesverfassungsgerichts durch den ESM-Staatsvertrag dadurch verletzt werden, wenn in Artikel 4 Absatz 3 des Staatsvertrages alternativ zu dem normalen Abstimmungsverfahren ein Dringlichkeitsverfahren vorgesehen ist. Für eine Kapitalerhöhung mit Nachschusspflicht gilt in Dringlichkeitsverfahren lediglich eine „qualifizierte Mehrheit von 85% der abgegebenen Stimmen." In einem Dringlichkeitsverfahren kann also die Bundesrepublik Deutschland überstimmt werden.

Ob das Dringlichkeitsverfahren anzuwenden ist, wird vom Europäischen Ministerrat im Einvernehmen mit der Europäischen Zentralbank beschlossen. Hierbei kann die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls überstimmt werden. Der Deutsche Bundestag hat bei dieser Entscheidung kein Mitspracherecht.

Kommt die Bundesrepublik Deutschland einer in dieser Weise beschlossenen Nachschusspflicht nicht fristgerecht nach, „werden sämtliche Stimmrechte dieses ESM-Mitglieds solange ausgesetzt, bis die Zahlung erfolgt ist." (Artikel 4 Absatz 8 des Staatsvertrages.)

Die Auflagen im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. September 2012 werden dadurch verletzt. Das Bundesfinanzministerium betreibt auf seiner Webseite eine Öffentlichkeitsarbeit, die den vorstehenden Zusammenhang negiert.

8. Auf der Webseite des Bundesfinanzministeriums wird behauptet:
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2012/09/2012-09-25-PM57.html

Es habe am 26. September 2012 am Rande einer Konferenz eine Vertragsänderung gegeben, oder genauere Lesart: wird geben, wird beabsichtigt. Deren Inhalt sei, unter anderem, der folgende Wortlaut:

„Artikel 8 Absatz 5 des Vertrages zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (im Folgenden ‚Vertrag') begrenzt sämtliche Zahlungsverpflichtungen der ESM-Mitglieder aus dem Vertrag in dem Sinne, dass keine Vorschrift des Vertrags so ausgelegt werden kann, dass sie ohne vorherige Zustimmung des Vertreters des Mitglieds und Berücksichtigung der nationalen Verfahren zu einer Zahlungsverpflichtung führt, die den Anteil am genehmigten Stammkapital des jeweiligen ESM-Mitglieds gemäß der Festlegung in Anhang II des Vertrags übersteigt."

9. Nach Recherche im Internet behaupte ich: Das ist eine Lüge, eine dreiste Propagandaverdummung durch den Trinkhallenkrakeeler Minister Dr. Wolfgang Schäuble. Im Hauptschriftsatz (Akte wie zitiert, vorzulegen in der Hauptschrift der noch fertigzustellenden Verfassungsbeschwerde) wird eingehend mit Literaturverarbeitung vorgetragen, dass die Merkel-Regierung 2005 (annus horribilis des Verfassungsrechts) von der Bilderberger-Gruppe eingesetzt worden ist, um im Rahmen der Bankenkrise und der dann vorherzusehenden Eurokrise das deutsche Staatsvermögen zu veruntreuen. Ein Indiz ist ein hochkarätig besetzes Strafrechtssymposium 2010, das nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die zahlreichen Verdachtsfälle von Straftaten bei der Bankenkrise 2008 von Amts wegen nicht verfolgt werden.

Es gibt keine ESM-Vertragsänderung, wie sie auf der Webseite des Bundesfinanzministeriums behauptet oder propagandistisch in den Raum gestellt wird. Es gibt keine Urkunde, es gibt keine Unterschriften, es gibt keine Hinterlegung einer Urkunde und es gibt keine Ratifizierung derselben.

Daher berufe ich mich auf das Grundrecht/grundrechtsgleiche Recht in Art. 20 Abs. 4 zusammen mit dem Wohnungsgrundrecht. Ich bin als deutscher Staatsbürger Berechtigter eines Falls von Art. 20 Abs. 4.

Glaubhaftmachung:

In Kenntnis der Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung versichere ich hiermit, dass der Tatsachenvortrag in diesem Schriftsatz wahrheitsgemäss ist.
Ich versichere dies an Eides statt.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Stefan Grossmann Anlage

Band 1, Abschnitt 2
Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

10. Die im Antrag auf einstweilige Anordnung angekündigte Verfassungsbeschwerde (Antrag in der Hauptsache) wird hiermit vorgelegt. Der Text dieser Verfassungsbeschwerde besteht der Übersichtlichkeit halber aus Band 1 von 2 und Band 2 von 2. Jeder der beiden Bände ist separat von mir unterschrieben. Jeder Band hat eine separate Seiten- und Anlagenpaginierung.

11. Die Verfassungsbeschwerde ist zulässig.

12. Geprüft wurde hierzu, ob nicht vor Erhebung der Verfassungsbeschwerde eine Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesgerichtshof wegen der Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde im angefochtenen Beschluss (dort, S. 3 a.E.) einzulegen sei.

Diese Rechtsfrage ist zu verneinen. Das Rechtsbeschwerdegericht (§ 133 GVG: der BGH) ist generell an die Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde durch das Beschwerdegericht (hier: LG Hanau) gebunden und kann die Nichtzulassung nicht überprüfen oder abändern. Siehe BGH, Beschluss vom 24.7. 2003 - IX ZB 539/02, dort weiter unter Berufung auf BGH, Beschl. v. 4. Juli 2002 - IX ZB 221/02, NJW 2002, 2793, 2794. Ein Zitat aus dem zuerst erwähnten BGH-Beschluss lautet:

> „Hat das Beschwerdegericht die Entscheidung getroffen, so findet die Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof ausschließlich unter der Voraussetzung statt, daß sie in dem ergangenen Beschluß zugelassen worden ist (§ 574 Abs. 1 Nr. 2 ZPO)."

Somit ist die Verfassungsbeschwerde ohne vorherige Einlegung einer (gesetzlich gar nicht vorgesehenen) Nichtzulassungsbeschwerde beim BGH zulässig.

Daher ist die Verfassungsbeschwerde zulässig.

Band 1, Abschnitt 3
Zur Begründetheit der Verfassungsbeschwerde,
analytische Übersicht über Band 2 von 2

13. Die ESM-Entscheidung (Antragsteller: Dr. Peter Gauweiler und andere) des BVerfG vom 12.9.2012 ist in mein Verfahren am AG Hanau zeitlich mitten „hineingeknallt". Dadurch wurde die Rechtslage mitten im Verfahren einschneidend verändert. Dies macht es zweckmässig, zunächst genau zu gliedern, welche Argumente nunmehr vordringlich vorgetragen werden (Hauptbegründung), und welche Argumente aus dem „alten" Verfahrensteil nunmehr lediglich eher nachrangig zur Diskussion gestellt werden (Hilfsbegründung).

Meine Argumentation setzt sich sowohl aus der Hauptbegründung (neuerer Teil der Argumentation) als auch aus der Hilfsbegründung (älterer Teil der Argumentation) zusammen. Insbesondere umfasst die sehr umfangreiche Hilfsbegründung zahlreiche Einzelheiten, die zum Verständnis der extrem knappen Hauptbegründung hilfreich oder möglicherweise sogar notwendig sind.

14. Sofern dieser Schriftsatz (Band 1 von 2 und Band 2 von 2) in Dokumenten, die sich nicht an das Bundesverfassungsgericht richten, sondern an das Finanzamt, an das AG Hanau und/oder an das LG Hanau, so wird hiermit klargestellt, dass sämtliche Beweisanträge in diesem Schriftsatz sich nunmehr an das Bundesverfassungsgericht richten, und insoweit generell neu gestellt werden.

15. Meine Argumentation war von allem Anfang an prominent auf Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte aus dem GG gestützt. In Band 2 von 2 dieses Schriftsatzes finden sich nicht nur der umfangreiche Tatsachenvortrag an die beiden Hanauer Gerichte, sondern auch Rechtsdarlegungen über die Grundrechtssituation.

16. Die Hanauer Verfahren wurden im Zivilprozess nach der ZPO betrieben. Dabei kommt es auf die Subsumtion der Begriffe der Substantiierung und der Darlegungslast an.

Ich weise besonders darauf hin, dass in beiden Hanauer Instanzen der von mir zur Akte gereichte Sachvortrag zu keiner Zeit von dem Finanzamt bestritten wurde. Es gab ausser der ursprünglichen Antragstellung, soweit mir (ohne Akteneinsicht) bekannt, keinerlei sonstige Eingaben des Finanzamts.

Das Finanzamt hat in der Beschwerdeinstanz auch keinen Abweisungsantrag gestellt.

Nach meiner Ansicht war mein Tatsachenvortrag in beiden Hanauer Instanzen substantiiert und unstreitig. Die sehr ausführliche Wiedergabe der Hanauer Verfahrensdokumentation unten in Band 2 von 2 hat vor allem den Sinn, den zivilprozessualen Begriff der „Substantiierung" im vorliegenden Verfahren der Verfassungsbeschwerde möglichst authentisch wiederzugeben. Denn davon könnte Einiges in der Beurteilung der Sache abhängen (nachdem das ZPO-Merkmal „unstreitig" hier durch Fehlen jedweder Replik *unstreitig* ist).

Wenn die geneigte Leserin/der geneigte Leser sich ob der Länge von Band 2 von 2 grämt, so bedeutet dieses Bauchgefühl nichts anderes als dass das ZPO-Merkmal der „Substantiierung" ebenfalls erfüllt ist. Dazu brauche ich hoffentlich nichts Lehrhaftes vorzutragen (Stichworte: Prozessmaximen des Zivilprozesses) und erspare mir dies daher der möglichsten Kürze halber. Diese Unterscheidung zu einem Verwaltungsprozess ist möglicherweise entscheidend wichtig.

Im folgenden wird ohne weitere Erwähnung unterstellt, dass die ZPO-Merkmale „unstreitig“ und „substantiiert“ in beiden Hanauer Instanzen durch meinen ausführlichen Tatsachenvortrag erfüllt waren.

- Übersicht über die Grundrechtssituation in Band 2 von 2 -

17. Es kommt hier nicht lediglich auf eine Grundrechtsverletzung an, sondern vor allem darauf, welchen Bezug sie auf den von mir gewünschten gerichtlich erlaubten Steuerboykott hat. Das sei hier vorangestellt.

Artikel 20 Abs. 4 GG und der Steuerboykott:
das juristische Höllentor

18. Der vorstehende Text des Antrags auf einstweilige Anordnung stellt darauf ab, dass die Bundesregierung durch betrügerische Machenschaften die Finanzverfassung des Grundgesetzes über Bord zu werfen im Begriff ist. Dabei wird die direkte Konfrontation mit dem ESM-Urteil des BVerfG vom 12.9.2012 (Gauweiler et al.) in Kauf genommen.

Das ist allererstens dreist und piratenhaft.

Wenn vom Bürger erwartet wird, Steuern zu zahlen oder irgendwie mit dem Finanzamt zu kooperieren, so bricht diese Rechtserwartung in ihrer Legitimität zusammen, wenn die Finanzhoheit in die schwarzen Hände einer Bankendiktatur wechselt. Denn dann hat die Regierung gar nicht mehr die Macht. Der Bürger würde so scheinbar verpflichtet, Steuern an ein dem GG fremdes Machtsystem zu zahlen.

Das kann nicht sein. Andere Abhilfe ist nicht möglich. **Wiederholungsgefahr ist durch den Erstverstoss indiziert.** Die werden das immer wieder tun. mit Verlaub sei den hohen Richtern gesagt: Papier ist geduldig. Das heisst: Rübe runter (metaphorisch) für Schäuble, Merkel & Co. Artikel 20 Abs. 4 GG ist eine Piratenabwehrklausel. Man mag auch von Heuschrecken sprechen.

Der Steuerboykott ist fraglos geeignet, die Regierung zum Einsturz zu bringen. Es gibt heute ja auch das Internet zwecks Informationsverbreitung an die Massen der Genasführten und schamlos Ausgebeuteten.

Doch da geht es um noch mehr Fragen, die in meinem substantiierten unstreitigen Sachvortrag unter Beweis gestellt werden, nämlich insbesondere:
- Fernsteuerung der Bundesregierung durch die Bilderberger-Gruppe,
- Auftrag dieser Regierung zum Verschwindenlassen deutscher Steuergelder,
- biologische Abstammung von Angela Merkel von Adolf Hitler als wahrer Vater.

Wenn Betrüger aus der Hölle aufsteigen, bedarf es eines juristischen Höllentors, durch das sie wieder verschwinden können. Das ist hier beantragt und gewollt.

Das ist genug allgemeine Einführung der Grundrechte.

Die langlaufende Operation einer feindlichen Übernahme Deutschlands

18. In knappen Begriffen zusammengefasst, stellt mein Tatsachenvortrag in Band 2 von 2 die zahlreichen Anhaltspunkte für die langlaufende Operation einer feindlichen Übernahme Deutschlands dar. Das fing mit der Einsetzung Adolf Hitlers durch die anglo-amerikanische Plutokratie an.

Haben Sie das aus Ihrem Schulwissen anders in Erinnerung? Hier können Sie umlernen durch die neueren Dokumentfreigaben der US-Regierung und die daran anschliessende Revision des Geschichtsbildes durch die, vorwiegend noch englischsprachige, Geschichtsschreibung der jetzigen Generation. Mit Zitaten wird nicht gespart (Band 2 von 2).

Es ist mir ein besonderes Anliegen, die zionistischen Lügen über die jüngere Vergangenheit Deutschlands durch geschichtswissenschaftliche Befunde und Methoden ins überfällige Abseits zu begleiten. Dabei leuge ich nicht den Holocaust. Die tiefste Wurzel für den Holocaust waren verderbte Machenschaften, wie sie vorliegend leider schon wieder zu beklagen sind. Das muss raus ans Licht der Öffentlichkeit gelangen, um den Spuk zu beenden.

Dies ist das Ende von Band 1 von 2 (Einführung).

Es geht weiter mit Band 2 von 2 (Dokumentation).

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Stefan Grossmann

Landgericht Hanau
8. Zivilkammer **-Ausfertigung-**

Hanau, 19.11.2012

Eingang / Post 23. Nov. 2012. Sfr.

Geschäfts-Nr.: 8 T 114/12
81 M 5810/12 Amtsgericht Hanau
Es wird gebeten, bei allen Eingaben die vorstehende Geschäftsnummer anzugeben

Beschluss

In dem Zwangsvollstreckungsverfahren

Finanzamt Hanau, Willy-Brandt-Str. 23, 63450 Hanau,
Geschäftszeichen: 22 425 57149-V01

Gläubiger

gegen

Dr. Stefan Grossmann, Meisenweg 15, 63454 Hanau,

Beschwerdeführer und Schuldner

hat das Landgericht Hanau -8. Zivilkammer- durch die Richterin am Landgericht Philipp als Einzelrichterin am 19.11.2012 beschlossen:

Die sofortige Beschwerde des Schuldners gegen den Beschluss des Amtsgerichts Hanau vom 09.10.2012 wird kostenpflichtig zurückgewiesen.

Beschwerdewert: 193,45 € .

G r ü n d e :

Mit Schreiben vom 18.07.2012 beantragte die Finanzbehörde den Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses gegen den Schuldner. Der Hauptforderung liegt eine wirksam bekannt gegebene Zwangsgeldfestsetzung wegen der Nichtabgabe der Einkommensteuererklärung 2010 zugrunde. Im Rahmen der Anhörung hat der Schuldner sich auf ein Widerstandsrecht zur Abgabe der Einkommensteuererklärung berufen. Wegen der inhaltlichen Einzelheiten wird auf Bl. 4ff d.A. verwiesen. Das Amtsgericht Hanau hat mit Beschluss vom 09.10.2012 zum Zwecke der Vollstreckung des Zwangsgeldes nach Art. 13 Abs. 2 Grundgesetz i.V.m. § 287 Abgabenordnung die Durchsuchung der Wohnung bzw. Geschäftsräume des Schuldners im Gebäude Meisenweg 15, 63454 Hanau angeordnet. Dieser Beschluss ist dem Schuldner am 12.10.2012 zugestellt worden. Mit am 12.10.2012 eingegangenem Schriftsatz hat der Schuldner dagegen sofortige Beschwerde eingelegt. Das Amtsgericht hat der sofortigen Beschwerde am 13.11.2012 nicht abgeholfen und die Sache dem Landgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Die sofortige Beschwerde des Schuldners ist zulässig und insbesondere fristgerecht eingelegt worden.

In der Sache ist sie aber ohne Erfolg. Die Voraussetzungen für den Erlass einer Durchsuchungsanordnung nach § 287 Abs. 4 AO einschließlich der allgemeinen Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen liegen vor. Eine Durchsuchung der Wohnung des Schuldners mit dessen Einwilligung war nicht möglich. Ausweislich des Antrags auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses vom 18.07.2012 hat der Schuldner den Zutritt zu den Wohn- bzw. Geschäftsräumen zum Zweck der Durchsuchung nicht gestattet und nichts vorgetragen, was diese Maßnahme unangemessen erscheinen lassen könnte. Die Durchsuchung der vorgenannten Räume ist anzuordnen, weil dies der Zweck der Vollstreckung erfordert. Wegen der Begründung im Übrigen wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Ausführungen in dem angegriffenen Beschluss vom 09.10.2012 und dem Nichtabhilfebeschluss vom 13.11.2012 verwiesen. Deren zutreffender Inhalt wird ausdrücklich zum Gegenstand vorliegender Entscheidung gemacht. Die Beschwerdebegründung enthält keinen neuen Sachvortrag, der eine abweichende Entscheidung für geboten erscheinen ließe. Im Vollstreckungsverfahren können

materiellrechtliche Einwände nicht berücksichtigt werden. Anhaltspunkte für eine Unverhältnismäßigkeit der Durchsuchungsanordnung sind nicht ersichtlich.

Da die Beschwerde erfolglos ist, hat der Schuldner die Kosten des Rechtsmittels zu tragen (§ 97 Abs. 1 ZPO).

Die Festsetzung des Beschwerdewerts beruht auf der entsprechenden Anwendung des § 25 Abs. 1 RVG.

Die Rechtsbeschwerde ist nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des § 574 Abs. 2 ZPO nicht erfüllt sind.

Philipp

Ausgefertigt
Hanau, 20. November 2012

Brade, Justizobersekretärin
Urkundsbeamtin/-beamter der Geschäftsstelle



Deutsche Post
FRANKIT 0,90 EUR
20.11.12 1D10001023

Service-Center

Eingang von LG
Hanau 8 T 114/12
(Sache [illegible])
23. Nov. 2012 J.

K4031 00936 63

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

Zustellung als DHL-Paket
An das Bundesverfassungsgericht
Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

27. November 2012

VERFASSUNGSBESCHWERDE
Hauptsacheantrag zum Antrag auf einstweilige Anordnung
Dr. Stefan Grossmann gegen Finanzamt Hanau vom 24.11.2012
Az. des Finanzamts Hanau:
Finanzamt Hanau, Willy-Brandt-Str. 23, 63450 Hanau,
Geschäftszeichen: 22 425 57149-V01
Az. des BVerfG: Hier noch unbekannt /neue Sachen

B A N D 2 v o n 2 (D o k u m e n t a t i o n)

Ich (Dr. Stefan Grossmann, Meisenweg 15, 63454 Hanau, deutscher Staatsbürger) erhebe hiermit, mich selbst vertretend,

V E R F A S S U N S G S B E S C H W E R D E

gegen den Beschluss des Landgerichts Hanau vom 19.11.2012, Az. 8 T 114/12. mir zugegangen mit einfacher Post am 23.11.2012, Kopie des angefochtenen Beschlusses nebst dessen Postumschlag anbei.

Anlage Bd. 1-1, Kopie des angefochtenen Beschlusses

Dies schliesst an an Band 1 von 2 (Einführung). Dort sind auch die Anträge.

Die beiden Hanauer Gerichte haben aus juristisch unverständlichen Gründen gemeint, meinen substantiierten Sachvortrag zu ignorieren und „unter den Teppich kehren“ zu sollen. Das geschah mutmasslich aus politischen, jedoch nicht juristischen Überlegungen heraus. Das braucht hier nicht näher erläutert zu werden, da es offenkundig ist. Verkannt wurden dabei die ZPO-Merkmale „substantiiert“ und „unstreitig“. Verletzt wurde dabei, zusätzlich zu allem Anderen, mein grundrechtsgleiches Recht auf rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG.

Die Hanauer Gerichte haben sich im Ergebnis geweigert, die Existenz von Artikel 20 Abs. 4 GG (Grundrecht oder grundrechtsgleiches Recht) anzuerkennen. Das ist eine Verletzung von Verfassungsrecht, einschliesslich meines eigenen subjektiven Verfassungsrechts. Ich bin deutscher Staatsbürger. Andere Abhilfe ist nicht ersichtlich.

Eine Diktatur darf vernichtet werden. Dieser Begriff wird, auch unter den Suchbegriffen „Ausnahmezustand“ und „Bilderberg[er]“, unten differenziert.

Das gesamte Nachfolgende dient der Darstellung des Sachstands in der Aktenlage beider Hanauer Gerichte in seiner zeitlichen Entwicklung, ferner der Ausfüllung des ZPO-Merkmals „substantiiert“[er Tatsachenvortrag], und führt schliesslich zu einer differenzierten Interpretation von Art. 20 Abs. 4 GG im Kontext, zusammen mit Diskussion mehrerer als damit verbunden gedeuteter Grundrechte (insbesondere: Wohnungsgrundrecht und Religionsfreiheit).

Der kultische Aspekt (luziferischer Lügen- und Verderbtheitskult, insbesondere in Gestalt des Brodbeck’schen Geldwahns) im vorliegenden Fall sollte nicht ausser acht gelassen werden, insbesondere wenn man nach einer verfassungshistorisch bedeutsamen Ansicht das Religionsgrundrecht als das Muttergrundrecht einstuft (Georg Jellinek). Das Ganze stellt sich aus dieser klärenden Sicht als die Vatikanpsychose und ihr kapitalistischer Schweinestaat dar, die beide im unvereinbaren Gegensatz zum Grundgesetz und seiner wesentlichen Werte- und Machtordnung stehen (Art. 20 Abs. 4 GG).

Die Bilderberger sind eine Gründung der Jesuiten durch einen Jesuiten. Es handelt sich um einen militärisch-geheimdienstlichen Arm verblendeter Katholiken, und sich als Katholiken tarnender Krypto-Juden (Jesuitenführung seit I. Loyola, Literatur unten), in einem vermeintlichen apokalyptischen Endkampf der Gegenreformation, vor allem gegen Deutschland und die USA. Es ist entsetzlich und durch nichts gerechtfertigt, dass der Name von Jesus Christus für diese genozidalen und unsagbar verkommenen Verfehlungen vorgeschützt wird.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Stefan Grossmann

Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsabteilung -

Amtsgericht, Postfach 1639, 63406 Hanau

Aktenzeichen: 81 M 5810/12

Telefon: 06181/297-279
Telefax: 06181/297-229

Herrn
Dr. Stefan Grossmann
Meisenweg 15
63454 Hanau

Ihr Zeichen: - ohne -
Ihre Nachricht:

Datum: 24.8.2012

Eingang am 30. Aug. 2012. Sp.

Sehr geehrter Herr Dr. Grossmann,

in der Zwangsvollstreckungssache

Finanzamt Hanau ./. Grossmann, Stefan

konnte die Zwangsvollstreckung nach Auskunft des Vollziehungsbeamten **nicht** durchgeführt werden, da Sie der Durchsuchung Ihrer Wohnung bzw. Geschäftsräumen widersprochen haben. Die Gläubigerin hat daraufhin den Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses gemäß **§ 287** Abgabenordnung beantragt.

Sie erhalten Gelegenheit, hierzu **innerhalb von 10 Tagen** nach Erhalt dieses Schreibens Stellung zu nehmen.

Einwendungen gegen den zu vollstreckenden Verwaltungsakt sind außerhalb dieses Vollstreckungsverfahrens mit den hierfür zugelassenen Rechtsbehelfen zu verfolgen (§ 256 AO). Zahlungen zur Abwendung der Zwangsvollstreckung sind nicht an das Gericht, sondern an die Gläubigerin zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Zehelein
Richter am Amtsgericht

Beglaubigt

Kellermann
Justizangestellte

AMTSGERICHT HANAU 114

63450 Hanau, Nussallee 17
Telefon 06181/297- 0 · Telefax 06181/297- 440

Sprechzeiten: montags - freitags 09.00 - 12.00 Uhr
Öffentliche Verkehrsmittel: vom Hauptbahnhof Hanau mit Buslinie 2/7 zum Freiheitsplatz; von dort mit Linie 4 bis Haltestelle Nußallee

Finanzamt
Hanau

HESSEN

Zweitschrift für die Anhörung

Finanzamt Hanau, Postfach 14 52, 63404 Hanau

Amtsgericht Hanau
Nussallee 17
63450 Hanau

IdNr.	**63 092 945 811**
Steuernummer/ Geschäftszeichen	**22 425 57149 - V01**
Bearbeiter/in	Frau Rock
Zimmer	B304
Telefon	(06181) 101-386
Fax	(06181) 101-591
Dienstgebäude	Willy-Brandt-Str. 23
Ihr Zeichen	
Ihre Nachricht	
Datum	18.07.2012

Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses nach § 287 AO i.V.m. Artikel 13 Abs. 2 GG
Vollstreckungsschuldner: Dr. Stefan Grossmann, Meisenweg 15, 63454 Hanau
geboren am 22.04.1962

Das Land Hessen, vertreten durch das Finanzamt Hanau, hat vollstreckbare Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis (§§ 37, 251, 254 AO) von insgesamt 193,45 € (siehe beigefügte Aufgliederung) gegen den vorgenannten Vollstreckungsschuldner. Der Hauptforderung liegen wirksam bekannt gegebene

- Zwangsgeldfestsetzung (§§ 328-333 AO)

zugrunde.

Der Schuldner hat den Zutritt zu der Wohnung bzw. den Geschäftsräumen zum Zwecke der Durchsuchung nicht gestattet und nichts vorgetragen, was diese Maßnahme unangemessen erscheinen lassen könnte.

Es wird deshalb beantragt, eine Durchsuchungsanordnung gemäß § 287 AO in Verbindung mit Artikel 13 Abs. 2 GG zu erlassen.

Im Auftrag

Heuser
(Sachgebietsleiter)

Dienststempel

Anlagen: 1 Zweitschrift des Antrags; 1 Anschreiben zur Anhörung;
1 Beschluss mit Verfügung; 1 Aufgliederung der Rückstände

Bitte geben Sie stets die IdNr(n). und vorerst zusätzlich die Steuernummer oder das Geschäftszeichen an. Vielen Dank!

Sprechzeiten: Finanzservicestelle (FIS) - montags bis mittwochs von 07:30 - 15:30 Uhr, donnerstags von 14:00 - 18:00 Uhr und freitags von 07:30 - 12:00 Uhr oder nach Vereinbarung
Gleitende Arbeitszeit: Anrufe bitte in der Telefon-FIS montags bis donnerstags von 08:00 - 15:30 Uhr und freitags von 08:00 - 12:00 Uhr
Anschrift: Willy-Brandt-Straße 23 · 63450 Hanau · Telefon (0 61 81) 1 01-1 · Telefax (0 61 81) 1 01-5 01
E-Mail: poststelle@FA-HAN.Hessen.de · Internet: www.finanzamt-hanau.de
Bankverbindungen: Landesbank Hessen-Thüringen, BLZ 500 500 00, Kto 1 000 314, BIC HELADEFFXXX,
IBAN DE78 5005 0000 0001 0003 14, BBk Fil. Frankfurt am Main, BLZ 500 000 00, Kto 50 601 500
Friedrichstraße, Linien 2 und 5

Anlage zum Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses

Schuldgrund	Zeitraum	Fälligkeit	Schuldbetrag	Säumniszuschläge
			€	€
1	2	3	4	5
1. Zwangsgeld wegen Nichtabgabe der Einkommensteuererklärung	2010	06.02.12	150,00	
Summe:			150,00	0,00
Summe Sp. 4 und 5:			150,00	
Vollstreckungskosten			43,45	
Gesamtbetrag			193,45	

Service-Center

Deutsche Post
FRANKIT 0,55 EUR
28.08.12 1D10001023

AG Hanau, v. S.:
Finanzamt Hanau
Eingang am
30. Aug. 2012 Sf.

000266 k4031 0163

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

An das
Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsgericht -
Nussallee 17
63450 Hanau

30. August 2012

Az.: 81 M 5810/12
Vollstreckungssache (Antrag auf Durchsuchungsbeschluss)
Finanzamt Hanau (Antragsteller) ./. Grossmann, Stefan (Antragsgegner)

Das sind Termiten in Berlin!

Es wird hiermit hiermit innerhalb der Frist **b e a n t r a g t ,** durch Beschluss zu entscheiden, was folgt:

> Der Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses
> wird abgewiesen.

Begründung:

1. Am 4. Juli 2012 erschien Herr Seibert an der Wohnung des Antragsgegners mit einer Zahlungsaufforderung über € 170. Der Betrag setzt sich zusammen aus einem festgesetzten Zwangsgeld von € 150,-- für die Nichtabgabe der Einkommensteuererklärung 2010 sowie weiteren € 20,-- an Kosten.

Schreiben von Herrn Seibert vom 04.07.2012, Kopie anbei, Anlage AG-1

2. Der Unterzeichnete (Antragsgegner, abgekürzt: „AG“) lud Herrn Seibert ein, in die Wohnung zu kommen, um mit ihm die Rechtslage zu diskutieren. Das war in aller Kürze in ein paar Minuten erledigt. Herr Seibert nahm den Widerspruch des AG gegen eine Wohnungsdurchsuchung auf und ging dann wieder. Wir waren so verblieben, dass Herr Seibert einen Antrag auf Durchsuchungsbeschluss beim Amtsgericht Hanau in die Wege leiten würde.

3. Bei der Diskussion der Rechtslage trug der AG Herrn Seibert sinngemäss vor, was folgt (Zusammenfassung des AG in der Ich-Form):

> Ich bin nicht dazu verpflichtet, eine Einkommenssteuererklärung abzugeben. Denn im Grundgesetz steht, dass jeder Deutsche das Recht hat, Widerstand zu leisten, wenn versucht wird, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen, und wenn keine andere Abhilfe möglich ist. Ich habe das dem Finanzamt Hanau bereits schriftlich zu meiner Steuerakte erklärt.

4. Diese Erläuterung gegenüber Herrn Seibert ist hier zu vertiefen, um dem Amtsgericht Hanau die Gründe darzutun, warum ich, ein deutscher Staatsbürger, berechtigt bin, gegen Steuerforderungen und Anforderung von Steuererklärungen seitens des Finanzamts rechtlich Widerstand zu leisten.

5. Bevor sich der Sach- und Rechtsvortrag in Einzelheiten ergeht, sei der Hauptgrund formuliert:

„SO KANN ES **<u>KEINESFALLS</u>** WEITERGEHEN!"

Der Hauptgrund, mit seinen Einzelheiten (unten), löst das **<u>Widerstandsrecht</u>** in Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz (GG) aus. Siehe dazu die Anlage AG-2.

6. Ich nehme auf mein umfangreiches Schreiben an das Finanzamt Hanau vom 15. März 2011 bezug. Es geht dort um meine Einkommenssteuererklärung 2009, die ich ebenfalls nicht abgegeben habe. Siehe Anlage AG-2.

Ich gründe meine Verweigerung der Abgabe meiner Einkommensteuererklärung für 2010 ebenfalls auf das genannte Schreiben. Das Schreiben liegt, zunächst ohne die weiter erläuternden Anlagen, dieser Antragsschrift bei.

<u>Schreiben AG an FA Hanau vom 15.03.2011, Kopie anbei, Anlage AG-2</u>

7. Das Schreiben vom 15.03.2011 wird insgesamt zum Teil dieses Schriftsatzes erklärt (Anlage AG-2). Sämtliche darin gegenüber dem Finanzamt gestellten Beweisanträge werden hiermit gegenüber dem Gericht wiederholt.

8. Zunächst appelliere ich an die Richterin/den Richter als Staatsbürger: Wir haben eine Chance, eine diktatorische Gewalt (die ich in dem Schreiben näher charakterisiere) mit friedlichen rechtsförmigen Mitteln zu stoppen. Das ersichtliche Ziel jener diktatorischen Gewalt besteht darin, die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu unterminieren und uns, volkstümlich gesagt, „fertigzumachen", nämlich insbesondere in finanzieller Hinsicht.

Nutzen Sie die Chance, um mit Ihrer Stimme
die Diktatur zu stoppen! *<u>Auch Sie haben das Widerstandsrecht!</u>*
<u>Nach Ihrem Amtseid sind Sie zu dessen Ausübung sogar verpflichtet.</u>

9. Ich möchte hier den Inhalt meines beigefügten analytischen Schreibens nicht wiederholen. Ich möchte es im Spiegel eines Buch beleuchten, das sich an die deutsche Staatsrechtswissenschaft, und zusätzlich in einer englischen Übersetzung an die internationale Staatsrechtskunde wendet, nämlich:

> Thomas FLEINER, Lidija R. BASTA FLEINER; *Allgemeine Staatslehre: Über die konstitutionelle Demokratie in einer multikulturellen globalisierten Welt;* 3. Auflage, Springer 2004 (englisch: Springer 2009)

10. Das Grundgesetz ist die Errungenschaft der bürgerlich-revolutionären Verfassungsbewegung in Amerika, Frankreich und anderen Nationalstaaten Europas seit dem Aufklärungszeitalter.

11. Das zwanzigste und das einundzwanzigste Jahrhundert erschaffen zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet Machtstrukturen, die über den nationalen Verfassungsstaaten stehen und in das nationale Verfassungsgefüge nicht integriert sind. Hierzu gehören vor allem grosse multinationale Industrieunternehmen und Banken, das GATT und die aus Wirtschaftsgründen gebildeten Europäischen Gemeinschaften, heute als das Gebilde der Europäischen Union mit eigener Währung. Für den politischen Arm siehe Anlage AG-2 (Bilderberg-Konferenz).

12. Es gibt keinen Mechanismus, der sicherstellt, dass die Werte und Rechtsgarantieren der nationalen Verfassungsordnungen, im vorliegenden Fall jene des deutschen Grundgesetzes, durchweg geschützt und bewahrt werden, während die Walze der Globalisierung die politische Landschaft dauerhaft verändert. Hieran ändern die Versuche des Bundesverfassungsgerichts im Kern nichts.

13. Der vorliegende Fall, gleichsam ein Mäuschen in einem Elefantengelände, dreht sich um den vorstehend genannten Ziel- und Wertekonflikt. Denn es liegen gute Gründe vor, anzunehmen, dass aus der Welt der übernationalen wirtschaftlichen Machtgefüge ein langanhaltender kriegsartiger Angriff gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland geführt wird.

14. Der gleiche Fingerabdruck findet sich auf dem Zerfall der einst mächtigen Sowjetunion. Deren Währung wurde durch Arbitragegeschäfte in Billionenhöhe verwässert, als gerade der krisenhafte sowjetische Afghanistankrieg seinen Höhepunkt hatte.

Einem Bericht zufolge wurde dabei der Sowjetunion ein Wert von 27,5 Billionen US-$$ entzogen (Greg SZYMANSKI, 26.06.2003, http://www.rense.com/general70/leo.htm)

Das Aktenzeichen der im Bericht genannten amerikanischen Gerichtsentscheidung (US-Bundesgericht Virginia, Sache Leo Wanta) lautet: case nr. 02-1363-A, Entscheidung vom 15. April 2003 (http://www.scam.com/showthread.php?t=28914).

Eine ausführliche Sachdarstellung, einschliesslich von Überweisungsbelegen für jeweils mehr als einer Billion US-Dollar, findet sich in einer Klageschrift von Leo Wanta vor dem US-Bundesgericht Virginia, *Wanta vs. Paulson et al.,* case nr.

(Aktenzeichen) 1:07 CV 609 T3E/BRP, Klage erhoben zwecks Erfüllung von Auflagen der Gerichtsentscheidung vom 15. April 2003 (siehe Klage, Ziffer 9),

Kopie anbei (65 Seiten) als Anlage AG-3

Der Gesamtstreitwert wird mit 27 Billionen US-Dollar (27 trillion) angegeben, siehe Klage, Absatz vor Ziffer 13.

Journalist Don NICOLOFF veröffentlichte in der Januarausgabe 2007 des „Idaho Observer" (deutsche Übersetzung) richtig und wahrheitsgemäss:

> „Der Distriktsrichter von Virginia, Gerald Bruce Lee, erklärte 2003 Leo Wanta zum Inhaber und Treuhänder von 27,5 Billiarden [erratum, english: trillion], die während dem Versuch die Sowjetunion zu stürzen, angesammelt wurden."

Statt 27,5 Billionen könnte es sich genauer um 27 Billionen US-Dollar handeln.

Der nachfolgende **Beweisantrag** bezieht sich auf den Richter bezüglich aller vor ihm verhandelten Fälle bezüglich Leo Wanta im Jahre 2003, insbesondere den Fall mit der Fallnr. (case nr.) 02-1363-A, insbesondere die Gerichtsentscheidung(en) vom 15. April 2003.

Alle vorstehenden Berichte und Angaben in Ziffer 14 dieses Schriftsatzes sind wahrheitsgemäss und entsprechen den Tatsachen.

> **Beweis:** amtliche Auskunft des United States District Court Eastern District of Virginia (US-Bundesbezirksgericht Östlicher Distrikt von Virginia), Albert V Bryan U.S. Courthouse, 401 Courthouse Square, Alexandria, VA 22314, U.S.A.,
> Telefonnr. des Richters Gerald Bruce Lee: 001-703-299-2177
> (siehe: www.vaed.uscourts.gov/locations/ale.htm)
> Zugleich wird beantragt, den genannten US-Bundesrichter Gerald Bruce Lee, ebendort, als Zeugen zu vernehmen.

Ergänzung (nicht Gegenstand des obigen Beweisantrags):
In der firmenpresse.de vom 4.4.2007 wurde gemeldet, dass der US-Finanzminister Paulson in Deutschland aufgrund eines internationalen Haftbefehls im Zusammenhang mit den Wanta-Geldern verhaftet wurde,
http://www.firmenpresse.de/pdf-pressinfo28514.pdf

Kopie der Meldung anbei als Anlage AG-4

Leo Wanta wurde lange in den USA als ein politischer Gefangener gehalten (einer von mehreren Tausenden Dissidenten in dem US-Gulagsystem). Dies sei als Kolorit erwähnt, damit der Richter/die Richterin nicht vergisst, worum es im Kern geht, nämlich die totalitäre und grundgesetzwidrige Perversion von „Geld über den Menschen". Einzelheiten können vorgetragen werden.

15. Nunmehr ist Europa an der Reihe. Die Hauptöffnung ist Deutschland. Die Mittel sind der Euro und die Bankenkrise (siehe in meinem Schreiben, AG-2):

Dem gingen mehrere Jahrzehnte koordinierter Gesetzgebung zahlreicher Länder der industrialisierten Welt voraus, die als „Liberalisierung der Finanzmärkte" in einer umfangreichen Fachliteratur beschrieben werden. Das Merkwürdige und Auffällige daran ist, dass es offenbar eine nicht mit Nationalstaaten identische treibende Kraft gibt, die dafür sorgt, dass über die nationalen Grenzen hinweg und ohne Rücksicht auf Politikwechsel durch Wahlen eine derartige Gesetzgebung forciert in Kraft treten kann. Diese Gesetzgebung bildet die Voraussetzung für:
- die Einführung des Euro
- die Bankenkrise 2008 (durch Aufhebung zahlreicher Bankregeln)

Die geheimnisvolle „treibende Kraft", die diese Gesetze verantwortlich ins Werk gesetzt hat, wird in der Anlage AG-2 als die „Bilderberg-Konferenz" um David Rockefeller identifiziert. Bereits heute steht fest, dass sowohl Italien als auch Spanien nicht hätten in den Euro aufgenommen werden dürfen, und dass dies klar und deutlich, z.B. dem damaligen Kanzler Helmut Kohl, mindestens zwei Jahre vor Einführung des Euro bekannt war. Griechenland ist bis heute im Vergleich damit nur ein Nebenschauplatz.

Beweis: Sachverständigengutachten

16. Für Einzelheiten des Ziel- und Wertekonflikts der sogenannten Globalisierung nehme ich auf das zitierte Lehrbuch bezug (FLEINER, wie S. 3 oben zitiert).

17. Was bedeutet dies rechtlich? Methodisch ist das bislang unentwickelte Widerstandsrecht des Grundgesetzes in den obigen Ziel- und Wertekonflikt einzustellen, um das Widerstandsrecht abzugrenzen. **Es ist notwendig, die verfassungswidrige Bilderberger-Konferenz zu entmachten.**

18. Wir befinden uns in einem weltkriegsartigen Umbruch, der das Rad der bürgerlichen Verfassungsbewegungen um Jahrhunderte zurückdrehen soll. Das Grundgesetz, und speziell sein Widerstandsrecht, besagen, dass das nicht sein darf. Das Widerstandsrecht wird gewährt, um dies zu unterbinden. **Das Mittel des sich darauf berufenden Steuerboykotts ist dazu geeignet. Denn es wird voraussichtlich dazu führen, dass sich das Wahlvolk mit dem Problem auseinandersetzt und geeignete politische Massnahmen treffen wird. Die Bundesregierung wird voraussichtlich in Erklärungsnot geraten und das verhängnisvolle Schweigen über das Problem brechen. Dieser Vorgang wird voraussichtlich friedlich vonstatten gehen, vor allem, wenn die Medien diesen Vorgang aufgreifen und bei der Aufklärung helfen.**

19. Mithin ist, ohne Beweiserhebung, hilfsweise mit Beweiserhebung, der Antrag des Finanzamts abzuweisen.

Vorsorgliche Erwiderung auf zwei Einwände:

20. Vorsorglich zu Einwand 1: *„Hitler beging 1945 Selbstmord“:*

Stimmt nicht. Es gibt keinen Beweis. Eine Pressemeldung der Nachrichtenagentur AP (Associated Press) besagt, dass das angebliche Schädelfragment von Adolf Hitler von einer Frau stammt (www.haaretz.com, englische Meldung vom 29. September 2009, Überschrift: „Skull piece thought to be Hitler’s is actually from woman“). Zitiert wird eine DNA-Untersuchung der Universität von Connecticut durch Linda Strausbaugh und Nick Bellantoni. Die auf dem Schädelfragment aufgebaute Geschichte, man habe Leichenteile von Hitler auf dem Gelände des Führerbunkers gefunden, ist eine Geschichtsklitterung und ist unzutreffend.

Frühere Untersuchungen der Universität Paris haben ergeben, dass die Zähne nicht mit den Unterlagen von Hitlers Zahnarzt übereinstimmen, und dass erhebliche und nicht ausräumbare Zweifel bestehen, dass das Schädelfragment von Adolf Hitler stamme.

> Siehe: E. LAURIER et al.; *Le rapport d’autopsie d’Hitler: Le point de bue du médicine legiste;* in: *La Semaine des Hopitaux de Paris,* Bd. 60, Nr. 10 (11. März 1993), S. 294-300.

Jossif Stalin, Staatsoberhaupt der Sowjetunion, ging bis zu seinem Lebensende von einer getarnten Flucht Hitlers nach Südamerika aus.

Adolf Hitler wurde mit Millionenaufwand durch das IG Farben-Kartell mit Sitz in Frankfurt am Main (einem Produkt der Rothschild-Familie durch das Finanzhaus JP Morgan) finanziert und an die Macht gebracht, wie es die Dokumente in drei deutschen Industriearchiven belegen. Siehe dazu:

> Diarmuid JEFFREYS; *Weltkonzern und Kriegskartell,*
> *Das zerstörerische Werk der IG Farben;* 2011.

Das Titelbild des Buchs zeigt Hitler, stehend, Seitenansicht, der von hinten von einer grossen Hand einige aufgefächerte Geldscheine zugesteckt erhält. Die IG Farben wurde vor allem durch das Haus JP Morgan in New York finanziert, das von der Rothschild-Familie kontrolliert wurde. Hitler war ein hochbezahlter Agent von europäischen und amerikansichen Familien der Finanzaristokratie.

Der historischen Forschung ist dies seit längerem bekannt.

> Siehe zusammenfassend (mit einer Bibliographie älterer Werke): Guido Giacomo PREPARATA; *Conjuring Hitler, How Britain and America made the Third Reich* (englisch: Beschwörung Hitlers, Wie Britannien und Amerika das Dritte Reich machten); London, Ann Arbor 2005.

Dies stimmt mit der umfangreichen mündlichen Überlieferung überein, die im russischen, ehemals sowjetischen, Geheimdienst und in anderen Geheimdiensten gepflegt wird.

> Siehe dazu: Greg HALLETT; THE SPYMASTER; *Hitler Was A British Agent* (Hitler war ein britischer Agent); 2. Auflage, Auckland, Neuseeland 2006.

Soweit HALLET-THE SPYMASTER (in Übereinstimmung mit Professor PREPARATA) beispielsweise behaupten, Hitler habe, handelnd als britischer Spion gegen das deutsche Reich, absichtlich England den zweiten Weltkrieg gewinnen lassen (mündlicher Befehl an General Gerd von Rundstedt, ca. 300 000 eingekesselte englische/mit England allierte Soldaten bei Dünkirchen entkommen zu lassen), erweist sich dies als überprüfbar. Denn dafür gibt es drei unabhängige Belege:

Unabhängiger Beleg 1:

Der erste Beleg stammt von Basil LIDELL-HART. Dies war ein angesehener englischer Offizier und Militärhistoriker. Nach dem zweiten Weltkrieg war LIDELL-HART beauftragt, Hitlers Generäle zu verhören, um eine genaue Militärgeschichte des zweiten Weltkriegs zu verfassen. In seiner Geschichte des zweiten Weltkriegs beschreibt LIDELL-HART aufgrund der Aussagen von Feldmarschall Gerd von Rundstedt, dass Hitler von Rundstedt im Beisein eines Adjutanten erläutert habe, das Britische Empire dürfe nicht zerstört werden, sondern sei für den Erhalt der Zivilisation so notwendig wie der Vatikan. Hitler habe von Rundstedt befohlen, die eingekesselte englische Armee durch Nicht-Eingreifen entkommen zu lassen.

Beweis: Sachverständigengutachten; Vorlage des Buchs von LIDELL-HART

Unabhängiger Beleg 2:

1945 diktierte Hitler seinem damaligen Sekretär Martin Bormann die „Bormann-Diktate“. In den erhaltenen Niederschriften von Hitlers Diktaten durch Bormann bestätigt Hitler die spätere Darstellung von LIDELL-HART. Hitler merkte an, dass Churchill (England) es ihm nie gedankt habe, dass er (Hitler) die Engländer bei Dünkirchen habe entkommen lassen.

Beweis: Sachverständigengutachten

Unabhängiger non-verbaler Beleg 3:

Wenige Wochen nach dem absoluten militärischen Versagen von Dünkirchen beförderte Adolf Hitler General Gerd von Rundstedt zum Feldmarschall. Das ist angesichts der gesamten Verhaltensweise von Hitler ein unmissverständlicher weiterer Beleg dafür, dass von Rundstedt im Sinne Hitlers gehandelt hatte, als die von von Rundstedt kommandierte deutsche Streitmacht die eingekesselten Engländer und ihre Alliierten bei Dünkirchen nicht gefangennahm.

Beweis: Sachverständigengutachten

Die unter Militärhistorikern bekannte und ihnen unfassbare Konsequenz der deutschen militärischen Verhaltensweise bei Dünkirchen war, dass das Dritte Reich den bereits greifbar nahen militärischen Sieg im zweiten Weltkrieg ohne Not aus der Hand gab.

Beweis: Sachverständigengutachten

Das Vorstehende unterstreicht, dass Adolf Hitler ein Spion war.

Die Genanalyse von Hitlers noch lebenden Verwandten, organisiert durch einen belgischen Journalisten, hat ergeben, dass ein jüdischer, allenfalls alternativ ein nordafrikanischer, Genmarker in Hitlers Genen vorkam. **Es wird vorgetragen, dass Adolf Hitler der biologische Vater von Kanzlerin Angela Merkel war.**

Siehe dazu in Anlage AG-2 mit Beweisantritten auf S. 28-31, gesamte Ziffer 15.

In der Konsequenz ergibt sich: Angela Merkel ist ein Spion wie ihr Vater Adolf Hitler. Die Kräfte, die Adolf Hitler an die Macht brachten, haben auch, in Form der Bilderberger-Konferenz, Kanzlerin Angela Merkel an die Macht gebracht.

In beiden Fällen lautet(e) der Auftrag auf SABOTAGE VON INNEN.

Dies ist insbesondere für das Verständnis des Begriffs der „Machstrukturen" in Ziffer 11 oben von Bedeutung. Die in Ziffer 11 genannten Machstrukturen, die über den Nationalstaaten stehen, sind die gleichen Strukturen, die Adolf Hitler an die Macht gebracht haben.

Der Widerstandsrecht in Artikel 20 Absatz 4 GG wird gegen diese Strukturen geltend gemacht. Ein etwaiger Verweis darauf, die Einzelperson Hitler habe den zweiten Weltkrieg nicht überlebt, ist im Hinblick darauf irrelevant.

21. Vorsorglich zu Einwand 2: *„Hitler hatte keine Kinder":*

Der Journalist und Autor Abel BASTI hat detaillierte Informationen veröffentlicht, denen zufolge Adolf Hitler bis in die 1960er Jahre in Argentinien gelebt hat. Er kam 1945 mit einem U-Boot-Konvoi von Spanien nach Argentinien (was in der Chicago Times am 16. Juli 1945 gemeldet wurde, unter Berufung auf den TASS-Korrespondenten Anatoly Puligin und einen ungenannten Informanten). In Argentinien wohnte Hitler in der abgelegenen 1943 fertiggestellten dem Berghof ähnlichen residencia Inalco, mit anderen Nazi-Flüchtlingen des Dritten Reichs in der näheren Umgebung. Hitler hatte in Argentinien mit Eva Braun Kinder. Es gibt Fotos zusammen mit zugehörigen Angaben von Zeitzeugen.

Siehe: Abel BASTI; *El exilo de Hitler;* 2010 (deutsch: 2011).
Bezüglich der residencia Inalco gibt es Details im Internet zum Suchbegriff: „Hitler's Secret Argentine Sanctuary", etc.

Hitlers Flucht aus Berlin in einem gelben U-Boot (wegen gelber Leuchtraketen der Sowjets) mit britischer Hilfe durch den Agenten Ian Flemming alias James Bond III bildet einen Hauptpunkt der russischen Geheimdienstüberlieferung wie von HALLET-THE SPYMASTER berichtet (Buch wie oben S. 6 am Ende).

Die Flucht von Nazis aus Deutschland nach Ende des zweiten Weltkriegs wird in der Geheimdienstgeschichte unter dem Stichwort „Rattenlinien“ (häufiger auf englisch: „ratlines“, oder: „rat lines“) beschrieben. Es ging in Drittländer, am häufigsten Argentinien via Spanien. Die Fluchtoperation der Nazis war zentral im Vatikan organisiert. Die deutsche Wahrnehmung hinkt der internationalen Forschung hinterher, vergleiche den

deutschen Wikipedia-Artikel: „Rattenlinien“

mit dem

englischen Wikipedia-Artikel: „Ratlines (World War II)“.

Auf die dort genannte Literatur sei verwiesen.

Es wurde von den untergetauchten Nazis ein Machtnetzwerk gebildet, das den Namen „die Spinne“ trug. Über hundert Namen werden im Buch eines New Yorker Journalisten nachgewiesen. Globke, die rechte Hand Konrad Adenauers (CDU) war einer von ihnen, mit Wissen Adenauers, des Wahlkanzlers der amerikanischen Plutokratie. Die CDU/CSU steht bis heute in der Nachfolge der Zentrumspartei der Weimarer Zeit, die sich als politischer Arm des Vatikans versteht.

Die geheime Subversionstruppe des Vatikans, die Inquisition (Jesuitenorden mit jahrhundertelanger Holocaust-Tradition im Dienste der Gegenreformation) ist die Gründung von Marranos (Krypto-Juden) im 16ten Jahrhundert.

Siehe neuerdings profund: Robert Aleksander MARYKS; *The Jesuit Order as a Synagogue of Jews; (*katholischer) Brill-Verlag 2009.

Die Macht, die sich darin offenbart, hat Amerika an der Rettung der in Nazi-Deutschland und Nazi-Europa eingeschlossenen Juden gezielt gehindert, wie ein jüdischer Journalist in Kanada entsetzt über Jahre dokumentiert hat.

Siehe: Meyer Joshua NURENBERGER, *the Scared and the Doomed, the jewish establishment vs. the six million;* 2. Auflage, Oakville, Ontario, Kanada 2006.

Es ist bereits aus Gewissensgründen grundrechtlich keinesfalls zwingend, den konfessionellen Tyrannen und ihren Politik-Agenten Steuern zu zahlen. Siehe zu der Grundrechtsargumentation in Anlage AG-2.

Rechtliche Würdigung des Wohnungsgrundrechts:

22. Vorliegend soll das Widerstandsrecht durch Nichteinlassen in die Wohnung ausgeübt werden. Dazu ist das Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG) mit dem Wohnungsgrundrecht (Art. 13 GG) zusammen auszulegen.

23. Siehe zunächst die Diskussion von Art. 20 Abs. 4 GG in Anlage AG-2. Darauf wird bezug genommen.

24. Nach dem Wortlaut von Art. 13 GG ist die Durchsuchung einer Wohnung durch einen Vollziehungsbeamten des Finanzamts nicht vorgesehen. Das gilt auch dann, wenn für diesen Zweck ein richterlicher Durchsuchungsbeschluss beantragt wird, da dieser einer gesetzlichen Grundlage bedarf, die verfassungsgemäss ist. Nicht einmal dies ergibt sich jedoch nach dem klaren Wortlaut von Art. 13 GG.

Die Schutzintensität des Art. 13 GG in Abs. 2 bis 7 betrifft Straftaten und polizeiliche Gefahrenlagen. So lässt sich etwa das strafprozessuale Durchsuchungsrecht mit dem Wortlaut von Art 13 GG vereinbaren (Anfangsverdacht, BVerfG,02 BvR 2101/09, Beschluss vom 9. November 2010; häufiger Beschwerdegrund in veröffentlichten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts). Darum geht es vorliegend jedoch nicht (Fall des § 287 AO). Bislang gibt es keine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich § 287 AO (online-Recherche am 16.7.2012).

Die Durchsuchung einer Wohnung durch einen Vollziehungsbeamten des Finanzamts wird in der Praxis entweder nicht anhand von Art. 13 GG geprüft, oder wird alternativ durch Auslegung von Art. 13 GG entgegen seinem Wortlaut für zulässig erachtet. Dies entspricht jedoch nicht dem GG. Die Durchsuchung einer Wohnung durch einen Vollstreckungsbeamten des Finanzamts ist daher unzulässig. Schon deshalb ist der Antrag des Finanzamts abzuweisen.

25. Sofern man in eine Auslegung von Art. 13 GG einsteigt, um die etwaige Zulässigkeit der beantragten Wohnungsdurchsuchung zu prüfen, so ist die gründliche Ausarbeitung heranzuziehen bei:

> Nikolaj FISCHER; *Vollstreckungszugriff als Grundrechtseingriff, Zugleich eine Kritik der Hyperkonstitutionalisierung einfachen Verfahrensrechts;* 2006.

FISCHER zufolge (S. 283) liegt bei Vollstreckungshandlungen generell keine wirkliche Grundrechtsbeeinträchtigung vor. Denn es werde, sowohl im vollstreckungsrechtlichen Schrifttum wie auch in der Verfassungsrechtswissenschaft, eine Grundrechtsverletzung lediglich oberflächlich behauptet. An der Begründung eines Grundrechtseingriffs fehle es jedoch generell.

Für den vorliegenden Fall ist dem zu entgegnen: Das Eindringen in eine Wohnung ist evidentermassen ein Eingriff in das von Art. 13 Abs. 1 GG geschützte Wohnungsgrundrecht. Die von FISCHER geäusserte Kritik geht in der vorliegenden Fallgestaltung an der Sache vorbei. FISCHERS argumentative Stossrichtung bestätigt allerdings die Existenz des Problems. Sofern man mit FISCHER möglicherweise generell das Vorliegen einer Grundrechtsbeeinträchtigung wird in Frage ziehen können, läuft diese FISCHER'SCHE Methode der Problemabwehr vorliegend ins Leere. Hierzu gilt auch noch das Folgende (Ziffern 26-28):

26. Im Zivilrecht und zivilprozessualen Zwangsvollstreckungsrecht wird man generell einen Grundrechtskonflikt der Grundrechte der Privatparteien eines Rechtsstreits vorfinden. Diese sind nämlich grundrechtlich im Prinzip gleichberechtigt. Dadurch wird im zivilprozessualen Zwangsvollstreckungsrecht der Konflikt im Kern des Problems auf verfassungsrechtlicher Ebene ausbalanciert. Daher berühren die hier vorzustellenden Überlegungen nicht die Verfassungsmässigkeit der Zwangsvollstreckung im Zivilprozess unter Privatpersonen.

27. Der Staat jedoch, einschliesslich seines Fiskus, geniesst keinen Grundrechtsschutz. Er ist, von der Werteordnung des Grundgesetzes gewollt, mit dem Bürger nicht gleichberechtigt und hat hinter dessen Interessen hintanzustehen (bei Meidung einer diktatorischen Unwerteordnung). Die Rechte des Staates/ des Fiskus stehen in der Rechteordnung des GG unterhalb der Grundrechte des Einzelnen. **Es gibt kein Grundrecht auf Staatsbetrug!**

28. Es bleibt dabei, dass es für eine Durchsuchung durch Vollziehungsbeamte der Steuer bei fehlendem Einverständnis des Wohnungsberechtigten keine tragfähige verfassungsrechtliche Grundlage gibt. Die FISCHER'SCHE Problemlage ist hier für den Staat unlösbar, zumindest, was die beantragte Wohnungsdurchsuchung angeht, jedenfalls im vorliegenden Fall.

29. Denn vorliegend kommt, für den Staat/Fiskus erschwerend, noch das oben beschriebene Widerstandsrecht in Art. 20 Abs. 4 GG hinzu. Dies lässt die Waagschale der Justitita sich vollends zugunsten des Bürgers neigen. Das im GG kodifizierte Widerstandsrecht kann nur dann irgendwie sinnvoll sein, wenn es im vorliegenden Fall den Ausschlag gibt.

Das Widerstandsrecht ist funktional ein Sonderfall direkter Demokratie im GG. Es kommt jedenfalls dann zum Tragen, wenn die zum Schutz des Staats berufenen Staatsorgane versagen.

Ganz direkt haben die Staatsorgane versagt, indem sie - wie ein internationales Strafrechtssymposium erkannt hat - ersichtlich die Strafverfolgung gesetzwidrig unterdrücken, die zur Untersuchung hunderter Ermittlungsfälle wegen Straftaten im Zusammenhang mit der Bankenkrise 2008 gesetzlich geboten ist. Es geht um einen bis heute nicht veröffentlichten Fehlbetrag der Staatskasse, der mit 800 Milliarden Euro oder mehr geschätzt wird. Keiner weiss, wo das Geld geblieben ist. Das ist wahrlich unfassbar! **Das sind Termiten in Berlin!** Der Missstand hält bis heute an; es droht Verjährung.

Siehe Anlage AG-2, dort S. 13, ganze Ziffer e).

Das Widerstandsrecht ist historisch die Grundlage der bürgerlichen Verfassungsbewegung. Es ist die rechtliche Form der Revolution. Die amerikanische Revolution war rechtlich die Ausübung des naturrechtlichen Widerstandsrechts gegen die Steuerhoheit des Britischen Empire, die auferlegt wurde, ohne Beteiligung der amerikanischen Siedler am Parlament in London. Dies ist bei der Auslegung von Art. 20 Abs. 4 GG zu berücksichtigen.

Das aus dieser Wurzel hervorgegangene Staatswesen, die USA, ist die bislang erfolgreichste Nation in der Geschichte. Dieses Beispiel aus der Geschichte gibt Mut und Hoffnung für die Zukunft, die im vorliegenden Fall durch die Ablehnung des Durchsuchungsbeschlusses gestaltet werden kann.

Überlegen Sie sich bitte zusätzlich zu den üblichen juristischen Formalien, welche Zukunft Sie für sich und Ihre Familie wählen wollen. Das Grundgesetz sieht eine Ordnung der Freiheit vor. Diese Ordnung der Freiheit ist derzeit einer massiven Bedrohung ausgesetzt. Es ist auf's Äusserste wünschenswert, dass die Konfliktsituation einen rechtsförmigen Ausgang findet. Dies ist nur möglich, wenn mit der Situation in höchster Verantwortung umgegangen wird.

Die eigentliche Katastrophe zeigt sich erst in der näheren rechtlichen Betrachtung des Panoptikums genannt deutscher Staat. Dazu sei auf das acht-seitige Rechtsgutachten des Unterzeichneten in der

Anlage AG-5 Rechtsgutachten

verwiesen, das insgesamt zum Gegenstand dieses Schriftsatzes erklärt wird.

Dr. jur. Stefan Grossmann

Anlagen AG-1 bis AG-5

Besuch am 4. Juli 2012
kurz nach 12 Mittags Sf

Finanzamt
Hanau

HESSEN

Finanzamt Hanau, Postfach 14 52, 63404 Hanau

Herrn
Dr. Stefan Grossmann
Meisenweg 15
63454 Hanau

IdNr.	**63 092 945 811**
Steuernummer/ Geschäftszeichen	**22 425 57149 - Voll - PFD**
Bearbeiter/in	Herr Seibert
Zimmer	A 115
Telefon	(06181) 101-335, 0170/56 59 59 8
Fax	(06181) 101-591
Dienstgebäude	Willy-Brandt-Str. 23
Ihr Zeichen	
Ihre Nachricht	
Datum	04.07.2012

Zahlungsaufforderung

Sehr geehrter Herr Dr. Grossmann,

ich bin beauftragt, Ihre Rückstände durch Zwangsvollstreckung beizutreiben. Da ich Sie heute um __________ Uhr nicht angetroffen habe, fordere ich Sie auf, die von Ihnen bisher nicht entrichteten Beträge in Höhe von **170,00 €** (Aufgliederung siehe Anlage) umgehend zu zahlen.

Ansonsten werde ich Sie am __________ zwischen __________ und __________ Uhr erneut aufsuchen und erforderlichenfalls Vollstreckungsmaßnahmen durchführen. Dadurch entstehen Ihnen weitere Kosten. Sollte ich Sie dann wieder nicht antreffen, werde ich nach § 287 der Abgabenordnung eine richterliche Durchsuchungsanordnung beantragen und mir gegebenenfalls durch Türöffnung Zutritt zu Ihren Räumen verschaffen. Entstehende Kosten gehen auch in diesem Fall zu Ihren Lasten. **Für Rückfragen stehe ich unter der oben genannten Telefonnummer in der Zeit von 06:30 bis 08:30 Uhr im Finanzamt zur Verfügung. Ansonsten erreichen Sie mich unter der folgenden Mobiltelefonnummer: 0170/56 59 59 8,**

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

Seibert

Anlage: 1 Aufstellung der Rückstände

Bitte geben Sie stets die IdNr(n). und vorerst zusätzlich die Steuernummer oder das Geschäftszeichen an. Vielen Dank!

Sprechzeiten: Finanzservicestelle (FIS) - montags bis mittwochs von 07:30 - 15:30 Uhr, donnerstags von 14:00 - 18:00 Uhr und freitags von 07:30 - 12:00 Uhr oder nach Vereinbarung
Gleitende Arbeitszeit: Anrufe bitte in der Telefon-FIS montags bis donnerstags von 08:00 - 15:30 Uhr und freitags von 08:00 - 12:00 Uhr
Anschrift: Willy-Brandt-Straße 23 · 63450 Hanau · Telefon (0 61 81) 1 01-1 · Telefax (0 61 81) 1 01-5 01
E-Mail: poststelle@FA-HAN.Hessen.de · Internet: www.finanzamt-hanau.de

Friedrichstraße, Linien 2 und 5

IdNr.: 63 092 945 811
Geschäftszeichen: 22 425 57149 - Voll - PFD

04.07.2012

Herrn
Dr. Stefan Grossmann
Meisenweg 15
63454 Hanau

Bankverbindungen: Landesbank Hessen-Thüringen, BLZ 500 500 00, Kto 1 000 314, BIC HELADEFFXXX, IBAN DE78 5005 0000 0001 0003 14 · DT BBK Fil Frankfurt am Main, BLZ 500 000 00, Kto 50 601 500

☐ Anlage zur Zahlungsaufforderung des Vollziehungsbeamten

☐ Anlage zur Pfändungsniederschrift vom __________

Schuldgrund	Zeitraum	Fälligkeit	Schuldbetrag	Säumniszuschläge
			€	€
1	2	3	4	5
1. Zwangsgeld wegen Nichtabgabe der Einkommensteuererklärung	**2010**	**06.02.12**	**150,00**	
Summe:			150,00	0,00
Summe Sp. 4 und 5:			150,00	
Vollstreckungskosten			20,00	
Gesamtbetrag			170,00	

Finanzamt
Hanau

63450 Hanau, 26.01.2012
Willy-Brandt-Str. 23
Tel. 06181/101-1
Telefax 06181/101501
Zi.Nr. AN 3 /Ap.Nr. A03
Öffnungszeiten:
Mo.-Mi.7.30-15.30,Do.
14.00-18,Fr.7.30-12.00

Steuernummer: 022 425 57149
IDNr. Stpfl.: 63 092 945 811

Finanzamt,Pf. 1452, 63404 Hanau

DV 01 0,55 Deutsche Post

* 8122 * 39 * 001776 * 26 01 *

Herrn
Dr. Stefan
Grossmann
Meisenweg 15
63454 Hanau

Bescheid über die Zwangsgeldfestsetzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sind der Aufforderung vom **01.12.2011**, die nachstehend genannte(n) Steuererklärung(en) abzugeben, bis zum **16.01.2012** (Auswertungsstichtag) nicht nachgekommen.

Gründe für die Nichtabgabe der Steuererklärung(en) haben Sie trotz Aufforderung nicht angegeben. Unter Bezugnahme auf die Zwangsgeldandrohung vom **01.12.2011** wird/werden zur Erzwingung der Abgabe der aufgeführten Steuererklärung(en) folgende(s) Zwangsgeld(er) festgesetzt (§§ 328 Abs. 1, 333 der Abgabenordnung (AO)):

Art der einzureichenden Steuererklärung(en)	Zeitraum	die Erklärung(en) ist/sind abzugeben gem. §149 AO iVm. §	Zwangsgeldnummer	Zwangsgeld in Euro
Einkommensteuer	2010	25 (3) EStG 56, 60 EStDV	003110	150

24546100187101010014

Das/Die festgesetzten Zwangsgeld(er) ist/sind spätestens bis zum **06.02.2012** unter Angabe der Zwangsgeldnummer(n) und der Steuernummer an das Finanzamt auf eines der unten angegebenen Konten zu zahlen.

Sofern Sie weder der vorstehenden Zahlungsaufforderung nachkommen noch die Abgabeverpflichtung erfüllen, müssen Sie - ohne vorherige Mahnung - mit Vollstreckungsmaßnahmen rechnen. Das Finanzamt wird von Vollstreckungsmaßnahmen (einschließlich einer Aufrechnung gegen Erstattungsansprüche) jedoch absehen, sobald Sie die Steuererklärung(en) abgeben.
Die Kosten der Zwangsvollstreckung hat dabei der Steuerbürger zu tragen. Im Falle der Uneinbringlichkeit des Zwangsgeldes kann es auf Antrag des Finanzamts durch das zuständige Amtsgericht in Ersatzzwangshaft umgewandelt werden (§ 334 AO).
Sie können mit sofortiger Abgabe der Steuererklärung(en) die Beendigung des Zwangsgeldverfahrens erreichen (§ 335 AO).

Die Zahlung des/der Zwangsgeldes(er) befreit nicht von der Verpflichtung zur Abgabe der oben genannten Steuererklärung(en) nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck in Papierform oder (sofern möglich) elektronisch über ELSTER (www.elster.de).

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Finanzamt

Rechtsbehelfsbelehrung siehe Rückseite

Kontonummer	Kreditinstitut	BLZ
1000314	Landesbank Hessen-Thüringen	50050000
50601500	DT BBK Fil Frankfurt	50000000

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

Einwurf durch Boten!
Finanzamt Hanau
Freiheitsplatz 2
63450 Hanau

15. März 2011

Einkommensteuererklärung Dr. Stefan Grossmann für 2009
ID-Nr. 63 092 945 811
Steuernr. 22 425 57149
Hier: Verweigerung der Steuererklärung nach Art. 20 Abs. 4 GG

Sehr geehrte Damen und Herren:

Sie fordern mich auf, meine Einkommensteuererklärung für 2009 abzugeben (Ihr Bescheid vom 18.02.2011 und vorher, Frist: 15.03.2011).

Ich ***verweigere*** hiermit die Abgabe einer Steuerklärung unter Berufung auf Artikel 20 Abs. 4 Grundgesetz (GG). Zur Begründung führe ich an, dass wir in einer Diktatur leben, die dem Grundgesetz ausreichend deutlich widerspricht. Ich lehne es ab, bei der Finanzierung derselben mitzuwirken. Andere Abhilfe ist nicht möglich.

Übersicht:

1. a) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Ableger der Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Das Grundgesetz von 1949 wurde nach dem Vorbild der Bundesverfassung der USA in Kraft gesetzt. Tatsächlich waren und sind die

USA keine Demokratie sondern eine oligarchische Scheindemokratie. Dieser Tatbestand findet sich bis heute in der Realität der Bundesrepublik Deutschland widergespiegelt. Das Widerstandsrecht nach Art. 20. Abs. 4 GG ist deshalb begründet.

b) Dem äusseren Anschein nach ist die Bundesrepublik Deutschland eine sogenannte Parteiendemokratie. Die Parteien sind, soweit die Auswahl der wesentlichen Kandidaten (beispielsweise Kanzlerin Angela Merkel) in Rede steht, in Wahrheit jedoch Tarnorganisationen einer oligarchischen Diktatur. Letztere bestimmt durch die nichtöffentlichen Konferenzen der sogenannten Bilderberg-Gruppe, einer Versammlung von Banken- und Industriedelegierten, massgeblich die Auswahl wesentlicher Wahlkandidaten (undemokratische Vorgabe von Wahlkandidaten). Das Widerstandsrecht nach Art. 20. Abs. 4 GG ist deshalb zusätzlich begründet.

c) Die Bilderberg-Gruppe beeinflusst zusätzlich zum soeben Gesagten allein massgeblich die Politik der wesentlichen Politiker der Bundesrepublik Deutschland. Ein Beispiel ist deren Verhalten in der sogenannten Bankenkrise, als der Staat (i) ohne gesetzgeberisch Massnahmen jahrelang untätig zugeschaut hat, wie sich die Krise aufbaut, und dann (ii) aus Steuermitteln mit mehreren hundert Milliarden Euro an Zahlungen und Garantieren marode Banken vor der Insolvenz gerettet hat. Dies war eine undemokratisch bestimmte Politik der Bilderberg-Gruppe. Im Ergebnis handelt es sich um die Veruntreuung von mehreren hundert Milliarden Euro an Steuergeldern im Auftrag einer diktatorischen Oligarchie. Das Widerstandsrecht nach Art. 20. Abs. 4 GG ist deshalb zusätzlich begründet.

d) Angela Merkel ist die Tochter des ehemaligen Nazi- Diktators Adolf Hitler, der in hohem Alter in Südamerika verstorben ist. Adolf Hitler kam seinerzeit durch Machenschaften derselben oligarchischen Diktatur an die Macht, die Angela Merkel auf den Schild gehoben hat. Diese brisante Wahrheit der deutschen und anglo-amerikanischen Geschichte wird seit einigen Jahren von der englischsprachigen und israelischen Geschichtsforschung aufgearbeitet. Die Abstammung von Angela Merkel vom sogenannten „Führer“ Adolf Hitler ist durch genetisches Sachverständigengutachten nachzuweisen. Das Widerstandsrecht nach Art. 20. Abs. 4 GG ist deshalb zusätzlich begründet.

e) Das Hauptwerkzeug für die soeben umrissene Veruntreuung von Steuergeldern in der Bundesrepublik Deutschland war die Kanzlerin Angela Merkel. Zunächst hatte die CDU/CSU den populären Kanzlerkandidaten Christian Wulff. Erst kurz vor der Bundestagswahl platztierte sich die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel als Kanzlerkandidatin, was wie vorherzusehen zu einer grossen Koalition führte. Merkel handelte im Auftrag und unter Führung der Bilderberg-Gruppe und deren Auftraggebern, um das Steuervermögen der Bundesrepublik Deutschland beiseite zu schaffen, was sie auch erfolgreich erzielte. Das Widerstandsrecht nach Art. 20. Abs. 4 GG ist deshalb zusätzlich begründet.

f) Die oligarchische Diktatur hat sich in den USA in den Jahrzehnten nach dem amerikanischen Bürgerkrieg (1862-1865) etabliert. Seit jener Zeit sind die USA eine Scheindemokratie mit einem Schattenhaushalt. Anfang dieses Jahrhunderts belief sich ausweislich der amtlichen Revisionsberichte des amerikanischen Bundesrechnungshofs auf über eine Billion (tausend Milliarden) US-Dollar pro Jahr. Der Schattenhaushalt geht auf Adolf Hitler zurück, der von der anglo-amerikanischen Plutokratie finanziert wurde. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 war die Gründung einer amerikanischen Satrapie nach dem Modell der amerikanischen Scheindemokratie. Die Verwendung der deutschen Steuergelder in der Bankenkrise ist Teil des Schattenhaushalts der Oligarchie. Das Widerstandsrecht nach Art. 20. Abs. 4 GG ist deshalb zusätzlich begründet.

2. Das Vorstehende erfüllt den Tatbestand des staatsrechtlichen Widerstandsrechts nach Art. 20. Abs. 4 GG. Artikel 20 GG lautet wie folgt:

„(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Diesen Vorschriften zuwider geht in Deutschland die Staatsgewalt nicht vom Volke aus, sondern von einem geheim tagenden Industrie- und Banken-parlament, der Bilderberg-Gruppe. Dessen Vertreter werden nicht vom Volk gewählt. Dieses Gremium schreibt den sogenannten demokratischen Parteien vor, welche wesentlichen Kandidaten und Kandidatinnen sie zu Wahlen aufzustellen haben. Die von diesem Gremium an die Macht gebrachten Kandidaten und Kandidatinnen führen eine Politik aus, die nicht vom Volk ausgeht. Die Politik dient den körperschaftlichen Interessen grosser Finanz-institute und Industrieunternehmen. Diese sogenannten Aktiengesellschaften sind juristische Personen und in dem System Bürger erster Klasse. Die sogenannten natürlichen Personen (biologische Wesen der Gattung homo sapiens) sind entgegen dem Leitbild des Grundgesetzes bestenfalls Bürger zweiter Klasse, die als Sklavenkaste Personen dienen muss, deren Existenz vom Recht fingiert wird (sogenannten Aktiengesellschaften). Dies ist grundgesetzwidrig. Es schreibt zugleich eine Staatsreligion fest, nämlich die Verehrung heidnischer Wesenheiten (fiktiver juristischen Personen) in einem bibelfeindlichen Geldkult (Verehrung von Banken und anderen Aktiengesell-schaften). Dies ist zugleich eine Verletzung der Glaubensfreiheit.

3. Verletzte Grundrechte des Grundgesetzes sind: Artikel 1 (Menschenwürde), 2 (allgemeine Handlungsfreiheit), 4 Abs. 1 (Glaubensfreiheit). Nach diesseitiger Auffassung bildet das Widerstandsrecht in Art. 20 Abs. 4 GG ein grundrechts-gleiches Recht.

Im einzelnen:

4. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Demokratie, sondern ist eine oligarchische Diktatur des Geldes mit vorgetäuschter demokratischer Fassade (oligarchische Scheindemokratie). Dieses wird im folgenden nachgewiesen unter drei Aspekten: Die Diktatur des Geldes als anonymes System (volks-wirtschaftliche Analyse) (Teil 1), Die Diktatur des Geldes durch die Bilderberger-Versammlungen (Teil 2), Die Diktatur des Geldes als Weltregierung seit Ende des 19ten Jahrhunderts (Teil 3).

Teil 1
Die Diktatur des Geldes als anonymes System
(volkswirtschaftliche Analyse)

5. Der Leitgedanke dieses Teils ist das bekannte Sprichwort: Geld regiert die Welt. Das ist volkswirtschaftlich nachgewiesen. Es wird bezug genommen auf das Standardwerk von Universitätsprofessor Karl-Heinz Brodbeck, Die Herrschaft des Geldes, Geschichte und Systematik, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 2009, 1193 Seiten (fortan zitiert als: Brodbeck).

6. Auf dem gelben Bucheinband (hinten) von Brodbeck heisst es unter anderem:

> „In seiner umfassenden Studie zum Charakter des Geldes als einer Erkenntnisform zeigt Karl-Heinz-Brodbeck, wie nicht wir die Geldwirtschaft organisieren, sondern sie uns."

Der Rest dieses Teils 1 belegt diese Darstellung des Ist-Zustandes durch beispielhafte Einzelheiten aus Brodbeck. Ergänzend wird umfassend auf die gesamte Darstellung bei Brodbeck bezug genommen.

7. Folgende wörtliche Zitate aus Brodbeck seien vollständig als Teil dieses Schriftsatzes angeführt (Hervorhebungen im Original; Nachweise für Binnenzitate sind bei Bedarf in dem Buch nachzuschlagen):

Brodbeck, Zitate Seite 848:

„Das, was von Ökonomen und Philosophen als *höchste Form* der Ratio gepriesen wird, die berechnende Haltung allen Dingen gegenüber, führt zu einer neuen, anderen Leidenschaft: der Geldgier. (…) Darin liegt die tiefe Verblendung der Moderne, die im Herz ihrer beherrschenden Ratio eine irrationale Leidenschaft verbirgt und ihr die Herrschaft über das Subjekt und die Vergesellschaftung einräumt. Ich nenne diese Leidenschaft *irrational,* weil sie Ratio als *Motiv* bewegt und sich gleichwohl in ihr verbirgt, d.h. *als* Ratio erscheint. Insofern bleibt die Diagnose der ‚Dialektik der Aufklärung' richtig: ‚(D)ie Vernunft ist ihre eigene Krankheit.'[Fussnote 2, an der Buchstelle

nachzuschlagen.] Die Menschen, die an dieser Krankheit leiden - ‚Globalisierung' heißt die verbreitete Diagnose dieser Krankheit -, verhalten sich auch genau so: ‚Sie können wie Kranke nur von ihrer Krankheit sprechen.' [Fussnote 3] Die Berechnung, die Sorge ums Geld erfüllt den Geist und den Alltag, und jeder noch so ferne Gedanke findet früher oder später sein monetäres Aber."

Brodbeck, Zitat Seite 849:
„Diese abstrakte Leidenschaft der Geldgier findet ihre *ökonomische* Form im Gewinn des Kaufmanns und wiederum darin eingebettet im Zins des Wucherers. Der Wucherer hat nur andere Namen (Bankier, Mafiosi, Fondsmanager etc.) erhalten in seinem Sieges-zug und der Eroberung nahezu aller Gesellschaften auf diesem Planeten."

Brodbeck, Zitate Seite 893:
[Überschrift:] „Die Herrschaft der Geldgier"
Im Reigen der menschlichen Eigenschaften wurde schon von alters her *eine* besondere Leidenschaft anders beurteilt, weil sie dem Denken einige Rätsel aufgibt: Die Geldgier. (…) Das Bewusstsein von der Herrschaft dieser Untugend ist gleichwohl zu keiner Zeit geschwunden; auch heute ist es im Alltag gegenwärtig." [Fussnote 2, Text wie folgt:]
„‘Die Geldgier von wenigen darf nicht länger Weltkrisen auslösen'(Die Zeit 42/1998); ‚Der ewiggleiche Antrieb: Geldgier (stern.de 20.2.2003); ‚Geldgier, Machtrausch, gute Kontakte' (Berliner Zeitung, 15.5.2006); ‚Korruption, Geldgier, Selbstmord' (ZEIT online 7.2.2006); ‚Geldgier – die andere Dimension' (Hamburger Abendblatt 16.3.2006); Das Motiv: Geldgier' (ZDFheute.de 9.7.2002); ‚Geldgier war es auf jeden Fall' (stern.de 2.6.2005); ‚Und immer wieder Geldgier' (Die Tagespost 23.10.2003); ‚Geldgier ersetzt die Kultur' (Die Welt 20.4.2006); ‚Gier ohne Grenzen' (SPIEGEL online 17.8.2007); Es ist niederschmetternd. Die Wall Street dreht sich wirklich um Habgier' (Bear-Sterns Broker Stephen Raphael in: SPIEGEL online 18.3.2008). [Ende der Fussnote.]
„Die Geldgier ist eine *Leidenschaft*, allerdings mit einem völlig anderen Inhalt als andere menschliche Affekte. Das Ziel der Geldgier ist nicht der *Genuss der aufgehoben-en Leidenschaft in ihrer Erfüllung*. Sie findet nicht in der Vereinigung mit dem Begehrten Objekt ihre Ruhe, weil ihr Inhalt nicht der Genuss - wie bei der Genusssucht -, sondern das Objekt selbst ist. Zutreffend wurde die Geldgier auch als *Habsucht*

bezeichnet, die Begierde, ein Objekt bloss *haben* zu wollen. Deshalb wird diese Form der Begierde immer wieder als Krankheit, als *Wahnsinn* beschrieben.“

Brodbeck, Zitat Seite 894:

„Der Begriff der Habsucht drückt diesen verrückten Aspekt, ein Ding *haben*, nicht es genießen zu wollen, korrekt aus; gleichwohl ist er als allgemeiner Name für die Geldgier ungeeignet. Die Habsucht kann sich auf *vielerlei* Objekte beziehen. Und frühe Herrscher zeigen in ihrer Gier eine durchaus differenzierte Neigung: Nach Land, Pferden, Frauen, Waffen usw. Die Geldgier erbt diese Habsucht als *formale* Struktur, entleert sie aber ihrer spezifischen Inhalte.“

Brodbeck, Zitat Seite 899:

„Wie immer eine Geldökonomie auch sonst in tradierte Moralvorstellungen, ‚ethische Werte‘ oder besondere *rechtliche* Normierungen von Moralregeln eingebettet sein mag, *in ihrem Zentrum* vollzieht sich alltäglich ein Prozess, in dem die übrigen Moralregeln bezüglich *eines* Handlungstyps außer Kraft gesetzt sind: dem Gelderwerb. Dem Geldbesitzer sieht man nicht an, ob er das Geld durch ehrliche Arbeit, durch spekulative Erpessung auf einem anderen Markt, durch Diebstahl oder durch die hoheitlichen Funktionen des Staates und des Rechts, seine Bürger um einen Teil ihres Geldbesitzes durch Steuern zu erleichtern, gewonnen hat.“

Brodbeck, Zitate Seite 900:

„Der Gelderwerb bewegt sich also *außerhalb* der anderen Moralregeln und ist insofern in seiner Struktur *amoralisch.* Denn der Markt errichtet im reinen Kaufakt keine moralische Schranke – außer der *Händlermoral der Zahlungsfähigkeit,* also des hinreichenden Geldbesitzes. (…) Das Geldsubjekt ist damit in seiner aus der Geldrechnung stammenden subjektiven Form als ein *amoralisches* Wesen charakterisiert, das aus seiner Verfassung heraus jederzeit eine *antimoralische* Handlungsweise entfalten kann, wenn es in seinem Streben auf moralischen Widerstand stößt. (…) Doch dieses Streben ist je schon von allen anderen Moralregeln entbunden, oder, genauer gesagt, es kann solche Moralregeln nun *seinerseits* für sein Ziel (Steigerung des Geldbesitzes) instrumentalisieren.“

Brodbeck, Zitat Seite 917:

„All diese Phänomene besagen nur eins: Der historische Triumphzug der kaufmännischen Subsumtion der Handlungen, der Produktion unter die Abstraktion der Geldrechnung und das Ziel der Geldvermehrung, sichtbar in der *funktionierenden* Technik in der Gesellschaft, wird von einem immer breiter werdenden Strom der Zerstörung des Lebensraums unseres Planeten begleitet. Darin offenbart sich die einfache Wahrheit, dass die Abstraktion der Zahl zwar eine Seite der Natur als Funktion zutreffend beschreibt, zugleich aber die *menschliche* Natur, die in ihren übrigen Naturformen eingebettet bleibt, und die natürliche Umwelt langfristig zerstört. Es wäre also völlig naiv, zu glauben, man könnte die Form der Naturbeherrschung durch die berechnende Technik gleichsam von ihrer kaufmännischen Beherrschung befreien und *unmittelbar* sowohl menschlichen Bedürfnissen zugänglich machen wie die Natur in ihren Formen bewahren. Eine andere Gesellschaft, die sich von **der totalitären Versklavung der Geldgier und der Geldrechnung** zu befreien trachtet, kommt nicht umhin, auch eine neue Wissenschaft von der Natur zu entwickeln.“ [Fettdruck durch Dr. S.G. hinzugefügt.]

In den Augen des bedeutenden deutschen Volkswirts Karl-Heinz Brodbeck befindet sich also die Gesellschaft in demjenigen, was er wörtlich zu Recht als „der totalitären Versklavung der Geldgier und der Geldrechnung“ bezeichnet. Dies ist ein Zustand, der bei näherer Detailbetrachtung (siehe nachfolgend Teile 2 und 3) dem Grundgesetz Hohn spricht und das Widerstandsrecht in Art. 20 Abs. 4 GG gegenüber Forderungen des Finanzamts begründet.

Teil 2
Die Diktatur des Geldes durch die Bilderberger-Versammlungen

8. Wesentliche Funktionen der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes sind heute an ein Gremium abgetreten, das der Werteordnung des Grundgesetzes wesensfremd ist, nämlich der Bilderberger-Versammlung. Dies ist eine konkrete politische Ausformung „der totalitären Versklavung der Geldgier und der Geldrechnung“ (Brodbeck, siehe vorstehend Seite 8 und davor). Das Bilderberger-Phänomen ist seit längerer Zeit durch eine wachsende Zahl von Berichten bekannt und wird dabei auch vielfach als ein globales verfassungsrechtliches Problem erkannt, allerdings nicht von Regierungsseite und bislang auch nicht von Seiten der (Verfassungs-)Justiz. Das Phänomen ist deshalb hier mit Fokus auf Deutschland aufzuarbeiten.

9. Zunächst folgt in Stichworten ein Profil der Bilderberger-Versammlung:

Die Bilderberger-Versammlung
Profil

- ► faschistisch-korporativer Weltparteitag, Geheimparlament von Banken und Industrie von wesentlichem Einfluss
- ► Dienst am heidnisch-satanischen Kultwucher und dessen Verbreitung als wahnhaft-genozidale Staatsreligion
- ► parasitäre Steuerung nationaler politischer Parteien, Zuarbeit zur okkulten Weltzentralbank (Vatikan)
- ► gegründet 1954 durch das niederländische Königshaus und die Familie Rockefeller
- ► Delegierte aus einem gestaffelten System der Finanzoligarchie
- ► jährlich tagend an wechselnden geheimgehaltenen Orten
- ► organisiert durch einen Lenkungsausschuss

10. Nunmehr folgt eine zusammenfassende Besprechung von fünf aktuellen journalistischen Büchern zum Thema mit dem Fokus auf Deutschland, Angela Merkel und der sogenannten Finanzkrise. Bei der Lektüre der Bücher erhärtet sich der Verdacht, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Maulwurf (eine subversive Politikagentin) der Bilderberger-Versammlung ist, und dass die sogenannte Finanzkrise nebst deren Lösung durch viele Milliarden Euro aus deutschen Steuermitteln auf parasitärer (und somit antidemokratischer) Politikmanipulation durch die Bilderberger-Versammlung und ihrer Spione (insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel) beruht. Das wesentliche Politikelement, die Bilderberger-Versammlung, ist danach eine subversive verfassungsfeindliche und grundgesetzwidrige Tarnorganisation des Weltverbrechens. Mangels anderer Handlungsalternativen (etwa die Stimmabgabe bei Wahlen) begründet ein solcher Zustand das Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4 GG gegenüber jedweden Forderungen deutscher Finanzämter.

Die fünf Buchbesprechungen mir vorliegender Bücher wurden aus dem Internet von www.amazon.de übernommen.

a) Besprechung von: Andreas von Rétyi, Bilderberger, Das geheime Zentrum der Macht, 3. Auflage, Rottenburg 2010, 315 Seiten

Unsere Weltgeschichte ist nicht das Ergebnis von Zufällen, sondern vielmehr von präziser Planung. Vor mehr als einem halben Jahrhundert formierte sich im Geheimen eine machtvolle Gruppe, um die Geschicke dieses Planeten in die Hand zu nehmen und die Welt im Interesse der Superreichen zu lenken. Eine ganze Reihe entscheidender Ereignisse in Politik und Wirtschaft gehen auf subtile Manipulation zurück. Ziel: Globale Kontrolle als totale Kontrolle. 1954 versammelten sich die „Hohepriester der Macht und Globalisierung“ unter strengster Geheimhaltung erstmals im niederländischen Hotel de Bilderberg. Seitdem treffen sich die „Bilderberger“ einmal im Jahr in den vornehmsten Hotels der Welt. Was dort hinter verschlossenen Türen beraten wird, bleibt unter Verschluß. Und die Massenmedien schweigen ebenso. Sie berichten nicht einmal über die Tatsache, daß diese Konferenzen stattfinden. Viele Journalisten, die den Bilderbergern zu nahe kamen, wurden verfolgt, verhaftet und bedroht. Was die

Bilderberger entscheiden, geht uns alle an – denn sie legen unser aller Zukunft fest. Sie zählen zu den zentralen Organen einer weltweit agierenden Schattenregierung. – Wurde US-Präsident Bill Clinton in Deutschland gewählt? – Wie und warum „schuf" Bilderberg die Ölkrise? – Entschieden die Bilderberger über den Fall der Berliner Mauer? – Stürzten die „Hohepriester" Gerhard Schröder? – Wurden die beiden Bilderberger Alfred Herrhausen und Olof Palme ermordet, weil sie sich gegen Bilderberg stellten? – Welche Zukunftspläne haben die Bilderberger für die Welt?

b) Besprechung von: Daniel Estulin, Die wahre Geschichte der Bilderberger, 2. Auflage, Rottenburg 2009 (im Amerikanischen erschienen 2005), 287 Seiten

Im Jahre 1954 trafen sich die weltweit mächtigsten Männer zum ersten Mal unter der Schirmherrschaft der holländischen Krone und der Rockefeller-Familie im Luxushotel Bilderberg in dem kleinen holländischen Städtchen Oosterbeck. Ein ganzes Wochenende lang debattierten sie über die Zukunft der Welt. Im Anschluß daran beschlossen sie, sich jedes Jahr einmal zu treffen, um Ideen auszutauschen und internationale Angelegenheiten zu erörtern. Sie nannten sich Bilderberg-Club. Seither treffen sie sich jedes Jahr im Geheimen in einem anderen Luxushotel und bestimmen über das Schicksal der Menschheit. Zu den handverlesenen Mitgliedern gehören Präsidenten, Regierungschefs, hochrangige Politiker, Wirtschaftsbosse, Bankiers und die einflußreichsten Journalisten aus der ganzen Welt. Seit über 15 Jahren recherchiert der spanische Journalist Daniel Estulin die geheimen Versammlungen der Bilderberger und ihre Ziele. Er begann eine Untersuchung, die alles von ihm forderte; tatsächlich wurde sie sein Lebenswerk. Langsam, nach und nach durchdrang er die Sicherheitsbereiche, von denen die Bilderberger umgeben sind. Indem er Techniken benutzte, die an die Spionagetaktiken der Geheimdienste erinnern, und indem er mehrmals sein Leben riskierte, erfuhr er, was hinter den verschlossenen Türen der Luxushotels gesprochen wurde. In diesem Buch macht er erstmals sein Wissen der Öffentlichkeit zugänglich. Was er bei seinen Recherchen entdeckte, ist bestürzend. Die Bilderberger sind nicht einfach ein Zentrum mit einem starken Einfluß, sie sind eine geheime Weltregierung. Bei ihren jährlichen Treffen entscheiden sie unter strengster Geheimhaltung, welche ihrer Pläne wie umgesetzt und ausgeführt werden sollen. Die wahre Geschichte der Bilderberger blickt hinter die Kulissen dieser geheimen Treffen und beleuchtet auch die gleichgesinnten

Parallelorganisationen Council on Foreign Relations und Trilaterale Kommission. Es war Benjamin Disraeli, Englands Premierminister, der sagte: „Die Welt wird von ganz anderen Persönlichkeiten regiert als diejenigen glauben, die nicht hinter die Kulissen blicken.“ Die wahre Geschichte der Bilderberger enthält bislang unveröffentlichte Fotos und Aufzeichnungen von Treffen, die die vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Pläne der Elite der Bilderberger aufdecken.

c) Besprechung von: Gerhard Wisnewski, Drahtzieher der Macht, Die Bilderberger – Verschwörung der Spitzen von Wirtschaft, Politik und Medien, München 2010, 320 Seiten

Angela Merkel war dabei. Joschka Fischer war dabei, ebenso Henry Kissinger, David Rockefeller und Josef Ackermann. Seit 1954 trifft sich jedes Jahr ein diskreter Zirkel der Mächtigen aus Wirtschaft, Politik und Medien: die Bilderberger. Gerhard Wisnewski deckt die Geschichte dieser geheimen Elite auf, er nennt die Teilnehmer, ihre Ziele und Absichten. Ein Aufdeckerbuch im besten Sinne – mit hohem Medienpotenzial.

d) Besprechung von: Leo Müller, Bank-Räuber, Wie kriminelle Manager und unfähige Politiker uns in den Ruin treiben, Berlin, 2. Auflage 2010, 384 Seiten

Nominiert für den Handelsblatt Wirtschaftsbuchpreis 2010

Wie kommt es, dass die spanische Santander-Gruppe in den Krisenjahren 2007 und 2008 fast 18 Milliarden Euro verdiente, während die zehn größten deutschen Banken im gleichen Zeitraum 23 Milliarden Euro Verluste schrieben? Woran liegt es, dass Schweizerische Kantonalbanken ihren Bürgen konstante Dividenden ablieferten, während die vier großen deutschen Landesbanken den Steuerzahlern ein Milliardengrab hinterließen? Warum konnten die Landesbanken mit dem Geld der Bürger ungestört Wall Street spielen? Wieso stehen heute die größten Bad Banks der Welt in Deutschland? Und wie konnte es so weit kommen, dass die Deutschen für ihre staatliche Bankenrettung heute mehr investieren als die Amerikaner?

Diese Finanzkrise ist das Werk einer unheiligen Allianz aus kriminellen Managern und unfähigen Politikern, schreibt der Wirtschaftsautor Leo Müller. Er liefert eine ebenso minutiöse wie schonungslose Analyse der fahrlässigen und rücksichtslosen Machenschaften in der Finanzwelt.

Leo Müller nimmt die Leser mit auf eine spannende Spurensuche in die abgeschottete Welt der Finanzgauner und enthüllt schockierende Fakten. Er beschreibt, wie die Deals abliefen, wie die Öffentlichkeit getäuscht wurde und die Wahrheit über die riskanten Geschäfte in den Bankbilanzen verschwiegen wurden: Die erste Kriminalgeschichte der Finanzkrise.

e) Besprechung von: Bernd Schünemann, Die sogenannte Finanzkrise – Systemversagen oder global organisierte Kriminalität?, Berlin 2010, 109 Seiten

Die sog. Finanz- oder Bankenkrise, die weltweit zu einer Kapitalvernichtung von Billionen Dollar und in Deutschland zum Beinahe-Zusammenbruch des gesamten Bankensystems geführt hat, war keine unvermeidbare Naturkatastrophe, sondern Menschenwerk, nämlich das voraussehbare Ergebnis gigantischer Finanztransaktionen mit auf minderwertige amerikanische Hypotheken ausgegebenen Wertpapieren. Obwohl ein durch die Rettungsaktion von Regierung und Parlament dem deutschen Steuerzahler überbürdeter Schaden in astronomischer Höhe (jedenfalls von dreistelligen Milliardenbeträgen) verursacht worden ist, obwohl die Bankmanager (die bis zum Zusammenbruch des Systems hohe Erfolgsprämien vergütet erhielten) durch ausgeklügelte Konstruktionen die Bankenaufsicht umgangen hatten und obwohl die in die Spekulationen tief verwickelten Landesbanken dabei außerhalb ihrer öffentlichen Aufgaben gehandelt haben, ist die Frage einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit (vor allem nach dem Straftatbestand der Untreue, § 266 StGB) bis heute nur selten gestellt und kaum näher untersucht worden. Diesem schwer begreiflichen Übelstand abzuhelfen und den Startschuss für eine breite und ergiebige Diskussion der Frage zu geben, ob die bisher größte je erlebte Finanzkatastrophe auf einem Systemversagen oder womöglich auf einer Form global organisierter Kriminalität beruht, ist das Ziel dieses Buches, das aus einem internationalen strafrechtswissenschaftlichen Symposium hervorgegangen ist.

11. Zum Abschluss dieses Teils folgt eine Darstellung fallrelevanter Textzitate aus den fünf vorgenannten Büchern. Dabei steht in Bezug auf die sogenannte Finanzkrise der Gesichtspunkt des Gewährenlassens durch Untätigkeit von Regierung und Gesetzgebung sowie die Nichtverfolgung von sich aufdrängenden Straftaten durch die Regierung im Vordergrund. Der Gesichtspunkt findet seine greifbare Erklärung darin, dass er eine subversive Politikmanipulation durch die Bilderberger-Gruppe und ihre Hintermänner und Spione widerspiegelt.

Den Recherchen zufolge ist die Bilderberger-Versammlung eine Gründung des Jesuitenordens und des englischen Geheimdienstes MI6 durch einen ihrer gemeinsamen Agenten, den polnischen Jesuitenpriester Joseph Hieronim Rettinger (1888-1960). Hierfür bestanden zunächst unter anderem idealistische Motive. Diese verflüchtigten sich jedoch in den Jahren nach der Gründung der Versammlung im Jahre 1954 zusehends. Heute sind die Bilderberger jedenfalls in ihrem Kern von etwa 80 Personen eine Machtelite, die die führenden Politiker der Welt bestimmen und ihre Vorstellungen weltweit durchsetzen.

Näheres zum Jesuitenorden wird unten am Ende von Teil 3 beschrieben. Dort findet sich auch Sachvortrag über die organisierte kultisch-religiöse Seite des oben von Brodbeck beschriebenen Geldwahns.

Im Grundgesetz steht nirgendwo, dass das Parlament und die Parteien einen grossen Bruder haben. Und doch ist es so. Hier sind erste Einzelheiten:

a) Besprechung von: Bernd Schünemann, Die sogenannte Finanzkrise – Systemversagen oder global organisierte Kriminalität?, Berlin 2010, 109 Seiten

Ein hochkarätig besetztes internationales Strafrechtssymposium in Andechs 2009 kommt in kaum verhüllten Worten und Emotionen zu dem Ergebnis, dass es unfassbar ist, dass noch zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der IKB und angesichts der dann folgenden finanziellen Krisenereignissen die sich aufdrängenden zahlreichen schweren Straftaten im Finanzsektor und in der Politik vor

einer staatlichen Strafverfolgung geschützt sind. Aus dem Vorwort des renommierten deutschen Strafrechtsprofessors Bernd Schünemann:

„Im Laufe der Erörterungen wurde es allen Teilnehmern immer rätselhafter, wieso es sich hierbei tatsächlich um die erste spezifisch strafrechtliche Tagung zu diesem Thema gehandelt hat: Über zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der IKB und der sich innerhalb eines weiteren Jahres Bahn brechenden Erkenntnis, dass (auch) deutsche Banken (darunter vor allem Landesbanken) durch die verschleierte, die deutsche Bankenaufsicht ausmanövrierende Investition in minderwerige US-amerikanische Papiere einen endgültig noch nicht absehbaren, von der Bundesregierung dem deutschen Steuerzahler überbürdeten Schaden in astronomischer Höhe (mindestens von dreistelligen Milliardenbeträgen) verursacht haben. Dass in einem Land, das sich sonst in Strafverfolgungspraxis und Strafverfolgungstheorie um jedes dubiose Vorkommnis akribisch kümmert, zuletzt in Gestalt der schwarzen Kassen in Wirtschaftsunternehmen und des Schwarzgeldes im Ausland (hier sogar unter regierungsamtlicher Anstiftung ausländischer Dunkelmänner zum strafbaren Geheimnisverrat), bei dieser nicht als Naturereignis hereinbrechenden, sondern durch vielfach wiederholte Entscheidungen deutscher Bankmanager verursachten Finanzkatastrophe seit 80 Jahren **bis heute nicht einmal eine sorgfältige Prüfung der Verantwortlichkeit in Angriff genommen wurde,** sondern in Politik und vielfach auch in der Wissenschaft von vornherein mit apologetischen Strategien gearbeitet wird, hat mich im Prinzip an die (vergleichsweise freilich winzige Dimensionen aufweisende) Parteispendenaffäre vor knapp 30 Jahren erinnert.“ (Hervorhebung in Fettdruck durch SG.)

Die Italiener haben für solche Situationen das Wort *Omertà* in ihrer Sprache, das Mafiagesetz, insbesondere das Mafiagesetz des Schweigens. Die jahrelange Nichtprüfung von möglichen Straftaten der Finanzkrise 2007-2009 ist ein schwerwiegender und handfester Beweis für eine mafiöse Politikmanipulation an höchster Stelle. Der Verdacht richtet sich auf ein dem Grundgesetz fremdes, durch keinen Staatsvertrag beauftragtes Machtgremium der Finanzoligarchie, nämlich die Bilderberger-Versammlung.

b) Das Unterlassen gesetzlich gebotener Ermittlungen ist umso gravierender, als die zahlreichen konkreten Verdachtsmomente durchaus bekannt sind, siehe: Leo Müller, Bank-Räuber, Wie kriminelle Manager und unfähige Politiker uns in den Ruin treiben, Berlin, 2. Auflage 2010, 384 Seiten. Die kriminellen Strukturen, die bei der Prüfung schon dieses einen Buchs eines Wirtschaftsjournalisten zutage treten, zeichnen Umrisse eines antidemokratischen Parasitenstaats im Schatten der darübergehaltenen Regierungshand.

Es wird auf das Buch insgesamt bezug genommen.

c) Zitate aus: Andreas von Rétyi, Bilderberger, Das geheime Zentrum der Macht, 3. Auflage, Rottenburg 2010, 315 Seiten
„Zumindest 99,99999 Prozent der Weltbevölkerung sind mit Blick auf die Faken nicht informiert und daher ‚unmündig', solange Geheimnisse und Geheimkonferenzen existieren." (von Rétyi, Seite 23)
„Tatsache aber ist, dass diese Gruppe im Laufe der vielen Jahre eine sehr massive Entwicklung durchgemacht hat und auch die ursprünglichen Motive sich teilweise extrem geändert haben." (von Rétyi, Seite 79)
„Retinger konnte nicht ahnen, was er letztlich mit seinem Unternehmen [Gründung der Versammlung] auslösen würde. Überspitzt ausgedrückt: Die Konferenz auf dem ‚Bilderberg' wandelte sich geradezu in eine Versamm-/lung auf dem Blocksberg, und die Welt wurde die Geister, die Retinger rief, nicht mehr los." (von Rétyi, Seiten 74/75)
Zitate von Fundstellen über die Bilderberger-Versammlung in den Sitzungsprotokollen des US-Parlaments: von Rétyi Seite 89. Diskussion um die Feststellung der Strafbarkeit einer Teilnahme an der Bilderberger-Versammlung für amerikanische Bürger nach dem Logan Act durch das US-Justizministerium sowie gleichzeitige Niederschlagung des Verfahrens: von Rétyi Seiten 89 ff.
Deutsche Übersetzung eines berühmten Zitats des US-Präsidenten Woodrow Wilson Jahrzehnte vor Gründung der Bilderberger-Versammlung: „Einige der größten Männer in den Vereinigten Staaten, auf / den Gebieten von Handel und Produktion, haben Angst vor etwas. Sie wissen, daß es irgendwo dort eine Macht gibt, so organisiert, so subtil, so wachsam, so verwoben, so komplett, so durchdringend, daß sie

deren Verdammung besser nie anders als hauchend leise aussprechen.“ (von Rétyi Seiten 109/110)

„(…) David Rockefeller.. tritt auch als Repräsentant des *Steering Committee* [Lenkungsausschuss der Bilderberger-Versammlung] auf und sieht sich dort umgeben von konformen ‚Vasallen‘ (…).“ (von Rétyi Seite 115)

Über die Kostentragung heisst es: „Indirekt wurden die Kosten der ersten Bilderberger-Konferenz 1954 in Oosterbeek vom US-Auslandsgeheimdienst CIA getragen; die Gelder flossen teils über die von Retinger geschlossenen Kontakte in die Organisation ein. Doch werden die Kosten der Tagungen weitgehend von denjenigen gedeckt, die nichts von alledem wissen dürfen: von den Steuerzahlern. Das jeweilige Land, in dem die Konferenz stattfindet, begleicht nämlich auch die Rechnung und sorgt zu einem hohen Prozentsatz für die Sicherheit der / Gäste. Lediglich für Anreise und Verpflegung kommt jeder Teilnehmer selbst auf, (…).“ (von Rétyi Seite 116/117)

„Ohnehin lesen sich die Mitgliederlisten der Bilderberger über die vielen Jahre hinweg wie ein einziges *Who’s who* der Mächtigen und ihrer riesigen Organe, wobei die USA ein bemerkenswertes Gewicht in die Waagschale legen.“ (von Rétyi Seite 130)

„Doch Präsident [George W.] Bush (…) liegt natürlich präzise auf dem Kurs der Globalisierer. Sein voller Terminkalender läßt zwar nicht zu, persönlich an den Bilderberger-Treffen teilzunehmen, allerdings scheint dies auch nicht unbedingt nötig zu sein, nachdem sein engster Beraterstab ausschließlich aus Bilderbergern und anderen Linientreuen besteht.“ (von Rétyi Seite 252)

d) Zitate aus: Daniel Estulin, Die wahre Geschichte der Bilderberger, 2. Auflage, Rottenburg 2009 (im Amerikanischen erschienen 2005), 287 Seiten

Der Buchtitel ist leicht irreführend, da lediglich Seiten 11 bis 82 die Bilderberger-Versammlung besprechen. Die übrigen beiden Teile des Buches sind zwei mit der Bilderberger-Versammlung verzahnten Gremien der Oligarchie gewidmet, nämlich dem Council on Foreign Relations (CFR) und der Trilateral Commission (TFR). Durch die Insiderperspektive des Autors im Hinblick auf die Bilderberger ist die im Umfang knappe Darstellung allerdings hochinformativ.

„Leider ist der Bilderberg-Club über seine ideellen Anfänge hinausgewachsen und hat sich zu einer Art Schattenregierung der Welt aufgeschwungen, die auf ihren völlig geheimen Jahresversammlungen entscheidet, wie sie ihre Pläne durchsetzt. Es besteht die Gefahr, daß sie uns unseres Rechtes, unser eigenes Schicksal zu bestimmen, beraubt. (…) Deshalb ist es an der Zeit, hinter die Kulissen zu schauen.“ (Estulin Seite 9)

„(…) (D)er Bilderberg-Club (…) ist weltweit die am stärksten abgeschirmte Organisation.“ (Estulin Seite 25)

„Seit 1954 haben die Bilderberger die Elite und den absoluten Reichtum aller Nationen des Westens repräsentiert. Die Finanziers, Industriellen, Bankiers, Politiker, die Geschäftsführer internationaler Unternehmen, Präsidenten, Ministerpräsidenten, Finanzminister, Außenminister, Repräsentanten der Weltbank und des internationalen Währungsfonds, die Präsidenten der Medienkonzerne von Weltrang und die Militärführer.“ (Estulin Seite 28)

„Im wesentlichen hält der Lenkungsausschuß [der Bilderberger-Versammlung] nach Verfechtern der ‚Eine-Welt-Ordnung‘ und eines fabianischen Sozialismus Ausschau – Fabianer glauben an etwas, das sie ‚die demokratische Kontrolle über alle Aktivitäten der Gesellschaft‘ nennen. Das Schlüsselwort ist ‚Kontrolle‘, und ‚Kontrolle über das Individuum‘ läßt sich am besten durch eine Weltregierung erzielen – ein Ziel, das der Fabianismus mit dem Kommunismus teilt.“ (Estulin Seite 32)

Zum Fabianismus siehe über deren Hauptdenker: Gareth Griffith, Socialism and Superior Brains, The Political Thought of George Bernard Shaw, Routledge 1999, 320 Seiten.

„Die gastgebende Regierung kümmert sich um alle Sicherheitsbedenken der teilnehmenden Gäste und ihre Gefolges. Sie bezahlt auch die Kosten für den Militärschutz, die anwesenden Geheimdienste, den Einsatz der Staats- und Ortspolizei, kurz, für den gesamten Personenschutz, um die Vertraulichkeit und die Privatsphäre der allgewaltigen Weltelite zu wahren. Die Teilnehmer sind nicht verpflichtet, sich an die bestehenden Regeln und Vorschriften des gastgebenden Landes zu halten, den Zollbestimmungen zu entsprechen und sich durch Pässe auszuweisen. All dies haben Bilderberg-Teilnehmen nicht nötig. Während ihrer Treffen darf niemand, der nicht dazugehört, dem Hotel zu nahe kommen.“ (Estulin Seite 33)

„Jedes Land entsendet typischerweise eine dreiköpfige Delegation: eine Führungskraft aus Industrie oder Geschäftswelt, einen Spitzenminister oder Senator, und einen

Intellektuellen oder Chefredakteur einer der führenden Zeitungen. Kleinere Länder wie Griechenland oder Dänemark leisten sich höchstens zwei Sitze. Die Konferenzen setzen sich üblicherweise höchstens aus 130 Delegierten zusammen. Zwei Drittel der Teilnehmer kommen aus Europa, die übrigen aus den Vereinigten Staaten und Kanada. (…) Ein Drittel der Delegierten kommt aus der Politik oder von Regierungen, die übrigen zwei Drittel stammen aus Industrie, Finanzwirtschaft, Erziehungswesen, aus Arbeiterorganisationen oder dem Nachrichtenwesen.“ (Estulin Seite 35)

„Verfahrensregeln der Bilderberger

Der Bilderberg-Club wurde von Anfang an von einer kleinen Kerngruppe verwaltet; diese wird seit 1954 von einem Komitee ‚der Weisen‘ in ihr Amt berufen. Die Kerngruppe setzt sich aus einem permanenten Vorsitz, einem amerikanischen Sitz, einem amerikanischen und einem europäischen Sekretär und einem / Kämmerer zusammen. Die jährlichen Einladungen werden nach einer inoffiziellen Pressemitteilung der Bilderberger nur an ‚wichtige und geschätzte Leute geschickt, die durch ihr Spezialwissen, ihre persönlichen Kontakte und ihren Einfluß auf nationale und internationale Kreise die Ziele und Möglichkeiten der Bilderberg-Gruppe stärken können.

Die Bilderberg-Treffen folgen traditionellerweise einer Geschäftsordnung, die 1919 im Zuge der Pariser Friedenskonferenz in Versailles für das *Royal Institute of International Affairs* (Königliches Institut für Internationale Angelegenheiten, RIIA) mit Sitz in *Chatham House* in London aufgestellt worden ist. Während die Bezeichnung *Chatham House* üblicherweise für das Institut selbst benutzt wird, ist das Königliche Institut für Internationale Angelegenheiten genaugenommen der außenpolitische Arm der britischen Monarchie.

Nach den Verfahrensregeln des RIIA ‚steht es den Teilnehmern insgesamt oder nach den Regeln von *Chatham House* einigen davon frei, Informationen, die sie dort bekommen haben, zu benutzen. Sie dürfen aber weder die Identität noch die Zugehörigkeit der Redner noch eines anderen Teilnehmers preisgeben; noch darf erwähnt werden, daß man die Information bei einem Treffen des Instituts bekommen hat.‘ “ (Estulin Seite 35/36)

„Bilderberg markiert alle an seine Mitglieder ausgegebenen Materialien mit dem Vermerk: *Persönlich und streng vertraulich, nicht zur Veröffentlichung bestimmt.“* (Estulin Seite 41)

„In der Tat ist der Bilderberg-Club in Wirklichkeit eine Kreation des MI6 [britischer Geheimdienst] unter Anleitung des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten.“ (Estulin Seite 47)

„ ‚Es war der Plan des britischen Geheimdienstes, Joseph Rettinger, der später einer der entscheidenden Gründungsväter der europäischen Bewegung werden sollte, dazu zu bewegen, die Bilderberg-Gruppe als den eigentlichen / Makler der Macht hinter den verschiedenen Regierungen Europas und der Vereinigten Staaten zu organisieren.‘ “ (Estulin Seite 47/48, aus folgendem Dokument wörtlich zitierend: Pierre Beaudry, The Mennevee Documents of the Synarchy (englisch, Die Meneve-Dokumente zur Synarchie), ICLC-Dokument, S. 68)

„Die Idee stammte von Alastair Buchan, einem Vorstandsmitglied des RIIA und des sogenannten Runden Tisches, der auch der Sohn von Lord Tweedsmuir und Duncan Sandys war – einem prominenten Politiker und Schwiegersohn des späten Winston Churchills. Dieser wiederum war mit Rettinger, einem Jesuitenpriester und 33.-Grad-Freimaurer, befreundet.“ (Estulin Seite 48)

e) Zitate aus: Gerhard Wisnewski, Drahtzieher der Macht, Die Bilderberger – Verschwörung der Spitzen von Wirtschaft, Politik und Medien, München 2010, 320 Seiten

Zur Wahl von Bundeskanzlerin Angela Merkel 2005:

„(…) Mai 2005 – vom 5. Bis 8. Mai fand die Bilderberger-Tagung am Tegernsee statt. (…) Am 22. Mai 2005 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder völlig überraschend und entgegen seinem sonstigen unbedingten Machtwillen Neuwahlen, die nur über windige Verfassungstricks möglich wurden. Ein halbes Jahr später wurde Angela Merkel zur Kanzlerin gewählt. (…) War Schröder Gast bei der Bilderberg-Konferenz? Berichten zufolge ja – aber angeblich nur für wenige Minuten. Gerüchten zufolge, um sich die Papiere zu holen. (…) War Angela Merkel Gast bei der Bilderberg-Konferenz? Oh ja – und zwar länger als fünf Minuten.“ (Wisnewski Seite 21, siehe auch Seite 160 und 192.)

Am 22. Mai 2005 verlor die SPD in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahlen. Am Wahlabend kündigte zunächst der SPD-Bundesvorsitzende Franz Münte-

fering Neuwahlen für den Bundestag an. Schröder kündigte dies erst kurz danach am gleichen Abend an.
Die Bundestagswahl wurde für den 18. September 2005 festgelegt. Bei den Unionsparteien schien es zunächst, dass der populäre niedersächsische Ministerpräsident, der in den Umfragen vorne lag, für die Union die Mehrheit holen würde. Die Wähler wurden allerdings erst kurz vor dem Wahltag darüber informiert, wer denn der Kanzlerkandidat der Union sei. Als dies am 9. September 2005 bekanntgegeben wurde, war es überraschenderweise nicht Wulff, sondern die weniger profilierte und beliebte CDU-Vorsitzende Angela Merkel. Siehe Bericht im Spiegel Online vom 9. September 2005,
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,376549,00.html
So kam es nicht zu dem vorhergesagten Wahlsieg Wulffs, sondern durch das überraschende Antreten von Merkel lediglich zu einer grossen Koalition mit der SPD. Das Ganze hat damals schon nach einem abgekarteten Spiel gestunken und war wahltaktisch völlig unverständlich.

Zur sogenannten Finanzkrise:
„ ‚Alles, was wir brauchen', so wird Rockefeller bei einer Zusammenkunft des Wirtschaftsausschusses der Vereinten Nationen am 14. September 1994 zitiert, ‚ist die richtige große Krise, und die Nationen werden die neue Weltordnung akzeptieren.' " (Wisnewski Seite 258, Quelle: von Rétyi wie oben, Seite 270)
„Für die Bilderberger ist die Finanzkrise schlicht die ‚Gelegenheit für eine neue Weltordnung', wie Henry Kissinger [einer der führenden Bilderberger] einen Artikel vom 12. Januar 2009 überschrieb: ‚Während sich die neue US-Administration inmitten einer schweren finanziellen und internationalen Krise auf die Übernahme der Regierung vorbereitet, mag es unsensibel erscheinen, darauf hinzuweisen, dass genau dieser instabile Zustand des inter-/nationalen Systems eine einzigartige Gelegenheit für eine kreative Diplomatie darstellt' (siehe henryakissinger.com)." (Wisnewski Seite 258/259)

Auf alle sechs vorstehend zitierten Bücher wird vollinhaltlich bezug genommen. Diese Bücher werden zum Teil dieses Schriftsatzes erklärt.

Teil 3
Die Diktatur des Geldes als Weltregierung seit Ende des 19ten Jahrhunderts

12. In einem Brief vom 21. November 1933 schrieb der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt an Colonel Edward M. House, einen seiner Parteigänger:
“The real truth of the matter is, as you and I know, that a financial element in the large centers has owned the government ever since the days of Andrew Jackson (…).”
Auf deutsch heisst dies:
“Die wirkliche Wahrheit der Sache ist, wie Sie und ich wissen, dass ein finanzielles Element in den grossen Zentren seit den Tagen von Andrew Jackson die Regierung zu Eigentum besessen hat (…).“

Es gibt seit der frühen amerikanischen Republik mehrere diesbezügliche Zitate von amerikanischen Präsidenten. Diese sind sich in dem Punkt einig, dass die Regierung der Republik ständig der Gefahr ausgesetzt ist, von der Macht der Banken umarmt und vereinnahmt zu werden.

Das Rückgrat der wenig bekannten amerikanischen Geschichte ist, beginnend wenige Jahre nach Gründung der USA, eben jenes Ringen der Regierung mit der jeweiligen Zentralbank um die Finanzmacht im Staat. Seit Vollendung der dritten, im Privateigentum stehenden komplexen Zentralbank (dem heutigen „Federal Reserve System“) ist das Machtzentrum der USA eine Privatbank. Seit deren Gründung im Bürgerkrieg 1863, zunächst als sogenannte National Banks, waren die USA auf dem Weg in eine oligarchische Scheindemokratie. Dies hat der US-Präsident Woodrow Wilson, der das Gründungsgesetz des Federal Reserve System 1913 als Schlussstein des heutigen Systems ausgefertigt hat, leider erst rückblickend erkannt und reuevoll geäussert. Durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 wurde diese undemokratische Struktur einer verkappten Finanzoligarchie, ihrer ungeteilten Machtfülle wegen hier auch als die Diktatur des Geldes bezeichnet, auf Deutschland übertragen.

13. Im ersten Erkenntnisschritt ist demnach zunächst die inneramerikanische Entwicklung zu umreissen, die ausserhalb von Spezialistenkreisen in wesentlichen Teilen vollkommen unbekannt ist. In einer Metapher entspricht dies zunächst der Reifung des Virus:

a) Diese Entwicklung ist seit 2001 in ihren monetären Aspekten durch ein spezialisiertes Werk der Finanzgeschichtsschreibung aufgearbeitet, nämlich: Jerry W. Markham, Financial History of the United States (englisch, Finanzgeschichte der Vereinigten Staaten), Bände 1 bis 3, New York 2002. Der entscheidende finanzgeschichtliche Wendepunkt liegt in den Jahren des amerikanischen Bürgerkriegs 1861-1865, insbesondere 1863.

Zu jener Zeit war die Regierung in Washington unter Präsident Lincoln gezwungen, der Bankenlobby des Zugeständnis zu machen, dass sie auf der Basis von Banken im Privateigentum ein zunächst zersplittertes System von Notenbanken errichten dürfe (die National Banks, Vorläufer des heutigen Federal Reserve System seit 1913). In untechnischen Worten der zusammenfassenden Historiographie gab (und gibt) es in den USA eine Plutokratenklasse von wenigen extrem reichen Industriellenfamilien, für die sich in der Geschichtswissenschaft der Name „Robber Barons“ (englisch: Räuberbarone) etabliert hat.

Das zitierte Werk von Markham beschreibt dieses Einknicken des vom Bürgerkrieg zerrissenen amerikanischen Staats vor der Bankenmacht in und um 1863 insbesondere in Band 1, Kapitel 4.4. (The Robber Barons, Seiten 251 bis 264). Am Ende des Bürgerkriegs (1865) „dominierten“ (dominated) die Robber Barons, die überwiegend aus einfachen Verhältnissen aufgestiegen waren, das Finanzwesen (Seite 251). Ihre Geld- und Kontrollphilosophie wurde beispielsweise von dem Robber Baron Cornelius Vanderbilt auf den Punkt gebracht. Als er bezüglich der Erhöhung von Postpreisen gefragt wurde, ob er für die Öffentlichkeit arbeite oder für seine Aktionäre, antwortete er: „The public be damned! I am working for my stockholders.“ (Englisch: „Die Öffentlichkeit sei verdammt! Ich arbeite für meine Aktionäre.”) Markham zufolge sollte dieser Ausspruch die gesamte Ära der Räuberbarone charakterisieren (Seite 264).

Monographische Vertiefung hat die komplexe Verzahnung zwischen Diplomatie und Finanzgeschichte jener Epoche gefunden in: Jay Sexton, Debtor Diplomacy, Finance and American Foreign Relations in the Civil War Era 1837-1873 (Oxford Historical Monographs), Oxford University Press USA 2005, 304 Seiten.

Der grosse Sprung zu mehr global integrierten Waren- und Produktionsmärkten fand, von Amerika ausgehend, bereits in der zweiten Hälfte des 19ten Jahrhunderts gerade durch multinationale Konzerne statt, also um eben jene soeben diskutierte Zeit. Siehe dazu: Kevin H. O'Rourke, Jeffrey G. Williamson, Globalization and History, The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy (englisch, Globalisierung und Geschichte, Die Entwicklung einer Atlantischen Wirtschaft im neunzehnten Jahrhundert), MIT Press 1999, 343 Seiten, Seite 2 und ff. Das Grundproblem der Umgehung nationaler Rechtsordnungen durch das Gebilde der multinationalen Gesellschaft geht gerade auf jene Zeit zurück, hat sich jedoch seitdem in mehreren Entwicklungsschüben noch erheblich verschärft (weiter dazu siehe unten in Ziffer 14 und in Teil 3). Das Bilderberger-Phänomen ist die daraus resultierende heutige Ausprägung eines übergeordneten oligarchischen globalen Kontrollsystems.

Auf die zitierten Werke sei verwiesen. Sie werden zum Inhalt dieses Schriftsatzes erklärt.

b) Weiter ist diese Entwicklung seit 2001 in ihren juristischen und staatsrechtlichen Aspekten durch ein spezialisiertes Werk der Rechts- und Verfassungsgeschichtsschreibung aufgearbeitet, nämlich: Stefan Grossmann (Verfasser dieses Schriftsatzes), Masken des Anklägers, Geschichte des Anklägers im amerikanischen Strafprozess, Frankfurt am Main 2001 (Dissertationsdruck), xxviii + 250 Seiten,

-1- Exemplar anbei in der Anlage (blauer Kartoneinband).

Auf die während elf Jahren recherchierte und rechtswissenschaftlich ausgearbeitete Anlage wird vollständig bezug genommen.

Im Verlauf der Arbeit, wie in dem Buch beschrieben, stellte sich anhand zahlreicher rechtsgeschichtlicher Quellen heraus, dass die USA in der Rekonstruktionsära nach dem Bürgerkrieg (1861-1865) einen heimlichen Verfassungswandel durchlaufen hat. Seit den 1890er Jahren ist die USA aufgrund der beschriebenen Rechtsentwicklungen keine Demokratie in Übereinstimmung mit der US-Bundesverfassung von 1789 mehr. Die USA sind vielmehr bis heute eine Scheindemokratie, deren wahre Macht in den Händen einer kleinen Oligarchie führender Industriellenfamilien liegt (in der Geschichtsschreibung die sogenannten „Robber Barons“). Die USA bilden seit den 1890er Jahren eine oligarchische Scheindemokratie. Das ist die korrekte Kategorisierung ihrer Staatsform.

Die Dissertation stellt mit ausführlichem wissenschaftlichen Apparat erstmals in der Geschichte der Rechtswissenschaft bestimmte Aspekte der Rechtsgeschichte des us-amerikanischen Strafprozess- und Gerichtsverfassungsrechts dar. Die Fragen der Rechtsverschiebung sind überaus komplex. Das Folgende kann lediglich eine kurze Zusammenfassung der Arbeit im Hinblick darauf bilden, welche Relevanz das Ganze speziell für die Frage der tatsächlichen Staatsform der USA hat.

Nach heutiger Beurteilung war die Hauptagenda, die natürlichen Personen (homo sapiens mit Kopf, Armen und Beinen) in den USA zu entrechten und ein körperschaftliches Gebilde zu errichten, das namensgleich USA heissen sollte, jedoch nicht auf den Schultern der natürlichen Personen ruhte, sondern ein Staatsgebilde darstellte, das auf juristischen Personen, nämlich den selbstnützigen akkumulierenden Aktiengesellschaften des Industriekapitalismus beruhte. Dies ist ein Zwei-Klassen-Staat, in der die erste Klasse aus juristischen Personen, nämlich den grossen Gesellschaften der Wall Street besteht, während die natürlichen Personen (Bürger) mit minderen Rechten und Partizipation an der Fassade der Scheindemokratie abgespeist werden.

Zentral für die Machtfrage ist seit alters her das schärfste Schwert, das die Staatsgewalt im Inneren besitzt, nämlich die Strafgewalt. Das Buch beschreibt,

wie dieses Schwert in den Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg in die ausschliessliche faktische Kontrolle der Oligarchie geriet. In deren blutgetränkter Hand ist das Schwert der Strafgewalt bis heute geblieben.

Zum generellen rechtsgeschichtlichen Hintergrund siehe nunmehr: Christopher Tomlins, Michael Grossberg (Herausgeber), Cambridge History of Law in America, Band 2, The Long Nineteenth Century (1789–1920), Cambridge University Press 2008, 888 Seiten.

14. Im zweiten Erkenntnisschritt ist, mit der obigen Metapher, nunmehr die Vermehrung des Virus weltweit, hier speziell in Deutschland, darzustellen. Der wesentliche globale Vermehrungsschritt war das Hitler-Stalin-Mao-Projekt und der zweite Weltkrieg.

Diese Darstellung liegt ebenfalls bereits als separate Ausarbeitung mit Fussnoten und wissenschaftlichem Apparat vor. Darauf wird bezug genommen.

Adolf Hitler, Geschichtsrevisionen, 87 Seiten, in der Anlage anbei

Die Anlage wird zum Bestandteil dieses Schriftsatzes erklärt.

Zusammenfassung der Anlage über Hitler:

Einige Jahre nach Abschluss seiner Doktorarbeit habe ich im Rahmen meiner journalistischen Tätigkeit weitere Nachforschungen betrieben. Dabei hat sich herausgestellt, dass der Befund seiner Doktorarbeit auf den Feldern der Finanz- und der Geheimdienstgeschichte und auf dem Feld der Geschichte des Holocaust Parallelen hat. In Schlagworten:

- Hitlers Aufstieg wurde von der genannten Oligarchie finanziert. Dies war eine für die Oligarchie höchst lukrative Investmentoperation. Adolf Hitler war ein Agent der anglo-amerikanischen Plutokratie (der genannten Oligarchie). Sein Auftrag war es, den zweiten Weltkrieg zu entfachen, Deutschland durch innere Sabotage der obersten Militärführung in den Ruin zu führen (Beispiel: Bericht des englischen Majors Basil Liddell-Hart über Dünkirchen und diesbezügliche Vernehmung der deutschen

Generalität) und durch den Kriegsschuldnexus die Gründung des Staates Israel zu finanzieren.

- Zahlreiche führende Nazis fanden durch geheimdienstliche Kanäle der genannten Oligarchie und des Jesuitenordens des Vatikans nach dem zweiten Weltkrieg Unterschlupf, insbesondere in Südamerika und in den USA.
- Biographen Hitlers unterschlagen bis heute vor dem Laienpublikum wesentliche Beweismittel, die die Annahme erhärten, dass Hitlers Grossvater väterlicherseits ein führendes Mitglied der Rothschild-Familie war, und dass es zufolge von Untersuchungen von französischen Gerichtsmedizinern keinerlei Beweis dafür gibt, dass Adolf Hitlers Leiche im Berliner Führerbunker gefunden worden sei.
- Es gibt mehrere glaubhafte Hinweise, dass Adolf Hitler vom britischen Agenten James Bond in einem U-Boot aus Berlin gerettet wurde und dann nach Südamerika gebracht wurde, wo er auch fotografiert wurde. Hitler hatte mehr als 10 Doppel, die an verschiedenen Stellen verwirrenderweise ebenfalls gesichtet wurden.
- Der Holocaust an ca. 6 Millionen Juden in den Konzentrationslagern der Nazis war nicht von Anfang an geplant. Vielmehr war von der Rothschild-Familie geplant, anlässlich der Gründung des Staates Israel die Juden nach Palästina zu verbringen. Dies scheiterte jedoch an Widerständen innerhalb der zionistischen Führungsgremien und der US-Regierung selbst. Man gewinnt den Eindruck, dass der Holocaust von jenen Seiten gewollt war, aus Gründen, die menschlich nicht fassbar sind. Es ist wichtig für den demokratischen Prozess in Deutschland, dass diese neueren Erkenntnisse an eine breite Öffentlichkeit gelangen.

c) Die USA heute sind der Staat der Räuberbarone. Ihre Ära hat nie aufgehört. Die sogenannte westliche Welt und Japan besteht aus ihren Satrapien in ihrem Ebenbild. Das Gemeinwesen wird als privatnütziges Bankunternehmen geführt. Der zwischen Bank und Öffentlichkeit geschaltete Staat ist eine vom Puppenspieler bediente Marionette zur Irreführung der Nationen über die wahren Machtverhältnisse auf dem Planeten. In Wahrheit geht die Macht nicht vom

Volke aus, sondern von der globalen Finanzoligarchie, die sich ihrer Mittel auf subversive und antidemokratische Weise bedient bis hin zum Genozid.

15. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist, nach bestem Wissen und Gewissen, die Tochter des ehemaligen deutschen NS-Diktators Adolf Hitler. Dieser verstarb nicht 1945 in Berlin, sondern wurde durch den englischen Geheimdienst aus Berlin herausgeholt und nach Südamerika verbracht, wo er Jahrzehnte später verstorben ist.

Nach Informationen aus dem russischen Geheimdienst (ehemaliger KGB), an den Antragsteller gelangt durch den neuseeländischen Geheimdiensthistoriker Greg Hallet, ist die derzeitige Bundeskanzlerin Angela Merkel die leibliche Tochter des ehemaligen deutschen NS-Diktators Adolf Hitler. Sie ist als Kanzlerkandidatin erst relativ kurz vor einer Bundestagswahl in Erscheinung getreten. Zuvor war der Kanzlerkandidat der CDU/CSU der beliebte Ministerpräsident von Niedersachsen Christian Wulff, der in den Prognosen deutlich vorne lag. Typischerweise werden Parteikandidaten für hohe Staatsämter jedoch an jeder Demokratie vorbei durch ein internationales Industriegremium verbindlich ausgewählt, das in Berichten als die Bilderberg(er) Gruppe bezeichnet wird. Dies ist mit dem Demokratieleitbild des Grundgesetzes wesentlich unvereinbar.

Ebenso wie ihr vermeintlicher leiblicher Vater Adolf Hitler ist Angela Merkel (geboren 1954) den Angaben aus dem ehemaligen KGB zufolge ein Agent der Oligarchie mit dem Auftrag, die blosse Scheindemokratie zu bewahren und zu festigen. Ihr spezieller Auftrag habe darin bestanden, sicherzustellen, dass deutsche Steuergelder vorrangig dafür verwendet werden, um den von der Oligarchie kontrollierten Bankenapparat in Deutschland und Europa mit hunderten von Milliarden Euro an Zahlungen und Garantien zu sanieren und vor dem Bankrott zu bewahren. Die diesbezügliche Bankenkrise wurde von der Bilderberger-Gruppe zu diesem Zweck zehn Jahre lang vorbereitet, insbesondere durch die in den USA begonnene sub-prime mortage-Krise, der die staatliche Bankengesetzgebung jahrelang untätig zuschaute.

Es mag sein, dass dieses Ziel auch in einer Demokratie für wünschenswert entschieden worden wäre. Das ist jedoch eine blosse hypothetische Überlegung, da im wesentlichen Verlauf eine demokratische Entscheidungsfindung hierüber durch die Auswahl der Kandidatin Angela Merkel unter betrügerischer Täuschung über ihre wahre Abstammung stattgefunden hat. Das ist strafbarer Hochverrat gemäss §§ 81, 83 StGB in Agentenschaft für den Vatikan und die Bilderberg-Gruppe.

Beweisthemen können lauten:

1. Horst Kasner, evangelischer Theologe, geboren am 06.08.1926 in Berlin-Pankow (nach Angaben im Internet: keine Todesmeldung) ist nicht der leibliche Vater von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Beweis: genetisches Sachverständigengutachten

2. Adolf Hitler, ehemaliger NS-Diktator, geboren am 20.04.1889 in Braunau am Inn mit jüdischen oder afrikanischen Genen der Haplogroup E1b1b (Jean-Paul Mulders, (http://www.bild.de/BILD/politik/2010/08/24/kamen-hitlers-vorfahren/aus-afrika-angeblich-dna-code-entschluesselt.html), war Angela Merkels leiblicher Vater.

Beweis: Meldung in der Bild-Zeitung vom 24.08.2010 (siehe Link oben)

Beweis: Zeugnis Jean-Paul Mulders, tätig bei dem Magazin Knack,
Roularta Media NV, Raketstraat 50 bus 2, 1130 Brüssel, Belgien,
Tel. 02.702.46.51, fax 02.702.46.52 (inländisch),
E-Mail knack@knack.be

Beweis: Begutachtung, die im Bild-Bericht beschrieben wird

Beweis: genetisches Sachverständigengutachten

Der Bericht der Bild-Zeitung vom 24.08.2010 (siehe Link oben) lautet wie folgt:

„Kamen Hitlers Vorfahren aus Afrika?

Angeblich DNA-Code entschlüsselt

Adolf Hitler soll von Berbern und Juden abstammen!
Das behauptet die britische ‚Daily Mail‘ unter Berufung auf den belgischen Journalisten Jean-Paul Mulders.
Dieser hat sich vor Jahren auf die Suche nach dem Stammbaum der Hitler-Familiegemacht. Sein Ziel: die letzten Verwandten Hitlers ausfindig machen!
In den USA wurde Mulders nach eigenen Angaben fündig.
Sieben Tage lang hatte er sich auf die Lauer gelegt. Dann endlich stellte er eine Serviette sicher, mit der sich ein Hitler-Großcousin den Mund abgewischt hatte.
Experten isolierten daraus die DNA der Hitler-Familie.
Die Verwandtschaftslinie wurde hergestellt – und damit auch das spektakuläre Ergebnis: Die Speichelprobe enthielt ein Chromosom namens Haplogroup E1b1b. Dieser DNA-Baustein ist äußerst ungewöhnlich in Westeuropa.
Dagegen findet man das Chromosom sehr häufig bei Berbern in Marokko, Algerien, Libyen und Tunesien.
Außerdem ist das Chromosom ein Bestandteil der Hauptabstammungslinie der sephardischen und aschkenasischen Juden, die vor allem in Spanien, Portugal und Osteuropa beheimatet waren.
Aus dieser Indizienkette schließen Wissenschaftler:
Der Diktator, der den Massenmord an mehr als sechs Millionen Juden befohlen hat – könnte jüdischer Abstammung gewesen sein.
(…)“

Eine erneute genetische Begutachtung ist möglich, da Nachkommen von Adolf Hitlers Halbbruder Alois junior (geboren Matzelsberger, unehelicher Sohn von Hitlers Vater Alois senior) auf Long Island im Bundesstaat New York USA leben; siehe Nachrichtenmagazin Spiegel Online, Meldung vom 01.01.2001, von Walter Mayr,
http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-27113193.html, Zitat:

„Die Nachkommen von Hitlers Halbbruder Alois leben nahe New York auf Long Island unter falschem Namen.“

Die anonym gehaltenen Namen dieser Verwandten von Hitler und ihre Anschriften dürften der Redaktion des Spiegel vorliegen oder zugänglich sein. Laut Online-Suchfunktion stehen von Walter Mayr bis Januar 2011 Berichte im Spiegel Online. Ausserdem hat der belgische Journalist Jean-Paul Mulders von der holländisch-belgischen Nachrichtengruppe Knack 39 Verwandte von Adolf Hitler in Europa und in den USA ausfindig gemacht.

16. Abschliessend ist zur weiteren Begründung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 GG noch darzulegen, dass die oben dargestellten Vorgänge kultisch-religiösen Charakter besitzen und darauf hinauslaufen, unter Aushebelung des Grundrechts der Religionsfreiheit eine wahnhafte heidnisch-satanische Geld-religion als Staatsreligion in Deutschland zu etablieren, nicht zuletzt als Teil der Gegenreformation und der Konterrevolution gegen die Verfassungserrungen-schaften der bürgerlichen Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert. Das langfristige Planziel ist ein rassistischer Sklavenstaat nach der verblendeten Ideologie des kultischen Geldwahns, die Hitler, Stalin und Mao mitsamt ihrer Genozidkampagnen und totalitären Herrschaftsstrukturen erschuf.

a) Treibende Kraft des organisierten globalen Geldwahns ist die Führung des Jesuitenordens im Vatikan. Der Jesuitenorden betreibt den (undemokratisch verfassten) Kirchenstaat des Vatikan als Weltzentralbank, grösste Heuschrecke der Welt. Der Papst in Rom ist das rituelle Oberhaupt eines Kults um den Geldgötzen. Dieser heidnische Dämonenkult ist metaphorisch zu fassen als Ideologie der Heuschrecke, um die menschliche Rasse unterwürfig und lenkbar zu halten. Nicht-metaphorisch in eigentlicher Diktion handelt es sich um rituellen Kultwucher. Das astronomische Vatikanvermögen ebenso wie dessen strikte Geheimhaltung indizieren, dass dasselbe zeremoniell für solchen Kultwucher ist.

Der organisierte Geldwahn wird von dem heidnisch-satanischen Jesuitenkult weltweit als Massenvernichtungswaffe und Herrschaftsmittel im Kampf um seine abgründigen Ziele instrumentalisiert. Diese Vatikanische Inquisition des Geldes strömt wie ein Computervirus durch die Geister, getrieben von der Blasphemie des Anti-Christ. Das Korrelat dieser Agenda ist die Vielfalt von künstlichen

Knappheiten, die eine Wertbildung von intrinsisch wertlosem Geld ermöglichen, Verknappungen von Freiheit, Gewissensfreiheit und Freiheit von heidnischem Ritualzwang, politische Mitbestimmung, Frieden, Leben und Gesundheit, Umwelt, Arbeit, Information, Energie. Die mächtige Bilderberger-Versammlung, der grosse Bruder des Parlaments und der Parteien (siehe oben in Teil 2), ist ein militant-subversiver Arm dieser Agenda. Ich lehne es vor allem auch aus Gewissensgründen ab, ein derartiges antidemokratisches System irgendwie zu unterstützen. Ich leiste dagegen Widerstand (Art. 20 Abs. 4 GG, passiver Widerstand, Nonkooperation nach der friedlichen Methode von Mahatma Gandhi).

b) Zum rituellen Kultwucher des Vatikans gehört zunächst das Wuchervermögen. Diese verrückte Kultbank in Kirchenform ist durch eigenes Vermögen und als Lehensherr des globalen Geldadels mit weitem Abstand das reichste Staatswesen der Erde.

Ein Ausgangspunkt für das Thema des Vatikanvermögens ist das Buch eines angesehenen Finanzjournalisten, der früher in Rom stationiert war: Nino Lo Bello, Vatican Empire, An authoritative report that reveals the Vatican as a nerve center of high finance – and penetrates the secrecy of Papal wealth, zuerst veröffentlicht in 1968. Lo Bello hebt hervor, nach zehnjährigen Untersuchungen, dass der Vatikan ein Drittel der Stadt Rom besitzt, plus ein Fünftel der italienischen Industrie, und zahlreiche Bank- und Nummernkonten in der Schweiz, den USA und anderswo. Die Vatikan-Bankiers bevorzugen Nummernkonten, um ihre Anonymität zu wahren, wenn sie ein Unternehmen kaufen. Der Vatikan ist einer der grössten Aktionäre der Welt.

Die Kirche (beide Konfessionen) ist typischerweise das grösste Wirtschaftsunternehmen in einem christlichen Land. Siehe für das Beispiel Deutschland: Friedhelm Schwarz, Wirtschaftsimperium Kirche, Der mächtigste Wirtschaftskonzern Deutschlands, Frankfurt am Main 2005.

Über das Milliardenvermögen der Kirchen allein in Deutschland berichtet: Carsten Frerk, Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland, 3. Auflage 2002. Die Buchbeschreibung lautet:

„Über kirchliche Finanzen wird zwar viel diskutiert, in der Regel überwiegen jedoch die Spekulationen. Erstmals seit 30 Jahren liegt nun wieder eine umfassende Darstellung zu Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland vor, die diese Informationslücke schließt. Carsten Frerk hat für seine Studie die Haushaltspläne von Bund und Ländern, die Geschäftsberichte der Kirchenbanken, amtliche und kirchliche Statistiken, die Jahresberichte der Hilfs- und Missionswerke und unzählige weitere Quellen ausgewertet. Er beschränkt sich dabei nicht auf die ‚verfasste Kirche', sondern versucht, soweit möglich die ‚Wirtschaft im Raum der Kirchen' zu berücksichtigen. Denn wer ein Bild von der tatsächlichen Vermögenslage der Kirchen gewinnen will, muss über die in Kirche und Politik kontrovers diskutierte Kirchensteuer hinaus zahlreiche weitere Bereiche berücksichtigen. Viele ‚kirchliche Rechtsträger' (von der Kirchengemeinde bis zur Stiftung) verfügen über Grundbesitz, Immobilien oder Firmenbeteiligungen. Im ‚kirchlichen Raum' sind zahlreiche Unternehmen angesiedelt, sei es in der Gastronomie, der Touristikbranche oder in der Bauwirtschaft. Die Einlagen kirchlicher Einrichtungen bei den Kirchenbanken sind in den letzten Jahren - bei öffentlich immer wieder betonter Armut - wiederum angewachsen. Gleichzeitig erhalten die Kirchen staatliche Zuwendungen in einem Umfang, der die Kirchensteuereinnahmen deutlich übersteigt. Bei aller Datenfülle sorgen die detaillierte Gliederung sowie über 150 Graphiken und Schaubilder dafür, dass das Buch übersichtlich bleibt."

Diese reichsten Wirtschaftsunternehmungen eines Landes (hier: Deutschland) werden zusätzlich auch noch vom Staat massiv mit Steuergeldern unterstützt,

1. durch Steuerfreiheit,
2. durch Zahlungen von Subventionen und sonstige Vergünstigungen,

siehe: Carsten Frerk, Violettbuch Kirchenfinanzen: Wie der Staat die Kirchen finanziert, 2010. Kurzbeschreibung:

„Obwohl die beiden großen christlichen Kirchen heute weniger als zwei Drittel der Bevölkerung organisieren, werden viele ihrer Belange durch die öffentliche Hand finanziert. Und das betrifft keineswegs nur Krankenhäuser oder Sozialstationen, die von der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden können. Ob Bischofsgehälter, die

Ausbildung kirchlichen Personals oder Missionswerke - konfessionslose und andersgläubige Bürgerinnen und Bürger zahlen kräftig mit.

Carsten Frerk gibt einen systematischen Überblick, zu welchen Gelegenheiten der Staat von den Kirchen zur Kasse gebeten wird. Er problematisiert versteckte Subventionen wie die steuerliche Absetzbarkeit der Kirchensteuer, erläutert die rechtliche und historische Fragwürdigkeit der sogenannten Staatsleistungen und stellt die Frage, warum die Allgemeinheit soziale Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft bezuschusst, obwohl dort die Arbeitnehmerrechte weitgehend außer Kraft gesetzt sind.

Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten: Die Zuwendungen der öffentlichen Hand an die Kirchen übersteigen deren Einnahmen aus der Kirchensteuer beiweitem. Und da die Kirchen steuerbefreit sind, tragen sie nichts zur Finanzierung der gesellschaftlichen Infrastruktur bei, von der sie profitieren.“

Die Kirchen, allen anderen weit voran der Vatikan, haben einen geheimen Industriezweig für sich entdeckt, nämlich den Tempelbetrug, das zweitälteste Gewerbe der Welt (das wesentlich lukrativer ist als das älteste Gewerbe). Salopp könnte man das auch als den Geldschlucker bezeichnen. Ich hätte auch mit dem Ausdruck Parasitenkirchen kein Problem. Das gab es schon in ähnlich krasser Form kurz vor Ausbruch der Französischen Revolution 1789. Hinzugelernt haben die Wucherpriester höchstens in taktischer Hinsicht.

Schätzungen des weltweiten Gesamtvermögens des kirchlichen Raubstaats in Rom und seiner oligarchischen Lehensnehmer reichen von 100000 bis 400000 Milliarden (also 100 bis 400 Billionen) US-Dollar. Es handelt sich im wesentlichen um das Weltindustrievermögen der globalen Finanzoligarchie als Lehensnehmer innerhalb der Pyramide. Der juristische Begriff des „Eigentums“ verschwimmt dabei mit dem hier allein praktisch relevanten Begriff der „Kontrolle“. Im englischen Internet wird dieser irre und antidemokratische Kultwucher unter dem Suchbegriff „Illuminati“ diskutiert.

c) Weiter gehört zur Wucherkirche des Vatikan eine dämonische Agenda. Den Hauptpunkt der Blasphemie zeigt Christus in den Evangelien (Reinigung des Tempels von den Geldwechslern und Händlern; Markus 11, 15-19 und 27-33;

Matthäus 21, 12-17 und 23-27; Lukas 19, 45-48 und 20, 1-8; Johannes 2, 13-16).

Dies liest sich wie eine Prophezeiung auf den heutigen Vatikan (siehe vorstehende Vermögensschätzungen). Denn der Jesuitenorden stand aktiv Pate bei der Entwicklung und Vermehrung des Virus. Währenddessen wurde aus dem Vatikan eine globale Finanzinstitution (John F. Pollard, Money and the Rise of the Modern Papacy [englisch, Geld und der Aufstieg des modernen Papsttums], 2005, Seite 1, Diskussion oben). Dies wird heute vor allem von der amerikanischen Forschung zunehmend erkannt und verstanden. Den vorläufigen Wissensstand fasst der Historiker Eric Jon Phelps in seinem Werk zusammen: Eric Jon Phelps, Vatican Assassins, Wounded in the House of My Friends, The Perfidious and Diabolical History of the Society of Jesus (englisch: Vatikan-Assassinen, Verwundet im Haus meiner Freunde, Die perfide und diabolische Geschichte der Gesellschaft Jesu), 3. Auflage, Newmanstown, Pennsylvania 2007, E-Buch im Format pdf, Bände 1 bis 4, ISBN: ISBN-10 0-9793734-0-9 (Set von 4 Bänden).

Das zitierte vierbändige Werk von Eric Phelps wird zum Gegenstand dieses Schriftsatzes erklärt.

Dadurch ist das Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4 GG gegen jedwede Forderungen des Finanzamts begründet.

Dr. Stefan Grossmann

IN THE UNITED STATES DISTRICT COURT
FOR THE EASTERN DISTRICT OF VIRGINIA

Civil Action No. 1:07 cv 609 TSE/BRP

LEE E. WANTA, LEO E. WANTA, AMBASSADOR LEO WANTA (Individually and as sole and exclusive shareholder of AMERITRUST Groupe, Inc., a Commonwealth of Virginia registered corporation)

Petitioner,

v.

**HENRY M. PAULSON, JR.
SECRETARY OF THE TREASURY,
UNITED STATES TREASURY, and**

**ROBERT M. KIMMIT
DEPUTY SECRETARY OF THE TREASURY
UNITED STATES TREASURY, and**

**JAMES R. WILKINSON
CHIEF OF STAFF
UNITED STATES TREASURY, and**

**MICHAEL CHERTOFF
SECRETARY DEPARTMENT OF
HOMELAND SECURITY, and**

**ALBERTO R. GONZALES
ATTORNEY GENERAL
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE**

**FEDERAL RESERVE BANK OF RICHMOND
DIRECTOR AND/OR MANAGER OF OPERATIONS
RICHMOND, VIRGINIA**

Respondents.

**PETITION FOR A WRIT OF MANDAMUS
AND
OTHER EXTRAORDINARY RELIEF**

A. PARTIES

1. LEE E. WANTA, LEO E. WANTA, AMBASSADOR
   LEO WANTA,
   5516 Falmouth Street
   Suite 108
   Richmond, Virginia 23230 Petitioner

2. Henry M Paulson, Jr.
   Secretary of the Treasury
   1500 Pennsylvania Avenue, N.W
   Washington, D.C. 20220 Respondent

3. Robert M. Kimmit,
   Deputy Secretary of the Treasury
   1500 Pennsylvania Avenue, N.W
   Washington, D.C. 20220 Respondent

4. James R. Wilkinson
   Chief of Staff
   United States Treasury
   1500 Pennsylvania Avenue, N.W
   Washington, D.C. 20220 Respondent

5. Michael Chertoff
   Secretary of Homeland Security
   Washington, D. C. Respondent

6. Alberto R. Gonzales
   Attorney General
   United States Department of Justice
   950 Pennsylvania Avenue N.W.
   Washington, D.C. 20530-0001 Respondent

7. Federal Reserve Bank of Richmond
   701 East Byrd Street
   Richmond, Virginia 23219 Respondent

B. JURISDICTION

1. The United States District Court for the Eastern District of Virginia has jurisdiction over the subject matter of this cause of action pursuant to the provisions of Title 28 United States Code, Chapter 85, Section 1361 (mandamus), Title 28 United

States Code, Chapter 85, Section 1331, and Title 28 United States Code, Chapter 85, Section 1332 . .

C. VENUE

2. Venue is proper in this Court pursuant to Title 28 United States Code, Chapter 87, Section 1391, and Title 28 United States Code Chapter 87, Section 1396.

D. STATEMENT OF CLAIM

3. Mandamus is regarded as an extraordinary writ reserved for special situations. Among its ordinary preconditions are that the agency or official have acted (or failed to act) in disregard of a clear legal duty and that there be no adequate conventional means for review. In re Bluewater Network & Ocean Advocates, 234 F.3d 1305, 1315 (D.C. Cir. 2000); Telecomm. Research & Action Ctr. v. FCC, 750 F.2d 70, 78 (D.C. Cir. 1984). Mandamus will be granted if the Petitioner shows "(1) the presence of novel and significant questions of law; (2) the inadequacy of other available remedies; and (3) the presence of a legal issue whose resolution will aid in the administration of justice", see In re United States, 10 F.3d 229 at 931, 933 (2d Cir. 1993).

4. Petitioner has attempted to access monies that were transferred through international bank monetary clearing systems to financial institutions located in the United States of America. The remitting party was the People's Republic of China, People's Bank. The remitting party designated that the transferred funds were for the sole and exclusive use and benefit of Petitioner. The foreign entity that originated the inward remittance designated Petitioner as sole and exclusive recipient for the transferred money/financial instruments.

Irrespective of efforts proffered by Petitioner and/or agents and representatives of Petitioner, private and public individuals and entities, prevent Petitioner from exercising Petitioner's legal right to the use, transfer and unrestricted ability to freely disburse said financial assets. The acts and/or omissions to act by named and unnamed Respondents

prevent the Petitioner (and others who are ancillary to this cause of action) from paying their respective tax liabilities to both State and Federal taxing authorities.

5. Upon best information and belief the organizations, entities, departments and individuals that prevent and/or restrict Petitioner's lawful access to said money and securities include but are not necessarily limited to the following:

- Secretary of the Treasury
- Attorney General of the United States of America
- Bank of America
- J.P. Morgan Chase
- CITIBANK/CITIGROUP/ NYC including but not limited to Mr. Charles O. Prince CITIGROUP Chief Executive Officer
- Goldman Sachs, et al including but not limited to past and present management and executive officers and members of the Board of Directors.
- United States Department of the Treasury including but not limited to Secretary Paulson, Deputy Secretary Kimmit and other known and/or unknown parties working directly or under contract with the United States Department of the Treasury.
- Secretary Chertoff, Department of Homeland Security and other known and/or unknown parties working directly or under contract with the United States Department of Homeland Security.
- One or more known and/or unknown "compliance officers" that act directly and/or under contract with private bank and/or security brokerage firms to observe rules and regulations of the United States Department of the Treasury and/or other USG investigative and reporting entities.
- Federal Reserve Bank of Richmond Virginia

6. Upon best information and belief Respondent acts and/or failures to act constitute a violation of the Securities Acts of 1933 and 1934 (as amended in 1970), the Bank Privacy Act and other non-specified banking regulations.

7. Reasonable action has been taken by Petitioner to obtain an explanation and/or under what authority Respondents are not permitting Petitioner to have access to the foreign transferred private business financial assets referenced herein. Despite written notice and request for a response the named parties avoid their legal obligations In furtherance of this Petition for the issuance of a Writ of Mandamus Petitioner directs this Courts attention to the letters and other communications that have been collectively marked as Exhibits A attached hereto and all of which documents, letters and memorandum are incorporated herein by this reference as if the same were set out in their entirety in the body of this Petition.

8. The material, substantive and immediate financial loss to the Petitioner resulting from loss of financial benefit can not adequately be addressed in conventional judicial proceedings. In one or more instances parties in position of knowledge, that can confirm the representations regarding interference in private business dealings, between Petitioner and third parties, have been placed at risk of physical harm by individuals representing to be fiduciaries of one or more of the Respondents. Additionally, the acts and actions of the Respondents prevent immediate payment of Federal taxes in the amount of $1.575 trillion dollars into the United States Treasury.

E. BACKGROUND

9. On or about April 15, 2003 the Honorable Gerald Bruce Lee, in case number 02-1363-A filed in the United States District Court for the Eastern District of Virginia, issued an Order and Memorandum of Opinion for the referenced numbered case. As part of the Order and Memorandum of the Court (in the referenced case) the Court stated that the Plaintiff (in the referenced case) should pursue liquidation of corporations, recovery of financial assets and pay all required taxes in accordance with the law.

10. Petitioner initiated contact with numerous third parties, including United States elected, nominated, appointed and career employees plus foreign countries, for the purpose of recovering financial assets.

11. Upon best information and belief in December of 2005 and January 2006, Secretary Snow (Secretary of the Treasury at the time) and Chairman Greenspan (Chairman of the Federal Reserve at the time) traveled to the People's Republic of China. The Chinese required confirmation of Petitioner's signature to facilitate cooperation of the Chinese in completing the transfer of financial assets referenced herein.

Upon best information and belief Snow/Greenspan determined that Chinese officials had the ability and willingness to cooperate with Petitioner in the recovery and transfer of substantial financial assets that had been in the care custody and control of the Chinese for an extended period of time.

12. Premised on the representations of Secretary Snow and Chairman Greenspan the legal services of Troutman Sanders, LLP and Jenkens & Gilchrist Parker Chapin, LLP, (attorney's) were used to complete the preparation and administer the execution of agreements and documents referred to collectively as "settlement documents". The following is a compilation of the significant parties that are represented as either obligors and/or beneficiaries of the settlement documents:

- Petitioner Wanta identified in this Petition.
- Central Intelligence Agency (CIA), (including but not limited to Land Baron/Xeno)
- National Security Agency (NSA)
- Department of Homeland Security
- Director of National Intelligence
- United States State Department
- United States Department of the Treasury
- United States Department of Defense
- The White House , including but not limited to the Offices of the President and Vice President
- C.B.I.C. Inc. (Mr.William Bonney Sr.)
- China (PRC), France, Great Britain, Germany and other foreign nations participating under one or more international "Protocol"

including but not limited to the Reagan-Mitterrand Protocol agreements.

- Others of interest not intentionally omitted as part of this Petition.

The entirety of the financial assets mentioned in the settlement documents prepared by the above mentioned attorneys concerns approximately $27 Trillion United States Dollars in value. The portion attributable and payable to the Petitioner is $4.5 Trillion United States Dollars.

13. In May of 2006 the People's Republic of China caused a free and unrestricted transfer of $4.5 Trillion United States Dollars through international bank fund transfer facilities to an account at Bank of America located in Richmond, Virginia. The designated beneficiary of the transferred funds from the People's Republic of China was Petitioner herein. This transfer was made by the People's Republic of China solely and exclusively as a requirement under the mentioned settlement agreement.

14. Upon best information and belief between the dates of July 31st to August 2nd of 2006 the United States Department of the Treasury, without authorization of either the remitting party or the receiving party removed the People's of Republic of China transferred financial assets from Bank of America Richmond, Virginia to an account in the name of Goldman Sachs at CITIBank New York, New York as the beneficiary holder of the monies transferred by the People's Republic of China referenced above. This "Chip" (Clearing House Interbank Payment) transfer was facilitated from Virginia domiciled banks to New York domiciled banks via the Federal Reserve Bank Richmond. The Chip transfer did not remove the name of Petitioner as the intended recipient of the transferred money from the People's Republic of China. The transfer to the Goldman Sachs et. al. account at CITIBank put a lawless restriction that the funds were not to be released to Petitioner without the authorization of United States Treasury. At or about the time of the unauthorized transfer mentioned in this paragraph 14 Petitioner protested the alleged right of "entitlement" by Secretary Paulson and to facilitate protest of right of ownership under the "Securities Acts" accounts were opened in the name of AmeriTrust

Groupe, Inc at Morgan Stanley, fiduciary client account at CITIBank/NYC to receive direct deposit transfer of Petitioner funds from Goldman Sachs.

15. The Petitioner has been contacted by "Compliance Officers" that are contract employees of the United States Department of the Treasury that the transfer records of the United States Department of the Treasury and the recipient (past and present holder of the funds transferred to Petitioner by the People's Republic of China) reflect that the accounts opened to receive the financial assets are tagged and coded for the benefit of Petitioner. Access to the tagged and coded accounts requires lawless authorization to be provided in writing by Secretary Paulson. To date Secretary Paulson refuses to provide the required written authorization to the compliance officers. In addition one or more compliance officer (referenced herein) has been contacted by Secret Service Agents who have advised the compliance officers that the "White House" ordered that the compliance officers cease and desist from communicating in any manner with Petitioner.

16. Upon best information and belief the compliance officers mentioned in paragraph 15. have been in contact with law enforcement officers representing the Central Intelligence Agency and the United States Department of Defense. These mentioned law enforcement officers confirm that the information provided by the compliance officers is true and correct and that upon best information and belief the "order" preventing Secretary Paulson from releasing the "tagged and coded" funds that are the sole and exclusive property of the Petitioner have been either lawlessly and individually controlled by Secretary Paulson and/or restricted through direct participation by other United States of America elected and/or nominated officials..

17. Upon best information and belief Troutman Sanders, LLP and Jenkens & Gilchrist Parker Chapin, LLP, seeking legal recourse on behalf of C.B.I.C. Inc. (Mr.William Bonney Sr.) and the People's Republic of China obtained an Order to Show Cause Why a Writ of Mandamus Should Not Be Issued from the United States Supreme Court signed by Justice Ginsberg. The People's Republic of China, as a foreign

government, invoked the original jurisdiction authority of the United States Supreme Court to obtain the document signed by Justice Ginsberg. Upon further best information and belief the responding parties to the action filed in the United States Supreme Court are exercising any and all assumed defenses to ward off the issuance of the Writ of Mandamus.

18. The United States Department of Justice and/or any agency or investigative authority contacted has refused to assist Petitioner in the collection of lawful funds. Said parties refuse such assistance irrespective that there is clear and undisputed evidence that the subject funds are identified in official United States government agency documents as being the sole and exclusive property of Petitioner. As of the date of the filing of this Petition, all requests for payment of lawful funds has been ignored by any and all elected and nominated public officials that have the implied and apparent authority to complete all requirements of the settlement documents.

19. Petitioner individually and as sole and exclusive controlling shareholder of AmeriTrust Groupe, Inc certifies as follows:

- The Petitioner has personally had conversations with one or more officials at the United States Department of the Treasury and said officials confirm the sequence of events concerning inward remittance of subject funds from the People's Republic of China and inter-bank transfers within the United States
- Petitioner confirms that he has personal knowledge about the "Claims and Background" set out in this Petition and verifies upon penalty of perjury that the same are true and correct.
- Petitioner has fully and completely reviewed the content of this Petition and certifies by sworn affidavit attached hereto that the "Statement of Claim and Background" are true and correct.

20. Upon best information and belief "Respondent" individuals, agencies, public, private, nominated and/or elected have knowingly, overtly, covertly and with specific intent conspired together to defraud Petitioner. The individual and/or

conspiratorial acts amount to a violation of the Securities Acts of 1933 and 1934 (as amended in 1970), the Bank Privacy Act, the Organized Crime Control Act of 1970, specifically RICO and applicable international and national money laundering restrictions. In addition it is further the mentioned Respondent's acting individually and/or "acting in concert" violate Petitioners rights under the provisions of H.R. 3723 as the same pertains to private business transactions being protected under both private and criminal penalties.

Reasonable action has been taken by the Petitioner in an attempt to obtain explanation and/or under what authority Respondents are not following the "Rule of Law" and permitting access by Petitioner to the financial accounts referenced herein. Despite continued written notice and request for a response the named parties continue to avoid their legal obligations and continue to commit covert and/or overt acts in furtherance of their knowing and purposeful violation of the statutory references mentioned hereinabove. In furtherance of this Petition for the issuance of a Writ of Mandamus Petitioners direct this Courts attention to the letters and other communications that have been marked as Exhibits A, B and C attached hereto and incorporated herein by this reference as if the same were set out in their entirety in the body of this Petition.

F. CONCLUSION

21. The "Statement of Claim and Background" demonstrate, "(1) the presence of novel and significant questions of law; (2) the inadequacy of other available remedies; and (3) the presence of a legal issue whose resolution will aid in the administration of justice".

G. REQUEST FOR RELIEF

1. Emergency consideration of this Petition with an expedited response time for Respondents to respond to this Petition and an expedited time for the Court to hear the merits of this matter.

2. Such other and further relief as the Court deems just and proper to protect the Constitutionally protected rights of the Petitioner.

Executed on this 18TH day of June 2007

LEE E. WANTA, LEO E. WANTA, AMBASSADOR
LEO WANTA, _Pro Se_
5516 Falmouth Street
Suite 108
Richmond, Virginia 23230 Petitioner
Telefon : 814 455 9218
Telefax : 202 330 5116

AFFIDAVIT

The undersigned, being fully advised by counsel of the seriousness of the claim of making false statements to a Court and being fully apprised of the consequences for committing perjury (and the associated penalties), hereby make the following statements concerning the Petition for Writ of Mandamus being filed on my behalf, by my counsel, in the United States District Court for the Eastern District of Virginia:

1. I am more than twenty-one years of age and I am a citizen of the United States of America.
2. For an extended period of time I am functioning as a representative, investigator, contract employee and/or facilitator of one or more assignments that were either executed and/or performed at the direction and/or under the supervision of one or more persons and/or agencies that were accountable to the Executive Offices of the United States government.
3. During most recent three to five years I have been attempting to coordinate the repatriating of substantive financial resources from foreign locations to the United States and cause the tax payments owed on the patriated funds to be paid to the United States Treasury. I have substantially completed the stated objective task with the assistance of one or more foreign sources.
4. I have read the entirety of the Petition for Writ of Mandamus prepared by my attorney's. I confirm that I have personally directed communications with the banks, security firms, the United States Department of the Treasury (including one or more individual parties associated with the Treasury that are named as Respondents) and other entities mentioned in the Petition.
5. I have personally confirmed that the financial assets sent by the People's Republic of China were received by Bank of America in Richmond, Virginia and that upon best information and belief the subject financial assets were "tagged" in my name and transmittal instructions by the People's Republic of China directed that the same be paid to me without offset or delay.
6. I have been personally advised by agents and/or contract regulation compliance workers, that are accountable to the United States Department of

the Treasury, that release of funds sent by the People's Republic of China for payment to me is being restricted and/or blocked by one or more parties.

7. The exact party and/or parties that are restricting and/or blocking payment of financial assets to my designated accounts is not known absolutely.
8. Upon best information and belief the United States Department of the Treasury has the power and authority to direct release of the funds for my unrestricted use.
9. Despite continued demand for release of financial assets (that were transmitted by the People's Republic of China) for payment to me personally the demands are ignored and are not rebuked by any responsive communication.
10. I have been personally informed by parties, that have the authority to release the block on funds leveraged against recipient banking accounts established in my name, that directives have been received from known and unknown parties that have the affect of negating my ability to have free and unrestricted access to financial assets that are "tagged" solely and exclusively in my name.

IN WITNESS WHEREOF I am causing the above set forth affidavit to be notarized and sworn with full recognition of the penalty of perjury this 1 7th day of June 2007.

Lee E. Wanta

Lee E. Wanta, Leo E. Wanta and
Ambassador Leo E. Wanta

County of Chippewa)
State of Wisconsin)

On this 11th day of June 2007 the above named individual, being personally known to me, appeared before me and after being first duly sworn signed the above Affidavit.

January 5, 2009
My commission expires

Marge L. Geissler
Notary Signature and seal

EXHBIT A

l

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

FAX COVER

TO: The Honorable, Richard B. Cheney
Vice President of the United States
The White House
1600 Pennsylvania Avenue N.W.
Washington, D.C., USA 20500

CC: The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.
Secretary of The Treasury

VIA: (202) 456-7044; (202) 622-6464; (202) 622-0073

ITEM(S):

1) Immediate Inward Remittance of Financial Settlement Funds Dated 3 May 2007

CC: Lee E. Wanta, Chairman and Chief Executive Officer

lew

3 MAY 2007 FAX COVER PAGE 1 OF 4

AmeriTrust Groupe, Inc.

2

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Date: 3 May 2007

To : The Honorable, Richard B. Cheney
Vice President of the United States
The White House
1600 Pennsylvania Avenue N.W.
Washington, D.C., USA 20500

Cc: The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.
Secretary of The Treasury

Via: Fax: (202) 456-7044

In the matter of: The Agreed Upon Financial Settlement of Four Point Five Trillion United States Dollars ($4,500,000,000,000.00USDollars) regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Ref: Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Re: Immediate Inward Remittance of Financial Settlement Funds

Dear Sir::

It has been brought to this firm's attention the referenced agreed upon Financial Settlement payment of Four Point Five Trillion United States Dollars ($4,500,000,000,000.00USDollars) is still on account within the United States Treasury Account of JPMORGAN CHASE Custodial Account at CITIBANK with the beneficial ownership of Leo E. Wanta / Lee E. Wanta. Further, this firm is advised that the assignment to AmeriTrust Groupe, Inc. is still in full force, per instructions to Secretary Henry M. Paulson, Jr. on 14 August 2006, et seq..

Additionally, the above referenced Settlement Funds have been kept unlawfully "off the books" while Secretary Paulson, et al., at your direction, has utilized the Four Point Eight Trillion United States Dollars plus ($4,800,000,000,000.00USDollars), diverted from the Bank of England on March 29 – March 30th 2007, in an attempt to place said funds "on the books" before authorizing release to the lawful AmeriTrust Groupe, Inc. securities account at Morgan Stanley & Co., Inc. coordinates (Encl 1).

wee
LEE

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street, Erie, PA

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Today, this firm was advised that a refunding, in the form of new issue unsubordinated debt obligations, will be used to recover the "mis-appropriated" Bank of England funds in a further unlawful attempt to delay the authorized release of the aforementioned Settlement Funds and thereby cause further delay and/or the prevention of payment — by Leo (Lee) E. Wanta / AmeriTrust Groupe, Inc. — of **payable taxes** of One Point Five Seven Five Trillion United States Dollars **($1,575,000,000,000.00USDollars) to the Treasury of the United States of America (or as directed by the Office of the President of The United States of America).**

Accordingly, with respect, this letter hereby **advises and instructs** you, as Vice President of the United States of America, to immediately issue the authorization and inward remittance of the unlawfully held Four Point Five Trillion United States Dollars **($4,500,000,000,000.00USDollars) to the enclosed AmeriTrust Groupe, Inc. corporate securities account.**

Whereas, The President of the United States of America, having signed H.R. 3723 on October 11, 1996, has protected this transaction by allowing Corporations the right to declare their Contracts, Clients, Internal Procedures and Information, and the transactions they engage in as a Corporate or Trade Secret fully protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

Inasmuch, the names, indentities, bank coordinates and other identifying information of persons or entities that are party to this transaction, contained herein, or learned hereafter, shall be a Corporate Trade Secret that shall not be disseminated or other than as provided for herein, or as allowed under applicable law. Any unauthorized Disclosure of this Private Transaction, parties to, or other material fact of, shall subject the violators to Criminal Prosecution.

Best Regards,

AmeriTrust Groupe, Inc.

Authorized By: [signature] 5-3-07
Michael C. Cottrell, M.S.
Executive Vice President and Treasurer **(814) 874-3257**

Authorized By: [signature]
Lee E. Wanta, Chief Executive Officer, President **(ANS: 814-455-9218)**

Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates For AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Cc: The Honorable, George W. Bush, President of The Untied States of America
AmeriTrust Groupe, Inc.
Mr. William Bonney Sr., C.B.I.C. Corporation, BOLDCAP LIMITED, INC.
Thomas E. Henry, Attorney At Law

3 MAY 2007

AmeriTrust Groupe, Inc.

4

Office of The Treasurer
1167 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Ref: Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc., dated 14 August 2006

MORGAN STANLEY: WIRE INSTRUCTIONS

Beneficiary:	**AMERITRUST GROUPE, INC.**
Federal EIN:	**20-3866855**
Bank:	**Citibank NYC**
ABA:	**021 000 089**
Account Name:	**For Benefit of Morgan Stanley DW Inc.** **Morgan Stanley DW Inc.** **Harborside Financial Center** **Plaza Three, 6th Floor** **Jersey City, NJ 07311**
Beneficiary Account:	40611172
For Further Credit To:	601095066734 AmeriTrust Groupe, Inc.

Submitted by: [signature] 5-3-07
Michael C. Cottrell, M.S.
Director
Executive Vice President and Treasurer
AmeriTrust Groupe, Inc.

(14 AUGUST 2006)
3 MAY 2007

ENCL 1
PAGE 4 OF 4

S

Thomas E. Henry
Attorney at Law

April 5, 2007

Honorable George Bush
President of the United States of America
White House
1600 Pennsylvania Avenue N.W.
Washington, D.C. 20500

Honorable Richard Cheney
Vice President of the United States
White House
1600 Pennsylvania Avenue N.W.
Washington, D.C. 20500

Honorable Alberto Gonzales
Attorney General Of the United States
950 Pennsylvania Avenue N.W.
Office of the Attorney General
Washington, D.C. 20530

James H. Burrus Jr.,
Criminal Investigations Division
Federal Bureau of Investigation
J. Edgar Hoover Building
935 Pennsylvania Avenue
Washington, D.C. USA 20535-0001

Honorable Nancy Pelosi
Madame Speaker of the House of Representatives
235 Cannon House Office Building
Washington, D. C. 20515-0508

Honorable Barney Frank
House Office Building
2252 Rayburn House Office Bldg
Washington, D.C. 20515-2104

Honorable Henry A Waxman
House Office Building
2204 Rayburn House Office Bldg.
Washington, D.C. 20515-0530

Mr. Glenn Fine, Inspector General
United States Department of Justice
950 Pennsylvania Avenue N.W.
Washington, D.C. 20530-0001

Re: Circumvention and avoidance, by public (USG) and private individuals/entities acting individually, jointly and/or in conspiracy with others that illegally restrict and/or interfere with the named recipient's (Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, AmeriTrust Groupe, Inc.) ability to take possession and/or have access to lawfully deposited monies and/or financial instruments.

Dear Mr. President, Mr. Vice President, Madame Speaker and Gentlepersons:

Multiple communications have been directed to law enforcement agencies, investigative bureaus and parties entrusted with enforcing the public rules, laws and regulations of this great nation. My client's specific purpose in writing to the Federal Bureau of Investigation and other law enforcement agencies was to report a series of crimes and request the assistance of law enforcement agencies in enforcing the "laws of the land". Specific criminal acts have been delineated and perpetrators identified in prior communications.

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-8873
Colo. Atty. #:4604 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

6

My clients reiterate their demand that appropriate parties investigate the identified crimes immediately. The criminal acts being orchestrated by USG officials/ agents and cooperative private parties must be stopped and the criminals held accountable. Bringing the referenced parties before appropriate tribunals will be honored by the citizenry of the United States of America.

Each recipient of this letter is aware that the overt acts committed in furtherance of the criminal enterprise/conspiracy that has been identified by my clients restricts the immediate payment of $1.575 Trillion Dollars into the United States Treasury. There is no legitimate purpose that justifies the commission of criminal acts by USG officials that damages the lawful rights of each American Citizen. The self motivated acts of the identified criminal perpetrators must be stopped immediately.

The criminal acts complained of by my clients are corroborated and subject to proffered verification by several parties. The mentioned corroborating witnesses hold positions of authority where the information they offer represents first hand knowledge. In one instance we have been advised that a nominated "Secretary" of a pertinent USG Department directed that his staff instruct a witness that the witness should refrain from assisting my clients. The mentioned witness was advised that failure to comply with the directions given by the nominated "Secretary" would result in the witness being subjected to the virtual wrath of the entirety of the "Patriots Act".

The claims made by my clients are not frivolously made and are not proffered premised on dreams induced by delusional euphoria. I have been assured by my clients that evidentiary confirmation that verifies the commission of the alleged crimes, by the named perpetrators, is readily available on the "home front". Should something accidentally restrict the ability to use locally stored material then copies that are available in other environments will be retrieved.

My clients have advised that appropriate "gag orders" will be honored upon receipt and confirmation that funds have been deposited pursuant to previously provided Leo E. Wanta/Lee E. Wanta , AmeriTrust Groupe, Inc., banking coordinates. The criminal perpetrators acts/actions that prevents my clients unrestricted access and freedom of control over deposited funds (private property) should be expunged immediately. If the perpetrators can not be encouraged to comply with the "Rule of Law" then a meeting must be scheduled to enable evidentiary matters to be discussed, recorded and preserved for the entirety of the criminal process. It is respectfully suggested that Mr. Burrus take the lead in coordinating participation as may be deemed necessary to get off the "dime" and either follow the "Rule of Law" or accept the possibility that potential disclosures in an open environment may have impact stretching beyond the borders of the United States.

Thank you in advance for your immediate attention and I look forward to your timely response.

Respectfully submitted,

Thomas E. Henry

Cc: Relevant Senate and House Judiciary Committees
Concerned national and foreign government associated parties
Relevant national and foreign concerned private business interests

7

Thomas E. Henry
Attorney at Law

March 26, 2007 -- 18:00p.m. MT
TO: Honorable Alberto R. Gonzales
Attorney General of the Untied States of America
Via Facsimile: 202-307-6777 and 202-514-3003

Office of the Inspector General
United States Department of Justice
Investigations Division
Via Facsimile: 202-616-9898

4 pages total including this cover

From: Thomas Henry, Attorney at Law

Re: Attached three page letter addressed to James H. Burrus Jr., Assistant Director, Criminal Investigations Division and Candice M. Will, Assistant Director, Office of Professional Responsibility sent via United States mail.

The subject matter presented in the attached letter has previously been communicated to all members of the Presidents Cabinet and specific executive parties associated with the United States Department of the Treasury and other agencies and bureaus directly responsible for investigation of the subject matter of the criminal activity proffered in the subject letter.

Most recently my clients have been advised that Secretary Chertoff expressed that he is not aware of any financial obligations owed to any third parties within the scope of the complaint set forth in the attached letter. With all due respect Secretary Chertoff misconstrues the complaint of my clients. The subject of the complaint does not make an assertion that Secretary Chertoff and for that matter any other person(s) owe my clients money. The complaint is quite simple. Secretary Chertoff and others are illegally asserting control over financial assets that are the property of my clients. Said public officials are illegally preventing my clients from having access to the mentioned financial assets. The financial assets are the sole and exclusive legal property of my clients and access to the financial assets are being illegally blocked by Secretary Chertoff and others.

It is respectfully requested that the Department of Justice, including but not limited to the FBI, the United States Department of Treasury and the Security and Exchange Commission be directed to immediately conduct an investigation into the subject matter of the complaint in the attached letter.

Respectfully submitted,

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:14504 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

8

Thomas E. Henry
Attorney at Law

March 26, 2007 – 18:00p.m. MT

James H. Burrus Jr., Assistant Director
Criminal Investigations Division
Federal Bureau of Investigation
J. Edgar Hoover Building
935 Pennsylvania Avenue
Washington, D.C. USA 20535-0001

Candice M. Will, Assistant Director
Office of Professional Responsibility
Federal Bureau of Investigation
J. Edgar Hoover Building
935 Pennsylvania Avenue
Washington, D.C. USA 20535-0001

Re: Circumvention and avoidance, by public (USG) and private individuals/entities acting individually, jointly and/or in conspiracy with others that illegally restrict and/or interfere with the named recipient's (Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, AmeriTrust Groupe, Inc.) ability to take possession and/or have access to lawfully deposited monies and/or financial instruments.

METHOD OF TRANSMITTAL: See cover memo sent with this letter.

Dear Mr. Burrus and Ms. Will:

For an extended period of time Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc., have been diligently attempting to have access to monies that were transferred through international bank monetary clearing systems to financial institutions located in the United States of America for the sole and exclusive use and benefit of Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc. The foreign party that originated the transfer of said money/financial instruments specifically designated Leo E. Wanta/Lee E. Wanta as sole and exclusive recipient for the transferred money/financial instruments. AmeriTrust Groupe, Inc. was appointed as a named party on certain operating bank accounts that were established to facilitate satisfaction of certain fiduciary responsibilities to third parties and also for ongoing business operations.

Irrespective of efforts proffered by Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, AmeriTrust Groupe, Inc., and/or agents and representatives of Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, AmeriTrust Groupe, Inc., both private and public affiliated individuals and entities, continually conspire jointly, severally and individually

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:4504 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

with known and unknown parties in a manner that, contrary to the "Rule of Law", prevents Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, AmeriTrust Groupe, Inc, from being able to exercise their legal right to the unrestricted use, transfer and disbursement of said funds.

The organizations, entities, departments and individuals that are known by Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc., to have participated in committing one or more overt acts and/or activities in furtherance of the apparent conspiracy preventing lawful access to money and securities include but are not necessarily limited to the following:

- Bank of America
- J.P. Morgan Chase
- CITIBANK/CITIGROUP/ NYC and elsewhere including but not limited to Mr. Charles O. Prince CITIGROUP Chief Executive Officer
- Goldman Sachs, et al including but not limited to all past and present management and executive officers and all members of the Board of Directors.
- United States Department of the Treasury including but not limited to Secretary Paulson, Deputy Secretary Kimmitt and other known and/or unknown parties working directly or under contract with the United States Department of the Treasury.
- Secretary Chertoff, Department of Homeland Security and other known and/or unknown parties working directly or under contract with the United States Department of Homeland Security.
- One or more known and/or unknown "compliance officers" that act directly and/or under contract with the private bank/security house to observe rules and regulations of the United States Department of the Treasury and/or other USG investigative and reporting entities.
- Securities and Exchange Commission and all known and/or unknown parties acting directly and/or under contract with the Securities and Exchange Commission that have failed to prevent diversion and/or manipulation by any third party of the financial interests of Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc.
- Such other known and/or unknown parties that despite notice continue to use their legal and/or statutory power to lift any restrictions and/or limitations on the immediate access to monies and financial instruments by Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc.

There is more than probable cause to believe that the referenced individuals, agencies, public, private, nominated officials and elected officials have knowingly, overtly, covertly and with specific intent conspired together to defraud Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc. The individual and/or conspiratorial acts clearly amount to a violation of the Securities Acts of 1933 and 1934 (as amended in 1970), the Bank Privacy Act, the Organized Crime Control Act of 1970, specifically RICO and applicable international and national money laundering restrictions. In addition it is further asserted that the mentioned "acting in concert" by each of the participating parties entitles Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc. to claim a violation of H.R. 3723 as the same pertains to private business transactions being protected under both private and criminal penalties.

It is also suggested that a reasonable and prudent investigation will reveal that one or more USG officials (nominated and/or elected) have participated in bribery directed at foreign government officials and/or committed acts of extortion toward foreign government officials contrary to the Fair Practices Corruption Act and/or other laws and regulations adopted in the United States and through international treaty prohibiting payment of consideration to a foreign government party in exchange for either action and/or non action from the foreign party.

Reasonable action has been taken by the principals/victims in an attempt to obtain explanation and/or under what authority all of the parties mentioned herein are not following the "Rule of Law" and permitting access by Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc.to the financial accounts referenced herein. Despite continued written notice and request for a response the named parties continue to avoid their legal obligations and continue to commit covert and/or overt acts in furtherance of their knowing and purposeful violation of the statutory references mentioned hereinabove in this letter.

It is requested that your immediate attention be given to this matter and that notice be provided on your acceptance of this complaint for investigation. As legal counsel to Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, and AmeriTrust Groupe, Inc. I will make my clients available to answer questions and supply other information deemed appropriate to expand and complete your investigation.

Respectfully submitted,

Thomas E. Henry

Cc: Relevant Senate and House Judiciary Committees
Members of the Presidents Cabinet
Concerned domestic and foreign parties
Relevant USG law enforcement agencies

Thomas E. Henry

Attorney at Law

11

February 27, 2007

President George W. Bush, President of the United States of America
Vice President Richard B. Cheney, Vice President of the United States of America

And the following named members of the Presidents Cabinet:

Attorney General Alberto Gonzales
Secretary Condoleezza Rice
Secretary Michael Chertoff
Secretary Henry M. Paulson, Jr.
Secretary Dirk Kempthorne
Secretary Robert M. Gates
Secretary Mike Johanns
Secretary Carlos Gutierrez
Secretary Margaret Spellings
Secretary Jim Nicholson
Secretary Alphonso Jackson
Secretary Samuel W. Bodman
Secretary Mary E. Peters
Secretary Elaine Chao
Secretary Michael O. Leavitt
1600 Pennsylvania Avenue NW

White House
Washington, D.C. USA 20500

Re: Ongoing and continual circumvention and avoidance, by both public and private individuals and entities acting either individually, jointly and/or in conspiracy with others, that prevent completion of Agreed Upon Financial Settlement regarding Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. President, Mr. Vice President and named members of the President's Cabinet:

Irrespective of representations and assurances by both USG and foreign parties holding positions of authority, it has been brought to our attention that Secretary Chertoff individually, jointly and/or in conspiracy/concert with others is improperly acting under "Color of Public Office" preventing finalization and completion of the referenced "Financial Settlement". All concerned parties are aware that the subject private business transaction has prior approval of all legally required parties. The referenced transaction entails the repatriation of USD $4.5 Trillion. The non-authorized acts/actions of

THOMAS E. HENRY
ATTORNEY AT LAW

1125 SOUTH 79TH STREET
Phone: 402-614-2057
Colorado Bar #: 4504

Cell: 402-680-0509

OMAHA, NEBRASKA
Fax: 800-418-5873
Nebraska Bar #: 11819

Secretary Chertoff prevents immediate payment of USD $1.575 Trillion to the United States Treasury. The consequences of Secretary Chertoff's actions were and are being committed in violation of the "Rule of Law". The resulting consequences of this illegal behavior extend beyond United States borders. There are serious concerns in world financial markets and political settings for failure of the USG to comply with agreed upon protocols that are an integral part of the referenced "Financial Settlement". In previous correspondence each recipient of this letter was advised as follows:

> *"The Principals who are to be direct and/or fiduciary recipients of the proceeds derived from the private business transaction have accepted obligations to pay commitments to several foreign entities (public and private) and several "USG" entities (public and private). Intervention and blockage of this private business transaction places one or more private and public relationships at jeopardy. Each and every party is and/or should be aware of the historical and current protocol agreements and contractual obligations that underpin the referenced financial commitments (public/private/foreign/domestic) identified herein."*

The above stated information has not changed. Continual avoidance, circumvention and commission of covert/overt acts contribute to the deterioration of respect and confidence toward the USG in many arenas.

For purpose of continual notice and clarification you are all reminded once again that the term "Financial Settlement" is used generically for reference purposes and should not be considered as an admission modifying the character of the ***private business*** transaction previously documented between Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, AmeriTrust Groupe, Inc, one or more foreign government/private interests and one or more "USG" public and private sector interests.

The individual, agency, public, private, nominated official and elected official violation of the "Rule of Law" referenced herein amounts to a violation of the Securities Acts of 1933 and 1934, the Organized Crime Control Act of 1970, specifically RICO and applicable international and national money laundering restrictions. In addition it is further asserted that the mentioned "acting in concert" by each of you individually, jointly and severally, subjects the participating parties to a claim of violating H.R. 3723 as the same pertains to private business transactions being protected under both private and criminal penalties. Avoidance and silence when one has knowledge does not mitigate and may in fact escalate one's level of culpability.

Subsequent to the previous letter addressed to the same recipients as this letter an assurance was received from USG authorities that the essence and full faith of the "Financial Settlement" would be completed on or before the end of this month. In the spirit of acting in good faith all effort has been exerted to obtain cooperation from disgruntled third parties allowing an additional reasonable time to comply with contractual obligations and protocol agreements. Your current actions remove a reason

THOMAS E. HENRY
ATTORNEY AT LAW

1125 SOUTH 79TH STREET **OMAHA, NEBRASKA**
Phone: 402-614-2057 **Cell: 402-680-0509** **Fax: 800-418-5873**
Colorado Bar #: 4504 **Nebraska Bar #: 11819**

13

and concern in requesting continual understanding and cooperation from international parties of interest.

Your individual and joint denial and failure to step forward and require compliance with the "Rule of Law" will be assumed to be a statement that you have no interest in following the "Rule of Law".

Time is of the essence and your immediate attention and implementation of corrective action is requested. Timely corrective action will go a long way in mitigating a very volatile situation with the potential of serious impact on the global economy and the stability of the United States Dollar in the world market.

Respectfully submitted,

Thomas E. Henry

Cc: Members of the United States Congress
International monetary interests
Foreign and local participants/beneficiaries

THOMAS E. HENRY
ATTORNEY AT LAW

1125 SOUTH 79TH STREET
Phone: 402-614-2057
Colorado Bar #: 4504

Cell: 402-680-0509

OMAHA, NEBRASKA
Fax: 800-418-5873
Nebraska Bar #: 11619

14

Thomas E. Henry
Attorney at Law

February 11, 2007

President George W. Bush, President of the United States of America
Vice President Richard B. Cheney, Vice President of the United States of America

And the following named members of the Presidents Cabinet:

Attorney General Alberto Gonzales
Secretary Condoleezza Rice
Secretary Michael Chertoff
Secretary Henry M. Paulson, Jr.
Secretary Dirk Kempthorne
Secretary Robert M. Gates
Secretary Mike Johanns
Secretary Carlos Gutierrez
Secretary Margaret Spellings
Secretary Jim Nicholson
Secretary Alphonso Jackson
Secretary Samuel W. Bodman
Secretary Mary E. Peters
Secretary Elaine Chao
Secretary Michael O. Leavitt
1600 Pennsylvania Avenue NW
White House
Washington, D.C. USA 20500

Re: Apparent circumvention and avoidance, by both public and private individuals and entities acting either individually, jointly and/or in conspiracy with others, that prevent completion of Agreed Upon Financial Settlement regarding Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. President, Mr. Vice President and named members of the President's Cabinet:

It has been brought to our attention that one or more of the recipients of this letter acting individually, jointly or in conspiracy/concert with others are improperly acting under "Color of Public Office" preventing finalization and completion of the referenced "Financial Settlement". The term "Financial Settlement" is used generically for reference purposes and should not be considered as an admission modifying the character of the ***private business*** transaction previously documented

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:4504 ThomasEsq_232@hotmail.com NB Atty. #:11819

15

between Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, AmeriTrust Groupe, Inc, one or more foreign government/private interests and one or more "USG" public and private sector interests.

Each of you are and/or should be aware that the mentioned private business transaction would generate substantial United States Dollars paid to the United States Treasury. At a time in American history when large financial resources are needed to fight the "War on Terrorism" any act and/or failure to act that negates payment to the United States Treasury would appear to be an act of "Treason". Burdening the United States taxpayers with additional debt, failing to address the needs of Social Security/Medicare and other economic needs of our great nation in deference to some misguided personal interest that prevents completion of the mentioned private business financial transaction compounds the inference of "Treason" and/or gross malfeasance in public office.

The Principals who are to be direct and/or fiduciary recipients of the proceeds derived from the private business transaction have accepted obligations to pay commitments to several foreign entities (public and private) and several "USG" entities (public and private). Intervention and blockage of this private business transaction places one or more private and public relationships at jeopardy. Each and every party is and/or should be aware of the historical and current protocol agreements and contractual obligations that underpin the referenced financial commitments (public/private/foreign/domestic) identified herein.

The individual, agency, public, private, nominated official and elected official violation of the "Rule of Law" referenced herein amounts to a violation of the Securities Acts of 1933 and 1934, the Organized Crime Control Act of 1970, specifically RICO and applicable international and national money laundering restrictions. In addition it is further asserted that the mentioned "acting in concert" by each of you individually, jointly and severally, subjects the participating parties to a claim of violating H.R. 3723 as the same pertains to private business transactions being protected under both private and criminal penalties.

In the event either one or all of the named recipients of this letter are not aware of the historical background leading to the culmination of the financial obligations referenced herein it is respectfully suggested that you obtain such information from official sources and not accept verbal explanations from any party (irrespective of the position of the party making the verbal representation).

Absent written advice, within forty-eight hours (48 hours), that either one or all of the recipients of this letter have a legal basis to prevent delivery of the funds pursuant to the mentioned "financial settlement", it will be assumed that your failure to act is a knowing and intentional violation and subrogation of the law. This matter requires your immediate attention and implementation of corrective action to enable mitigation of a very volatile situation with the potential of serious impact on the global economy and the stability of the United States Dollar in the world market.

Respectfully submitted,

Thomas E. Henry

16

Thomas E. Henry
Attorney at Law

The Honorable Robert M. Kimmitt
Deputy Secretary of the Treasury
Office of the Treasure/Room 2134
United States Department of the Treasury
1500 Pennsylvania Avenue
Washington, D.C. 20220

January 24, 2007

The Honorable Harold Damelin, Esq
Inspector General
United States Department of the Treasury

United States Department of Treasury via facsimile: 202-622-6464 and 202-622-0073

Mr. Charles O. Prince
Chief Executive Officer
CITIGROUP, Inc.
CITIGROUP Center
153 East 53rd Street
New York, New York 10022

CITIGROUP Global Anti Money Laundering
Attention: Pamela Johnson
399 Park Avenue
New York, New York 10043

CITIGROUP via facsimile 212-793-9700 and 212-793-5906

Re: Apparent Circumvention and Avoidance, by both public and private individuals and entities acting either individually, jointly and/or in conspiracy with others, that prevent completion of Agreed Upon Financial Settlement regarding Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Deputy Secretary Kimmitt, Mr. Prince and Ms. Johnson:

It is respectfully requested that immediate attention be given to the matter addressed in this letter. Irrespective of actual knowledge of the personal/corporate private business financial agreement between one or more American and foreign interests, (both in the public and private sector), the

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0309 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:4504 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

cc: The Hon., George W. Bush
(202) 456-1907

named addressees by way of action and/or inaction continue to sanction an agenda contrary to the "Rule of Law" and in direct circumvention of the agreed upon business agreements.

The United States Department of the Treasury, either unilaterally and/or in conspiracy with others (known and unknown), is refusing to follow the "Rule of Law" and complete financial obligations negotiated and approved by all concerned parties and parties of interest in the referenced ("Re") matter. There is reason to believe that the violation of the "Rule of Law" by the United States Department of the Treasury is being endorsed and/or wrongfully followed by agents and/or employees of CITIGROUP. It is further reasonably believed that the United States Department of Treasury and CITIGROUP, acting in concert and with full knowledge that the financial resources are clearly earmarked as belonging to Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc., are allowing third parties to have direct and/or indirect use of the financial resources without the consent of the lawful owner of the financial resources.

All concerned parties are aware that a representative of the United States Department of the Treasury has fiduciary control over referenced settlement agreement funds located at Goldman Sachs, et. al., (C.H.I.P.S.) account with CITIBANK NYC. The violation of the "Rule of Law", jointly subscribed to (through actions in concert) by the Untied States Department of Treasury and CITIGROUP amounts to a violation of the Securities Acts of 1933 and 1934, the Organized Crime Control Act of 1970, specifically RICO and applicable national and international money laundering restrictions. In addition it is further asserted that the referenced "action in concert" subjects the participating parties to a claim of violating H.R. 3723 as the same pertains to private business transactions being protected under both civil and criminal penalties.

It is assumed that all named parties are aware of multiple communications directed to Secretary Paulson and other USG and private business interests. The substitution of parties does not mitigate and only confirms that one or more parties continue to act under "Color of Law" in violation of their oath of office and/or "Rule of Law". The United States Department of the Treasury, with the aide and assistance of CITIGROUP, is avoiding its legal obligation to complete the transfer of the referenced settlement agreement funds forthwith and without further delay.

Absent written advice that either one or all of the named parties have a legal basis to prevent delivery of funds to the rightful owner, it will be assumed that your failure to act is a knowing and intentional violation of the law. This matter requires your immediate intervention and direction to enable mitigation of a very volatile situation with the potential of serious impact on the global economy.

Sincerely yours,

Thomas E. Henry

AmeriTrust Groupe, Inc.

18

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

FAX COVER

TO: The Honorable, Robert M. Kimmitt
Deputy Secretary of The Treasury
Office of the Treasurer
U.S. Department of The Treasury
1500 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, D.C., USA 20220

CC: The Honorable, Harold Damelin, Esq.
Inspector General
U.S. Department of The Treasury

VIA: (202) 622-6464; (202) 622-0073

ITEM(S):

1) Instructions regarding Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

CC: Lee E. Wanta, Chairman and Chief Executive Officer

22 JANUARY 2007

AmeriTrust Groupe, Inc.

19

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

IMMEDIATE RESPONSE REQUESTED

Date: 22 January 2007

To : The Honorable, Robert M. Kimmitt
Deputy Secretary of the Treasury
Office of the Treasurer, Room 2134
U.S. Department of The Treasury
1500 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, D.C., USA 20220

Cc: The Honorable, Harold Damelin, Esq.,
Inspector General
U.S. Department of The Treasury

Via: Fax: (202) 622-6464; (202) 622-0073

Ref: Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Re: **Instructions regarding Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.**

Dear Mr. Deputy Secretary:

Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and this corporation have waited for Mr. Paulson, as Secretary of the Treasury, to fulfill his fiduciary responsibilities and implement and order the execution of the necessary authorizations and codes to transmit to the Morgan Stanley Securities Account coordinates submitted on 15 December 2006, 19 October 2006, and 14 August 2006 — to no avail.

This corporation has been advised that the Agreed Upon Financial Settlement of Four Point Five Trillion United States Dollars ($4,500,000,000,000.00USDollars) are still at the coordinates via Secretary Paulson and Mr. James R. Wilkinson at The Bank Of New York (NYC) contrary to the said fiduciary instructions of the Chinese Government, et al. for delivery to Ambassador Leo E. Wanta, et al..

This firm is also aware that the funds only await final transmittal to the above referenced securities coordinates from your office. **Please advise, via telephone (814-874-3257) or via facsimile (814-453-4453) of the delivery time today for said release.**

20

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street, Erie, PA

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Re: Instructions regarding Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Whereas, The President of the United States of America, having signed H.R. 3723 on October 11, 1996, has protected this transaction by allowing Corporations the right to declare their Contracts, Clients, Internal Procedures and Information, and the transactions they engage in as a Corporate or Trade Secret fully protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

Inasmuch, the names, indentities, bank coordinates and other identifying information of persons or entities that are party to this transaction, contained herein, or learned hereafter, shall be a Corporate Trade Secret that shall not be disseminated or other than as provided for herein, or as allowed under applicable law. Any unauthorized Disclosure of this Private Transaction, parties to, or other material fact of, shall subject the violators to Criminal Prosecution.

Thank you for your cooperation in this matter.

Regards,

AmeriTrust Groupe, Inc. 1-22-07

Authorized By: [signature]
Michael C. Cottrell, M.S.
Executive Vice President and Treasurer (814) 874-3257

Authorized By: [signature] 22 JAN 07
Lee E. Wanta, Chief Executive Officer, President (715) 738-1235

Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006
2) 15 December 2006 letter to The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.

Cc: The Honorable, George W. Bush, President of The United States of America
His Excellency, Zhou Wenzhong, Ambassador of the People's Republic of China
AmeriTrust Groupe, Inc.
Thomas E. Henry, Esq.
Mr. William Bonney, Sr., C.B.I.C. Corporation
Mr. Thomas J. Melville

22 JANUARY 2007

21

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Ref: Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc., dated 14 August 2006

MORGAN STANLEY: WIRE INSTRUCTIONS

Beneficiary:	**AMERITRUST GROUPE, INC.**
Federal EIN:	20-3866855
Bank:	Citibank NYC
ABA:	021 000 089
Account Name:	For Benefit of Morgan Stanley DW Inc. Morgan Stanley DW Inc. Harborside Financial Center Plaza Three, 6th Floor Jersey City, NJ 07311
Beneficiary Account:	40611172
For Further Credit To:	601095086734 AmeriTrust Groupe, Inc.

Submitted by: [signature] 1-22-07

Michael C. Cottrell, M.S.
Director
Executive Vice President and Treasurer
AmeriTrust Groupe, Inc.

(14 AUGUST 2006)
22 JANUARY 2007

PAGE 1 OF 1

22

Thomas E. Henry
Attorney at Law

January 9, 2007

Mr. James R. Wilkinson
Chief of Staff
United States Department of the Treasury
1500 Pennsylvania Avenue
Washington, D.C. 20220

VIA FACSIMILE: 202-622-6464 and 202-622-0073

Re: Apparent Circumvention and Avoidance of Agreed Upon Financial Settlement regarding Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. Wilkinson:

I anticipate that you are aware that several letters have been sent to the Office of the President and Vice President of the United States of America, Secretary Paulson, United States Department of the Treasury, Ambassador Negroponte, pertinent USG agencies, the United States Congress and other foreign and domestic concerned parties expressing concern and dismay in the failure of relevant parties to follow the "Rule of Law" in regard to the referenced matter.

It has been brought to our attention that you are either knowingly and/or unwittingly aiding and abetting in thwarting the completion and satisfaction of agreed upon terms and conditions for the referenced settlement. To assist in your understanding of the seriousness of this matter and to minimize the repetitiveness of earlier communications I am attaching previous select letters sent to elected and Senate confirmed parties.

The specific purpose of this letter is to confirm notification to you in writing that failure to comply with terms and conditions of the agreed upon settlement constitutes a violation of the Securities Acts of 1933, 1934 and the Organized Crime Control Act of 1970, specifically R.I.C.O. Additionally, you are advised of H.R. 3723 that summarily provides that corporate business activity is protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

All concerned parties are aware that Secretary Paulson, under his personal signature, has control over referenced settlement agreement funds located at Goldman Sachs, et. al., (C.H.I.P.S.) account with CITIBANK NYC. It is believed that Secretary Paulson, in violation of his oath of office when accepting a position in your Cabinet with responsibility to the United States Department of the

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:4504 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

23

Treasury, is avoiding his legal and ethical obligations to complete the transfer of the referenced settlement agreement funds and apparently favoring a private business relationship with his previous employer. This conflict of interest position and Secretary Paulson's former relationship with Goldman Sachs provides the formidable basis for the assertion of a violation of the Securities Acts and Organized Crime Control Act of 1970..It has now been confirmed that after being advised of the concern with Goldman Sachs settlement monies have been transferred without legal authorization to alternate financial institutions. The only logical conclusion that can be drawn is that such maneuvers are only completed to forestall and attempt to circumvent the real intent of the parties trying to quash this settlement.

This matter requires your immediate intervention and direction to enable mitigation of a very volatile situation with the potential of serious impact on the global economy. The principals in this matter continually reaffirm their allegiance to the United States of America and specifically the office of the President of the Untied States.

Sincerely yours,

Thomas E. Henry

Cc:
President George W. Bush
Vice President Cheney
Ambassador Negroponte
Appropriate leaders of USG agencies
Foreign and domestic concerned parties
Members of the United States Congress
Land Baron/Xeno

P.S. The "Agency" has approved these financial transactions, as noted previously

24

Thomas E. Henry
Attorney at Law

January 4, 2007

Honorable Richard B. Cheney,
Vice President, United States of America
White House
1600 Pennsylvania Avenue NW
Washington, D.C. 20500

Transmitted via facsimile, email attachments and United States mail.

Re: Apparent Circumvention and Avoidance of Agreed Upon Financial Settlement regarding Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. Vice President:

It is respectfully proffered that circumvention and diversionary interference of private business transactions by publicly elected officials is a violation of the "Rule of Law". Irrespective of full compliance with United States of America laws and the endorsement by applicable "Need to Know" USG agencies your office has intervened and unilaterally prevented completion of contract agreements between the People's Republic of China and Ambassador Wanta, Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

The "White House" and various Cabinet members have been repeatedly advised of the impropriety committed by the Honorable Henry M. Paulson, Jr., United States Department of the Treasury, when he either unilaterally and/or in conspiracy with others (known and unknown), refused to follow the "Rule of Law" and complete financial obligations negotiated and approved by all concerned parties and parties of interest in the referenced ("Re") matter. It is anticipated that the White House is further aware of recent communications with Ambassador Negroponte that occurred prior to his resignation as Director of National Intelligence. In the event the referenced communications have not been appropriately circulated copies of the letters sent to President Bush and Ambassador Negroponte are forwarded with this letter for your review.

It is strongly believed that there is a substantive foundation to assert that interference with private business transactions exposes the wrongdoers to a violation of the Securities Acts of 1933, 1934 and the Organized Crime Control Act of 1970, specifically R.I.C.O. Additionally all parties have been advised of H.R. 3723 that summarily provides that corporate business activity is protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:4504 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

25

American participants in this private business transaction have received communication from many foreign and domestic parties complaining of the manner in which the completion of this settlement is being thwarted by non-party participants. This matter requires your immediate attention. Continual interference could potentially produce a very volatile situation with potential of serious impact on the global economy. The principals in this matter continually reaffirm their allegiance to the United States of America and additionally reaffirm a total commitment to fully comply with the "Rule of Law" and abide by the full extent of the terms and conditions of the settlement agreements.

Sincerely yours,

Thomas E. Henry

Cc:
President George W. Bush
Secretary of State Condoleezza Rice
Secretary Robert M. Gates
Attorney General Alberto Gonzales
Secretary Michael Chertoff
Director, Central Intelligence Agency, General Michael V. Hayden
Ambassador Negroponte
Foreign and local settlement participants
Members of the United States Congress

2b

Thomas E. Henry
Attorney at Law

December 30, 2006

Ambassador John Negroponte
Director of National Intelligence
Office of National Intelligence
Washington, D.C.

VIA FACSIMILE: 202-201-1857

Re: Status of Financial Settlement between various parties, Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Ambassador Negroponte:

I am attaching a copy of a letter recently sent to President Bush. The attached letter sets forth the conclusion reached by several concerned parties trying to understand the failure of USG parties to complete the agreed upon financial settlement. The substantive structure for the referenced financial settlement was approved by your office and other pertinent USG offices (CIA and NSA as examples). Participation by the various agencies obviously leads to an obvious assumption that failure to complete could have impact on various arenas both domestic and foreign.

The attached letter is for your review, requested comments and suggestions. Your input to place the transaction back on course would be most appreciated. As you are aware many foreign, public and private interests (Germany, France, China, England and others) are concerned with this transaction stalling and no apparent reason being offered for the delay. There are current rumors that Germany is questioning the intent and reason that Secretary Paulson is stalling completion of required tasks. It does not appear far fetched to proffer that continued delay could have impact on the US Dollar and such impact has direct implication on national security.

There is continual mention, after numerous false representations in the past, that all would be completed by January 4, 2007. It appears that it may take the intervention of your office to assure that all does not stall out and fail to complete once again. Your considerate attention to the matters addressed in this letter would be most appreciated.

Sincerely yours,

Thomas E. Henry

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:4504 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

Thomas E. Henry
Attorney at Law

December 28, 2006

Honorable George W. Bush, Jr.
President, United States of America
White House
1600 Pennsylvania Avenue
Washington, D.C. 20220

Transmitted via email attachment and United States mail.

Re: Apparent Circumvention and Avoidance of Agreed Upon Financial Settlement regarding Leo E. Wanta/Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. President:

It is respectfully requested that immediate attention be given to the matter addressed in this letter. Irrespective of participation and knowledge of the referenced settlement agreement by several American and foreign interests, (both in the public and private sector), official(s) in your administration are pursuing an agenda contrary to the "Rule of Law" and in direct circumvention of the agreed upon settlement.

The Honorable Henry M. Paulson, Jr., United States Department of the Treasury, is either unilaterally and/or in conspiracy with others (known and unknown), refusing to follow the "Rule of Law" and complete financial obligations negotiated and approved by all concerned parties and parties of interest in the referenced ("Re") matter.

On December 15, 2006 Secretary Paulson was advised in writing that failure to comply with terms and conditions of the agreed upon settlement constitutes a violation of the Securities Acts of 1933, 1934 and the Organized Crime Control Act of 1970, specifically R.I.C.O. Additionally, Secretary Paulson was advised of H.R. 3723 that summarily provides that corporate business activity is protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

All concerned parties are aware that Secretary Paulson, under his personal signature, has control over referenced settlement agreement funds located at Goldman Sachs, et. al., (C.H.I.P.S.) account with CITIBANK NYC. It is believed that Secretary Paulson, in violation of his oath of office when accepting a position in your Cabinet with responsibility to the United States Department of the Treasury, is avoiding his legal and ethical obligations to complete the transfer of the referenced

1125 South 79th Street Omaha, Nebraska 68124
Tele: 402-614-2057 Cell: 402-680-0509 Fax: 800-418-5873
Colo. Atty. #:4504 ThomasEsq_232@hotmail.com NE Atty. #:11819

settlement agreement funds and apparently favoring a private business relationship with his previous employer. This conflict of interest position and Secretary Paulson's former relationship with Goldman Sachs provides the formidable basis for the assertion of a violation of the Securities Acts and Organized Crime Control Act of 1970.

This matter requires your immediate intervention and direction to enable mitigation of a very volatile situation with the potential of serious impact on the global economy. The principals in this matter continually reaffirm their allegiance to the United States of America and specifically the office of the President of the Untied States.

Sincerely yours,

Thomas E. Henry

Cc: President George W. Bush Jr. president@whitehouse.gov
Vice President Cheney vice_president@whitehouse.gov
Patrick J. Fitzgerald Patrick.j.fitzgerald@doj.gov
James A. Baker III bipp@rice.edu
Ambassador Lee E. Wanta soman@prodigy.net
Michael C. Cottrell pii-mcc@msn.com

FROM : FAX NO. : Jan. 22 2007 02:13PM P4
Dec 15 06 04:55p Ambassador Leo E Wanta 10054317381235 p.2
FROM : FAX NO. : Dec. 15 2006 11:14AM P2

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

IMMEDIATE RESPONSE REQUESTED

Date: 15 December 2006

To: The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.
Office of the Treasury
U.S. Department of The Treasury
1500 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, D.C., USA 20220

Via: Fax: (202) 622-6464; (202) 622-0073

Ref: Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Re: Further Instructions regarding Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. Secretary:

It is now evident that you do not value the RULE OF LAW of the United States of America or even your oath of office. After several DIRECT communications from this firm and Ambassador Leo E. Wanta, and the fact that YOU (Secretary of the U.S. Treasury) were PERSONALLY advised and warned recently by the People's Republic of China — the various consequences of YOUR DEPARTMENT'S non-performance — YOU (Secretary of the U.S. Treasury) STILL STATE TO FOREIGN OFFICIALS THAT YOU WILL HONOR YOUR OATH OF OFFICE, BUT REMAIN AS AN ALLEGED ACCOMPLICE TO THE THEFT OF THE FOUR POINT FIVE TRILLION UNITED STATES DOLLARS (USDollars 4,500,000,000,000.) BELONGING TO AMBASSADOR LEO E. WANTA / AMERITRUST GROUPE, INC..

The aforesaid FOUR POINT FIVE TRILLION UNITED STATES DOLLARS (USDollars 4,500,000,000,000.) — TAGGED AND NAMED WITH THE BENEFICIAL OWNERSHIP AS AMBASSADOR LEO E. WANTA / LEE E. WANTA AND AMERITRUST GROUPE INC. — REMAIN UNDER YOUR PERSONAL SIGNATURE AND CODE LOCATED AT GOLDMAN SACHS, et al., (C.H.I.P.S.) ACCOUNT WITHIN CITIBANK NYC.

Therefore, this firm hereby ORDERS YOUR COMPLIANCE, VIA THE SECURITIES ACTS OF 1933, 1934, AND THE ORGANIZED CRIME CONTROL ACT OF 1970, SPECIFICALLY R.I.C.O., THAT YOU IMMEDIATELY COMMUNICATE WITH THE TREASURER OF THIS FIRM, MICHAEL C. COTTRELL, M.S. (814-874-3257) AND PERSONALLY ADVISE THE IMMEDIATE RELEASE AND DEPOSIT THE CASH

FROM : FAX NO. : Jan. 22 2007 02:13PM P5
Dec 15 06 04:55p Ambassador Leo E Wanta 10054317381235 p.3
FROM : FAX NO. : Dec. 15 2006 11:14AM P3

30

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street, Erie, PA

Telephone/ANS : (814) 455-8218
Facsimile : (814) 453-4453

Re: Further instructions regarding Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

AMOUNT, OF THE AFORESAID FUNDS, AND VERIFICATION OF SAID PAYMENT — INTO THIS FIRM'S MORGAN STANLEY SECURITIES ACCOUNT (REF: ENCL).

Whereas, The President of the United States of America, having signed H.R. 3723 on October 11, 1996, has protected this transaction by allowing Corporations the right to declare their Contracts, Clients, Internal Procedures and Information, and the transactions they engage in as a Corporate or Trade Secret fully protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

Inasmuch, the names, indentities, bank coordinates and other identifying information of persons or entities that are party to this transaction, contained herein, or learned hereafter, shall be a Corporate Trade Secret that shall not be disseminated or other than as provided for herein, or as allowed under applicable law. Any unauthorized Disclosure of this Private Transaction, parties to, or other material fact of, shall subject the violators to Criminal Prosecution.

Thank you for your cooperation in this matter.

Regards,

AmeriTrust Groupe, Inc.

Authorized By: ______ 12-15-06
Michael C. Cottrell, M.S.
Executive Vice President and Treasurer (814) 874-3257

Authorized By: ______ 15 Dec 06
Lee E. Wanta, Chief Executive Officer, President (715) 738-1235

Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Cc: The Honorable, George W. Bush, President of The United States of America
His Excellency, Zhou Wenzhong,
Ambassador of the People's Republic of China
His Excellency, Li Zhaoxing, Minister of Foreign Affairs,
Embassy of the People's Republic of China
James A. Baker, III, Former United States Secretary
AmeriTrust Groupe, Inc. / Legal
Mr. William Bonney, Sr., C.B.I.C. Corporation
Mr. Thomas J. Melville

15 DECEMBER 2006

31

YAHOO! MAIL

Print - Close Window

Date: Wed, 25 Oct 2006 12:56:08 -0700 (PDT)

From: "Ambassador Leo E Wanta" <somam@prodigy.net>

Subject: AmeriTrust Groupe, Inc. _ USDollar Corporate Tax Liabilities in favour of USA, Virginia, Pennsylvania and New York

To: "Frances Anderson" <frances.anderson@do.treas.gov>

CC: "Ambassador" <diplomat_switzerland@msn.com>, "Ambassador" <diplomat_canada@msn.com>, "Diplomate John Brady Kiesling" <usembassy@usembassy.gr>

IT IS EXTREMELY DIFFICULT TO COMPREHEND THAT THE UNITED STATES GOVERNMENT CONTINUES TO REFUSE TO IMPLEMENT THE "SET-ASIDE TAX PAYMENTS", LEGALLY DUE FOR IMMEDIATE PAYMENT TO USA, PA, NY, VA

The Honorable, Treasury Secretary Henry M Paulson, Jr., Washington

Informational Data, as of Friday, 29th September 2006

1. As to the aggregate [LEW/ATG**] amount of USDollars Four Point Five Trillion US Federal Court duly recorded **Financial Settlement** to be reconciled with the Commonwealth of Virginia, USA; authorizing the state tax revenue Pre-Payment by AmeriTrust Groupe, Inc. in the amount of USDollars 270,000,000,000.00...... as well as, the US Department of the Treasury Pre-Payment Corporate Tax Revenue Payment, valued at USDollars 1,575,000,000,000.00 initially, with monthly disbursals thereafter,

In Re: - **AmeriTrust Groupe, Inc., Richmond, Va, USA 23219**

Federal EIN Number: 20 - 3866855

Virginia State Corporation Identification Number: 0617454 - 4

Virginia State Department of Taxation Identification Number: 30203866855F001 to immediately receive USDollars 270,000,000,000.00 initially,

2. As to the Commonwealth of Pennsylvania, **Pennsylvania Investments, Inc.**, the Joint Venture Operations [between ATG-PII] taxable receipts, that will be " set-aside" by their Corporate President, Michael C Cottrell, M. S. .... will be readily available at the current state revenue taxation base [9.9 %] within 7 - 10 days upon the AmeriTrust Groupe, Inc. economic receipt of above-mentioned **Financial Settlement**, still unlawfully delayed within Goldman Sachs/CitiBank, as clearly acknowledged within our US Department of the Treasury, et al..

3. As to the Empire State of New York, Six (6) Financial Institutions will be transacting each banking day/week; a massive trading programme is scheduled, creating New York state revenue collections in the settlement range of USDollars 75,000,000,000.00 to 100,000,000,000.00 per each and every banking day; as the trading programmes are initiated under our Joint Venture Agreements, referencing US House of Representatives, H. R. 3723, et al.

4. Immediately release " set-aside " allocations as previously authorized to certain nations, pursuant to the Reagan Protocols forthwith.

cc: The Honorable, George W Bush, Jr.
Office of the President
Washington, DC, USA 20500-0001

3

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

IMMEDIATE RESPONSE REQUESTED

Date: 19 October 2006

To : The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.
Secretary of The Treasury
Office of the Treasurer, Room 2134
U.S. Department of The Treasury
1500 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, D.C., USA 20220

Cc: James R. Wilkinson
Chief of Staff

Via: Fax: (202) 622-6464; (202) 622-0073

Ref: Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Re: **Revised** Instructions for Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. Secretary:

This corporation and Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta, have submitted SEVERAL letters / documents to your office since 3 July 2006, and thus far we have yet to receive any document or even a courtesy of acknowledgment of receipt or reply to our numerous requests.

Additionally, this firm has been advised, by credible United States Department of the Treasury sources, that said United States Department of the Treasury is not capable of issuing the referenced instruments per the 13 July 2006 Minutes of Special Meeting of the Board of Directors (signed and dated 14 July 2006), as submitted to your office on 14 July 2006.

Therefore, ATG will purchase United States Treasury Notes or other equivalent instruments, per your instructions, in an aggregate amount of One Trillion Face Value (USDollars 1,000,000,000,000.00) in **Twenty Billion USDollar** (USDollars 20,000,000,000.00) increments.

33

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street, Erie, PA

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Re: Revised Instructions for Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Again, this letter hereby **advises** and **instructs** the immediate payment of the agreed upon Financial *Settlement*, in the aggregate amount of USDollars Four Point Five Trillion (USDollars 4,500,000,000,000.) to the enclosed Morgan Stanley & Co., Incorporated Account (Ref: Encl: 1).

Upon verified receipt, AmeriTrust Groupe, Inc. (ATG) will immediately pre-pay corporate and personal taxes in favor to the United States Department of The Treasury at 35%, approximately, valued at USDollars One Trillion Five Hundred and Seventy Five Billion (USDollars 1,575,000,000,000.00+/-) to the coordinates directed by The United States Department of the Treasury.

ATG will also pre-pay corporate state of Virginia taxes of 6%, valued at USDollars Two Hundred and Seventy Billion (USDollars 270,000,000,000.00), and the required State of Virginia USA, personal residency and civil income taxes due by Lee E. Wanta, resident of Virginia.

Thank you for the cooperation of the US Department of The Treasury regarding this financial and taxable matter per **H.R. 3723.**

Best Regards,

AmeriTrust Groupe, Inc.

Authorized By: [signature] 10-19-06
Michael C. Cottrell, M.S.
Executive Vice President and Treasurer (814) 874-3257

Authorized By: Lee E. Wanta 19 OCT 06
Lee E. Wanta, Chief Executive Officer, President (715) 738-1235

Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Cc: The Honorable, George W. Bush, President of The United States of America
AmeriTrust Groupe, Inc.
Mr. William Bonney, Sr., C.I.B.C. Corporation
Mr. Thomas J. Melville

34

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS: (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Ref: Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc., dated 14 August 2006

MORGAN STANLEY: WIRE INSTRUCTIONS

Beneficiary:	**AMERITRUST GROUPE, INC.**
Federal EIN:	**20-386685**
Bank:	Citibank NYC
ABA:	**021 000 089**
Account Name:	For Benefit of Morgan Stanley DW Inc. Morgan Stanley DW Inc. Harborside Financial Center Plaza Three, 6th Floor Jersey City, NJ 07311
Beneficiary Account:	**40611172**
For Further Credit To:	601095086734 AmeriTrust Groupe, Inc.

Whereas, The President of the United States of America, having signed H.R. 3723 on October 11, 1996, has protected this transaction by allowing Corporations the right to declare their Contracts, Clients, Internal Procedures and Information, and the transactions they engage in as a Corporate or Trade Secret fully protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

Inasmuch, the names, indentities, bank coordinates and other identifying information of persons or entities that are party to this transaction, contained herein, or learned hereafter, shall be a Corporate Trade Secret that shall not be disseminated or other than as provided for herein, or as allowed under applicable law. Any unauthorized Disclosure of this Private Transaction, parties to, or other material fact of, shall subject the violators to Criminal Prosecution.

Submitted by: [signature] 10-19-06

Michael C. Cottrell, M.S.
Director, Executive Vice President, and Treasurer
AmeriTrust Groupe, Inc.

19 OCTOBER 2006 **PAGE 1 OF 1**

[initials] 19 OCT 06

35

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-8218
Facsimile : (814) 453-4453

IMMEDIATE RESPONSE REQUESTED

Date: 14 August 2006

To: The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.
Secretary of The Treasury
Office of the Treasurer, Room 2134
U.S. Department of The Treasury
1500 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, D.C., USA 20220

Cc: James R. Wilkinson
Chief of Staff

Via: Fax: (202) 622-6464; (202) 622-0073

Ref: Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Re: Revised Instructions for Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Dear Mr. Secretary:

This corporation and Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta, have submitted more than one letter / document to your office since 3 July 2006, and thus far we have not received the courtesy of an acknowledgment of receipt or reply to our requests.

Therefore, this letter hereby advises and instructs the immediate payment of the agreed upon Financial Settlement, in the aggregate amount of USDollars Four Point Five Trillion (USDollars 4,500,000,000,000.) to the enclosed Morgan Stanley & Co., Incorporated Account (Ref: Encl: 1).

Upon verified receipt, AmeriTrust Groupe, Inc. (ATG) will immediately pre-pay corporate and personal taxes in favor to the United States Department of The Treasury at 35%, approximately, valued at USDollars One Trillion Five Hundred and Seventy Five Billion.

Monday, August 14, 2006 2:00 PM Ambassador Leo E Wanta 10054317361235 p.01

3b

FROM : FAX NO. : Aug. 14 2006 01:07PM P2

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street, Erie, PA

Telephone/ANS : (814) 455-8218
Facsimile : (814) 453-4453

Re: Revised Instructions for Economic Receipt of the Agreed Upon Financial Settlement regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

(USDollars 1,575,000,000,000.00+/-) to the coordinates directed by The United States Department of the Treasury.

ATG will also pre-pay corporate state of Virginia taxes of 6%, valued at USDollars Two Hundred and Seventy Billion (USDollars 270,000,000,000.00), and the required State of Virginia USA, personal residency and civil income taxes due by Lee E. Wanta, resident of Virginia.

Additionally, ATG will immediately purchase United States Treasury Notes in an aggregate amount of One Trillion Face Value (USDollars 1,000,000,000,000.00).

Thank you for the cooperation of the US Department of The Treasury regarding this financial and taxable matter.

Best Regards,

AmeriTrust Groupe, Inc.

Authorized By: [signature] 8-14-06
Michael C. Cottrell, M.S.
Executive Vice President and Treasurer (814) 874-3257

Authorized By: [signature] 14 Aug 06
Lee E. Wanta, Chief Executive Officer, President (715) 738-1235

Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Cc: The Honorable, George W. Bush, President of The United States of America
AmeriTrust Groupe, Inc.
Mr. Thomas J. Melville

14 AUGUST 2006

FROM : FAX NO. : Aug. 14 2006 01:07PM P3

37

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1167 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-0219
Facsimile : (814) 453-4453

Ref: Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc., dated 14 August 2006

MORGAN STANLEY: WIRE INSTRUCTIONS

Beneficiary:	AMERITRUST GROUPE, INC.
Federal EIN:	20-3858865
Bank:	Citibank NYC
ABA:	021 000 089
Account Name:	For Benefit of Morgan Stanley DW Inc. Morgan Stanley DW Inc. Harborside Financial Center Plaza Three, 6th Floor Jersey City, NJ 07311
Beneficiary Account:	40611172
For Further Credit To:	601095086734 AmeriTrust Groupe, Inc.

Submitted by: [signature] 8-14-06
Michael C. Cottrell, M.S.
Director
Executive Vice President and Treasurer
AmeriTrust Groupe, Inc.

14 AUGUST 2006 PAGE 1 OF 1

38

AmeriTrust Groupe, Inc.

Registered Offices :
Old City Hall, Suite 350
1001 East Broad Street
Richmond, Virginia, USA 23219

Telephone : (814) 455 9218
Facsimile : (814) 453 4453

Mr James R Wilkinson
Chief of Staff
Office of the Treasurer, Room No. 2134
US Department of the Treasury
1500 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC, USA 20220_0001
Telecopier – (202) 622 0073

In the matter of : Agreed upon Financial Settlement, in the amount of USDollars Four Point Five Trillion (USDollars 4,500,000,000,000.00)

Dear Mr Wilkinson : -

Although I truly appreciate your genuine thoughts and understanding, candidly expressed in our telephonic conversation, Saturday, 15JUL2006, 1200hrs (ET) __ I found it totally unbelievable that you have not had the opportunity to review this continuing financial incident _ as you stated you just came aboard this past week _ as to your working knowledge of the anticipated lawful release of the subject matter, and being held " captive" with the FedRes _ contrary to current US Law, Rules and Regulations _ and _ a continuing National Security Issue; as well as Title 18 USC Sec 4, 35, 371, 372, et al.

The well documented facts in this incident are grave as the below mentioned tax revenue receipts/disbursals have not been released _ although deposited within the FedRes _ directly to AmeriTrust Groupe, Inc. to meet USGovn, corporate and State of Virginia [USA] obligations, described as -

a. US Department of the Treasury, USDollars 1,575,000,000,000.00;
b. State of Virginia (USA), USDollars 270,000,000,000.00;
c. As well as, city, county tax revenue receipts,

LEW

- and -

The lawful corporate procurement of the US Treasury Notes in the aggregate amount of USDollars One Trillion minimum (USDollars 1,000,000,000,000.00).

Referencing US President Bush's current remarks as to " Narrower Deficit is Likely This Year " _ I do not comprehend that "surging" tax receipts begin to level off dialogue.

AmeriTrust Groupe, Inc. is more than ready to fuel our Great Nation with strong and lawful corporate profits, among other related financial programmes.

Our United States of America National Debt, in conjunction with a deliberate and sanctioned programme to stabilize and pay down the National Debt, in cooperation with the Secretary of the Treasury, The Honorable, Henry M Paulson, Jr. is extremely workable for immediate financial launch, within full compliance with H. R. 3723. et al.

The American Populace need not wait " for others " to get onboard.

Reviewing our conversation of Saturday, I have decided to review with my global counterparts your vast working relationships with our government, in order to readily comprehend any known strategic planning " by others " to derail these scheduled financial programmes protected under the United States House of Representatives, H. R. 3723 , as shown below ; -

WHEREAS, The President of the United States of America, having signed H. R. 3723 on October 11, 1996, has protected this transaction by allowing Corporations the right to declare their Contracts, Clients, Internal Procedures and Information, and the transactions they engage in as a Corporate or Trade Secret fully protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

INASMUCH, the names, identities, bank coordinates and other identifying information of persons or entities that are party to this transaction, contained herein, or learned hereafter, shall be a Corporate Trade Secret that shall not be disseminated other than as provide

LEE

for herein, or as allowed under applicable law. Any unauthorized Disclosure of the Private Transaction, parties to, or other material fact of, shall subject the violator(s) to Criminal Prosecution.

It was interesting to note that you served as Deputy Assistant to the President and Deputy National Security Advisor for Communications, _ and _ " working assignments " with our US Central Command, DoD Secretary Donald Rumsfeld _ and _ with US Congressman Dick Armey, et al.

I was privileged to be mentored by the late US Senator Alexander Wiley, Chairman of the US Senate Foreign Relations Committee; US President Ronald Wilson Reagan _ as to the sanctioned Destabilization of the former Soviet " EVIL EMPIRE " _ with the full knowledge of then US Attorney William French Smith, et al. I will refrain in this written correspondence as to the purpose and scope of : •

1. Office of Strategic Influence [OSI],
2. Multi-Sector Crisis Management Consortium, et al; referencing IRAQI Broadband and Financial Operations, IRAQI Dinar programme, et al,
3. White House Iraq Group / WHIG, et al,
4. among other mutual affiliates.

Having Said That, I draw your attention to my continuing Presidential Directives and Sworn Oath _ recited by US Federal Judge, John J Reynolds.

We must learn to subvert, sabotage, and destroy our enemies by more sophisticated, and more effective methods than those against us.

As we are facing an implacable enemy whose avowed objective is world domination by whatever means at whatever cost.

In closing, we can implement full compliance with the U.S. House of Representatives, H.R. 3723 [Economic Espionage Act of 1996], " protecting proprietary economic information, and for other purposes. " _ to pursue US Treasury Economic and Regulatory Policies, along with Foreign Policy Initiatives to stabilize the Global Economy _ and, subsequently with strengthened Tax Revenue Receipts to promptly decrease our USGovn Deficit domestically. LEL

3/4

41

Thank you for your kind and immediate consideration to these very sensitive financial matters and National Security Issues.

Respectfully yours,

AmeriTrust Groupe, Inc.

By : Lee E. Wanta

Lee E Wanta, Chairman and Chief Executive Officer
Summer telefon numbre : USA - [715] 738 1235

Dated : __ 17 July 2006 __

SecCode : StillPoint/S-31-IANO

Distribution : -

The Honorable, George W Bush, Jr., WH
The Honorable, Dick Cheney, WH
The Honorable, Henry M Paulson, Jr., DoT
The Honorable, Alberto Gonzales, DoJ
The Honorable, Condoleeza Rice, DoS
The Honorable, Chuck Grassley, US Senate
The Honorable, Justice Sandra Day O'Connor
The Honorable, Jacques Antenen
Mr Steve Hadley, NSA
Mr Joshua Bolton, WH
Mr.Andrew Card, Jr.
Mr Robert Portman, OMB
Chairman Ben Bernanke, FedRes
The Honorable, George Herbert Walker Bush
Mr Thomas J Melville
Accounting and Legal Departments - 17

4/4

Saturday, July 15, 2006 6:24 PM Ambassador Lee E Wanta 10058317381235 p.02

4/2

FROM : FAX NO. : Jul. 15 2006 06:01PM P2

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Date: 15 July 2006

To : The Honorable, Henry M. Paulson. Jr.
Secretary of The Treasury
Office of the Treasurer, Room 2134
U.S. Department of The Treasury
1500 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, D.C., USA 20220

Cc: Mr. James R. Wilkinson
Chief of Staff

Via: Fax: (202) 622-6464; (202) 622-0073

Ref: 1) Letter to The Honorable, Henry M. Paulson, Jr., dated 14 July 2006;
2) Minutes of Special Meeting of the Board of Directors of AmeriTrust Groupe, Inc. signed and dated 14 July 2006;
3) Wall Street Journal article dated 14 July 2006;
4) Letter to The Honorable, Henry M. Paulson, Jr., dated 3 July 2006

Re: Confirmation of Inward Remittance of Financial Settlement Funds

Dear Mr. Secretary:

Bank of America has not confirmed or verified the transfer / deposit of the agreed upon Financial Settlement payment of Four Point Five Trillion USDollars ($4,500,000,000,000.00) into the Bank of America corporate account for AmeriTrust Groupe, Inc..

Best Regards,

AmeriTrust Groupe, Inc.

Authorized By: *[signature]* 7-15-06
Michael C. Cottrell, M.S.
Executive Vice President and Treasurer (814) 874-3257

Cc: Lee E. Wanta, Chairman and Chief Executive Officer (715) 738-1235

43

DEPARTMENT OF THE TREASURY
FINANCIAL MANAGEMENT SERVICE
HYATTSVILLE, MD 20782

October 2, 2006

TREASURY TAX AND LOAN INVESTMENT PROGRAM
RESULTS OF TRANSFERS

Action	Percentage 1/	Balance Date	Due Date	Amount (Millions)
C Call	N/A	09-28-2006	09-29-2006	$ 3,937
C Call	N/A	09-29-2006	09-29-2006	2,400
Dynamic Investment	N/A	09-29-2006	09-29-2006	385
	Days	**Placement Date**	**Maturity Date**	
Term Maturity #254 2/	9	09-20-2006	09-29-2006	5,000
Term Investment #261 2/	4	09-29-2006	10-03-2006	4,840,000,000.00
Repo Maturity 3/	1	09-28-2006	09-29-2006	4,000
Repo Investment 3/	3	09-29-2006	10-02-2006	4,000

1/ Actions based on known balances are reported as dollars and listed here as N/A. Actions that refer to estimated balances are based on percentages.

2/ The Term Investment Option (TIO) is a program that allows Treasury to place a portion of its excess operating funds directly with TT&L depositaries for a set period of time at a rate of interest determined through a competitive bidding process. For additional information please visit www.fms.treas.gov/tio.

3/ The Repurchase Agreement (Repo) Program is a pilot program that allows Treasury to place a portion of its excess operating funds directly with TT&L depositaries through a repo transaction for a set period of time at an agreed upon rate of interest.

EXHIBIT B

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS: (814) 455-9218
Facsimile: (814) 453-4453

FAX COVER

TO: The Honorable, George W. Bush
President of the United States
The White House
1600 Pennsylvania Avenue N.W.
Washington, D.C., USA 20500

CC: The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.
Secretary of The Treasury

VIA: (202) 456-1907; (202) 456-7044;
(202) 622-6464; (202) 622-0073

ITEM(S):

1) Immediate Inward Remittance of Financial Settlement Funds
Dated 14 May 2007

2) ENCL: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account
Coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc.
Dated 14 AUGUST 2007

CC: Lee E. Wanta, Chairman and Chief Executive Officer

14 MAY 2007

FAX COVER PAGE 1 OF 5

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Date: 14 May 2007

To : The Honorable, George W. Bush
President of the United States
The White House
1600 Pennsylvania Avenue N.W.
Washington, D.C., USA 20500

Cc: The Honorable, Henry M. Paulson, Jr.
Secretary of The Treasury

Via: Fax: (202) 456-1907

In the matter of: The Agreed Upon Financial Settlement of Four Point Five Trillion United States Dollars ($4,500,000,000,000.00USDollars) regarding Ambassador Leo E. Wanta / Lee E. Wanta and AmeriTrust Groupe, Inc.

Ref: Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Re: **Immediate Inward Remittance of Financial Settlement Funds**

Dear Sir:

It has been brought to this firm's attention the referenced agreed upon Financial Settlement payment of Four Point Five Trillion United States Dollars ($4,500,000,000,000.00USDollars) is still on account within the **United States Treasury Account** of JPMORGAN CHASE Custodial Account at CITIBANK with the beneficial ownership of Leo E. Wanta / Lee E. Wanta. Further, this firm is advised that the assignment to AmeriTrust Groupe, Inc. is still in full force, per instructions to Secretary Henry M. Paulson, Jr. on 14 August 2006, et seq..

Additionally, the above referenced Settlement Funds have been kept **unlawfully "off the books" while Vice President Cheney and Secretary Paulson, et al., at your direction,** has utilized the Four Point Eight Trillion United States Dollars plus ($4,800,000,000,000.00USDollars), diverted from the Bank of England on March 29 – March 30th 2007, in an attempt to place said funds "on the books" before authorizing release to the lawful AmeriTrust Groupe, Inc. securities account at Morgan Stanley & Co., Inc. coordinates (Encl 1).

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street, Erie, PA

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Re: Immediate Inward Remittance of Financial Settlement Funds

On May 3rd, this firm was advised that a refunding, in the form of new issue unsubordinated debt obligations / ITraxx exchange traded funds via Deutsche Bank, will be used to recover the "mis-appropriated" Bank of England funds in a further unlawful attempt to delay the authorized release of the aforementioned Settlement Funds and thereby cause further delay and/or the prevention of payment —by Leo (Lee) E. Wanta / AmeriTrust Groupe, Inc. — of **payable taxes** of One Point Five Seven Five Trillion United States Dollars **($1,575,000,000,000.00USDollars) to the Treasury of the United States of America (or as directed by the Office of the President of The United States of America).**

Further, this firm was notified between 5:00 pm EDT May 12, 2007 and 2:00 pm EDT May 14, 2007 that the following events occurred: (1) that a Global Federal Reserve System shutdown was placed into effect, at 1:00 am EDT May 13, 2007, to coordinate the movement of funds to make the aforementioned payments, e.g. Bank of England replacement of the stolen "product from Her Majesty, and the payment to Ambassador Leo E. Wanta, et al.., (2) that eight (8) of the twelve (12) Government Accounts had been "loaded / stocked" for said disbursement, and (3) that although assurances have been given to the "Agencies and DOD personnel" — NO funds have been released to the previously noted AmeriTrust Groupe, Inc. account (Ref: Encl: 1), per your agreement of May, June and July 2006 with Ambassador Leo E. Wanta, et al..

Finally, we were shocked and surprised to read the letter from the Federal Bureau of Investigation, dated April 30, 2007, that they will not disclose the federal employee that is responsible for the Title 18, sections 4, 35, and 1970, et seq., fraudulent crimes against Ambassador Leo (Lee) E. Wanta / AmeriTrust Groupe, Inc. and Her Majesty, et al..

Accordingly, with respect, this letter hereby **advises and instructs** you, **as The President of the United States of America, per your oath of Office**, to immediately issue the authorization and inward remittance of the unlawfully held, at your direction, the Four Point Five Trillion United States Dollars **($4,500,000,000,000.00USDollars) to the enclosed AmeriTrust Groupe, Inc. corporate securities account.**

Whereas, The President of the United States of America, having signed H.R. 3723 on October 11, 1996, has protected this transaction by allowing Corporations the right to declare their Contracts, Clients, Internal Procedures and Information, and the transactions they engage in as a Corporate or Trade Secret fully protected under the Economic and Industrial Espionage Laws of the United States of America and the International Economic Community.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street, Erie, PA

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Re: Immediate Inward Remittance of Financial Settlement Funds

Inasmuch, the names, indentities, bank coordinates and other identifying information of persons or entities that are party to this transaction, contained herein, or learned hereafter, shall be a Corporate Trade Secret that shall not be disseminated or other than as provided for herein, or as allowed under applicable law. Any unauthorized Disclosure of this Private Transaction, parties to, or other material fact of, shall subject the violators to Criminal Prosecution.

Respectfully,

AmeriTrust Groupe, Inc.

Authorized By: M C Cottrell 5-14-2007
Michael C. Cottrell, M.S.
Executive Vice President and Treasurer ~~(814) 874-3257~~

Authorized By: LEE Wanta 14 May 07
Lee E. Wanta, Chief Executive Officer, President **(ANS: 814-455-9218)**

Encl: 1) Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates For AmeriTrust Groupe, Inc. dated 14 August 2006

Cc: The Honorable, Richard B. Cheney, Vice President of The United States of America
The Honorable, Alberto Gonzales, Attorney General of The United States of America
The Honorable, Nancy Pelosi, Madame Speaker of the House of Representatives
The Honorable, Harry Reid, Majority Leader of the United States Senate
The Honorable, Justice Sandra Day O'Connor
Appropriate Leaders of USG Agencies
AmeriTrust Groupe, Inc.
Mr. William Bonney Sr., C.B.I.C. Corporation, BOLDCAP LIMITED, INC.
Land Baron / XENO
Thomas E. Henry, Attorney At Law
Mr. Thomas J. Melville
Members of the United States Congress
Concerned National and Foreign Government Associated Parties
Relevant National and Foreign Private Business Interests

mc

14 MAY 2007

AmeriTrust Groupe, Inc.

Office of The Treasurer
1157 West 7th Street
Erie, Pennsylvania 16502

Telephone/ANS : (814) 455-9218
Facsimile : (814) 453-4453

Ref: Morgan Stanley & Co., Inc. corporate securities account coordinates for AmeriTrust Groupe, Inc., dated 14 August 2006

MORGAN STANLEY: WIRE INSTRUCTIONS

Beneficiary:	**AMERITRUST GROUPE, INC.**
Federal EIN:	20-3866855
Bank:	Citibank NYC
ABA:	021 000 089
Account Name:	For Benefit of Morgan Stanley DW Inc. Morgan Stanley DW Inc. Harborside Financial Center Plaza Three, 6th Floor Jersey City, NJ 07311
Beneficiary Account:	40611172
For Further Credit To:	601095086734 AmeriTrust Groupe, Inc.

Submitted by: [signature] 5-14-2007
Michael C. Cottrell, M.S.
Director
Executive Vice President and Treasurer
AmeriTrust Groupe, Inc.

(14 AUGUST 2006)
14 MAY 2007

ENCL 1
PAGE 5 OF 5

EXHIBIT C

U.S. Department of Justice

Federal Bureau of Investigation

Washington, D. C. 20535-0001

April 30, 2007

Mr. Thomas E. Henry, Esq.
1125 South 79th Street
Omaha, Nebraska 68124

Dear Mr. Henry:

Your letter, dated March 26, 2007, to the FBI's Office of Professional Responsibility, was referred to the Initial Processing Unit (IPU), Internal Investigations Section (IIS), Inspection Division (INSD), FBI, for review. The IPU/INSD is the FBI entity responsible for investigating allegations of serious misconduct or criminal activity on the part of FBI employees.

In your letter you allege that several private and public affiliated individuals and entities have continuously conspired, both individually and jointly, to prevent your clients, Leo E. Wanta/Lee E. Wanta, Ameritrust Groupe, Inc., from being able to exercise their legal right to the unrestricted use transfer, and disbursement of monies that were transferred through international bank monetary clearing systems to financial institutions in the United States for the sole and exclusive use and benefit of your clients.

The purpose of this letter is to advise you since your correspondence does not include any allegations of serious misconduct on the part of any FBI employee, no further action will be taken by IPU/INSD regarding this matter.

IPU/INSD, gives serious and appropriate attention to all allegations of FBI employee misconduct. If you have specific information concerning serious misconduct on the part of an FBI employee, you may send it directly to IPU at the J. Edgar Hoover Building, Inspection Division, Room 3041, 935 Pennsylvania Avenue, NW, Washington, DC 20535.

Sincerely,

Mary Ellen D. Glass
Acting Unit Chief
Initial Processing Unit
Inspection Division

Leserlicher Ausdruck, umkopiert aus dem Internet am 31. Juli 2012

Quelle: http://www.firmenpresse.de/pressinfo28514.html

US-Finanzminister verhaftet

04.04.2007 - 02:56 | 28514

Der US-Finanzminister Henry Paulson ist in Europa festgenommen worden.

(firmenpresse) - Berlin. Der US-Finanzminister Henry Paulson ist in Europa festgenommen worden. Diese Bestrafung ist eine äußerste Demütigung für die Vereinigten Staaten. Der Finanzminister der USA wurde festgenommen und vor einem 'Ad-hoc'-Tribunal in Deutschland geladen aufgrund eines Haftbefehls des internationalen Gerichtshofes. Grundlage der Verhaftung waren der Vorwurf der Geldwäsche und der Nichtauszahlung von der Leo Wanta zugesprochenen Summe von 4,5 Billionen Dollar, sowie die Unterschlagung bzw. Abzweigung einer kolossalen Summe. Vizepräsident Cheney erhielt ebenso eine Vorladung für einen ähnlichen strafbaren Verstoß. Deutsche Behörden übten einen internationalen Haftbefehl aus, als sie Paulson und Cheney unter deutscher Gerichtsbarkeit brachten, aufgrund der Tatsache, dass deutsche Banken bereits zweimal von Herrn Paulson daran gehindert worden waren diese Auszahlung durchzuführen. Beim zweiten Mal wurde daraufhin Paulson nach seinem Besuch Ende Dezember in Deutschland festgenommen. Er wurde nach dem Besuch bei Bundeskanzlerin Merkel verhaftet, das sie sich sonst der Komplizenschaft bei diesem Diebstahl mitschuldig gemacht hätte Das war die Situation. Diese Verhaftung wurde von sieben Quellen bestätigt: Ein US-Finanzbeamter in Schlüsselposition wurde nach Deutschland bestellt, zur Verschwiegenheit verpflichtet und angewiesen gegen seinen eigenen Vorgesetzen auszusagen. Er ist während der letzten beiden Wochen in Deutschland vor dem Gerichtshof, beim Stab des US-Konsulats und dem deutschen Generalbundesstaatsanwalt gewesen und hat über die endlos frustrierten Versuche der Gesellschaft von Botschafter Leo Wanta ausgesagt, die Freigabe der Gelder zu erreichen und über angebliche strafbare Handlungen von Paulson, Goldman Sachs und anderen. Die Massenmedien in den USA halten jedoch diesen größten Skandal in der Weltgeschichte vor der viel misshandelten amerikanischen Bevölkerung zurück.

RECHTSGUTACHTEN

**Fragen des Widerstandsrechts
in Art. 20 Abs. 4 GG**

von: Dr. jur. Stefan Grossmann, 25. Juli 2012

Zu prüfen ist, in welchem Umfang das Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG) besteht.

1. Herangezogen wurde die folgende Literatur (jeweils mit Literaturverzeichnis):

BLANK, Theodor; *Die strafrechtliche Bedeutung des Art. 20 VI GG (Widerstandsrecht);* Baden-Baden 1982, 176 S. (Dissertation Köln)

DREIER, Horst; *Grundgesetz Kommentar, Bd. II, Artikel 20-82;* 2. Auflage, Tübingen 2006

KLOEPFER, Michael; *Verfassungsrecht II, Grundrechte;* München 2010, 658 S.; § 77 (S. 623-628): „Widerstandsrecht (Art. 20. Abs. 4 GG)"

RADBRUCH, Gustav; *Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht;* in: Süddeutsche Juristenzeitung, Jg. 1 (1946), S. 105-108; hier zitiert nach dem Abdruck in: KAUFMANN; Arthur; BACKMANN, Leonhard E. (Herausgeber); *Widerstandsrecht;* Darmstadt 1972, S. 349-361

SCHEIDLE, Günther; *Das Widerstandsrecht, Entwickelt anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland;* Berlin 1969, 163 S. (Dissertation München)

2. Als Grundprinzip gilt, dass das Widerstandsrecht bezweckt, für mögliche Probleme adäquate und den Sinn und Zweck des Grundgesetzes fördernde Lösungen zu ermöglichen.

Das Widerstandsrecht wurde nicht deshalb im Grundgesetz kodifiziert, damit seine Anwendung generell ausgeschlossen und rein theoretisch sei. Mit anderen Worten wurde durch das kodifizierte Widerstandsrecht über blosse Theorie und Symbolik hinaus ein mögliches Werkzeug der Rechtsanwendung erschaffen. Das ist ein Funken revolutionären Denkens im Grundgesetz aus der amerikanischen Rechts- und Verfassungstradition, insbesondere jedoch durch die abgründigen juristischen Erfahrungen des Nazi-Regimes 1933-1945 begründet.

3. Es lässt sich eine Wertehierarchie derartiger Lösungen finden, wobei Lösungen, die sich der richterlichen Gewalt (Judikative) bedienen, vorzugswürdig gegenüber allen anderen Arten von Lösungen sind. Das drückt sich in einer frühen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Anforderung aus, dass:

> „alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe so wenig Aussicht auf wirksame Abhilfe bieten, dass die Ausübung des Widerstandsrechts das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Widerherstellung des Rechts ist."

So BVerfGE 5, 85, 377; dem folgend: DREIER, GG-Kommentar, Kommentierung von Rolf GÖSCHNER zu Artikel 20 IV, S. 285, RN 13, unter Hinweis darauf, dass das Widerstandsrecht „ultima ratio“ sei, also letztes Mittel, und subsidiär, bleiben müsse.

An die vorliegend vorgeschlagene (siehe Schriftsatz des Verfassers an das Amtsgericht) Ausübung des Widerstandsrechts durch spezifische Auslegung des Wohnungsgrundrechts (Art. 13 GG) wurde in der zitierten Stelle wohl noch nicht gedacht. Aus dem Zitat erhellt jedoch, dass - sofern ein widerständiger Anschlag auf den verschwendungswütigen und unzurechnungsfähigen Termitenstaat stattfinden möge, - die Handlungsform einer **gerichtsförmigen** Verfahrensweise jeder anderen Handlungsform vorzugswürdig sein muss. Dem entspricht der diesseitige Antrag auf Abweisung eines Wohnungsdurchsuchungsbeschlusses vollauf.

4. Sofern ein Resultat einer Abweisung des Durchsuchungsbeschlussantrags abzusehen ist, trifft folgende rechtswissenschaftlich erarbeitete Schlussfolgerung von SCHEIDLE in seiner Münchener Dissertation zu (dort S. 153, Ziffer 1):

> „Das Widerstandsrecht dient dem Kampf ums Recht. Nur wer gegen das Unrecht kämpft, kann das Widerstandsrecht in Anspruch nehmen. Soweit revolutionäre Bestrebungen dem Recht zur Geltung verhelfen wollen, sind sie vom Widerstandsrecht gedeckt.“

Dem schliesst sich dieser Gutachter an, schon im Hinblick auf die von verfassungsrevolutionärem Aufbruch gekennzeichnete Genese des Widerstandsrechts seit der Amerikanischen Revolution 1776.

<u>Nach dieser, paradoxerweise konservativen, Überlegung wird der Aspekt des „Revolutionären“ als stichhaltiger Einwand gegen ein mögliches Widerstandsrecht ausgeschlossen.</u>

5. Siehe knapp zusammenfassend zum historischen und teleologischen Umfeld dieser Argumentation insbesondere KLOEPFER, § 77. KLOEPFER erläutert die Herkunft der Idee des Widerstandsrechts aus dem Naturrecht, und erläutert die Einordnung des Widerstandsrechts als grundrechtsgleiches Recht (anderen Autoren zufolge als Grundrecht, RN 5 und 6 mit Fussnoten).

6. Aus eigener historischer Erfahrung erläutert der grosse deutsche Jurist Gustav RADBRUCH das methodische Auslegungsproblem des (damals noch nicht in einem GG kodifizierten) Widerstandsrechts (S. 355, Anfang von Ziffer III):

> „Der Positivismus hat mit seiner Überzeugung ‚Gesetz ist Gesetz‘ den deutschen Juristenstand wehrlos gemacht gegen Gesetze willkürlichen und verbrecherischen Inhalts. Dabei ist der Positivismus gar nicht in der Lage, aus eigener Kraft die Geltung von Gesetzen zu begründen.“

Das mag in seiner Schroffheit möglicherweise aus heutiger Sicht nicht hinreichend differenziert sein, hebt jedoch das Problem gesetzlichen Unrechts vor dem Hintergrund der unmittelbaren Vergangenheit des Aufsatzes von RADBRUCH (Erstveröffentlichung 1946) hervor. RADBRUCH mahnt so jüngere Generationen vor dem Vergessen, welches Unrecht durch Gesetze begangen worden ist.

7. Die sich aus einer solchen historischen Erfahrung ergebenden rechtsmethodischen Probleme des Widerstandsrechts in Art. 20 Abs. 4 GG werden eindrucksvoll und durchdacht von BLANK am Ende seiner Kölner Dissertation zusammengefasst (S. 169 f.):

> „Zwischen den herkömmlichen Rechtfertigungsgründen und Art. 20 IV besteht der prinzipielle Unterschied, daß diese die Abwehr punktueller Rechtsverletzungen zum Gegenstand haben, das Widerstandsrecht dagegen den universellen Rechtsbruch. Der daraus resultierende dogmatische Unterschied ist im wesentlichen, daß über Entstehung, Entwicklung und Bekämpfung des allseitigen Unrechts kein genaues Vorauswissen besteht und deshalb auch die objektive Erforderlichkeit von Resistenzhandlungen nicht eindeutig festgelegt werden kann. Wann die Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 20 IV vorliegen, bestimmt primär der Gewissensaufruf des Widerständlers und sekundär die Erfolgsgeneigtheit seiner Aktion den Umfang der für erforderlich gehaltenen Widerstandstat. (…)“
> (/S 170:) „Im Widerstandsfall fehlt eine funktionierende Legalordnung, so daß nur noch die Gewissensstimme spricht. Deshalb darf der Widerständler in diesem Fall dem Gewissensaufruf auch von Rechts wegen folgen.“

Scheint zunächst diese Theorie von BLANK recht stark ins Subjektive verschoben, so ergibt sich bei näherer Betrachtung, dass sein Merkmal einer „fehlenden funktionierenden Legalordnung“ (siehe im Zitat vierte Zeile von unten) diese Einseitigkeit kompensiert und durch objektivierbare Elemente ergänzt. Im vorliegenden Fall wird diese eher objektiv orientierte Forderung von BLANK erfüllt, nämlich durch das völlige Versagen der Regierungsorgane bei der Verfolgung hunderter von Verdachtsfällen auf Straftaten. Ein hochkarätig besetzes Internationales Symposium von Strafrechtlern ist 2010 zu der Anschauung gelangt, dass in diesem zentralen Punkt, mit dem Ausdruck von BLANK, *eine funktionierende Legalordnung fehlt.*

Nachdem das eher objektiv orientierte Merkmal von BLANK erfüllt ist, gelangt man nach seiner Theorie, wegen der Unsicherheit einer Zukunftsprognose, zur vordringlichen Gewichtung des *Gewissens* des Widerständlers. Aus juristischer Sicht wird zu fordern sein, dass gewichtige und von Willkür freie Erkenntnisse und Wertungen vorliegen, die vernünftigerweise einen Widerstand „dürfen“ lassen.

Man wird man bei diesem Ansatz rechtlich von der freiheitlichen Grundordnung des GG selbst ausgehen, die freien Bürgern eine Vielfalt von freien Meinungen zubilligt (Grundrecht auf Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 GG, insbesondere Satz 3: „Eine Zensur findet nicht statt.“). Sofern man dem zustimmt und das Kriterium der Gewissenhaftigkeit bejaht, wird man dem Antragsgegner (Verfasser dieses Gutachtens) eine Ausübung des Widerstandsrechts in der vorgeschlagenen Form nicht versagen.

8. In Leitsatz 10 der veröffentlichen Fassung der zitierten BVerfG-Entscheidung (BVerfGE 5, 85 – KPD-Verbot) heisst es, allerdings missverständlich (siehe unten):

„Das mit dem Widerstand bekämpfte Unrecht muß offenkundig sein.“

9. Zum damaligen Zeitpunkt erwähnte das GG ein Widerstandsrecht noch nicht (BVerfGE 5, 85, 376). Jene Entscheidung aus dem Jahre 1956 kann daher nicht unmittelbar zur Auslegung des heutigen Art. 20 Abs. 4 GG herangezogen werden.

10. Immerhin heisst es in der Entscheidung (S. 376), trotz des seinerzeitigen Fehlens des heutigen Art. 20 Abs. 4 GG:

> „Vor allem ist ein Widerstandsrecht gegen ein evidentes Unrechtsregime der neueren Rechtsauffassung nicht mehr fremd. Daß gegen ein Regime solcher Art normale Rechtsbehelfe nicht wirksam sind, hat die Erfahrung gezeigt."

11. Zusätzlich zur obigen Prüfung von Art. 20 Abs. 4 GG ist daher ergänzend zu prüfen, ob das vom Bundesverfassungsgericht *obiter* erwähnte *„Widerstandsrecht gegen ein evidentes Unrechtsregime"* zusätzlich zum oben bereits bejahten Widerstandsrecht des Art,. 20 Abs. 4 GG gegeben ist.

12. Das Bundesverfassungsgericht schreibt, wie einleitend bereits teilweise zitiert (S. 377, kursive Passagen im digitalen Original):

> „Ein Widerstandsrecht gegen einzelne Rechtswidrigkeiten kann es *nur im konservierenden Sinne* geben, d.h. als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung. Ferner muß das mit dem Widerstande bekämpfte Unrecht *offenkundig* sein und müssen alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe *so wenig Aussicht auf wirksame Abhilfe bieten,* daß die Ausübung des Widerstandes das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Rechtes ist."

13. Der Begriff der „Offenkundigkeit" wird im Recht üblicherweise mit Bezug auf Tatsachen gebraucht. So gibt es beispielsweise das Offenkundigkeitsprinzip im Stellvertretungsrecht (§ 164 Abs. 1 BGB). Es muss durch Worte oder in sonstiger Weise erkennbar sein, dass die Erklärung im Namen des Vertretenen abgegeben wird. Ein weiteres Beispiel für diese Verwendungsweise des Begriffs „offenkundig" steht in § 2356 Abs. 3 BGB (Nachweis der Richtigkeit der Angaben beim Nachlassgericht).

14. Im zitierten Passus des Bundesverfassungsgerichts wird der Begriff der „Offenkundigkeit" im Gegensatz dazu jedoch mit Bezug auf „Recht" (speziell: „Unrecht") verwendet. Das ist ein anderer Sprachgebraucht als bei § 164 Abs. 1 BGB. Recht, beziehungsweise Unrecht, ist nämlich mit Hilfe der sinnlichen Wahrnehmung nicht zu erkennen. Dieser kritische Einwand beleuchtet, dass die Wortfolge bei BVerfGE 5, 85, 377 überhaupt nicht wörtlich verstanden werden kann.

15. Die Wortfolge kann nur durch Auslegung einen sinnvollen Gehalt erlangen.

16. Zu prüfen ist mithin, wann ein staatliches „Unrecht" das vom Bundesverfassungsgericht genannte Merkmal *„offenkundig"* erfüllt, und mit welcher Auslegungsmethode dies festzustellen ist. **Kann BRODBECK'SCHER Geldwahn zulässigerweise das GG ausschalten? Dies ist zu verneinen (siehe unten)!**

17. Nach den gesamten Äusserungen des Bundesverfassungsgerichts ist nicht zu fordern, dass das staatliche „Unrecht“ durch eine Gerichtsentscheidung festgestellt sei. Siehe insbesondere das Zitat in Ziffer 10 oben, zweiter Satz.

18. Wenn das Merkmal *„offenkundig“* nicht aus einer Gerichtsentscheidung folgt, so kommt es folglich auf die Wertung einer anderen Referenzperson oder Referenzgruppe an, die kein Gericht ist/sind.

19. Mit diesen denknotwendigen und logischen Weiterungen zielt die zitierte alte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in die Region derjenigen Kategorien, die, wie bereits vorgegestellt, BLANK (oben, Ziffer 7) herausgearbeitet hat.

20. Der Sinn von Gerichten und Gerichtsentscheidungen an und für sich besteht darin, Rechtssituationen klarzustellen und zu entscheiden. Ohne Gerichte und deren verbindliche Entscheidungen sind Rechtssituationen häufig unklar, nicht offenkundig und nicht eindeutig festgelegt.

21. War Hitlers Machtergreifung durch die Notstandsgesetzgebung „offenkundig“ unrecht? Gewiss nicht. Das vom Bundesverfassungsgericht 1956 zwecks Verbot der KPD genannte Merkmal des *offenkundigen* Unrechts wird daher in bestimmten Fällen untauglich sein.

22. Den tieferen Hintergrund der Argumentation beschreibt das Bundesverfassungsgericht auf S. 379:

> „Die Ordnung in der Bundesrepublik ist legitim. Sie ist es nicht nur deshalb, weil sie auf demokratische Weise zustande gekommen und seit ihrem Bestehen immer wieder in freien Wahlen vom Volke bestätigt worden ist. Sie ist es vor allem, weil sie - nicht notwendig in allen Einzelheiten, aber dem Grundsatze nach - Ausdruck der sozialen und politischen Gedankenwelt ist, die dem gegenwärtig erreichten kulturellen Zustand des deutschen Volkes entspricht.“

23. Heute (2012) ist die Ordnung der Bundesrepublik nicht legitim. Sie ist nicht auf demokratische Weise zustande gekommen. Sie ist insbesondere nicht Ausdruck der sozialen und politischen Gedankenwelt, die dem gegenwärtig erreichten kulturellen Zustand des deutschen Volkes entspricht.

24. Die heutige (Un-)Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist durch die Hand des Weltverbrechens geleitet. Man kann von einem Bürger nicht mehr an „Offensichtlichkeit“ fordern, als wie die staatlichen Organe an „Offensichtlichkeit“ bereit stellen, die dazu berufen sind, nämlich die Staatsanwaltschaften und die Strafgerichte.

25. Tatsächlich werden jedoch Hunderte von Fällen, in denen Staatsanwaltschaften ermitteln müssten, und durch die ungenannt viele Hunderte von Milliarden von Steuergeldern 2008 ff. verschwunden sind, nicht ermittelt. Dies wurde vorgetragen, zusammen mit weiteren Manifestationen dessen, was BLANK den „universellen Rechtsbruch“ nennt.

26. Soweit es an „Offensichtlichkeit“ fehlen mag, liegt dies daran, dass die Bundesregierung keine Zahlen über die verschwundenen Steuergelder veröffentlicht, und weiter daran, dass Staatsanwaltschaften als Weisungsempfänger der Landesregierungen gesetzlich gebotene Ermittlungen unterlassen.

27. Die Auswahl der Kandidaten für hohe Regierungsämter erfolgt durch ein dem Grundgesetz fremdes Organ, nämlich die jährlich tagende Bilderberger-Konferenz. Diese legt zugleich, dem Leitbild des Grundgesetzes zuwider, die Grundlinien, und teilweise sogar die Einzelheiten, der Regierungspolitik verbindlich fest.

28. Nach heutiger Einschätzung wird in absehbarer Zukunft das Resultat dieses unrechten Staatszustands sein, dass ein Währungskollaps stattfindet, der dritte in der jüngeren deutschen Geschichte (erstmals: nach dem ersten Weltkrieg, zum zweiten Mal: nach dem zweiten Weltkrieg).

29. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die Einführung des Euro ein kriegsartiger absichtlicher und planvoller Angriff von verfassungswidrigen Kräften um das Zentrum der Bilderberger-Konferenz war, um Europa finanziell zu unterminieren. Dies entspricht dem angeführten Präzedenzfall der finanziellen Unterminierung der Sowjetunion während der Amtszeit des US-Präsidenten Ronald Reagan.

30. Diese Vorgänge sind deshalb nicht allgemein bekannt, da sie in der Presse nicht behandelt werden. Es wäre jedoch nicht wünschenswert und nicht geeignet, den allgemeinen Bildungsstand als Massstab heranzuziehen. Ebensowenig als Kriterium geeignet ist der Inhalt der Tagesberichterstattung der Medienlandschaft.

31. In Bezug auf den Euro wird den Medien häufig der Eindruck erweckt, als sei der Herd des Problems Griechenland. Das ist unzutreffend und eine Verschleierung der Tatsachen. Weniger verbreiteten Berichten zufolge war bereits längere Zeit vor der Einführung des Euro bekannt, dass sowohl Italien als auch Spanien keinesfalls in den Euro aufgenommen werden dürfen. Diesem Wissen zuwider wurden Italien und Spanien (nebst Portugal) in den Euro aufgenommen.

32. Dies bestätigt die Einschätzung, dass die Einführung des Euro ein kriegsartiger Angriff gegen die finanzielle Solidität der europäischen Staaten war.

33. Das Bundesverfassungsgericht prüft derzeit in einem Eilantrag, ob der Euro-Rettungsschirm gestoppt werden muss. In einer Meldung heisst es (t-online, Artikel vom 10.07.2012, Karlsruhe lässt sich bei Rettungsschirm-Urteil Zeit):

> „Die Richter zeigten in der Verhandlung zunächst kein klares Meinungsbild. Voßkuhle betonte, die Regelungen zum ESM seien ‚sehr kompliziert‘. Auch für das Gericht sei es schwierig, ‚Boden unter den Füßen zu finden‘. Die Fragen der Richter zielten vor allem darauf, ob es zu einer Erweiterung der deutschen Haftung kommen könnte, ohne dass der Bundestag hierüber noch die Kontrolle hätte.“

34. Nicht einmal unser höchstes Gericht kann mit einfachem Aufwand erkennen, ob es noch eine klare Rechtslage gibt, bezüglich einer Blanko-Haftung von Deutschland für das Euro-Dabakel, und bezüglich der Frage, ob der Deutsche Bundestag noch eine Kontrolle besitzt. Wo soll das enden?

35. Als die Metallgesellschaft in den USA pleiteging, und ihre deutsche Muttergesellschaft in Frankfurt am Main dadurch in den Abgrund riss, wurden Wirtschaftsprüfer zum amerikanischen Standort gesandt, um die Lage zu klären. Sie brauchten drei Monate. Dann kamen sie zum Ergebnis, dass das Gewirr von Optionsverträgen überhaupt nicht aufzulösen sei.

36. Es gibt keine Ordnung mehr in den deutschen Staatsfinanzen. Die Regierung besteht aus BRODBECK'SCHEN Irren und ist sklavisch-totalitär auf Geldbegierde fixiert, was der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des GG widerspricht (siehe dazu Anlage AG-2 zum Schriftsatz, dort S. 5-8, gesamte Ziffer 7). Die Konsequenz ist eine wahnhaft-irreale vom Kollaps bedrohte Staatssituation.

37. Ein Hauptmerkmal der Staatlichkeit ist die Souveränität. Deutschland besitzt in der genannten Situation keine Souveränität, was dem GG widerspricht.

38. Experten des Bundestages haben in einem Gutachten gegenüber einem CDU-Abgeordneten bestätigt, dass der Euro-Rettungsschirm durch Missachtung der Schuldenbremse des Grundgesetzes verfassungswidrig sein könnte. Eine dpa-Meldung im Nachrichtenteil von t-online (dpa-Meldung) lautet (kleines Kolorit):

Gutachten: Deutschlands Risiken beim Euro-Rettungsschirm

16.05.2011, 12:29 Uhr | dpa, dapd, bv

Der Euro-Rettungsschirm (ESM) birgt für Deutschland angeblich erhebliche Risiken. Das steht laut „Bild"-Zeitung in einem vertraulichen Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Die Bundesrepublik übernehme im Rahmen des ESM so weitreichende Garantien in Form von Bürgschaften, dass diese „bei maximaler Inanspruchnahme einen dreistelligen Milliardenbetrag erreichen können", zitiert die Zeitung aus der zehnseitigen Expertise. Das Gutachten habe der CDU-Haushaltsexperte Norbert Brackmann angefordert.

Das Gutachten sehe die Gefahr von „Nachschusspflichten", wenn Mitgliedsstaaten bei ihren Zahlungen nicht nachkämen. Nach Einschätzung der Bundestags-Experten könnte die jetzige Ausgestaltung des Rettungsmechanismus auch gegen die Schuldenbremse des Grundgesetzes verstoßen und wäre somit verfassungswidrig. ESM steht für Europäischer Stabilitätsmechanismus.

Deutschland soll Begrenzung fordern

Es werde deutlich, dass Bürgschaften von heute schnell zu den Schulden von morgen werden könnten, schreibt das Blatt. Deshalb müssten in den völkerrechtlichen Vertrag gesetzliche Regelungen für eine Begrenzung der deutschen Beteiligung aufgenommen werden, schlage der Wissenschaftliche Dienst des Parlamentes laut „Bild" vor.

Der ESM soll den derzeitigen Rettungsschirm für in Not geratene Euro-Länder ab 2013 ersetzen. Der Fonds umfasst 700 Milliarden Euro - 80 Milliarden Euro (davon entfallen 21,7 Milliarden auf Deutschland) zahlen die Länder bar ein, der Rest wird mit Garantien und abrufbarem Kapital gedeckt.

Abgeordnete gegen den Rettungsschirm

In der Berliner Koalition wächst derweil der Widerstand gegen den ESM. „Der Rettungsschirm bringt gar nichts. Er verschärft nur die Verschuldungskrise in Europa. Irgendwann wird das auch uns erreichen", sagte der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler den Zeitungen der Essener WAZ-Mediengruppe. Der Finanzexperte der Liberalen befürwortet stattdessen ein geordnetes Insolvenzverfahren für hochverschuldete Länder wie Griechenland. „Außerdem müsste ein geordneter Austritt aus der Gemeinschaftswährung ermöglicht werden", sagte Schäffler.

39. Wesentlich schwerwiegender ist das Problem, dass bereits jetzt (ohne den ESM) eine unbegrenzte Nachschusspflicht Deutschlands für den Euro besteht. Es besteht im Ergebnis eine *de facto* Gesamtschuldnerhaftung aller Euro-Länder füreinander für alle Staatsschulden und Währungsausfälle. Deutschland ist an die Situation unlösbar gebunden, da ein Ausschluss der maroden Euro-Staaten *(Spanien, Portugal, Italien, deutlich am wenigsten gewichtig Griechenland; Frankreich zumindest bereits fragwürdig)* nicht vorgesehen ist (arglistiger und sittenwidriger Knebelungsvertrag mit einprogrammierter Verdammung zum BRODBECK'SCHEN Irresein – Zitat):

> „(…) **ein Ausschluss aus der Euro-Zone ist vertraglich nicht vorgesehen.“**

Quelle: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/was-geschieht-wenn-griechenland-pleite-geht-a-834208.html, 21.05.2012, Ausstiegsszenarien aus dem Euro, Das passiert, wenn die Griechen gehen, Von manager-magazin-Redakteur Henrik MÜLLER. Der Text steht im Original nicht im Fettdruck. **Das sachkundige Zitat ist nur ein Beispiel unter vielen dafür, dass hier offensichtlich irrsinnige Weltverbrecher mit der Dynamitstange tätig sind, um das GG zu beseitigen.**

Fazit:
Die Bundesregierung hat sich ausgesperrt.
Jetzt sitzt eine Gelddiktatur im Haus.

40. Dieser wahnhafte Zustand (Fass ohne Boden, Durchbrechung des GG-Haushaltsrechts) ist das Resultat aufoktroyierter Bilderberger-Politik, die einen kriegsartigen Angriff gegen Europa durch feindliche Übernahme Deutschlands verkörpert. Dieser Übernahmeangriff wird gegenwärtig als ein Dauerangriff geführt.

41. Dieser Zustand ist offensichtlich grundgesetz- und naturrechtswidrig. Der Zustand bildet eine Verwerfung jeden Staatsrechts.

42. Die Medienberichterstattung über relativ unwichtige Nebenthemen ist nichts als ein emotionalisierendes Kasperletheater (nebenbei bemerkt). Die Medien sind nach wie vor goebbelsisiert (Nazi-gleichgeschaltet). Dem Bundesverfassungsgericht zufolge kommt der Pressefreiheit für die Demokratie ein wesentliches Gewicht zu. Das ist hier alles für die Füsse. Ohne eine faktisch freie Presse gibt es keine Demokratie, was ebenfalls grundgesetzwidrig ist. Das Hindernis der Presse ist die „innere Pressekonzentration“, die durch ihre abgefeimten Staatslügen schon für sich allein zum Widerstand gegen das herrschende Chaos berechtigt.

Das Amtsgericht hat sämtliche Rechtsfragen bezüglich inländischen Rechts von Amts wegen zu ermitteln.

Dr. jur. Stefan Grossmann (Antragsgegner)

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

An das
Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsgericht -
Nussallee 17
63450 Hanau

12. September 2012

Az.: 81 M 5810/12
Vollstreckungssache (Antrag auf Durchsuchungsbeschluss)
Finanzamt Hanau (Antragsteller) ./. Dr. Grossmann (Antragsgegner)

Hier: Kurze Stellungnahme zum heutigen Urteil des BVerfG

Vor ein paar Stunden hat heute morgen der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts ein Urteil im Eilverfahren erlassen, das sich mit dem Euro-Rettungsschirm auseinandersetzt. Das Urteil ist im htm-Webseitenformat zum Aktenzeichen 2 BvR 1390/12 und anderen Aktenzeichen auf der Webseite des Bundesverfassungsgerichts /Rubrik: Entscheidungen öffentlich zugänglich. Es wird diesseits auf diese neue Entscheidung bezug genommen.

Das Urteil ist eine Kapitulation vor dem bestehenden Zustand, der sich aus den völkerrechtlichen/europarechtlichen Verträgen aus der Zeit der Einführung des Euros ergibt. Seit damals nämlich ergibt sich, dass die Bundesrepublik Deutschland faktisch alle Schulden aller Euro-Länder mittragen muss. Einen Mechanismus zur Ausschliessung kollabierender Euro-Staaten gibt es nicht, wie in meiner Antragserwiderung bereits schriftlich unter Beweisantritt dargelegt.

DIESER BESTEHENDE ZUSTAND IST NACH DEN BEURTEILUNGSMASSSTÄBEN DES URTEILS GRUNDGESETZWIDRIG. DENN DAS URTEIL FORDERT ALS AUFLAGE EINE HAFTUNGSOBERGRENZE FÜR DEUTSCHLAND VON 190 MILLIARDEN EURO.

DIESE HAFTUNGSGRENZE IST BEREITS SEIT EINFÜHRUNG DES EURO DURCH VÖLKERRECHTLICHE/EUROPARECHTLICHE VERTRÄGE **NICHT** GEGEBEN. DAS BLEIBT HEUTE UNVERÄNDERT.

Es ist dem Bundesverfassungsgericht durch die Forderung, punktuell den Euro-Rettungsschirm mit einer solchen Haftungsobergrenze (auf das inländische Recht beschränkt) zu versehen, misslungen, den grundgesetzwidrigen Zustand zu beseitigen.

Definition des soeben gebrauchten Passus „grundgesetzwidrigen Zustand“: Diese Definition ergibt sich (ich wiederhole mich der Deutlichkeit halber) aus den Beurteilungskriterien des heute veröffentlichten Urteils.

Bitte wenden Sie bei Ihrer verantwortungsvollen richterlichen Beurteilung das beschriebene, Obergrenze von 190 Milliarden Euro betreffende Beurteilungskriterium an. Aus der Anwendung des Kriteriums ergibt sich, dass die aus Völkerrecht/Europarecht aus der Zeit der Euro-Einführung bestehende ungedeckelte (faktische wie vertrags-mechanisch reale) Haftung Deutschlands

grundgesetzwidrig

ist und das Widerstandsrecht der Art 20. Abs. 4 GG auszulösen vermag (wie ausführlich bereits vorgetragen).

Neu ist an dem Urteil lediglich, dass zur Beurteilung eine präzise Richtzahl eingeführt wurde. Die Auflage im Urteil gilt nur für das noch zu setzende inländische Recht (Euro-Rettungsschirm), nicht jedoch für den unverändert bestehenden Vertragszustand seit der Euro-Einführung vor zehn Jahren. Bei genauer Lektüre des Urteils befinden wir uns somit, seit heute klar beurteilbar, im verfassungsrechtlichen Ausnahmezustand, was meine Argumentation stützt.

Aus äusserster Vorsorge sei das Gericht darüber in Kenntnis gesetzt, dass ich mit DHL-Paket (Zustellnachweis aus dem Internet gibt als Zustelldatum den 1.8.2012 an) einen auf den 31.7.2012 datierten, anonsten wortgleichen Entwurf meiner in den Akten befindlichen Antragserwiderung informationshalber an den zweiten Senat des BverfG zum Aktenzeichen des dortigen EMR/Fiskalpakt-Verfahrens (das heute durch das genannte Urteil entschieden wurde) geschickt hatte. Man hatte also dort meine Informationen und hat sie rechtzeitig vor Absetzung des Urteils lesen können.

<u>Beweis äusserst hilfsweise:</u> amtliche Auskunft des BVerfG
Einlieferungsschein etc. (Kopien anbei)

Ich habe mich zunächst durchaus nicht gefreut, bin jetzt am Nachmittag jedoch sehr dankbar für dieses Urteil. Wenn man es aus dem möglichen Aspekt des vorstehenden Absatzes liest, ist das ein Wink mit dem Zaunpfahl! TUN SIE ES!

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

An das
Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsgericht -
Nussallee 17
63450 Hanau

17. September 2012

Az.: 81 M 5810/12
Vollstreckungssache (Antrag auf Durchsuchungsbeschluss)
Finanzamt Hanau (Antragsteller) ./. Dr. Grossmann (Antragsgegner)

Hier: Der Spiegel 2012 Nr. 38 – Qualifizierte Diskussion des Problems

Im Nachgang zu dem rechtsanalytischen Gedanken im diesseitigen Schriftsatz vom 12. D.M. sei auf den Beginn einer qualifizierten Diskussion des Problems hingewiesen, in: Der Spiegel Nr. 38/2012, S. 32 f., zum Thema „Uferlos haften“.

Der Einfachheit halber werden die beiden Seiten in Kopie beigefügt. Am Ende des Spiegel-Artikels findet sich auf der zweiten beigefügten Seite ein Interview mit Söder, auf das ebenfalls bezug genommen wird.

Meine eigene Anmerkung zu der kritischen Diskussion sei wie folgt umrissen:

1. Die Haftungssumme gemäss Auflagen des BVerfG wird mit 168 Milliarden Euro beziffert. Diese Summe muss binnen knapper Frist stets einzahlbar gehalten werden (siehe Einzelheiten in der Diskussion).

2. Jetzt die Gretchen-Frage: **<u>WIE OFT</u>** MUSS GGF. DIE GENANNTE SUMME EINBEZAHLT WERDEN?

Sehen Sie (Amtsgericht) eine Obergrenze? Ich sehe keine, und schon gar keine, die real praktiziert werden könnte, oder die in der Zukunft eingeführt werden könnte.

Damit ist (auf dem Papier) die Rechtslage eindeutig. Die anwendbare Denkform ist das „Fass ohne Boden".

Ich bitte und beantrage, dem in Ihrer Entscheidung konsequent Rechnung zu tragen.

Dr. Stefan Grossmann

EURO

Uferlos haften

Die Regierung freut sich über das Urteil des Verfassungsgerichts zum Rettungsschirm ESM – und jubelt möglicherweise zu früh. Der Richterspruch könnte noch böse Überraschungen bieten.



Welcher Weg aus der Euro-Krise führt, ist für Angela Merkel seit langem klar. Ihr Kurs ist der richtige, findet die Kanzlerin. Am vergangenen Mittwoch, als das Bundesverfassungsgericht den ständigen europäischen Rettungsschirm ESM unter Auflagen genehmigte, fühlte sie sich wieder einmal bestätigt.

„Deutschland sendet heute ein starkes Signal nach Europa und darüber hinaus", jubelte sie. Karlsruhe gebe „den Weg genau in dem Geiste frei, der uns und mich auch ganz persönlich immer geleitet hat".

Die Kanzlerin war erleichtert, ganz Europa atmete auf. Die Währungsretter können weitermachen wie geplant, entsprechend drehten alle Zeichen auf Entspannung. Die Aktienkurse stiegen, und auch der Euro legte zu. Risikoaufschläge auf italienische und spanische Staatsanleihen sanken. Der Euro schien, wieder einmal, gerettet zu sein. Die Frage ist nur: Wie lange hält die Rettung diesmal?

Denn das Urteil könnte, weil es nur ein vorläufiges ist, für die Euro-Retter noch einige Überraschungen bieten. Der Rettungsschirm kann aufgespannt werden, doch manches bleibt unklar oder wird sich erst nach der Entscheidung in der Hauptsache klären. Vor allem aber lässt der Karlsruher Spruch jede Menge Spielraum, ihn unterschiedlich auszulegen.

Wie nach vielen Gerichtsentscheidungen meinten auch diesmal alle, recht bekommen zu haben. Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) hoffen, mit ihrem Kurs der Euro-Sicherung in Etappen fortfahren zu können. Doch ausgerechnet die Schwesterpartei CSU fühlt sich durch den Karlsruher Spruch ermutigt, Merkel neue Fesseln anzulegen. Parteichef Horst Seehofer will das Karlsruher Verdikt nutzen, wonach deutsche Hilfen ohne die Zustimmung des Bundestags nicht gewährt werden dürfen. Und das sowieso nur bis zur Obergrenze von 190 Milliarden Euro.

Doch seit der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, angekündigt hat, unter Umständen unbegrenzt italienische oder spanische Staatsanleihen aufzukaufen, sorgt sich der bayerische Ministerpräsident, dass Deutschland möglicherweise uferlos haften muss. Bei einem Telefonat am vergangenen Montag fragte Seehofer Merkel, ob die neue EZB-Politik bedeute, dass ein Land unter dem Rettungsschirm unbegrenzt Hilfe bekommen könne. Merkel bestätigte Seehofers Befürchtung.

Der CSU-Chef bringt den Karlsruher Richterspruch nun gegen die EZB in Stellung. „Aus meiner Sicht sind 190 Milliarden Euro, die das Verfassungsgericht nennt, die Obergrenze für den gesamten deutschen Beitrag bei der Euro-Rettung", sagt er. „Das beinhaltet auch die Summe, für die Deutschland aufgrund seines 27-prozentigen Anteils an der EZB bei Anleiheankäufen geradestehen muss. Die 190 Milliarden Euro gelten – inklusive EZB."

Bayerns Finanzminister Markus Söder will sogar den Bundestag unter Kuratel stellen. Die Bundesbank „kann überwachen, wie Deutschland die Haftungsobergrenze einhält", sagt Söder (siehe Interview).

Bei der Klausur der Landtagsfraktion diese Woche in Kloster Banz will der CSU-Chef seine Partei auf diese Linie einschwören. „Wer nach dem Urteil des Verfassungsgerichts glaubt, es könne ein Immer-mehr bei der Euro-Rettung geben, der täuscht sich", wettert er. „Wir können den Menschen in Deutschland nicht nach innen Reformen wie die Rente mit 67 abverlangen und Nullrunden beim Lohn und uns dann für das Ausland unbegrenzt verschulden."

Vor allem nimmt Seehofer nach ihrer Entscheidung, unbegrenzt Anleihen von Schuldenländern anzukaufen, die EZB ins Visier: „Die EZB hat sich mit diesem Beschluss auf die politische Ebene begeben und muss sich jetzt auch politischer Rückendeckung versichern." Im Frankfurter Eurotower blicken sie mit Sorge nach Bayern. EZB-Chef Draghi hat anfragen lassen, ob Seehofer Interesse an einem Treffen habe.

Das Karlsruher Urteil dürfte zudem Euro-Retter Schäuble fordern, in seiner Funktion als Haushaltsminister. Denn die noch ausstehende endgültige Entscheidung der Verfassungsrichter könnte seine Etatpläne über den Haufen werfen. Es geht dabei um die Frage, ob und wie die Bundesregierung die deutsche Garantiesumme für den ESM im Haushalt berücksichtigen muss. Bislang sollen 22 Milliarden Euro beim Rettungsschirm eingezahlt werden, darüber hinaus wird das Finanzministerium ermächtigt, für rund 168 Milliarden Euro Gewährleistungen zu übernehmen. Im Bundes-

haushalt taucht diese Summe aber nicht auf.

Heikel wird es, weil die Verfassungsrichter nun den Bundestag verpflichten, „im gebotenen Umfang sicherzustellen“, dass die 168 Milliarden Euro „jederzeit fristgerecht und vollständig eingezahlt werden können“. Hintergrund ist eine Vorschrift im ESM-Vertrag, nach der Deutschland seine Stimme für die Zeit verliert, in der es seine Zahlungspflichten verletzt. Die Frist, in der womöglich dreistellige Milliardensummen eingezahlt werden müssen, beträgt nur sieben Tage.

Das Gericht forderte wiederholt, „unter allen Umständen“ zu gewährleisten, dass der „Legitimationszusammenhang“ zwischen deutschem Parlament und ESM „nicht unterbrochen“ wird. Das könnte darauf hinauslaufen, dass die Bundesregierung diese 168 Milliarden Euro abrufbar halten und damit als sogenannte Verpflichtungsermächtigung in ihren Haushalt einstellen muss. Die Folge: Die gesamte Etatplanung geriete aus den Fugen.

Geklärt ist dagegen, wie die Karlsruher Forderung erfüllt werden soll, die deutsche Haftungsobergrenze von 190 Milliarden Euro völkerrechtlich verbindlich festzuschreiben. Schäuble stieß am vergangenen Freitag beim Treffen der 17 Finanzminister der Euro-Gruppe in der zyprischen Hauptstadt Nikosia auf überraschend viel Wohlwollen. Kaum hatte sein Staatssekretär erläutert, was die Richter fordern, sagte die österreichische Finanzministerin Maria Fekter: „Wir wollen auch so eine Erklärung.“ Der niederländische Finanzminister schloss sich an.

Schließlich einigten sich die Finanzminister darauf, dass bis Anfang Oktober eine Erklärung verabschiedet werden soll, die den Bedenken des deutschen Verfassungsgerichts Rechnung trägt, aber auch die Rechte der anderen Länder ausdrücklich festschreibt. „Es wird eine allgemeingültige Deklaration geben, die für alle Euro-Länder gilt“, sagt Fekter. Am 8. Oktober soll dann der ESM funktionsfähig sein.

„Es wird eine allgemeingültige Deklaration geben, die für sämtliche Euro-Länder gilt.“

Dann steht auch einem Hilfsprogramm des ESM für Spanien nichts mehr im Wege. Es gilt als Voraussetzung dafür, dass die EZB Schuldscheine des angeschlagenen Landes auf den Anleihemärkten kaufen darf. Doch auch hier droht Ungemach, nicht zuletzt für die Bundesregierung. Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy will sich zwar gern von EZB-Chef Draghi helfen lassen. Den üblichen Bedingungen eines ESM-Programms aber, das regelmäßige Kontrollen der Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds vorsieht, will er sich nicht beugen.

Viele Abgeordnete der Berliner Regierungsparteien jedoch sind entschlossen, genau darauf zu bestehen. „Wir können Anträgen auf ESM-Hilfen nur zustimmen, wenn es ein voll gültiges Reformprogramm gibt, das von der Troika kontrolliert wird“, sagt Unionsfraktionsvize Michael Fuchs. Das sei der Auftrag des Verfassungsgerichts an die Parlamentarier.

Gleich nach dem Urteil warnten Unions-Abgeordnete Merkel und Schäuble davor, in Brüssel Programmen zuzustimmen, die nur abgeschwächte Bedingungen enthalten. So etwas werde im Bundestag keine Mehrheit finden.

Rebellische Abgeordnete, Krach mit der CSU, neue Risiken im Haushalt: Ein paar Hürden haben die Euro-Retter nach dem Karlsruher Urteil noch zu nehmen.

Dietmar Hipp, Peter Müller, Christoph Pauly, Christian Reiermann

„Alle wollen unser Geld“

Bayerns Finanzminister Markus Söder, CSU, über neue Aufgaben der Bundesbank bei der Euro-Rettung

SPIEGEL: Herr Söder, das Bundesverfassungsgericht hat bekräftigt, dass Deutschland mit höchstens 190 Milliarden Euro für den Rettungsschirm ESM haftet. Zufrieden?

Söder: Jetzt ist notariell beglaubigt, wie hoch die deutsche Haftung ist. Ich befürchte aber, dass Spanien, Italien oder gar Griechenland ihren Anteil am ESM nicht leisten können. Dann steigt wieder der Druck auf Deutschland, das fehlende Geld nachzuschießen. Die entscheidende Frage ist daher, wie die deutsche Haftungsobergrenze überwacht wird.

SPIEGEL: Welchen Vorschlag haben Sie?

Söder: Wir brauchen eine weitere Kontrollinstanz. Das ist eine neue Aufgabe für die Bundesbank. Sie kann überwachen, wie Deutschland die Haftungsobergrenze einhält und ob sich mögliche neue Verpflichtungen im Rahmen des ESM-Vertrags oder über die EZB ergeben.

SPIEGEL: Das heißt, dass eine Behörde wie die Bundesbank Beschlüsse des Bundestags kippen kann.



JOERG KOCH / DAPD

CSU-Politiker Söder: *„Der Reformwille erlahmt“*

Söder: Zumindest könnte die Bundesbank auf ihre Bedenken hinweisen. Mir geht es darum, dass wir bei den schwierigen Auslegungsfragen der Verträge eine unabhängige Kontrollinstanz haben. Die Menschen vertrauen der Bundesbank. Diese darf im EZB-Rat nicht wieder überstimmt werden. Sie könnte auf diesem Weg eine weitere Möglichkeit bekommen, die Geldwertstabilität zu sichern.

SPIEGEL: Die Karlsruher Richter machen Vorbehalte gegen den angekündigten Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB geltend. Was folgt daraus?

Söder: Wir müssen aufpassen, dass wir in Europa nicht ständig überstimmt werden. Nachdem die Krisenländer mit ihrer Forderung nach Euro-Bonds gescheitert sind, versuchen sie jetzt, auf anderem Wege eine gemeinsame Haftung durchzusetzen. Der Reformwille erlahmt.

SPIEGEL: Deutschland hat im EZB-Rat aber nur eine Stimme und kann die Entscheidungen kaum beeinflussen.

Söder: Die EZB wandelt sich zu einer europäischen Superbehörde. Mit ihrer Ankündigung, unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen, zeigt sie, dass sie nicht mehr nur eine Notenbank sein will, sondern auch ein Finanzier von Krisenstaaten. Sie ähnelt damit dem Internationalen Währungsfonds, dem IWF. Dann sollten aber auch dieselben Regeln gelten. Anders als bei der EZB ist das Stimmengewicht der Mitglieder im IWF aus gutem Grund nach der Höhe der Einlage verteilt. So muss es auch bei der EZB werden.

Interview: Sven Böll, Peter Müller

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

An das
Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsgericht -
Nussallee 17
63450 Hanau

23. September 2012

Az.: 81 M 5810/12
Vollstreckungssache (Antrag auf Durchsuchungsbeschluss)
Finanzamt Hanau (Antragsteller) ./. Dr. Grossmann (Antragsgegner)

Hier: Entwicklungsübersicht zum 23. September 2012

Es wird auf die beiliegende „Entwicklungsübersicht zum 23. September 2012" vollinhaltlich bezug genommen (ein Blatt).

Festzuhalten ist, dass das Urteil des BVerfG vom 12.9.2012 verletzt wird. Die Bundesregierung agiert im vom GG nicht gedeckten Ausnahmezustand. Dies geschieht unter Verletzung eines bindenden Entscheidung des BVerfG. Somit ist das Widerstandsrecht wie diesseits vorgetragen gegeben.

Die langen Darlegungen in der Antragserwiderung sind durch das Obige nicht gänzlich hinfällig geworden, sondern behalten ihre Gültigkeit, und zwar (aus diesseitiger Rechtssicht) wohl vor allem für die gebotene Prüfung, ob die Ausübung des Widerstandsrechts auch „gewissenhaft" ist (siehe Entwicklung dieses Merkmals in der Antragserwiderung und deren Anlagen).

Dr. Stefan Grossmann

Entwicklungsübersicht zum 23. September 2012

Die Entwicklung des problematischen Diskussionspunktes (siehe Schriftsätze des AG vom 12. und 17. d.M.) wird in einer Art laufender Kladdenführung in einem Artikel bei Wikipedia registriert, siehe URL:
http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Stabilit%C3%A4tsmechanismus
Titel des Artikels:
Europäischer Stabilitätsmechanismus
zitiert nach dem Stand von:
22. September 2012 um 23:53 Uhr

Hervorgehoben sei folgendes (aus dem soeben genannten Wikipedia-Artikel):

1. „Haftung unbegrenzt [Bearbeiten]

Kritisiert wird, dass das ESM-Kapital zunächst 700 Milliarden Euro beträgt, aber unbegrenzt erhöht werden könne. Das ginge zwar nur mit der Stimme des deutschen Vertreters, der allerdings an Weisungen des Parlaments nicht gebunden ist. Der Bund der Steuerzahler schätzt es als unwahrscheinlich ein, dass der deutsche Finanzminister sein Veto in einer entsprechenden Euro-Notsituation einlegt. Den Bedenken wurde dadurch Rechnung getragen, dass eine solche Veränderung erst in Kraft tritt, wenn die Mitgliedstaaten den „Abschluss ihrer jeweiligen nationalen Verfahren“ vollzogen haben (Art. 10 Abs. 1 Satz 3).2

Hinweis: VERLETZUNG des Urteils des BVerfG vom 12. September 2012.

2. „Haftung für Anteile anderer Mitglieder [Bearbeiten]

Eine besondere Brisanz liegt in der folgenden Regelung: Wenn ein Land als Zahler ausfällt, weil es selbst finanzielle Hilfen benötigt, müssen die anderen Staaten das – durch den Ausfall dieses Landes – fehlende Kapital zusätzlich aufbringen (Art. 25 Abs. 2 ESM-Vertrag).[47]

Deutschland hafte für bis zu 778 Milliarden Euro, errechnete das Ifo-Institut.[48]“

Hinweis: VERLETZUNG des Urteils des BVerfG vom 12. September 2012.

3. „Kreditvolumen nicht ausreichend [Bearbeiten]

Der IWF und die OECD haben wiederholt gewarnt, dass die bisher geplanten Maßnahmen des Euro-Rettungsschirms nicht ausreichen, falls große Euro-Staaten in Schieflage geraten.[51]“

Hinweis 1.: VERLETZUNG des Urteils des BVerfG vom 12. September 2012.
Hinweis 2.: Geld ist stärker als Papier.

4. Argumentum e silentio:

Es fehlt jede Regelung für den Fall einer Insolvenz der Europäischen Zentralbank und des Europäischen Stabilitätsmechanismus. ES GIBT KEINERLEI HAFTUNGS-SCHOTT. JEDE INSOLVENZ „REISST“ FAKTISCH AUF DEUTSCHLAND DURCH.

Hinweis 1.: VERLETZUNG des Urteils des BVerfG vom 12. September 2012.
Hinweis 2.: Geld ist stärker als Papier.

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

An das
Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsgericht -
Nussallee 17
63450 Hanau

02. Oktober 2012

Az.: 81 M 5810/12
Vollstreckungssache (Antrag auf Durchsuchungsbeschluss)
Finanzamt Hanau (Antragsteller) ./. Dr. Grossmann (Antragsgegner)

Hier: Entwicklungsübersicht zum 29. September 2012

Im vorangehenden diesseitigen Schriftsatz vom 23.9.2012 wird auf den Artikel „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ in Wikipedia auf dem Stand vom 22.9. bezug genommen.

Als diesseitiger Sachvortrag wird anbei ein Ausdruck des genannten Artikels auf dem Stand vom 29.9.2012 zu den Akten gereicht. Das Schriftstück ist Teil dieses Schriftsatzes und ist am Ende vom Unterzeichneten unterschrieben.

Damit wird klargestellt, (i) dass es bei den zu rügenden Punkten des vorhergehenden Schriftsatzes bleibt, und (ii) dass alles weitere, was dem Urteil des BVerfG vom 12.9.2012 widersprechen mag, ebenfalls als Sachvortrag zu den Akten gereicht wird.

Da sich das Finanzamt nach meinen Unterlagen seit Antragstellung in diesem Verfahren nicht gemeldet hat, sei von entsprechenden Beweisantritten einstweilen abgesehen.

Dr. Stefan Grossmann

Europäischer Stabilitätsmechanismus

Der **Europäische Stabilitätsmechanismus** (kurz **ESM**, englisch *European Stability Mechanism*, französisch *Mécanisme européen de stabilité*) ist eine internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg. Er entstand mit 27. September 2012[1] mit der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union. Damit wurde der ESM-Vertrag von allen Euro-Staaten mit Ausnahme Estlands ratifiziert.[1] Der Anteil der Staaten, die den Gründungsvertrag ratifiziert haben, am Grundkapital beträgt mehr als 90 % des anfänglich geplanten Stammkapitals von 700 Milliarden Euro. Somit sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrages erfüllt.[2] Sie ist Teil des „Euro-Rettungsschirms“ und wird die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen.[3]

Vorgeschichte

Trotz der Gründung der EFSF im Juni 2010 setzte sich die Staatsschuldenkrise im Euroraum weiter fort. Neben Griechenland waren auch Irland und Portugal betroffen. Wegen des absehbar zu frühen Auslaufens der EFSF im Juni 2013 wurden Forderungen lauter, einen *dauerhaften* Mechanismus für Krisenfälle zu etablieren. Nachdem verschiedene Vorschläge wie die Einführung sogenannter Eurobonds oder die Einrichtung einer Staateninsolvenzordnung von mehreren Staaten – auch vehement von Bundeskanzlerin Merkel – abgelehnt worden waren, beschlossen die Regierungschefs der Euro-Gruppe auf dem Gipfel des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2010, den Art. 136 [4] AEU-Vertrag zu erweitern. Diese Vertragsänderung wurde am 2. Februar 2012 von den Botschaftern der Euro-Staaten unterzeichnet.

Am 9. Dezember 2011 haben die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone vereinbart, Schritte in Richtung auf eine stärkere Wirtschaftsunion zu unternehmen, einschließlich eines neuen fiskalpolitischen Pakts und einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung, die durch einen *Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion* (VSKS) umzusetzen sei. Der VSKS soll dazu beitragen, eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone zu entwickeln, um eine dauerhafte, gesunde und stabile Verwaltung der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten und so eine der Hauptursachen der finanziellen Instabilitäten anzugehen. Der ESM-Vertrag und der VSKS-Vertrag sollen sich gegenseitig bei der Verstärkung der haushaltspolitischen Verantwortlichkeit innerhalb der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ergänzen; der ESM ist „Ausdruck der Solidarität innerhalb der Europäischen Union, aber auch des Willens zur gemeinschaftlichen Selbstbehauptung in der internationalen Umwelt.“[5]

Ziel des ESM

Mit dem ESM sollen zahlungsunfähige Mitgliedstaaten der Eurozone finanziell, unter Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen (Artikel 13 des ESM-Vertrages), mit Krediten der Gemeinschaft der Euro-Staaten unterstützt werden, wobei auch anderen[6] Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Beitritt zu diesem Vertrag offen steht (Art. 44).

Das wesentliche Instrumentarium des ESM sind Notkredite und Bürgschaften (auch als „Haftungsgarantien“ bezeichnet): Überschuldete Mitgliedstaaten sollen Kredite unter subventionierten Konditionen erhalten. Im ESM-Vertrag ist zudem festgeschrieben, dass jeder Mitgliedstaat, der Hilfe durch den ESM erhält, ein makroökonomisches Anpassungsprogramm umsetzen muss sowie eine tiefgehende Analyse über die Nachhaltigkeit seiner Staatsschuldensituation unternehmen soll (Art. 12, Art. 13 Abs. 3 ESM-Vertrag).

Rechtlicher Rahmen

Gründungsvertrag

Der ESM wird begründet durch den *„Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, dem Großherzogtum Luxemburg, Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik und der Republik Finnland“.*

Dieser völkerrechtliche Vertrag wurde in der Sitzung der Eurogruppe am 23. Januar 2012 von den Finanzministern der 17 Euro-Staaten beschlossen und am 2. Februar 2012 durch die Botschafter der Mitgliedstaaten in Brüssel unterzeichnet.[7] Bis auf Deutschland und Estland liegen inzwischen von allen anderen Unterzeichnerstaaten die endgültigen Annahmeurkunden in Brüssel vor.[8]

Die Finanzminister der 17 Euro-Staaten billigten zudem am 14. September 2012 in Nikosia die am 12. September 2012 vom Bundesverfassungsgericht formulierten Auflagen.[9] Eine entsprechend formulierte „interpretative Erklärung“ zum ESM-Vertrag wurde am 26. September 2012 vom Bundeskabinett gebilligt und am 27. September 2012 durch die Euro-Finanzstaatssekretäre beschlossen werden.[10] Damit trat der Gründungsvertrag mit 27. September 2012 für alle Euro-Staaten mit Ausnahme Estlands in Kraft.[1]

Unterzeichner	ratifiziert	Kommentar
Deutschland	ja	Am 29. Juni 2012 haben der Bundestag und der Bundesrat jeweils mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit dem *Gesetz zu dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus* zugestimmt.[11] Der Bundespräsident hat dieses Gesetz wegen absehbarer Verfassungsklagen nicht sofort unterzeichnet,[12] sondern erst am 13. September 2012, also einen Tag nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den bis dahin eingegangenen Eilanträgen. Das Gericht hatte den Anträgen der Kläger auf eine einstweilige Anordnung nicht stattgegeben, aber vor einer Ratifizierung noch zusätzliche, völkerrechtlich gesicherte Regelungen einfordert.[13] Nachdem in Brüssel die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten der Eurozone eine gemeinsame Erklärung zur Interpretation von Artikel 8 Abs. 5, Artikel 32 Abs. 5, Artikel 34 und Artikel 35 Abs. 1 des Vertrages unterzeichnet hatten um die Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts völkerrechtlich sicherzustellen, hat der Bundespräsident am 27. September 2012 die Ratifikationsurkunde zum ESM unterzeichnet.[14]
Niederlande	ja	Ungeachtet der Differenzen segnete in den Niederlanden das Oberhaus des Parlaments am 3. Juli den ESM ab, nachdem das Unterhaus schon im Juni mit Zweidrittelmehrheit für den Euro-Rettungsschirm gestimmt hatte.[15]
Luxemburg	ja	Parlamentarische Zustimmung am 26. Juni 2012.
Finnland	ja	Die Abgeordneten des finnischen Parlaments haben am 21. Juni 2012 für die Ratifizierung des ESM-Vertrags gestimmt. 104 Volksvertreter stimmten für und 71 gegen den Vertrag. Jedoch machte die finnische Finanzministerin am 6. Juli deutlich, dass ihre Regierung einer gemeinsamen Haftung für die Schulden und Risiken der Euroländer nicht zustimmen werde. Auch eine Bankenunion mit gemeinsamer Haftung lehnte sie ab. Finnland werde eine „harte Haltung“ einnehmen, wenn es um Rettungspläne für die Eurozone geht, sagte Urpilainen. „Wir sind konstruktiv und wollen die Krise lösen – aber nicht um jeden Preis.“[16]
Estland	ja*	Der estnische Rechtskanzler Indrek Teder hat den Vertrag dem estnischen Verfassungsgericht im Frühjahr zur Prüfung vorgelegt, da Artikel 4 Absatz 4 seiner Ansicht nach gegen die Verfassung verstößt.[17] Das Gericht hat am 12. Juli 2012 sein Urteil veröffentlicht. 10 der 19 Richter wiesen die Beschwerde zurück. Am 30. August 2012 stimmte das Estnische Parlament mehrheitlich für den ESM.[18][19]
Malta	ja	Parlamentarische Zustimmung am 6 Juli 2012.
Slowenien	ja	Parlamentarische Zustimmung am 19. April 2012.
Zypern	ja	Parlamentarische Zustimmung am 30. Mai 2012.
Slowakei	ja	Parlamentarische Zustimmung am 22. Juni 2012.

Frankreich	ja	Zustimmung in beiden Kammern am 28. Februar 2012.[20]
Österreich	ja	Am 4. Juli 2012 hat der Nationalrat mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit den ESM und den Fiskalpakt abgesegnet.[21] Die Zustimmung des Bundespräsidenten erfolgte am 17. Juli 2012.[22]
Belgien	ja	Das belgische Parlament hat den ESM am 14. Juni 2012 ratifiziert. 90 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt, 14 mit Nein. Es gab 24 Enthaltungen.[23][24]
Portugal	ja	Parlamentarische Zustimmung am 13. April 2012.[25]
Griechenland	ja	Parlamentarische Zustimmung am 28. März 2012.
Irland	ja	Das Oberste Gericht hat am 10. Juli 2012 die Verfassungsmäßigkeit des ESM bestätigt, aber einige rechtliche Fragen an den Europäischen Gerichtshof verwiesen. Bis zum Ausgang des Verfahrens hat die Regierung die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde ausgesetzt.[26]
Italien	ja	Der italienische Senat hat am 12. Juli den Euro-Rettungsschirm ESM und den EU-Fiskalpakt gebilligt. Am 19. Juli 2012 hat auch das italienische Parlament zugestimmt.[27]
Spanien	ja	Zustimmung des Congreso de los Diputados am 17. Mai 2012 und durch den Senado am 6. Juni 2012.

*) Die Annahmeurkunde liegt noch nicht beim Rat der Europäischen Union in Brüssel vor.

Inkrafttreten des ESM-Vertrags

Der Vertrag bedarf der Ratifikation, Genehmigung oder Annahme durch die Unterzeichner. Der ESM-Vertrag tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeurkunden von so vielen Unterzeichner-Ländern beim *Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union* hinterlegt wurden, dass deren Erstzeichnungen mindestens 90 % der gesamten vereinbarten Zeichnungen ausmachen. Diese Bedingung wurde mit der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde erfüllt. Der ESM startet daher vorläufig ohne Estland.

Rechtsform und Sitz des ESM

Der Europäische Stabilitätsmechanismus ist eine *internationale Finanzinstitution*. Er hat seinen Sitz und seine Hauptverwaltung in Luxemburg und kann ein Verbindungsbüro in Brüssel einrichten (Art. 31). Der ESM besitzt volle Rechtspersönlichkeit und ist uneingeschränkt rechts- und geschäftsfähig. Der ESM ist von jeglichen Beschränkungen, Zulassungs- und Lizenzierungspflichten, wie sie sonst für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsunternehmen gelten, befreit (Art. 32).

Kapitalausstattung des ESM

Das anfängliche Stammkapital des ESM beträgt 700 Mrd. Euro. Auf Deutschland entfallen davon rund 190 Mrd. Euro. Als anfängliche Beteiligungsanteile wählte man die gleichen Prozentzahlen wie die, mit denen die Staaten der Euro-Zone an der EZB beteiligt sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die ESM-Mitglieder mit dem jeweiligen prozentualen Anteil am ESM und der Kapitalzeichnung.[28]

Euro-Land	Anteil am ESM in %	Kapitalzeichnung in Mrd. €
Belgien	3,4771	24,3397
Deutschland	27,1464	190,0248
Estland	0,1860	1,3020
Irland	1,5922	11,1454
Griechenland	2,8167	19,7169
Spanien	11,9037	83,3259
Frankreich	20,3859	142,7013
Italien	17,9137	125,3959
Zypern	0,1962	1,3734
Luxemburg	0,2504	1,7528
Malta	0,0731	0,5117
Niederlande	5,7170	40,0190
Österreich	2,7834	19,4838
Portugal	2,5092	17,5644
Slowenien	0,4276	2,9932
Slowakei	0,8240	5,7680
Finnland	1,7974	12,5818
Gesamt	**100,0000**	**700,0000**

Rechnungslegung des ESM

Der ESM veröffentlicht einen Jahresbericht mit einem geprüften Jahresabschluss und übermittelt den ESM-Mitgliedern einen zusammengefassten Quartalsabschluss und eine Gewinn- und Verlustrechnung, die das Ergebnis seiner Operationen ausweist (Art. 27). Die Abschlussprüfer für den Jahresabschluss des ESM werden vom Gouverneursrat bestellt (Art. 29).

Verschwiegenheitspflicht

Alle Personen, die für den ESM oder in Zusammenhang damit tätig sind oder tätig waren, dürfen keine der beruflichen Schweigepflicht unterliegenden Informationen weitergeben (Art. 34).

Immunität

Die Mitglieder des Gouverneursrats, die Mitglieder des Direktoriums und alle Bediensteten des ESM genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen und Unverletzlichkeit hinsichtlich ihrer amtlichen Schriftstücke und Unterlagen (Art. 35).

Ausstieg aus dem ESM

Im ESM-Vertrag selbst ist eine Ausstiegsmöglichkeit einzelner Mitglieder nicht vorgesehen. Eine völkerrechtlich akzeptierte, einseitige Kündigung wäre damit nur unter *außergewöhnlichen Umständen* gemäß Artikel 54 ff. der *Wiener Vertragsrechtskonvention* möglich.[29]

Aufbau des ESM

Der ESM besteht aus einem Gouverneursrat, einem Direktorium mit einem Geschäftsführenden Direktor und aus anderen, für erforderlich erachteten Bediensteten.

Gouverneursrat

Der Gouverneursrat wird aus den für Finanzen zuständigen Vertretern der ESM-Mitgliedsländer gebildet: Jedes Mitgliedsland ernennt ein Mitglied des Gouverneursrats und ein stellvertretendes Mitglied. Der Gouverneursrat wählt aus seinen Kreisen einen *Vorsitzenden* und einen *stellvertretenden Vorsitzenden* für eine Amtszeit von zwei Jahren (Art. 5 Abs. 2). Ist der Vorsitzende nicht mehr Finanzminister seines Landes, wird neu gewählt.

Der Gouverneursrat ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder des Gouverneursrats, auf die insgesamt mindestens zwei Drittel der Stimmrechte entfallen, anwesend sind. Der Gouverneursrat wäre also auch ohne deutsche Anwesenheit beschlussfähig. Ein Beschluss gilt sogar auch ohne Beteiligung Deutschlands als „in gegenseitigem Einvernehmen“ angenommen, wenn die übrigen Mitglieder entweder zugestimmt oder sich enthalten haben. Beschlüsse, für die eine qualifizierte Mehrheit von 80 % der Stimmen erforderlich ist, kann Deutschland verhindern, da Deutschland einen Anteil von 27,1464 Prozent des Gesamtstimmengewichts aufweist.

Direktorium

Jedes Mitglied des Gouverneursrats ernennt ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied des *Direktoriums*. Das Direktorium soll gewährleisten, dass der ESM gemäß Vertrag und Satzung geführt wird. Es fasst die Beschlüsse, die ihm nach Maßgabe des ESM-Vertrags obliegen oder die ihm vom Gouverneursrat übertragen werden.

Geschäftsführender Direktor

Der *Geschäftsführende Direktor* wird vom Gouverneursrat für fünf Jahre ernannt. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich sowie die vorzeitige Beendigung der Amtszeit durch Beschluss des Gouverneursrats. Er muss Staatsangehöriger eines ESM-Mitgliedslandes sein und darf nicht dem Gouverneursrat oder dem Direktorium angehören (Art. 7 Abs. 1). Für den geschäftsführenden Direktor ist ein Grundgehalt von 324.000 Euro brutto jährlich vorgesehen.[30]

Der Geschäftsführende Direktor vertritt den ESM nach außen, führt die laufenden Geschäfte und steht allen Bediensteten des ESM vor. Er ist für die Organisation, Ernennung und Entlassung der Bediensteten nach Maßgabe der vom Direktorium zu beschließenden Beschäftigungsbedingungen zuständig (Art. 7 Abs. 4 und 5).

Bedienstete

Bedienstete des ESM werden vom *Geschäftsführenden Direktor* ernannt oder entlassen. Ihre Gehälter und sonstigen Bezüge unterliegen einer internen Steuer zugunsten des ESM. Vom Tag der Erhebung dieser Steuer an sind diese Gehälter und Bezüge von der jeweiligen nationalen Einkommensteuer befreit (Art. 36 Abs. 5).

Ende 2012 sollen beim Rettungsfonds zunächst rund 75 Angestellte arbeiten. Für leitende Angestellte sind Gehälter von 64.000 bis 167.000 Euro vorgesehen.[31]

Ergänzung der Stabilisierungsmaßnahmen durch die EZB

Parallel zu den Maßnahmen des Europäischen Rates begann die Europäische Zentralbank, Staatsanleihen gefährdeter Euro-Staaten zu kaufen. Diese Entscheidung der EZB, die damit von ihrem bisherigen Grundprinzip abwich, niemals Staatsanleihen von Mitgliedstaaten zu kaufen.[32] Art. 123 [33] AEU-Vertrag verbietet den unmittelbaren Erwerb von mitgliedstaatlichen Schuldtiteln durch die Zentralbank („No-Bailout“). Da die jeweiligen Staatsanleihen nicht direkt beim jeweiligen Emittenten, sondern – mittelbar – auf dem Sekundärmarkt von der EZB „gekauft“ wurden und *weiterhin werden*, wird diese Umgehung als legitim kommuniziert.[34][35]

Verstoß gegen die Nichtbeistandsklausel

Problematisch am ESM ist sein Verhältnis zur Nichtbeistandsklausel in Art. 125 [36] AEU-Vertrag, die eine Haftung einzelner Mitgliedstaaten bzw. der Europäischen Union als Ganzes für die Schulden anderer Mitgliedstaaten ausschließt. Im Vertrag von Maastricht wurde ausdrücklich verankert, dass finanzielle Unterstützungen für überschuldete Mitgliedstaaten ausgeschlossen sein sollen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt legte den Mitgliedstaaten daher konkrete Defizit- und Verschuldungsgrenzen auf. Eine Nichtbeistands-Klausel („No-Bailout-Clause“) untersagt die Haftung der Union oder einzelner Mitgliedstaaten für die Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten. Damit sollte die Eigenverantwortung und Finanzdisziplin der einzelnen Staaten gewährleistet werden. Zudem sollte die Gefahr eines Moral Hazard verhindert werden, die darin liegen kann, dass Mitgliedstaaten die Erwartung hegen, bei ungenügender eigener Haushalts- und Verschuldungsdisziplin darauf hoffen zu dürfen, dass andere Staaten für ihre Schulden eintreten (*siehe auch:* Too Big to Fail). Allerdings wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt von den Staaten über 60 Mal verletzt, ohne dass auch nur ein einziges Mal die für diesen Fall vertraglich vereinbarten Sanktionen beschlossen wurden. Schließlich rutschten Griechenland und andere Eurozonen-Staaten Anfang 2010 in Verschuldungskrisen und die Staatsschuldenkrise im Euroraum nahm ihren Lauf. Die Eurozonen-Staaten sahen sich gezwungen, im Mai 2010 die European Financial Stability Facility (EFSF) als provisorischen Stabilisierungsmechanismus zu verabschieden, um eine sich selbst verstärkende krisenhafte Entwicklung mit der Gefahr von Staatsbankrotten einzudämmen. Da das Volumen dieser Maßnahme jedoch nicht ausreichte, um die Krise an den Finanzmärkten einzudämmen, beschloss der Europäische Rat im Dezember 2010 den weitergehenden ESM.

Zur Rechtfertigung des vorläufigen Stabilisierungsmechanismus wurde zunächst Art. 122 [37] AEU-Vertrag angeführt, der finanzielle Hilfen für einen Mitgliedstaat erlaubt, der „aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht“ ist. Auf Druck des Nicht-Eurolandes Großbritannien wurde durchgesetzt, dass bei Krediten für Staaten, die Mitglieder der Eurozone sind, *nur* die übrigen Euro-Staaten haften. Allerdings können als Zahlungsbilanzhilfen für Nicht-Euro-Staaten Kredite aufgenommen werden, für die alle Mitgliedstaaten der EU haften.

Verfassungsrechtliche Problematik

Der ESM-Vertrag muss von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Die Bundesregierung hat die hierfür erforderlichen Gesetze, nämlich das ESM-Ratifizierungsgesetz, das ESM-Finanzierungsgesetz (ESMFinG) und eine Änderung des Bundesschuldenwesengesetzes auf den Weg gebracht. Nach der Verabschiedung des Zustimmungsgesetzes dieser Gesetze durch Bundestag und Bundesrat gingen mehrere Anträge auf einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht ein.[38] Die Anträge sind darauf gerichtet, dem Bundespräsidenten bis zur Entscheidung über die jeweilige Hauptsache zu untersagen, die beschlossenen Gesetze zu unterzeichnen und auszufertigen. Auf Grund eines Ersuchens des Bundesverfassungsgerichts ließ der Bundespräsident verlautbaren, das Gesetz erst nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unterzeichnen zu wollen.[39] Kritisiert wird vor allem, dass der Bundestag Zuständigkeiten im Bereich des Bundeshaushalts an ein nicht durch direkte Wahlen legitimiertes Gremium abtritt.

Am 2. August 2012 gab der Verein *Mehr Demokratie* auf seiner Website bekannt, dass er mit den bis dahin eingegangenen Vollmachten, die bisher größte Massenbeschwerde in der bundesdeutschen Geschichte einreichen wird.[40]

Die Kläger sind:

- Der Verband Mehr Demokratie wird vertreten durch Christoph Degenhart und Herta Däubler-Gmelin.[41]
- Peter Gauweiler wird vertreten durch Dietrich Murswiek.[42]
- Die Bundestagsfraktion Die Linke wird vertreten durch Hans-Peter Schneider und Andreas Fisahn.[43]

- Eine Gruppe um den Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, der schon wie Gauweiler mehrfach gegen Integrationsschritte der Europäischen Union Verfassungsbeschwerde eingelegt hat. Mit ihm klagen der Publizist Bruno Bandulet und die Wirtschaftsprofessoren Wilhelm Hankel, Joachim Starbatty und Wilhelm Nölling. Die Beschwerde wird von den Freien Wählern unterstützt.[44][45]
- Johannes Schorr vertreten durch Rechtsanwälte Arvid Siebert und Katrin Piepho.[46]
- Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Bayern vertreten durch Hubert Aiwanger, Michael Piazolo und Stephan Werhahn.[47]
- Sarah-Luzia Hassel-Reusing, Bürgerrechtlerin, Wuppertal, Klageschrift [48]

Am 12. September 2012 lehnte das Bundesverfassungsgericht die genannten Eilanträge ab, die eigentliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht aber noch aus.

Finanzhilfen des ESM

Der ESM-Vertrag ist noch nicht von allen Parteien ratifiziert; trotzdem beginnt bereits die politische Diskussion, wer Hilfen bekommen oder benötigen könnte. Zudem ist eine Übernahme von bereits geleisteten EFSF-Hilfen durch den ESM beabsichtigt.

Spanien

Zurzeit wird über ein notwendiges Hilfsvolumen von bis zu 100 Mrd. Euro gesprochen. Die österreichische Finanzministerin Maria Fekter zieht es z. B. vor, diese *Spanienhilfe* nicht aus dem *provisorischen* (EFSF), sondern aus dem *permanenten Euro-Rettungsschirm* (ESM) *rollen* zu lassen.[49] Es wurde beschlossen, dass der ESM auf seinen bevorzugten Gläubigerstatus verzichtet.[50]

Irland und Portugal

Es herrschte im Europäischen Rat Einvernehmen darüber, dass der ESM die Aufgaben der EFSF übernimmt. Der Gouverneursrat kann nach Artikel 5 und Artikel 40 die Modalitäten für die Übertragung von EFSF-Hilfen auf den ESM festlegen.

Kritik am ESM-Vertrag

ESM-Vertrag ohne Austrittsrecht

Es wird kritisiert, dass der ESM auf Dauer angelegt ist und es kein Austrittsrecht für ESM-Mitgliedstaaten gibt. Laut Völkerrecht gibt es nur die Möglichkeit zu kündigen, wenn sich die Grundlagen insgesamt verändert haben. Im Vorfeld der Abstimmung in Deutschland am 29. Juni 2012 über das Gesamtpaket der Maßnahmen zur Rettung des Euro gab es unterschiedliche Auslegungen. Die Bundesregierung vertrat die Ansicht, Interessen der einzelnen Bundesländer seien „in Angelegenheiten des ESM nicht betroffen“ und es handle sich um einen völkerrechtlichen Vertrag.[51]

Souveränitätsverlust

Die Mitglieder des Gouverneursrats sind Regierungsmitglieder der jeweiligen ESM-Mitglieder mit Zuständigkeit für Finanzen, womit nach Ansicht von Kritikern die jeweilige Finanz-, bzw. Budget-Souveränität in Fragen des eigenen Staatshaushaltes abgetreten wird.

Jeder Mitgliedstaat, der Hilfe durch den ESM erhält, hat ein makroökonomisches Anpassungsprogramm umzusetzen, also wirtschaftspolitische Auflagen einzuhalten (Art. 13). Gegenüber dem ESM ist der IWF als Gläubiger vorrangig (Präambel des Vertrages, Seite 8, Nr. 13).

Haftung und Kapitalabruf

Haftung unbegrenzt

Kritisiert wird, dass das ESM-Kapital zunächst 700 Milliarden Euro beträgt, aber unbegrenzt erhöht werden könne. Das ginge zwar nur mit der Stimme des deutschen Vertreters, der allerdings an Weisungen des Parlaments nicht gebunden ist. Der Bund der Steuerzahler schätzt es als unwahrscheinlich ein, dass der deutsche Finanzminister sein Veto in einer entsprechenden Euro-Notsituation einlegt. Den Bedenken wurde dadurch Rechnung getragen, dass eine solche Veränderung erst in Kraft tritt, wenn die Mitgliedstaaten den „Abschluss ihrer jeweiligen nationalen Verfahren“ vollzogen haben (Art. 10 Abs. 1 Satz 3).

Haftung für Anteile anderer Mitglieder

Eine besondere Brisanz liegt in der folgenden Regelung: Wenn ein Land als Zahler ausfällt, weil es selbst finanzielle Hilfen benötigt, müssen die anderen Staaten das – durch den Ausfall dieses Landes – fehlende Kapital zusätzlich aufbringen (Art. 25 Abs. 2 ESM-Vertrag).[52]

Deutschland hafte für bis zu 778 Milliarden Euro, errechnete das Ifo-Institut.[53]

Der Spiegel schrieb einen Tag vor dem ESM-Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

> „Der als Berichterstatter zuständige Verfassungsrichter Peter Huber und seine Kollegen brachten schon in der Verhandlung Anfang Juli vor allem gegen den ESM immer wieder Bedenken vor: Etwa gegen den Umstand, dass Deutschland vorübergehend das Stimmrecht im ESM entzogen werden könne, wenn es Streit über die deutschen Zahlungspflichten gäbe. Dass der Mechanismus ausdrücklich Nacht- und Nebel-Entscheidungen vorsieht, bei denen der Bundestag außen vor bleiben muss. Vor allem aber, dass der ESM einen Automatismus auslösen könnte, bei dem immer mehr Geld nachgeschoben werden muss, um die Kosten bei einem Scheitern zu vermeiden, die aber bei der nächsten Runde dann noch höher sein werden.[54]“

Nachforderungsmechanismus

Kritisiert wird, dass das ESM-Management restliches Haftungskapital (derzeit bis zu 620 Milliarden Euro) bereits mit einfacher Mehrheit nachfordern könne.[55]

Beteiligung privater Gläubiger nur ausnahmsweise

Die Schadensbeteiligungspflichten privater Gläubiger sind dem Bund der Steuerzahler viel zu vage. In der ESM-Vertragspräambel ist lediglich von einer Beteiligung in „Ausnahmefällen“ die Rede.

Kreditvolumen nicht ausreichend

Der IWF und die OECD haben wiederholt gewarnt, dass die bisher geplanten Maßnahmen des Euro-Rettungsschirms nicht ausreichen, falls große Euro-Staaten in Schieflage geraten.[56]

Kreditvergabe nicht transparent

Die Tatsache, dass die Vergabe von ESM-Krediten durch den Gouverneursrat erfolgt, und hier keine objektiven, transparenten Kriterien definiert sind, wurde kritisiert. In Artikel 34 ist geregelt, dass die Mitglieder des Gouverneursrats und des Direktoriums sowie alle anderen Personen, die für den ESM tätig sind oder waren, einer beruflichen Schweigepflicht, auch gegenüber dem eigenen Mitgliedsstaat, unterliegen. Einziger Entscheidungsfaktor für eine Aktivierung des ESM sei, ob „dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebietes zu wahren", was als rein subjektives, politisches Entscheidungskriterium aufgefasst wurde. Entscheidungen über die Vergabe von ESM-Mitteln sind unanfechtbar. Bei „Gefahr in Verzug" kann die Vergabe von Krediten und Haftungen mit qualifizierter Mehrheit von 85 Prozent des Grundkapitals beschlossen werden, was kleinere Staaten nach Ansicht von Kritikern potenziell benachteiligt.[57]

Weitere Kritik

Deutschland

Kritik der Bundesbank

Die Bundesbank warnte in einer offiziellen Stellungnahme vom 19. September 2011: „[…] Mit den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets und der EU-Organe vom 21. Juli 2011 wurden an entscheidenden Stellen erneut Änderungen an den Reformvorhaben vorgenommen. Es wurde beschlossen, den Instrumentenkasten der EFSF (und des zukünftigen ESM) deutlich auszuweiten. […] Mit diesen Beschlüssen erfolgt ein weiterer großer Schritt in Richtung gemeinschaftlicher Haftung und geringerer Disziplinierung durch die Kapitalmärkte, ohne dass im Gegenzug die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf die nationalen Finanzpolitiken spürbar verstärkt werden."[58]



Attac-Protestaktion anlässlich der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zu ESM und Fiskalvertrag

Kritik der Rechnungshofpräsidenten

Am 13. und 14. September 2011 fand in Wiesbaden die Konferenz der Rechnungshofpräsidenten des Bundes und der Länder statt. Die Teilnehmer sprachen sich dafür aus, eine wirksame, mit Prüfungsrechten ausgestattete öffentliche Finanzkontrolle des ESM einzurichten.[59]

Kritik des Sachverständigenrates

Nach Ansicht des Sachverständigenrates wurde mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus noch nicht das Problem behoben, dass die Auslösung der Restrukturierung eine politische Entscheidung bleibt. Die Möglichkeit einer Insolvenzverschleppung besteht weiterhin, weshalb die Folgen von staatlichen Schuldenkrisen für die Gläubiger weiterhin nur schwer vorhersehbar sind.[60] Er fordert zudem als notwendiges ergänzendes Element eine dauerhafte Entkopplung von Banken- und Schuldenkrise.[61]

Kritik des ifo-Instituts

Die Einführung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus wurde unter anderem vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung kritisiert, dessen Präsident Hans-Werner Sinn davor warnte, dass der Rettungsschirm für Deutschland „ein unkalkulierbares Abenteuer" und „eine sichere Wachstumsbremse" darstelle. Er begründete dies unter anderem damit, dass Deutschland de facto die Gewährleistung für die Schulden der anderen Euro-Staaten übernehme und dadurch die Refinanzierungskosten für den deutschen Staat steigen würden.[62] Er plädiert für die kontrollierte Beendigung des Milliardentransfers in hilfsbedürftige Länder und kritisiert die Bundesregierung und den Bundestag dafür, durch Versäumnisse zur Forderung nach eindeutigen Kreditbedingungen den Euro zu schwächen und das europäische Einigungswerk zu gefährden.[63]

Kritik aus den Parteien

Der FDP-Bundestagsabgeordnete und -Finanzpolitiker Frank Schäffler kritisiert den Rettungsschirm seit langem vehement. Unter anderem warf er dem Europäischen Rat vor, „kollektive Rechtsbrüche" der Nichtbeistandsklausel zu begehen sowie eine „wirtschaftspolitische Zentralisierung und den grenzenlosen Primat der Politik über die Wirtschaft in der Europäischen Union" und eine „monetäre Planwirtschaft" anzustreben.[64] Ein FDP-Mitgliederentscheid wird von ihm und anderen FDP-Politikern wie Burkhard Hirsch vorbereitet.[65]

Ebenso kommt Kritik von einigen CSU-Politikern wie beispielsweise Bundestagsabgeordneter Peter Gauweiler, die das Vorhaben der Regierung Merkel nicht mittragen wollen. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt kritisierte im September 2012 den kurz zuvor bekanntgegebenen Beschluss der EZB zum Kauf von Staatsanleihen scharf.[66]

Aus den Reihen der Grünen meldet Hans-Christian Ströbele erhebliche Bedenken an.[67] Die Krise habe bereits eine historische Dimension erreicht und die Demokratie sei akut gefährdet. Die Entscheidung, ob er dem ESM zustimmen wird, werde er noch sorgfältig abwägen. Er hat den ESM in der Abstimmung abgelehnt.

Aus den Reihen der SPD lehnen vereinzelte Politiker wie Bundestagsabgeordnete Peter Danckert und Swen Schulz den ESM aus verfassungsrechtlichen Gründen ab, da Parlamentsrechte aufgegeben werden.

Aus den Reihen der Linkspartei wird der ESM insgesamt abgelehnt, da dadurch unter anderem eine falsche Umverteilungspolitik zugunsten der internationalen Finanzspekulanten erfolge. Eine Volksabstimmung wird gefordert.[68] Politiker der Linken wie Gregor Gysi befürchten, dass mit dem ESM durch die EU-Bürokratie ein Sozialabbau einhergeht und *„wirtschaftspolitische Instrumente (...) zur Aufrechterhaltung von Sozialstaatsgarantien"* abgeschafft werden.[69] Die Linke gab ein Gutachten beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages in Auftrag, das dieser am 5. September 2012 vorlegte. Das Gutachten sieht das Budgetrecht des Deutschen Bundestags durch den ESM verletzt, da eine „womöglich unmittelbare und potentiell unbestimmte Haftung" für die Schulden anderer Staaten übernommen werde.[66]

Die Partei Freie Wähler lehnt den ESM ab.[70] Sie will mit der Ablehnung des ESM bei der Bundestagswahl 2013 den Sprung in den Bundestag schaffen.[71] Mit bundesweiten Demonstrationen, Montagsdemos und Kundgebungen mit den Bündnispartnern Zivile Koalition e. V. und dem Bund der Steuerzahler BdSt wird öffentlich der ESM kritisiert.[72] Die FREIE WÄHLER Fraktion im Bayerischen Landtag klagt als erste Fraktion eines Länderparlaments vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ESM und Fiskalpakt.[73]

Weitere Kritik

Der Innsbrucker Europarechtler Walter Obwexer kritisiert das Folgende: „Im Gegensatz zu anderen EU-Institutionen, wie der EU-Kommission, ist keine parlamentarische Kontrolle vorgesehen. Es gibt auch keinen parlamentarischen Einfluss auf sein Wirken. Der ESM wird mit wenigen Ausnahmen (z. B. EuGH-Zuständigkeit bei Schlichtungsverfahren) in kein vorhandenes System der Gewaltenteilung eingebunden. Seine Tätigkeit ist nicht öffentlich und nicht transparent." Das Direktorium würde somit das eingezahlte Grundkapital nach eigenem Ermessen veranlagen. Der ESM hätte zudem die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen. Obwexer kritisiert, dass trotz dieser erlaubten Finanzgeschäfte keine Prüfung durch den EU-Rechnungshof vorgesehen ist. Die Rechnungsprüfung erfolge laut Vertrag durch externe Prüfer, die vom Gouverneursrat beauftragt würden.[74]

Der Vorsitzende der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik, Lüder Gerken, kritisiert, dass der Stabilitätsmechanismus den Kern des Problems der südeuropäischen Länder nicht erfasse: Dieses liege nicht in der Staatsverschuldung allein, sondern in der Verschuldung der Gesamtvolkswirtschaft aufgrund des anhaltenden Leistungsbilanzdefizits. Diesem könne nur durch realwirtschaftliche Reformen begegnet werden. Solche Reformen seien zwar in den vereinbarten Mechanismen vorgesehen, indem die Gewährung der Finanzhilfen an „strenge Auflagen" geknüpft werden soll; Gerken gibt aber zu bedenken, dass diese Auflagen in der Praxis nicht mit der notwendigen Strenge durchgesetzt werden können, da die übrigen Euro-Staaten einem insolvenzgefährdeten Mitgliedstaat Finanzhilfen kaum versagen könnten und daher ihre Verhandlungsposition geschwächt sei. Gerken sieht in dieser Verschleppung notwendiger staatsinterner Reformen die Gefahr einer dauerhaften Inanspruchnahme

des Stabilitätspakts durch einige Länder und betrachtet die Maßnahmen als – nicht beabsichtigten, aber hingenommenen – Weg in die „Schuldenunion“.[75]

Der Ökonom Max Otte kritisierte die geplante europäische Regelung für einen Stabilisierungsmechanismus zur Euro-Absicherung und die Position von Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Milliardäre und Oligarchen – das sind die Akteure, die wir ‚retten'.“[76]

Auf dem Treffen der EU-Finanzminister und Notenbankchefs in Breslau am 17. September 2011 lehnte Bundesbankpräsident Jens Weidmann die Anleihenkäufe durch den europäischen Rettungsfonds EFSF ab. Die Variante, den Rettungsfonds mit einer Banklizenz auszustatten, um bei der EZB frisches Geld für Anleihenkäufe zu besorgen, negierte Weidmann mit der Begründung, die politische Unabhängigkeit der EZB dürfe nicht zur Finanzierung von Staatsschulden herangezogen werden, „egal ob über einen Umweg oder direkt“.[77] Jedoch braucht der ESM keine Banklizenz, da er sie durch den Vertrag zugebilligt bekommt.[78]

Kritik des Bundes der Steuerzahler

Nach Bekanntwerden des Vorziehens des ESM in das Jahr 2012 forderte der Bund der Steuerzahler am 5. Dezember 2011 den Deutschen Bundestag auf, der Schaffung eines ESM in jedem Fall die Zustimmung zu verweigern. Folgende Mechanismen des ESM wurden gerügt:

- der ESM-Gouverneursrat kann letztlich unbegrenzt hohe Kreditsummen bewilligen;
- die Steuerzahlerbürgschaften sind damit unbegrenzt;
- kein Austrittsrecht für ESM-Mitgliedstaaten;
- unzureichende Beteiligung privater Gläubiger.

Der Bund der Steuerzahler fürchtete um die finanzpolitische Souveränität Deutschlands. Außerdem setze die vorzeitige Einführung die nationalen Parlamente zusätzlich unter Druck.[79]

Initiativen gegen den ESM

Im überparteilichen Bündnis Bürgerwille haben sich Tausende Bürger, u. a. namhafte Personen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, zusammengeschlossen, um gegen die Euro-Rettungspolitik vorzugehen.[80]

Unterstützt vom Bund der Steuerzahler gründeten zehn Bundestagsabgeordnete im Mai 2012 eine „Allianz gegen den ESM“. Der temporäre Rettungsschirm EFSF [81] müsse wie geplant 2013 auslaufen. Die dauerhafte Nachfolgeeinrichtung ESM dürfe es nicht geben, forderten die Abgeordneten Klaus-Peter Willsch (CDU) und Sylvia Canel (FDP).[82]

Im Juni 2012 wandten sich 40 vornehmlich aus Forschung und Wissenschaft kommende ESM-Gegner in einer „Außerparlamentarischen Großen Anfrage“ an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Anfrage wurde mit der Bitte um einen Dialog verbunden, „bevor unumkehrbare und verhängnisvolle Entscheidungen im Zusammenhang mit dem ESM und dem Fiskalpakt getroffen werden“.[83]

Attac Aachen startete Ende Juni 2012 eine umstrittene Postkartenaktion [84], die die Zustimmung zum Fiskalpakt und zum ESM mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 gleichsetzte.[85] Attac Deutschland hat sich nach Bekanntwerden der Aktion davon distanziert.[86]

Österreich

Die österreichische Oppositionspartei FPÖ hat angekündigt, Verfassungsklage gegen den ESM einzureichen. Dies ist nicht schon vor der endgültigen Ratifizierung geschehen, weil in Österreich ein Gesetz erst in Kraft treten muss, bevor eine Verfassungsklage dagegen möglich ist.[87]

Niederlande

Die christliche Partei ChristenUnie will nicht für den ESM stimmen. Auch die Sozialistische Partei hat angekündigt, den ESM-Vertrag abzulehnen. Der PVV-Chef Geert Wilders hat seine Absicht bekundet, eine einstweilige Verfügung gegen den Staat zu erwirken. Für ihn wird zu viel Macht an Brüssel abgegeben und er hält die derzeitige Übergangsregierung für nicht ausreichend legitimiert, um einen weitreichenden Vertrag wie den zur Einrichtung des ESM zu ratifizieren.[88]



ESM-Gegner in Den Haag

Der Niederländische Rechnungshof bezeichnet die mangelnde Rechnungsprüfung als „wichtige Lücke“ im ESM-Vertrag.[89]

Irland

Der irische Abgeordnete Thomas Pringle, unabhängiger Parlamentarier für den Wahlkreis Donegal South West, hat Verfassungsbeschwerde gegen den Fiskalpakt und den ESM eingelegt.[90]

Finnland

Die finnische *Zentrumspartei* und die Partei der *Wahren Finnen* haben sich beide gegen den ESM ausgesprochen.

Slowakei

Der Vorsitzende der slowakischen liberalen Partei Sloboda a Solidarita (*Freiheit und Solidarität*) und ehemalige Parlamentspräsident Richard Sulik stimmte im Oktober 2011 gegen die Aufstockung des Euro-Rettungsschirmes und löste mit seinen Parteikollegen eine Regierungskrise aus. Am 22. Juni 2012 ist er von der in Bayreuth tagenden Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft mit der *Hayek-Medaille* für seinen Widerstand gegen den *Euro-Rettungsschirm* ausgezeichnet worden.[91][92]

Weblinks

- Deutscher Richterbund warnt vor Ausstieg aus dem Rechtsstaat [93], Pressemitteilung des deutschen Richterbundes vom 17. September 2012
- Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Verhinderung der Ratifikation von ESM-Vertrag und Fiskalpakt überwiegend erfolglos [94], Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. September 2012
- ESM-Vertragstext auf der Seite des Europäischen Rates [95]

Einzelnachweise

[1] Rechtsinformationssystem der Republik Österreich BGBl. III Nr. 138/2012 (http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2012_III_138/BGBLA_2012_III_138.html)

[2] *Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)* (http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Finanzhilfemechanismen/2012-01-27-esm-anl.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

[3] *Der Europäische Stabilitätsmechanismus* (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/03/2011-03-24-esm.html). Die Bundesregierung (25. März 2011). Abgerufen am 17. Februar 2012.

[4] http://dejure.org/gesetze/AEU/136.html

[5] Zit. nach Michael Staack, in: ders. (Hrsg.), *Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch*, 5. Auflage, Oldenbourg Verlag, München 2012, S. 256 (http://books.google.de/books?id=WriT5JUvbGEC&pg=PA256).

[6] *Polen steigt bei ESM ein* (http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/polen-steigt-bei-esm-ein-523591/index.do?_vl_pos=r.1.NT). WirtschaftsBlatt (27. Juni 2012). Abgerufen am 13. September 2012.

[7] *Unterzeichnung des ESM-Vertrags* (http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Finanzhilfemechanismen/2012-01-27-esm.html), Website des Bundesfinanzministeriums, Abruf am 16. Juni 2012

[8] Treaty establishing the European Stability Mechanism (ESM) 2012 (http://www.consilium.europa.eu/policies/agreements/search-the-agreements-database?command=details&id=&lang=en&aid=2012002&doclang=EN")

[9] Eurogruppe erfüllt Karlsruher Bedingung, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ.net) vom 14.09.2012, Aufruf am 18.09.2012 (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/schuldenkrise-eurogruppe-erfuellt-karlsruher-bedingung-11890697.html)

[10] Karlsruher ESM-Vorgaben werden bindend, FAZ.net (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nach-verfassungsgerichtsurteil-karlsruher-esm-vorgaben-werden-bindend-11897583.html)

[11] BT Plenar-Protokoll Nr. 17/188, BR Plenar-Protokoll Nr. 898

[12] Pressemitteiling des Bundespräsidenten: Ausfertigung der ESM-Zustimmungsgesetze erst nach Prüfung durch das BVerfG (http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/06/120621-Mitteilung.html;jsessionid=E2D76F3BFCB68AE5CB935F3D709DB61C.2_cid285)

[13] Urteil des BVerfG zu den Anträgen auf einstweilige Anordnungen gegen den Fiskalpakt und den ESM (http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20120912_2bvr139012.html)

[14] Bundespräsident unterzeichnet Ratifikationsurkunde zum ESM (http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/09/120927-Ratifikationsurkunde.html), aufgerufen am 27. September 2012.

[15] Finnland und Niederlande geraten wegen ESM-Blockade in Kritik (http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/roundup-finnland-und-niederlande-geraten-wegen-esm-blockade-in-kritik_aid_776695.html) Focus Online, 3. Juli 2012

[16] Finnland flirtet mit Euro-Austritt (http://www.n-tv.de/politik/Finnland-flirtet-mit-Euro-Austritt-article6669471.html) ntv Online, 6. Juni 2012

[17] http://www.nc.ee/?id=1307

[18] Euro-Rettungsschirm: Estnisches Verfassungsgericht billigt ESM (http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/euro-rettungsschirm-estnisches-verfassungsgericht-billigt-esm-11818011.html)

[19] Estland ratifiziert ESM (http://www.stern.de/wirtschaft/estland-ratifiziert-euro-rettungsschirm-esm-1887068.html)

[20] Le Parlement ratifie le Mécanisme européen de stabilité (http://www.lemonde.fr/politique/article/2012/02/28/le-parlement-ratifie-le-mecanisme-europeen-de-stabilite_1649549_823448.html) Le Monde Online, 28. Februar 2012 (fr)

[21] (http://www.handelsblatt.com/politik/international/oesterreich-parlament-stimmt-fuer-esm-und-fiskalpakt/6835310.html)

[22] Bundespräsident Heinz Fischer unterzeichnet Fiskalpakt und ESM-Vertrag (http://www.bundespraesident.at/newsdetail/artikel/bundespraesident-heinz-fischer-unterzeichnet-fiskalpakt-und-esm-vertrag/) Webseite des Bundespräsidenten von Österreich, 17. Juli 2012

[23] Belgisches Parlament ratifiziert ESM (http://www.godmode-trader.de/nachricht/Belgisches-Parlament-ratifiziert-ESM,a2855210.html), Artikel vom 15. Juni 2012, Abgerufen am 21. Juni 2012.

[24] *Belgien stimmt für Rettungsfonds ESM* (http://www.zeit.de/news/2012-06/15/eu-belgien-stimmt-fuer-rettungsfonds-esm-15050003). Zeit Online (15. Juni 2012). Abgerufen am 22. Juni 2012.

[25] Parlamento português aprova pacto fiscal da União Europeia (http://br.reuters.com/article/businessNews/idBRSPE83C02P20120413) Reuters, 13. April 2012 (pt)

[26] Stiftung Wissenschaft und Politik/Ratifizierungsstände (http://www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/der-lissabonner-vertrag-in-zeiten-der-krise/der-esm-und-der-fiskalpakt.html#c4656)

[27] Italien segnet den Euro- Rettungsschirm ab (http://www.handelsblatt.com/politik/international/abstimmung-ueber-esm-italien-segnet-den-euro-rettungsschirm-ab/6897878.html) Handelsblatt Online, 19. Juli 2012

[28] *Vertrag zur Einrichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus*. (http://www.european-council.europa.eu/media/582866/02-tesm2.de12.pdf) 25. März 2011, S. 62, abgerufen am 2. Februar 2012 (ANHANG II – Zeichnungen des genehmigten Stammkapitals).

[29] Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter auf eine Anfrage der Abgeordneten Sahra Wagenknecht (http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/093/1709352.pdf)

[30] Die Welt: ESM-Chef verdient mehr als Merkel (http://www.welt.de/print/wams/article108123409/ESM-Chef-verdient-mehr-als-Merkel.html)

[31] Die Welt: ESM-Chef verdient mehr als Merkel (http://www.welt.de/print/wams/article108123409/ESM-Chef-verdient-mehr-als-Merkel.html)
[32] Spiegel Online (29. Mai 2010): *EZB kauft griechische Anleihen. Bundesbanker vermuten französisches Komplott* (http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,697489,00.html)
[33] http://dejure.org/gesetze/AEUV/123.html
[34] Legal Tribune Online, o.D. (Mai 2010): *Euro-Krise und Rettungsschirm. Weicht das Recht der Politik?* (http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/euro-krise-und-rettungsschirm-weicht-das-recht-der-politik/)
[35] Frankfurter Allgemeine Zeitung (11. Mai 2010): *720-Milliarden-Euro-Schutzprogramm: Wie der Euro-Rettungstopf funktioniert* (http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EB9FB344E569D4398B6B9EB94FD833949~ATpl~Ecommon~Scontent.html) (hierin: *Welche Rechtsgrundlage hat der Rettungsschirm?*)
[36] http://dejure.org/gesetze/AEU/125.html
[37] http://dejure.org/gesetze/AEUV/122.html
[38] FAZ Online: Europa schaut nach Karlsruhe (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nach-der-abstimmung-zum-esm-europa-schaut-nach-karlsruhe-11806272.html), 1. Juli 2012
[39] Pressemitteilung des Bundesprädidentalamtes (http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/06/120621-Mitteilung.html?nn=1892032), Erklärung im Wortlaut 21. Juni 2012
[40] http://www.verfassungsbeschwerde.eu/verfahrensstand.html
[41] http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2012-06-29_Verfassungsbeschwerde.pdf
[42] Klage und Vertretung von Peter Gauweiler (http://www.peter-gauweiler.de/pdf/Verfassungsbeschwerde ESM.pdf)
[43] Klage und Vertretung der Bundestagsfraktion (http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/eao.PDF)
[44] Frankfurter Allgemeine Zeitung – Wirtschaft (10. Juli 2012): *Eilanträge gegen ESM und Fiskalpakt: Schäuble warnt Richter vor „Verwerfungen“* (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eilantraege-gegen-esm-und-fiskalpakt-schaeuble-warnt-richter-vor-verwerfungen-11815794.html)
[45] Jan Hildebrand, Dorothea Siems und Christian Unger: *ESM – Vier Männer gegen den europäischen Rettungsschirm*. (http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2326157/Vier-Maenner-gegen-den-europaeischen-Rettungsschirm.html) In: *Hamburger Abendblatt*. Axel Springer AG, 3. Juli 2012, abgerufen am 10. Juli 2012 (de).
[46] Verfassungsbeschwerde und Vertretung von Johannes Schorr (http://www.kessler-partner.com/Verfassungsbeschwerde ESM.pdf)
[47] Vollständige Klageschrift vom 25.07.2012 (http://hudl.it/LJ)
[48] http://netzwerkvolksentscheid.de/wp-content/uploads/2012/07/Klage-Hassel-Reusing-komplett.pdf
[49] ESM wäre bessere Quelle für Spanien-Milliarden (http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/esm-waere-bessere-quelle-fuer-spanien-milliarden-521488/index.do), Artikel im Wirtschaftsblatt vom 11. Juni 2012, abgerufen am 20. Juni 2012.
[50] http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article107469800/Beschluesse-mit-Spielraum-fuer-Interpretation.html
[51] http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/096/1709670.pdf Deutscher Bundestag Drucksache 17/9670
[52] Süddeutsche.de (11. September 2012): *Was der Rettungsschirm kann und was er kostet* (http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fragen-und-antworten-zum-esm-was-der-rettungsschirm-kann-und-was-er-kostet-1.1460654)
[53] Ifo-Institut: *Der Haftungspegel – Die Rettungsmaßnahmen für die Euroländer und die deutsche Haftungssumme* (http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Haftungspegel.html)
[54] spiegel.de 11. September 2012: Die Ja-aber-Richter aus Karlsruhe (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spannung-vor-dem-esm-urteil-des-bundesverfassungsgerichts-a-855071.html)
[55] Der ESM bedroht Deutschland (http://www.steuerzahler.de/wcsite.php?wc_c=42642&wc_lkm=1727), Bund der Steuerzahler e.V., Abruf am 16. Juni 2012.
[56] Handelsblatt, Ausgabe vom 8./9./10. Juni 2012, S. 11: *Banklizenz für den ESM – Unbegrenzte Feuerkraft mit Risiken und Nebenwirkungen*
[57] *Der Europäische Rettungsschirm ESM – ein krasser Knebelvertrag* (http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1260353/Der-Europaeische-Rettungsschirm-ESM-ein-krasser-Knebelvertrag) Die Presse, 28. Juni 2012
[58] bundesbank.de: Stellungnahme (http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2011/2011_09_19_stellungnahme_weidmann_haushaltsausschuss.html) von Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank
[59] rechnungshof-hessen.de: Rechnungshofpräsidenten tagten in Wiesbaden (http://www.rechnungshof-hessen.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen_hrh/pm-PraesKo_Rechnungshoefe_Wiesbaden_14_09_2011.pdf) (PDF)
[60] Sachverständigenrat, *Verantwortung für Europa wahrnehmen*, S. 144 (http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/ga11_iv.pdf) (PDF).
[61] Sachverständigenrat, *Verantwortung für Europa wahrnehmen*, S. 146 (PDF).
[62] Handelsblatt, 20. Mai 2010: „Fehlentscheidung“: Ifo-Institut verdammt Euro-Rettungsschirm (http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur-nachrichten/fehlentscheidung-ifo-institut-verdammt-euro-rettungsschirm;2584748)
[63] Süddeutsche Zeitung, 2. April 2011, Nr. 77, S. 24: *Tickende Zeitbombe, Was Merkel und die Bundesbank verschweigen: Der Rettungsschirm rettet den Euro nicht – aber er lastet Deutschland ungeheure Risiken auf* (http://www.sueddeutsche.de/geld/rettungsschirm-fuer-den-euro-tickende-zeitbombe-1.1080370)
[64] www.frank-schaeffler.de: Orwellsche EU (http://www.frank-schaeffler.de/weblog/1628) (6. Juni 2011)

[65] Welt Online: *Liberale Euro-Rebellen haben fast 900 Unterschriften* (http://www.welt.de/politik/deutschland/article13602067/Liberale-Euro-Rebellen-haben-fast-900-Unterschriften.html)
[66] Spiegel Online (10. September 2012): *Rechtsexperten des Bundestags warnen vor ESM* (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/esm-koennte-laut-gutachten-des-bundestags-budgetrecht-verletzen-a-854828.html)
[67] Hans-Christian Ströbele (Grüne) im Gespräch mit Abgeordneten-Check.de (http://www.zivilekoalition.de/artikel/stoppt-eu-schuldenunion-esm-vertrag/hans-christian-stroebele-gruene-im-gespraech-mit-abgeord), Abgerufen am 18. Juni 2012.
[68] tagesschau.de:Linkspartei will Volksabstimmung zum Fiskalpakt (http://www.tagesschau.de/wirtschaft/fiskalpaktesm106.html)
[69] Gregor Gysi: *Prämissen deutscher Außenpolitik aus linker Sicht*. (http://atlantische-initiative.org/2012/07/24/pramissen-deutscher-ausenpolitik-aus-linker-sicht/) Atlantische Initiative, 24. Juli 2012, abgerufen am 21. August 2012.
[70] FW Bundesvereinigung: Alle rechtsstaatlichen Mittel zum Kampf gegen ESM und Fiskalpakt nutzen (http://www.freiewaehler.eu/e-petition-gegen-esm-und-fiskalpakt/)
[71] YouTube Video mit Aiwanger: 5 Fragen – 5 Antworten zum ESM (http://www.youtube.com/watch?v=G89nrP1CEuo)
[72] Zivile Koalition: Anti-ESM-Podiumsdiskussion in München (http://www.zivilekoalition.de/artikel/schluss-mit-der-schuldenunion-raus-aus-dem-esm-zurueck-zur-demokratie/anti-esm-podiumsdiskus)
[73] FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ESM und Fiskalpakt (http://www.fw-landtag.de/aktuelles/2012/bundesverfassungs-gericht-entscheidet-ueber-klage-der-freien-waehler/)
[74] Die Presse: Euroschirm: Der nächste problematische Vertrag (http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/694692/Euroschirm_Der-naechste-problematische-Vertrag)
[75] „Ein Fass ohne Boden" (http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/wirtschaft/lueder-gerken-ein-fass-ohne-boden-1611606.html), FAZ vom 30. März 2011.
[76] Interview mit Max Otte: Die Euro-Rettung ist Demagogie (http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/tid-22852/staroekonom-max-otte-die-euro-rettung-ist-demagogie_aid_643101.html) focus.de (8. Juli 2011)
[77] Anleihenkäufe der EZB: Bundesbank-Chef warnt vor Milliarden-Risiken (http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,786847,00.html) spiegel.de (17. September 2011)
[78] Artikel 32 (9) des ESM-Vertrags
[79] http://www.steuerzahler.de/ESM-verhindern-statt-vorziehen/40451c48849i1p637/index.html
[80] http://www.buendnis-buergerwille.de/index.php?id=190
[81] http://de.wikipedia.org/wiki/EFSF#Europ.C3.A4ische_Finanzstabilisierungsfazilit.C3.A4t_.28EFSF.29
[82] http://www.handelsblatt.com/economy-business-und-finance-allianz-gegen-den-esm-koalitionspolitiker-attackieren-merkel/6667166.html
[83] Verbrannte Milliarden. Kanzlerin halten Sie ein (http://www.welt.de/politik/deutschland/article106621881/Verbrannte-Milliarden-Kanzlerin-halten-Sie-ein.html) Welt Online, 18. Juni 2012. Abgerufen am 19. Juni 2012.
[84] http://de.wikipedia.org/wiki/Attac#Kampagnen
[85] *Attac-Aktion gegen Fiskalpakt löst Empörung aus* (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/attac-sorgt-mit-aktion-gegen-fiskalpakt-fuer-empoerung-a-841508.html). Spiegel Online (29. Juni 2012). Abgerufen am 6. September 2012.
[86] http://www.attac.de/startseite/detailansicht/datum/2012/06/29/vergleich-mit-ermaechtigungsgesetz-unangemessen/?no_cache=1&cHash=fae6893b7e12830b097b46e3cebebc3a
[87] ESM: Österreichs Verfassungsgericht braucht mindestens 6 Monate zur Prüfung (http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2012/07/46037/)
[88] Niederlande: Der Widerstand gegen den ESM wächst (http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2012/05/42846/) Deutsche MittelstandsNachrichten, Artikel vom 23. Mai 2012, abgerufen am 17. Juni 2012.
[89] Superschirm könnte zum Milliardengrab werden (http://www.wiwo.de/politik/europa/europa-bindende-vertraege/6306000-3.html), Artikel in der Wirtschaftswoche, abgerufen am 17. Juni 2012.
[90] Irland: Abgeordneter klagt gegen ESM und Fiskalpakt (http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2012/04/17/irland-abgeordneter-klagt-gegen-esm-und-fiskalpakt/) Deutsche Wirtschaftsnachrichten, Artikel vom 17. April 2012, Abgerufen am 17. Juni 2012.
[91] »Der Euro führt so in die Knechtschaft« (http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/der-euro-fuehrt-so-in-die-knechtschaft-1.17277615), Neue Zürcher Zeitung, Artikel im vom 25. Juni 2012, abgerufen am 25. Juni 2012.
[92] Programm der Hayek-Tage 2012 (http://www.vwl5.uni-bayreuth.de/de/news/Hayek_Tage_2012/hayek_tage_2012_programm_pdf.pdf) Einladung, abgerufen am 25. Juni 2012.
[93] http://www.drb.de/cms/index.php?id=783
[94] http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-067.html
[95] http://www.european-council.europa.eu/media/582866/02-tesm2.de12.pdf

Quelle(n) und Bearbeiter des/der Artikel(s)

Europäischer Stabilitätsmechanismus *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?oldid=108653347 *Bearbeiter*: .Mag, 20joerg, AFrayMo, Abol65, Abr, Abu-Dun, Aka, Alberto568, Albtalkourtaki, Alex1011, Allegoriowitsch, Alvanx, Andibrunt, Andim, Andrea8, Andreasklug, Archwizard, Aschmidt, Atompilz, AxelBoldt, Benatrevqre, Bestens, Blogotron, Blunt., Bürgerlicher Humanist, Carl B aus W, Carlbrandner, Casra, CedricBLN, Cholo Aleman, Christina.reimer, Ciciban, Codc, Constantius, Cqdx, Crazy1880, CroMagnon, Cruks, César, DF5GO, Darth Yoda, David23x, Der Lehrer, Der.Traeumer, DerGraueWolf, DerHexer, DerKurze, Derschueler, Derweltbuerger, DestinyFound, Diwas, Doc Strangepork, Doenermoelp, Don Juan de Marco, Dopsch, Dr. Slow Decay, Economist1001, El Duende, Este, Euro-Soli, Extensive, Exurbis67, Felix Stember, FfD, FireBird, Fl.schmitt, Flominator, Forevermore, Frank-m, Friedels-home.com, Fröhlicher Türke, Furfur, Gamgee, Gato-zeitenwende, Gemcru, Generator, Gerbil, Gerold Broser, Gettler23, Giftmischer, Goldzahn, Graphikus, Grochim, Guido Fawkes, Guisquil, Hanna-Emilia, Happolati, He!ko, Henrig, HenrikGebauer, Herr Wendriner, Hkoeln, House1630, Howwi, Hungchaka, Hydro, IdS, Inga.diekmann, Ipwaz2003, JCIV, Jakob S., Jashuah, Jed, Jergen, Jivee Blau, Johnny789, Julius-m, Keks123, Kildarby, Kode, Kolja21, Lefixxx, Leshonai, Lexinexi, Lofor, Lokiseinchef, Lothar Rubusch, Lottototo, Lukas²³, Lukati, Manbu, Marinebanker, Martin-vogel, MartinThoma, Martinvoll, Matthiasb, Matthiasberlin, Meffo, Meier99, Meisterkoch, Messina, Mgrasek100, Michael Kühntopf, Michael Sander, Misspiggi 567, Moritzdergelehrte, Mtthshe, Nbuechen, Nerzhal, Neun-x, Ngowatchtransparent, Ninxit, Nirakka, NoESM-munich, Nothere, Oktavianus, Olgrov, Ordenssekretariat, Ottomanisch, PM3, Papa1234, Parisius, Pass3456, PeeCee, Peter200, Pinneberg, Pistazienfresser, Pittimann, PolyTi, PsY.cHo, Qualiabavariae, Regi51, Reni Tenz, Robert Weemeyer, Roentgenium111, Rognituj, Romulus, Roy.ly, Rr2000, Seadart, Seewolf, Sepia, Shoshone, Sicherlich, Siechfred, Siegfried Heiler, Smiss, Spekulatius2410, Spitzl, Spuk968, Stegosaurus Rex, Stephan Klage, Striegistalzwerg, StudentG, Sustainlogic, TB42, Taste1at, Tfjt, Theophilus Berger, Thewolf37, Thire, Thomas Bohn, Times, Traveletti, Triebtäter (MMX), Trigonomie, Troubled asset, Tweebak, Ute Erb, Uwca, Vlops, Volgar, Volmar, W. Edlmeier, Wiegels, Wiguläus, WissensDürster, Wolfgang40627, Xls, Zaibatsu, 315 anonyme Bearbeitungen

Quelle(n), Lizenz(en) und Autor(en) des Bildes

Datei:Flag of Germany.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Germany.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: User:Madden, User:SKopp

Bild:Flag of the Netherlands.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_the_Netherlands.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: Zscout370

Datei:Flag of Luxembourg.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Luxembourg.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: User:SKopp

Datei:Flag of Finland.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Finland.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: Drawn by User:SKopp

Datei:Flag of Estonia.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Estonia.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: Originally drawn by User:SKopp. Blue colour changed by User:PeepP to match the image at .

Datei:Flag of Malta.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Malta.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: Alkari, Fry1989, Gabbe, Homo lupus, Klemen Kocjancic, Liftarn, Mattes, Meno25, Nightstallion, Peeperman, Pumbaa80, Ratatosk, Rodejong, Zscout370, 5 anonyme Bearbeitungen

Bild:Flag of Slovenia.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Slovenia.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: User:Achim1999

Datei:Flag of Cyprus.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Cyprus.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: User:Vzb83

Datei:Flag of Slovakia.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Slovakia.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: SKopp

Datei:Flag of France.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_France.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: User:SKopp, User:SKopp, User:SKopp, User:SKopp, User:SKopp, User:SKopp

Datei:Flag of Austria.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Austria.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: User:SKopp

Datei:Flag of Belgium (civil).svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Belgium_(civil).svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: Bean49, David Descamps, Dbenbenn, Denelson83, Evanc0912, Fry1989, Gabriel trzy, Howcome, IvanOS, Ms2ger, Nightstallion, Oreo Priest, Rocket000, Rodejong, Sir Iain, ThomasPusch, Warddr, Zscout370, 4 anonyme Bearbeitungen

Datei:Flag of Portugal.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Portugal.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: Columbano Bordalo Pinheiro (1910; generic design); Vítor Luís Rodrigues; António Martins-Tuválkin (2004; this specific vector set: see sources)

Datei:Flag_of_Greece.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Greece.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: (of code) cs:User:-xfi- (talk)

Datei:Flag of Ireland.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Ireland.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: User:SKopp

Datei:Flag of Italy.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Italy.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: see below

Datei:Flag of Spain.svg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Spain.svg *Lizenz*: Public Domain *Bearbeiter*: Pedro A. Gracia Fajardo, escudo de Manual de Imagen Institucional de la Administración General del Estado

Datei:ATTAC-Protest zur zu ESM und Fiskalvertrag 2.jpg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:ATTAC-Protest_zur_zu_ESM_und_Fiskalvertrag_2.jpg *Lizenz*: Creative Commons Attribution-Sharealike 2.0 *Bearbeiter*: Mehr Demokratie e.V.

Datei:ESM Demonstratie Malieveld, Den Haag.jpg *Quelle*: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:ESM_Demonstratie_Malieveld,_Den_Haag.jpg *Lizenz*: Creative Commons Attribution 2.0 *Bearbeiter*: occupydenhaag

Lizenz

Everyone is permitted to copy and distribute verbatim copies

of this license document, but changing it is not allowed.

0. PREAMBLE

The purpose of this License is to make a manual, textbook, or other functional and useful document "free" in the sense of freedom: to assure everyone the effective freedom to copy and redistribute it, with or without modifying it, either commercially or noncommercially. Secondarily, this License preserves for the author and publisher a way to get credit for their work, while not being considered responsible for modifications made by others.
This License is a kind of "copyleft", which means that derivative works of the document must themselves be free in the same sense. It complements the GNU General Public License, which is a copyleft license designed for free software.
We have designed this License in order to use it for manuals for free software, because free software needs free documentation: a free program should come with manuals providing the same freedoms that the software does. But this License is not limited to software manuals; it can be used for any textual work, regardless of subject matter or whether it is published as a printed book. We recommend this License principally for works whose purpose is instruction or reference.

1. APPLICABILITY AND DEFINITIONS

This License applies to any manual or other work, in any medium, that contains a notice placed by the copyright holder saying it can be distributed under the terms of this License. Such a notice grants a world-wide, royalty-free license, unlimited in duration, to use that work under the conditions stated herein. The "Document", below, refers to any such manual or work. Any member of the public is a licensee, and is addressed as "you". You accept the license if you copy, modify or distribute the work in a way requiring permission under copyright law.
A "Modified Version" of the Document means any work containing the Document or a portion of it, either copied verbatim, or with modifications and/or translated into another language.
A "Secondary Section" is a named appendix or a front-matter section of the Document that deals exclusively with the relationship of the publishers or authors of the Document to the Document's overall subject (or to related matters) and contains nothing that could fall directly within that overall subject. (Thus, if the Document is in part a textbook of mathematics, a Secondary Section may not explain any mathematics.) The relationship could be a matter of historical connection with the subject or with related matters, or of legal, commercial, philosophical, ethical or political position regarding them.
The "Invariant Sections" are certain Secondary Sections whose titles are designated, as being those of Invariant Sections, in the notice that says that the Document is released under this License. If a section does not fit the above definition of Secondary then it is not allowed to be designated as Invariant. The Document may contain zero Invariant Sections. If the Document does not identify any Invariant Sections then there are none.
The "Cover Texts" are certain short passages of text that are listed, as Front-Cover Texts or Back-Cover Texts, in the notice that says that the Document is released under this License. A Front-Cover Text may be at most 5 words, and a Back-Cover Text may be at most 25 words.
A "Transparent" copy of the Document means a machine-readable copy, represented in a format whose specification is available to the general public, that is suitable for revising the document straightforwardly with generic text editors or (for images composed of pixels) generic paint programs or (for drawings) some widely available drawing editor, and that is suitable for input to text formatters or for automatic translation to a variety of formats suitable for input to text formatters. A copy made in an otherwise Transparent file format whose markup, or absence of markup, has been arranged to thwart or discourage subsequent modification by readers is not Transparent. An image format is not Transparent if used for any substantial amount of text. A copy that is not "Transparent" is called "Opaque".
Examples of suitable formats for Transparent copies include plain ASCII without markup, Texinfo input format, LaTeX input format, SGML or XML using a publicly available DTD, and standard-conforming simple HTML, PostScript or PDF designed for human modification. Examples of transparent image formats include PNG, XCF and JPG. Opaque formats include proprietary formats that can be read and edited only by proprietary word processors, SGML or XML for which the DTD and/or processing tools are not generally available, and the machine-generated HTML, PostScript or PDF produced by some word processors for output purposes only.
The "Title Page" means, for a printed book, the title page itself, plus such following pages as are needed to hold, legibly, the material this License requires to appear in the title page. For works in formats which do not have any title page as such, "Title Page" means the text near the most prominent appearance of the work's title, preceding the beginning of the body of the text.
A section "Entitled XYZ" means a named subunit of the Document whose title either is precisely XYZ or contains XYZ in parentheses following text that translates XYZ in another language. (Here XYZ stands for a specific section name mentioned below, such as "Acknowledgements", "Dedications", "Endorsements", or "History".) To "Preserve the Title" of such a section when you modify the Document means that it remains a section "Entitled XYZ" according to this definition.
The Document may include Warranty Disclaimers next to the notice which states that this License applies to the Document. These Warranty Disclaimers are considered to be included by reference in this License, but only as regards disclaiming warranties: any other implication that these Warranty Disclaimers may have is void and has no effect on the meaning of this License.

2. VERBATIM COPYING

You may copy and distribute the Document in any medium, either commercially or noncommercially, provided that this License, the copyright notices, and the license notice saying this License applies to the Document are reproduced in all copies, and that you add no other conditions whatsoever to those of this License. You may not use technical measures to obstruct or control the reading or further copying of the copies you make or distribute. However, you may accept compensation in exchange for copies. If you distribute a large enough number of copies you must also follow the conditions in section 3.
You may also lend copies, under the same conditions stated above, and you may publicly display copies.

3. COPYING IN QUANTITY

If you publish printed copies (or copies in media that commonly have printed covers) of the Document, numbering more than 100, and the Document's license notice requires Cover Texts, you must enclose the copies in covers that carry, clearly and legibly, all these Cover Texts: Front-Cover Texts on the front cover, and Back-Cover Texts on the back cover. Both covers must also clearly and legibly identify you as the publisher of these copies. The front cover must present the full title with all words of the title equally prominent and visible. You may add other material on the covers in addition. Copying with changes limited to the covers, as long as they preserve the title of the Document and satisfy these conditions, can be treated as verbatim copying in other respects.
If the required texts for either cover are too voluminous to fit legibly, you should put the first ones listed (as many as fit reasonably) on the actual cover, and continue the rest onto adjacent pages.
If you publish or distribute Opaque copies of the Document numbering more than 100, you must either include a machine-readable Transparent copy along with each Opaque copy, or state in or with each Opaque copy a computer-network location from which the general network-using public has access to download using public-standard network protocols a complete Transparent copy of the Document, free of added material. If you use the latter option, you must take reasonably prudent steps, when you begin distribution of Opaque copies in quantity, to ensure that this Transparent copy will remain thus accessible at the stated location until at least one year after the last time you distribute an Opaque copy (directly or through your agents or retailers) of that edition to the public.
It is requested, but not required, that you contact the authors of the Document well before redistributing any large number of copies, to give them a chance to provide you with an updated version of the Document.

4. MODIFICATIONS

You may copy and distribute a Modified Version of the Document under the conditions of sections 2 and 3 above, provided that you release the Modified Version under precisely this License, with the Modified Version filling the role of the Document, thus licensing distribution and modification of the Modified Version to whoever possesses a copy of it. In addition, you must do these things in the Modified Version:

- **A.** Use in the Title Page (and on the covers, if any) a title distinct from that of the Document, and from those of previous versions (which should, if there were any, be listed in the History section of the Document). You may use the same title as a previous version if the original publisher of that version gives permission.
- **B.** List on the Title Page, as authors, one or more persons or entities responsible for authorship of the modifications in the Modified Version, together with at least five of the principal authors of the Document (all of its principal authors, if it has fewer than five), unless they release you from this requirement.
- **C.** State on the Title page the name of the publisher of the Modified Version, as the publisher.
- **D.** Preserve all the copyright notices of the Document.
- **E.** Add an appropriate copyright notice for your modifications adjacent to the other copyright notices.
- **F.** Include, immediately after the copyright notices, a license notice giving the public permission to use the Modified Version under the terms of this License, in the form shown in the Addendum below.
- **G.** Preserve in that license notice the full lists of Invariant Sections and required Cover Texts given in the Document's license notice.
- **H.** Include an unaltered copy of this License.
- **I.** Preserve the section Entitled "History", Preserve its Title, and add to it an item stating at least the title, year, new authors, and publisher of the Modified Version as given on the Title Page. If there is no section Entitled "History" in the Document, create one stating the title, year, authors, and publisher of the Document as given on its Title Page, then add an item describing the Modified Version as stated in the previous sentence.
- **J.** Preserve the network location, if any, given in the Document for public access to a Transparent copy of the Document, and likewise the network locations given in the Document for previous versions it was based on. These may be placed in the "History" section. You may omit a network location for a work that was published at least four years before the Document itself, or if the original publisher of the version it refers to gives permission.
- **K.** For any section Entitled "Acknowledgements" or "Dedications", Preserve the Title of the section, and preserve in the section all the substance and tone of each of the contributor acknowledgements and/or dedications given therein.
- **L.** Preserve all the Invariant Sections of the Document, unaltered in their text and in their titles. Section numbers or the equivalent are not considered part of the section titles.
- **M.** Delete any section Entitled "Endorsements". Such a section may not be included in the Modified Version.
- **N.** Do not retitle any existing section to be Entitled "Endorsements" or to conflict in title with any Invariant Section.
- **O.** Preserve any Warranty Disclaimers.

If the Modified Version includes new front-matter sections or appendices that qualify as Secondary Sections and contain no material copied from the Document, you may at your option designate some or all of these sections as invariant. To do this, add their titles to the list of Invariant Sections in the Modified Version's license notice. These titles must be distinct from any other section titles.
You may add a section Entitled "Endorsements", provided it contains nothing but endorsements of your Modified Version by various parties--for example, statements of peer review or that the text has been approved by an organization as the authoritative definition of a standard.
You may add a passage of up to five words as a Front-Cover Text, and a passage of up to 25 words as a Back-Cover Text, to the end of the list of Cover Texts in the Modified Version. Only one passage of Front-Cover Text and one of Back-Cover Text may be added by (or through arrangements made by) any one entity. If the Document already includes a cover text for the same cover, previously added by you or by arrangement made by the same entity you are acting on behalf of, you may not add another; but you may replace the old one, on explicit permission from the previous publisher that added the old one.
The author(s) and publisher(s) of the Document do not by this License give permission to use their names for publicity for or to assert or imply endorsement of any Modified Version.

5. COMBINING DOCUMENTS

You may combine the Document with other documents released under this License, under the terms defined in section 4 above for modified versions, provided that you include in the combination all of the Invariant Sections of all of the original documents, unmodified, and list them all as Invariant Sections of your combined work in its license notice, and that you preserve all their Warranty Disclaimers.
The combined work need only contain one copy of this License, and multiple identical Invariant Sections may be replaced with a single copy. If there are multiple Invariant Sections with the same name but different contents, make the title of each such section unique by adding at the end of it, in parentheses, the name of the original author or publisher of that section if known, or else a unique number. Make the same adjustment to the section titles in the list of Invariant Sections in the license notice of the combined work.
In the combination, you must combine any sections Entitled "History" in the various original documents, forming one section Entitled "History"; likewise combine any sections Entitled "Acknowledgements", and any sections Entitled "Dedications". You must delete all sections Entitled "Endorsements".

6. COLLECTIONS OF DOCUMENTS

You may make a collection consisting of the Document and other documents released under this License, and replace the individual copies of this License in the various documents with a single copy that is included in the collection, provided that you follow the rules of this License for verbatim copying of each of the documents in all other respects.
You may extract a single document from such a collection, and distribute it individually under this License, provided you insert a copy of this License into the extracted document, and follow this License in all other respects regarding verbatim copying of that document.

7. AGGREGATION WITH INDEPENDENT WORKS

A compilation of the Document or its derivatives with other separate and independent documents or works, in or on a volume of a storage or distribution medium, is called an "aggregate" if the copyright resulting from the compilation is not used to limit the legal rights of the compilation's users beyond what the individual works permit. When the Document is included in an aggregate, this License does not apply to the other works in the aggregate which are not themselves derivative works of the Document.
If the Cover Text requirement of section 3 is applicable to these copies of the Document, then if the Document is less than one half of the entire aggregate, the Document's Cover Texts may be placed on covers that bracket the Document within the aggregate, or the electronic equivalent of covers if the Document is in electronic form. Otherwise they must appear on printed covers that bracket the whole aggregate.

8. TRANSLATION

Translation is considered a kind of modification, so you may distribute translations of the Document under the terms of section 4. Replacing Invariant Sections with translations requires special permission from their copyright holders, but you may include translations of some or all Invariant Sections in addition to the original versions of these Invariant Sections. You may include a translation of this License, and all the license notices in the Document, and any Warranty Disclaimers, provided that you also include the original English version of this License and the original versions of those notices and disclaimers. In case of a disagreement between the translation and the original version of this License or a notice or disclaimer, the original version will prevail.
If a section in the Document is Entitled "Acknowledgements", "Dedications", or "History", the requirement (section 4) to Preserve its Title (section 1) will typically require changing the actual title.

9. TERMINATION

You may not copy, modify, sublicense, or distribute the Document except as expressly provided for under this License. Any other attempt to copy, modify, sublicense or distribute the Document is void, and will automatically terminate your rights under this License. However, parties who have received copies, or rights, from you under this License will not have their licenses terminated so long as such parties remain in full compliance.

10. FUTURE REVISIONS OF THIS LICENSE

The Free Software Foundation may publish new, revised versions of the GNU Free Documentation License from time to time. Such new versions will be similar in spirit to the present version, but may differ in detail to address new problems or concerns. See http://www.gnu.org/copyleft/.
Each version of the License is given a distinguishing version number. If the Document specifies that a particular numbered version of this License "or any later version" applies to it, you have the option of following the terms and conditions either of that specified version or of any later version that has been published (not as a draft) by the Free Software Foundation. If the Document does not specify a version number of this License, you may choose any version ever published (not as a draft) by the Free Software Foundation.

ADDENDUM: How to use this License for your documents

To use this License in a document you have written, include a copy of the License in the document and put the following copyright and license notices just after the title page:

Copyright (c) YEAR YOUR NAME.

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document

under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2

or any later version published by the Free Software Foundation;

with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts.

A copy of the license is included in the section entitled

"GNU Free Documentation License".

If you have Invariant Sections, Front-Cover Texts and Back-Cover Texts, replace the "with...Texts." line with this:

```
with the Invariant Sections being LIST THEIR TITLES, with the
Front-Cover Texts being LIST, and with the Back-Cover Texts being LIST.
```

If you have Invariant Sections without Cover Texts, or some other combination of the three, merge those two alternatives to suit the situation.

If your document contains nontrivial examples of program code, we recommend releasing these examples in parallel under your choice of free software license, such as the GNU General Public License, to permit their use in free software.

Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsabteilung -
81 M 5810/12

9.10.2012

ZU AG Hanau
12. Okt. 2012
Sj.

Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

Finanzamt Hanau, Willy-Brandt-Str. 23, 63450 Hanau

- Gläubigerin -

gegen

Dr. Stefan Grossmann, Meisenweg 15, 63454 Hanau

- Schuldner -

wird auf Antrag der Gläubigerin auf Grund des vollstreckbaren Schuldtitels

Behörde – Geschäftsnummer – Schuldtitel, Datum des Schuldtitels
d.Gläubigerin - 22 425 57149-V01 - vollstreckb. Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis i.H.v. 193,45 € gem. Anlage zum Antrag vom 18.07.2012

zum Zwecke der Zwangsvollstreckung angeordnet:

Gemäß § 287 AO wird dem Vollziehungsbeamten der Finanzverwaltung

die Durchsuchung der oben genannten Wohnung bzw. Geschäftsräume des Schuldners und die Öffnung verschlossener Haustüren, Wohnungstüren, Zimmertüren und Behältnisse gestattet. Dies gilt auch für das spätere Abholen der Pfandstücke.

Die vorstehende Ermächtigung ist auf die Dauer von 6 **Monaten** ab Erlass dieses Beschlusses befristet.

Gründe:
Die Anordnung ist verhältnismäßig und zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erforderlich, weil der Schuldner auch nach vorheriger Ankündigung von dem Vollziehungsbeamten der Finanzverwaltung den Zutritt zu der Wohnung bzw. den Geschäftsräumen nicht gestattet und nichts vorgetragen hat, was diese Maßnahme als unangemessen erscheinen lassen könnte.
Die Ausführungen des Schuldners aus den Stellungnahmeschriften vom 30.8.2012, 12.9.2012, 17.9.2012, 23.9.2012 und 2.10.2012 mit denen er sich auf das Widerstandsrecht und andere Themen bezieht, stehen dem Durchsuchungsbeschluss nicht entgegen, da sie rechtlich unzutreffend sind und im Übrigen in keinem Zusammenhang mit diesem Verfahren stehen.

Dr. Zehelein
Richter am Amtsgericht

AMTSGERICHT HANAU 114

Ausgefertigt
Hanau, den 11.10.2012

Kellermann
Urkundsbeamt. der Geschäftsstelle

Amtsgericht Hanau
- Vollstreckungsabteilung -

Amtsgericht, Postfach 1639, 63406 Hanau
81 M 5810/12

Herrn
Dr. Stefan Grossmann
Meisenweg 15
63454 Hanau

Aktenzeichen: **81 M 5810/12**

Telefon: 06181/297-279
Telefax: 06181/297-229

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht: **- ohne -**

Datum: **9.10.2012**

Sehr geehrter Herr Dr. Grossmann,

in der Zwangsvollstreckungssache

Finanzamt Hanau ./. Grossmann, Stefan

erhalten Sie die Anlage(n) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Kellermann
Justizangestellte

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt
und ist ohne Unterschrift gültig.

ZU 2012-Okt.-12
Sp.

63450 Hanau, Nussallee 17
Telefon 06181/297- 0 · Telefax 06181/297- 440

Sprechzeiten: montags - freitags 09.00 - 12.00 Uhr
Öffentliche Verkehrsmittel: vom Hauptbahnhof Hanau mit Buslinie 2/7 zum Freiheitsplatz; von dort mit Linie 4 bis Haltestelle Nußallee

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)
12/10/12 [illegible]

Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des
- ☐ Bezirks des Amtsgerichts
- ☐ Bezirks des Landgerichts
- ☐ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke
- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen
- ☐ Keine Ersatzzustellung an:
- ☐ Nicht durch Niederlegung zustellen
- ☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Deutsche Post AG

Aktenzeichen

FBLD 3

enzeichen: **81 M 5310/12**

on: 06181/297-279
ax: 06181/297-229

ichen:
Nachricht: - ohne -

n: 9.10.2012

hme.

63450 Hanau, Nussallee 17
Telefon 06181/297- 0 · Telefax 06181/297- 440

Sprechzeiten: montags - freitags 09.00 - 12.00 Uhr
Öffentliche Verkehrsmittel: vom Hauptbahnhof Hanau mit Buslinie 2/7 zum Freiheitsplatz; von dort mit Linie 4 bis Haltestelle Nußallee

Die Einreichung elektronischer Dokumente ist in den zugelassenen Verfahren möglich, siehe http://www.AG-Hanau.Justiz.Hessen.de .

Dr. Stefan Grossmann

Dr. Stefan Grossmann Meisenweg 15 63454 Hanau

Meisenweg 15
63454 Hanau-Hohe Tanne
Germany
Telefon: 06181-83352
International: +496181-83352
stefangrossmann@t-online.de

An das
Landgericht Hanau
- Beschwerdekammer -
Nussallee 17
63450 Hanau

Durch Einschreiben mit Rückschein

12. Oktober 2012

SOFORTIGE BESCHWERDE <u>MIT NACHTRAG v. 23.10.2012</u>

Az. des Amtsgerichts Hanau: 81 M 5810/12
Az. des Landgerichts Hanau: (noch nicht vergeben, neue Sache)
Vollstreckungssache (Antrag auf Durchsuchungsbeschluss)

In Sachen

Dr. jur. Stefan Grossmann - Antragsgegner und Beschwerdeführer -
Meisenweg 15, 63454 Hanau
./.
Finanzamt Hanau - Antragsteller und Beschwerdegegner -

lege ich hiermit gegen den Wohnungsdurchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Hanau vom 09.10.2012, Az. 81 M 5810/12

SOFORTIGE BESCHWERDE

in vollem Umfang bei dem Beschwerdegericht ein (§ 569 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Eine Kopie des angefochtenen Beschlusses liegt dieser Beschwerdeschrift in der Anlage bei.

1. Es wird beantragt, den angefochtenen Beschluss abzuändern, hilfsweise aufzuheben, und durch neuen Beschluss den Antrag auf Erlass eines Wohnungsdurchsuchungsbeschlusses zurückzuweisen.

2. Ferner wird beantragt, die Sache an die Kammer zu übertragen, § 568 ZPO.

3. Weiter wird beantragt, in dem Beschluss des Beschwerdegerichts die Rechtsbeschwerde an das Oberlandesgericht Frankfurt am Main wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache zuzulassen, § 574 Abs. 1 Ziffer 2, Abs. 2 Ziffer 1, Abs. 3 ZPO.

Begründung:

1. Die sofortige Beschwerde ist zulässig, § 793 ZPO.

2. Die sofortige Beschwerde ist fristgerecht. Der angefochtene Beschluss des Amtsgerichts Hanau vom 09.10.2012 (Wohnungsdurchsuchungsbeschluss) wurde dem Beschwerdeführer durch ZU am 12.10.2012 förmlich zugestellt.

Eine Kostenbeschwerde liegt nicht vor, da es um ein Zwangsmittel zur Vollstreckung eines bereits festgesetzten steuerrechtlichen Zwangsgeldes geht (zu § 567 ZPO).

3. Die Einlegung der Beschwerde hat aufschiebende Wirkung, § 570 Abs. 1 ZPO. Denn der angefochtene Beschluss hat die Festsetzung eines Zwangsmittels zum Gegenstand, nämlich die Durchsuchung der Wohnung des Beschwerdeführers.

Die Beschwerde gegen einen Ordnungs- oder Zwangsmittelbeschluss hat aufschiebende Wirkung, so dass es einer Einstellung der Zwangsvollstreckung nicht bedarf, OLG Frankfurt, Beschluss vom 12.06.2009, Az. 6 W 81/09.

Sollte die Beschwerdegegnerin dennoch die Zwangsvollstreckung betreiben, bevor das Beschwerdeverfahren abgeschlossen ist, bleibt vorbehalten, einen Antrag auf einstweilige Anordnung zu stellen (vgl. OLG Frankfurt a.a.O.).

4. Die Rechtssache hat grundsätzliche Bedeutung (siehe unten, Ziffer 10).

Zur Begründetheit:

5. Zunächst wird auf den gesamten diesseitigen Sach- und Rechtsvortrag erster Instanz einschliesslicher aller Beweisantritte bezug genommen. Der gesamte diessei- tige Sach- und Rechtsvortrag erster Instanz einschliesslich aller Beweisantritte wird hiermit zum Gegenstand des Beschwerderechtszugs erklärt.

6. Vorliegend wird gerügt, dass der Vorderrichter den aktenkundigen Sachverhalt erster Instanz rechtlich unzutreffend gewürdigt hat.

7. Das Amtsgericht hat den diesseits vorgetragenen Sachverhalt als unerheblich eingeschätzt und daher in dem Beschluss gar nicht dargestellt.

8. Der Beschwerdeführer hat in den eingereichten Schriftsätzen einen umfangreichen rechts- und verfassungshistorischen Sachverhalt dargestellt, der ihn unter dem Aspekt des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 GG derzeit berechtigt, die Abgabe von Steuererklärungen sowie die Zahlung von Geldern an das Finanzamt zu verweigern.

9. Es wird als einziger, jedoch umfangreicher Beschwerdeangriff gerügt, dass das Amtsgericht den vorgelegten unstreitigen gebliebenen Sachverhalt falsch gewürdigt hat und dadurch unrichtig (implizit) zur Verneinung eines Widerstandsrecht des Beschwerdeführers gelangt ist. Bei richtiger Rechtsanwendung auf den unstreitigen Sachverhalt der ersten Instanz hätte das Amtsgericht aufgrund Widerstandsrechts des Beschwerdeführers den Antrag des Finanzamts auf Erlass eines Wohnungsdurchsuchungsbeschlusses zurückweisen müssen.

Dies möge nun das Beschwerdegericht aufgrund vollständig neuer Sach- und Rechtsprüfung des erstinstanzlichen Sachverhaltes wie beantragt nachholen.

10. Die Rechtssache hat grundsätzliche Bedeutung, da sie über den unter € 200 liegenden Streitwert hinaus wegen der Frage eines Widerstandsrechts gegen Steuerforderungen an deutsche Staatsbürger in der derzeitigen Verfassungssituation von weittragender verfassungsrechtlicher Bedeutung ist (wie eingehend vorgetragen, massive Übergriffe der Bilderberger-Gruppe auf den Kernbereich der Souveränität, etc.).

11. Der Beschwerdeführer ist deutscher Staatsbürger (Art. 20 Abs. 4 GG).

12. Im Rahmen der zivilprozessualen Darlegungs- und Beweislast war es in erster Instanz unbestritten, dass bereits am 22.09.2012 massive Verstösse gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.09.2012 durch die Bundesregierung und das undurchsichtige Euro-System vorgelegen haben. Diese Verstösse halten derzeit unstreitig an.

13. Aufgrund der weiter eingehend vorgetragenen Vorgeschichte war es, soweit dies eine Tatsachenfrage ist, die Ausübung des Widerstandsrechts des Art. 20 Abs. 4 GG gegen die massiven Verletzungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts auch „gewissenhaft“ ist.

14. Es handelt sich um einen gegenwärtigen Dauerangriff gegen die Intigrität der deutschen Staatshoheit im Sinne der Merkmale des Art. 20 Abs. 4 GG durch eine geeignete Tätergruppe (Bilderberger-Gruppe). Eine andersartige Abwendung des Angriffs (beispielsweise an der Wahlurne) ist unrealistisch.

Der Steuerboykott gegen das Regime von Angela Merkel, die vorliegend unstreitig (im verfahrensrechtlichen Sinne der ZPO) die biologische Tochter von Adolf Hitler und somit eine Hochverräterin ist, die das deutsche Staatsvermögen als Umsturzagentin der Bilderberger-Gruppe unter Verletzung eines aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichts veruntreut, ist somit gerichtlich zuzulassen.

NACHTRAG v. 23.10.2012

Bei genauer Lektüre des ESM-Staatsvertrags, dessen genaue Bezeichnung lautet:

Vertrag
zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus
zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland,
der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik,
dem Königreich Spanien, der Französischen Republik,
der Italienischen Republik, der Republik Zypern,
dem Grossherzogtum Luxemburg, Malta,
dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich,
der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien,
der Slowakischen Republik und der Republik Finnland

ergeben sich weitere klare Verstösse gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. September 2012, das in früheren Schriftsätzen zitiert wird:

Art. 4 Abs. 3 Satz 3 des genannten Staatsvertrags bestimmt:
„Die Annahme eines Beschlusses im gegenseitigen Einvernehmen erfordert die Einstimmigkeit der an der Abstimmung teilnehmenden Länder.“

Art. 4 Abs. 3 lässt jedoch eine Ausnahme zu (Reduktion weg vom Einstimmigkeitsprinzip in sogenannten Dringlichkeitsverfahren mit weitem Ermessen der nicht in der Bundesrepublik angesiedelten Definitionshoheit: lediglich „qualifizierte Mehrheit von 85% der abgegebenen Stimmen.“), was auch für eine Kapitalerhöhung mit Zahlungspflicht ohne jede Beteiligung des Deutschen Bundestages gilt, und zwar über die vom BVerfG genannte Grenze von 190 Milliarden Euro hinaus ohne jede betragsmässige Deckelung.

Kommt Deutschland einer daraus folgenden Zahlungspflicht nicht nach, „werden sämtliche Stimmrechte dieses ESM-Mitglieds solange ausgesetzt, bis die Zahlung erfolgt ist.“ (Art. 4 Abs. 8 des Vertrages).

Dies verletzt zusätzlich die Auflagen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 12. September 2012.

Der Kardinalfehler besteht darin, dass der Deutsche Bundestag kein Mitspracherecht hat, wenn es darum geht, festzustellen, ob, wann und wie das Dringlichkeitsverfahren angewendet werden soll. Dies ist mitnichten ein bloss theoretisches Bedenken.

Dr. Stefan Grossmann
Beschwerdeführer

Band 2 von 2 (Dokumentation)
Inhaltsverzeichnis und Unterschriftsseite

Inhalt von Band 2 von 2 (Dokumentation):

Es gelten die durchlaufenden Seitenzahlen in der Fusszeile am Ende jeder Seite.

Kopie der Beschwerdeentscheidung LG Hanau nebst deren datiertem
Postumschlag ist bereits in Band 1 von 2 (Einführung) enthalten.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Stefan Grossmann

ADOLF HITLER

Geschichtsrevisionen durch die englischsprachige Forschung

von Stefan Grossmann

Serientitel: Das Jüngste Gericht Band 2

2010

Dr. jur. Stefan Grossmann, geboren 1962 in Hanau, betätigt sich seit Jahren journalistisch im Internet. Promotion über ein Thema der amerikanischen Rechtsgeschichte (Entwicklung des öffentlichen Anklägers). Schwerpunkt der Forschungen: Übernahme der USA durch die Plutokratie in den Jahren nach dem Bürgerkrieg (letztes Drittel des 19ten Jahrhunderts), Täuschung der deutschen Öffentlichkeit über die Herkunft, Finanzierung und Mission von Adolf Hitler, Sammlung und Darstellung der neueren englischsprachigen Forschung.

Adolf Hitler, geboren 1889 in Braunau am Inn und verstorben höchstwahrscheinlich in den 1990er Jahren in Südamerika (Chile). Die deutsche Öffentlichkeit wird bis heute darüber in Unkenntnis gehalten, welche Hinweise dafür bestehen, dass Hitlers Grossvater väterlicherseits ein Rothschild war, dass Hitler durch traumatisierende Verfahren insbesondere in England zu einem kontrollierten Agenten herangezüchtet wurde, dass er massiv von der anglo-amerikanischen Plutokratie finanziert wurde, und dass dieser sogenannte „Führer" in Wahrheit ein ferngesteuerter Agent seiner Finanziers war. Hitlers Leiche wurde nie gefunden. Darüber wird viel gelogen. Den zweiten Weltkrieg haben Hitlers Eigentümer gewonnen. Der Vorgang ist Teil der Gegenreformation des Vatikan, die das jahrhundertealte Kriegsziel hat, die protestantische Welt zu vernichten. Vordringliche Ziele waren und sind Deutschland und die USA. Dieses neue Geschichtsbild formiert sich seit einigen Jahrzehnten mit zunehmender Deutlichkeit in der hier zu besprechenden Forschungsliteratur. Die Quellenlage wurde verändert, als 1998 acht Millionen Dokumente über die NS-Zeit von der amerikanischen Regierung freigegeben wurden. All dies ist in Deutschland bislang praktisch nicht angekommen.

ADOLF HITLER
Geschichtsrevisionen durch die
englischsprachige Forschung

von Dr. jur. Stefan G. E. Grossmann

Serientitel: Das Jüngste Gericht Band 2

Für Lenny Bloom in Toronto, Kanada
und
Greg Hallett in Auckland, Neuseeland,
ohne die
die Wahrheit noch heute schwiege.

August 2010

Drei Nasen (Baby, mittel, uralt [109]):







Inhaltsverzeichnis

MEINE RECHERCHEN FÜR GREG HALLETT
FÜR SEIN BUCH: „HITLER WAR EIN BRITISCHER AGENT“

VORWORT

Als Übersetzer bin ich um ein Vorwort gebeten worden zu dem englischsprachigen Buch von Greg HALLETT & THE SPYMASTER, *Hitler was a British Agent*, [Hitler war ein britischer Agent], zweite erweiterte Auflage, Auckland 2006, 550 Seiten. Das Buch wurde zuerst 2005 veröffentlicht.

Ich möchte Sie einführen in ein Feld seriöser historischer Forschung, vornehmlich im anglo-amerikanischen Raum, das der deutschen Leserschaft praktisch unbekannt ist. Wir in Deutschland sind konditioniert worden, uns vor gewissen zionistischen Vorstellungen über unsere jüngere Vergangenheit in den Kotau zu werfen. Im Prinzip sind alle diese Vorstellungen falsch. Dieses Buch möchte helfen, unseren falschen zionistischen Kotaureflex zu heilen.

Schlüsselbegriffe: Sachbuch – Geschichte und ihre Fälschung – mündliche Quellen innerhalb der Geheimdienste – Spionage – Ausbildung von Agenten der obersten Ebene – Tavistock und die Aufzucht von Monsterpersönlichkeiten – Biographie und Genealogie – Rothschild-Familie – Adolf Hitler – Hitlers britisches Training – Hitlers Geisteszustand – Kooperation von Churchill, Hitler und Stalin – zweiter Weltkrieg – Dünkirchen als Beispiel verdeckter deutscher Selbstsabotage – Pearl Harbor als Beispiel verdeckter amerikanischer Selbstsabotage – Operation Winnie the Pooh (verdeckte britische Evakuierung von Hitler aus dem Bunker) – Doppel von Politikern – Fluorschwindel – Rudolf Hess-Schwindel – Übernahme der Bank von England.

Das Buch offenbart ein Schlüsselelement falsifizierter Geschichte: Adolf Hitler, die deutsche Naziära (1933-1945), der zweite Weltkrieg (1939-1945) und der Holocaust der Nazis waren keine Unfälle der Geschichte sondern wurden im Voraus von den Briten als Spionageoperation der höchsten Ebene geplant. Hitler war kein Unfall sondern wurde als britischer Spion der höchsten Ebene ausgebildet, bezahlt und gesteuert. Er war mit der Rothschild-Familie verwandt, mit Winston Churchill und Josef Stalin. Churchill, Hitler und Stalin kooperierten insgeheim. Sie haben ihre jeweiligen Nationen über ihre Ziele und ihre Agenda im wesentlichen belogen. Ihre Aktionen wurden von einer geheimen Agenda motiviert. Diese beinhaltete die militärische Zerstörung von Deutschland (das somit von Hitler verraten wurde), die Erschaffung des Staates Israel, die Zahlung für den Staat Israel durch Deutschland, die Zahlung für die Kosten des zweiten Weltkriegs durch Großbritannien (das daran bankrott ging), und die Erschaffung der westlichen Familie von demokratischen Staaten der Nachkriegszeit als Frontorganisationen für die ultrakriminellen Mächte, die Gestalten vom Schlage eines Hitler und Stalin schufen. Die größte Lüge ist, daß Churchill, Hitler, Stalin die obersten Führer gewesen seien. Sie waren keine obersten Führer sondern waren Agenten für mächtige Finanziers hinter den Kulissen, beispielsweise Mitglieder der Familien Rothschild, Rockefeller, Harriman, Ford und andere. Die Bush-Familie stellte einen Bankier dieser Hitlerfinanziers, den Vater und Großvater nicht nur eines sondern zweier US-Präsidenten in unserer jüngsten Zeit.

Die Übersetzungsarbeit ging leicht von der Hand, da die Sprache einfach und direkt ist, die meiste Zeit über sogar geradezu wie ein Gespräch. Ferner ist mein Kontakt, der Co-Autor Greg Hallett, höchst sympathisch mit einem guten Sinn für Humor. Ungeachtet dessen haben

er und The Spymaster ihr Buch selbstverständlich nicht als ein Werk des Humors sondern als eine Aufzeichnung ihrer historischen Einsichten verfaßt, die ihnen von ihren Kontakten in der Welt der Geheimdienste gegeben worden sind.

Wenn ich gefragt werden, warum ich eingewilligt habe, der Übersetzer eines solchen *scheinbar* unerhörten Geschichtsbuchs zu sein, muß ich darauf hinweisen, daß das Buch der Wahrheit erstaunlich nahe kommt, näher als die sogenannten Hitler-Biographien. Sie werden vielleicht verwundert fragen: Wie kann ich das wissen? Meine Erwiderung: Als Deutscher wissen Sie nicht viel von der Geschichte. Abgesehen von weniger als zwölf Ausnahmen an deutschen Universitäten, und abgesehen von Geheimdienstlern und Spitzenpolitikern mit einschlägigem Ressort, gibt es in Deutschland keine Person, die einen guten Überblick über den Schlüssel hat – die dunkle Seite der amerikanischen Geschichte. Alles, was wir wissen, ist eine polierte Propagandaversion der amerikanischen Geschichte – von der Machart, die durch Worte gekennzeichnet wird wie „gut und herrlich". Das ist ein gefährlicher Mythos, der eng mit dem Hitlermythos verbunden ist. Bis heute überstrahlt der Mythos die Zweifel, aber er verdämmert.

Ich hatte das Privileg, schon früh meine Barrieren der Unwissenheit über die USA zu durchbrechen, nämlich während meiner Studien über die amerikanische Rechtsgeschichte 1985 bis 2000, und Gerichtsprozesse in dem bestechlichen amerikanichen Gerichtssystem. (Dort nennt man es nicht Bestechung sondern Wahlkampffinanzierung für die Wahlkämpfe der Richter auf Landesebene, und andere ähnliche Mechanismen für Richter auf der Bundesebene.) Aber dieses Buch geht über ein anderes Thema, das Jahrzehnte in unserer Vergangenheit liegt.

Wenn Sie dieses Buch lesen, wird sich bei Ihnen eine Frage zu Wort melden: Ist es wahr? Kann dies unabhängig verifiziert werden? In Vorwegnahme dieser Frage, die ich mir ja auch selbst gestellt habe, haben ich einen Forschungsbericht erstellt, der unsere Frage beantwortet. Der Bericht hat meine eigene Ungewißheit zu meiner Zufriedenheit gelöst: Ein breites Feld der Finanzgeschichte, das der deutschen Leserschaft praktisch unbekannt ist, beweist, daß Adolf Hitler ein sehr hoch bezahlter britischer Agent war. Dieser Befund ist vollkommen unabhängig von dem vorliegenden Buch. Aufgrund dieses unabhängigen Befunds war ich einverstanden, dieses Buch für diejenigen Leser zu übersetzen, die mehr als alle anderen das Recht haben, zu untersuchen, was wirklich passiert ist: die Deutschen.

Für meinen Forschungsbericht per Juli diesen Jahres siehe mein Nachwort am Ende dieses Buchs [Entwurf eines Nachworts per Juli 2008].

Ich wünsche diesem Buch skeptische Leser von offener Geisteshaltung, die nach der Wahrheit hinter der bröckelnden Fassade suchen.

Frankfurt am Main, August 2008
Dr. jur. Stefan Grossmann

{Project description: Translation of the 550 page book Hitler was a British Agent (2006 edition) by Greg Hallett and The Spymaster from its original Engish version into German. This document contains all the original text that is in the printed book (plus for the Preface and the Afterword by the translator as discussed with Greg Hallett) but none of the graphics. Page numbers and details of layout will change. No separation of words at the end of a line has been permitted in the present text (in order to facilitate future proper formatting according to the requirements of the book size.)

Notes of the translator (such as: Front Cover, Spine, etc.) are put into curved brackets ({}).

Translator: Stefan Grossmann, Hanau, Germany

Start of this document: July 30, 2008}

{Text on the front cover:}

Hitler war ein britischer Agent
Greg Hallett und The Spymaster

{Text on the spine of the book binding:}

HITLER WAR EIN BRITISCHER AGENT
GREG HALLETT UND THE SPYMASTER

{Text on the back cover:}

Hitler war ein Britischer Agent legt erstmals die Operation Winnie the Pooh offen – als Ian Fleming Adolf Hitler am 2. Mai 1945 aus Berlin herausholte. Die Suche nach Hitler wurde zu einem Vorwand für weltweite Überwachung und zum Vorläufer des Kalten Kriegs.

Hitlers fehlendes Jahr in England wird enthüllt, ebenso wie seine psychologische Dekonstruktion zwecks seiner Tätigkeit als Agent für die britische Kriegsmaschinerie. Bestätigt werden Hitlers Sex mit Männern und seine bizarren sexuellen Verhaltensweisen mit Frauen, einschließlich eigenhändigen Morden, die wie Selbstmorde aussahen.

Das Buch beschreibt die gleichzeitige Flucht von Heß und seines Doppelgängers nach England, den vorgetäuschten Tod des Herzogs von Kent, die Zeugung von Anthony Blunt durch ein Mitglied der Königsfamilie, die sexuellen Praktiken von Wallis Simpson mit König Edward VIII, und wie Wallis die militärischen Geheimnisse des Königs an Hitler zuspielte.

Hitler war ein britischer Agent erläutert die Ausbildung von Doppelagenten der höchsten Ebene, die wiederholte Vortäuschung ihres Todes und die ganz realen Fluchtaktionen ... an diesem Buch werden Illusionen zerbrechen.

Alles, was heute passiert, passiert wegen 1945.

Ehemaliger Leiter von MI-6: „Dieses Buch ist von einem Genie geschrieben.“

James Bond III: „Eine brilliante Analyse der Täuschung des Krieges.“

Red Bob, Neuseelands führender Kommunist: „Es ist sehr gut. Wundern Sie sich nicht, wenn Sie die Karl-Marx-Auszeichnung erhalten“ ... *„Die Politik erzielt für gewöhnlich das Gegenteil dessen, für was sie ausgezogen ist ... Bin nicht sicher, ob wir das brauchen.“*

Premierministerin Helen Clark von Neuseeland, Lesbe, Aufseherin der Pädophilie und Kandidatin für den Generalsekretär der UN (Okt. 05): „Dies ist ein Haßverbrechen.“

Zwei Geheimdienste haben dieses Buch regelmäßig gestohlen, und „Es ist von den höchsten Ebenen gelesen worden“ in der Zeit seiner Fertigstellung. Es wurde so rasch gestohlen wie geschrieben, und im August 2005 kam die Rückmeldung, daß man es rauslassen würde. Zugleich damit kam die Information, daß Hitlers britischer Paß den Vermerk „Jude“ trug, und mindestens ein historischer Akt – der 007- Bombenangriff auf dem Tavistock Square am 7. Juli 2005.

Der britische Premier Tony Blair (März 06): „Ich bin nicht so besorgt wegen meiner Genehmigung für die Tavistock-Toten; aber wenn das rauskommt mit meiner Rolle in dem Pädophilenring von Dunblane und dem anschließenden Massaker, dann ist mein historischer Ruf hin. Sehe ich wirklich aus wie Prinz Andrew?“

Königin Elizabeth II (2006): „Bloody! Lesen sie das nochmal ... Shit! Gehört uns die Presse denn nicht mehr? Was machen wir jetzt? ... *Ignorieren Sie es und wird weggehen ...*

{__________________________ blank for bar code on back cover}

An Ihre Majestät
Königin Elizabeth II
Buckingham-Palast
London SW1A 1AA
England

Sehr geehrte Euer Majestät die Königin:

Mein Meisterspion hat Ihnen einstmals einen Treueid geschworen. Er glaubt jetzt, daß Sie schlecht, wenn nicht sogar kriminell, beraten worden sind. Der Meister der Spionage fühlt sich verpflichtet, hierauf hinzuweisen. In diesem Sinne übersenden wir Ihnen ein Exemplar dieses Buchs.

Mit freundlichen Grüßen

Greg Hallett

Historiker Henry Makow, Ph.D., USA:
Greg Hallett bietet überzeugende Indizien dafür, daß Hitler ein britischer Agent war. Da Hitler 1912-13 in Großbritannien war, sind andere Historiker schuldig, ihn reingewaschen zu haben und ihm eine größere Glaubwürdigkeit verliehen zu haben, als ihm zukommt. *Hitler war ein britischer Agent* ist ein nützliches Paradigma, daß viele unwahrscheinliche Ereignisse klärt ...
Warum die Kriegsmaschine der Nazis durch die Bank von England finanziert und gebaut wurde.
Warum Hitler unbesorgt um Repressalien in das Rheinland einmarschieren konnte.
Warum Hitler bei Dünkirchen 335.000 alliierte Soldaten entkommen ließ.
Warum Hitler Rußland angriff, ehe England besetzt oder erobert war.
Warum die Nazis nie bemerkten, daß ihre Kommunikation abgehört wurde.
Warum Hitler nie das Mittelmeer bei Gibraltar abriegelte.
Warum der spanische Diktator Franco neutral blieb.
Warum Hitler nicht die Ölfelder in Rußland und im nahen Osten eroberte.
Warum Hitler seiner Rassenpolitik Vorrang gab vor dem eigentlichen Kriegsgewinn.
Warum I.G. Farben nie bombardiert wurde und in Frankfurt nach dem zweiten Weltkrieg zum CIA-Hauptquartier wurde.

Die größte Unwahrscheinlichkeit traditioneller Geschichte ist, daß ein österreichischer Vagabund, Straßenfeger, prostituierte Tunte zum deutschen Reichskanzler aufsteigen konnte. Hitler tritt einer langen Liste erpreßbarer Figuren bei, die von unsichtbarer Hand in die Weltprominenz katapultiert worden sind.

Weiterungen ... Die Geschichte entfaltet sich nach dem langfristigen Plan der Illuminaten. Kriege werden Jahrzehnte im Voraus ausgeheckt und eingefädelt, um die Zerstörung von Nationen und natürlichen Eliten zu bewirken, Entvölkerung, Demoralisierung, und natürlich Macht und Profit ... Die Illuminaten sponsoren „Feinde“, um Konflikt aufzumischen ... Die Superreichen haben sich organisiert, um auf die Menschheit Jagd zu machen und eine dauerhafte Hegemonie zu errichten ... Greg Hallett gebührt unser Dank dafür, daß er eine Geschichte propagiert, die plausibler ist als dasjenige, was bislang vermeintlich zu uns durchgedrungen ist.

Ole Gerstrøm, ehemaliger Parlamentsabgeordneter, Dänemark
Ich habe Ihr Buch gelesen. Es ist herrlich. Daß Hitler eine Marionette war, ist seit Jahren meine Arbeitshypothese gewesen. Wir wissen von Antony Sutton, daß die Nazis durch Rockefeller und seinesgleichen finanziert worden sind. Sie erwähnen insgesamt zehn Bücher. Ich möchte sie alle lesen.

Robert Schwartz, Texas
Eine glaubwürdige und gut dokumentierte Studie. Die Information bezüglich Ian Fleming war schlagend und sehr wertvoll.

Lenny Bloom, Medienwissenschaftler bei Cloak & Dagger, Kanada:
Es ist ein überwältigendes Buch, eine fantastische Zusammenschau des Krieges ... wunderbar dokumentiert, gut mit Anmerkungen versehen ... Es zeigt die wirklichen Machenschaften, die hinter den Kulissen im Globalen Theater ablaufen, und erklärt gewiß Vieles ... Ich denke, daß Leser sehr überrascht sein werden, wie es wirklich mit Adolf Hitler war. Es zeigt den größeren Untergrund, das Bush-werk ... die Pläne der Monarchien, der Oligarchien reichen sehr, sehr tief. Sie planen diese Dinge Jahrzehnte im Voraus. Ein ausgezeichnetes Buch; ich empfehle es wärmstens. Es ist eine Pflichtlektüre für jedermann.

Charles Andersen, Oklahoma
Hitler war ein britischen Agent ist ein beflügelndes Werk mit einem Schatz von Informationen aus der Insiderperspektive der wirklichen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts. Der Insider ist ein „Spymaster“, also „Spionagemeister“ (oder mehrere). Eine tolle Lektüre gespickt mit „beiläufigen“ Informationen, die schon für sich allein lehrreich und unterhaltsam sind. Den Autoren zufolge waren sowohl Hitler als auch Stalin britische Agenten mit Ausbildung in Tavistock ... Charlie Chaplin und Peter Sellers beide britische Agenten ... Chaplins sozialistische/kommunistische Politik eine Maskerade, um Leute auszuhorchen ... *Being There* von Peter Sellers eine Hitler-Parodie über dessen Nachkriegsjahre ... der wirkliche James Bond, sein wirklicher Name, wie er zu einem Spion wurde und seine größten Operationen ... die Operationen am Kriegsende, um Hitler aus Deutschland herauszuholen – Operation JAMES BOND und Operation WINNIE THE POOH ... die Beatles eine Front für MI-6. „Ihr“ Song „Yellow Submarine“ eine Parodie von Hitlers Flucht aus Berlin ... Faszinierendes, das die Zukunft voraussagt: Saddam Hussein, Krieg, Freimaurerei etc. ... Vernügliche Lektüre.

Ole Jensen, Dänemark
Ich liebe Ihr Buch. Es ist eine Wagenladung voll Informationen! Sie haben all die Schandtaten antreten lassen, und Sie hauen denen richtig auf den Kopf. Es gibt eine fehlende Periode in Hitlers Leben, um 1912-13, für die kein bisheriger Historiker eine Erklärung bietet. Aus meinem eigenen Wissen habe ich keine größeren Unrichtigkeiten entdeckt ... Ganz viele nette kleine Details, etwa Sir CC und Charlie Chaplins „Doppelkreuz“-Symbolik. Ich verstehe Ihr Buch. Keine großen Überraschungen für mich. Behalten Sie mich auf Ihrer Kundenliste und ich hoffe dann, nicht auf irgendeiner schwarzen Liste zu landen.

Zeph Daniel, Channel Z, Neumexiko
Ausgezeichnetes Buch, auszeichnete Arbeit. Danke für alles was Sie tun.

Britische Frau, Chefin einer regionalen Regierungsbehörde, Neuseeland
„Sie haben keine Ahnung, was Sie getan haben. Es ist genau wie das Buch von Vera Briton.“

Hitler
war ein britischer Agent

Greg Hallett
und
Spymaster

Die Regeln des Kriegs

Der Brief von Amory Bradford bezüglich der Idee von Clare Boothe Luce über die Ermordung Hitlers (16. Juni) hat mich an den genialen Plan erinnert, den mein Vater Sir Douglas Jardine 1941 ersonnen hat, als er der britische Gouverneur von Sierre Leone war.

Die Deutschen bauten ihre Stellung in Nordafrika aus, und das deutsche Oberkommando trat heimlich an meinen Vater heran mit dem Vorschlag, er solle seine Truppen in Sierra Leone an die falsche Grenze abbeordern, wenn die deutsche Arme in das Land einmarschiert. Für diese Hilfestellung sollte mein Vater „milde Behandlung“ im Falle eines deutschen Sieges erhalten. Mein Vater schrieb an Whitehall (den britischen Regierungssitz) und regte an, er solle einwilligen, nach Berlin zu fahren und das vorgeschlagene Manöver dort zu besprechen. In seiner Tasche würde er eine Schachtel mit Swan Vesta Streichhölzern haben, worin Gelbfiebererreger eingeschlossen seien. Mein Vater war gegen Gelbfieber geimpft, eine tödliche Krankheit. Während er mit Hitler sprechen würde, könnte er sich seine Pfeife oder Zigarette anzünden und dann das Streichholzschächtelchen zerdrücken.

Whitehall schrieb zurück, daß er auf keinen Fall so etwas Leichtsinniges tun solle: Es wäre schließlich kein Kricket, Hitler zu ermorden.

Penelope Jardine
S. Giovanni in Oliveto, Italien
The New Yorker, 28. Juli 1998, S. 6

Churchill
„In Kriegszeiten
ist die Wahrheit so wertvoll,
daß man sie stets mit einer Leibwache von Lügen schützen sollte.“

Hitler
„In Kriegszeiten
versehen wir die Wahrheit mit einer Leibwache von Lügen,
weil sie so wertvoll ist.“

Satz aus der Ausbildungsroutine der
Tavistock Kriegsakademie für psychologische Operationen
„In Kriegszeiten
ist die Wahrheit so wertvoll,
daß wir sie mit einer Leibwache von Lügen umgeben.“

{Copyright page}

Veröffentlicht durch: __________________ {publisher details}

Erste Auflage, _________________ {details, city and year of first German edition}
Detailliertere bibliographische Angaben können auf der Webseite der Deutschen Bibliothek eingesehen werden. {Detailed bibliographical data can be found through the web site of the German National Library - Deutsche Bibliothek -.}

ISBN _________________________ {blank for German ISBN}

{Dedication page}

Widmung

All jenen gewidmet, die mit diesen Dingen
Erfahrungen gesammelt haben.

An James Bond III,
den Spymaster,
und an den Träumer Walter Mitty,
der in uns allen gegenwärtig ist.

Den lebendigen Bibliotheken und sprechenden Enzyklopädien,
die sich aus irgendwelchen Gründen entschieden waren, mit mir zu reden.

Spionage ist das Große Spiel.
Information ist eine Ware,
ausgesetzt den Kräften des Marktes,
so wie jede andere Ware. Diese Ware hat den
Vorteil, daß man sie mehr als einmal verkaufen kann.
Bücher sind die am wenigsten profitable Methode,
dies zu tun. Dennoch gilt: Geschichte wird am besten
deshalb geschrieben, damit sie die Gegenwart beeinflußt.

In dieser Geschichtsserie sind zehn Bücher geschrieben worden.
Diese sind bei mutigen Geheimdienstoffizieren deponiert worden,
damit sie wenn nötig auf den Markt „gekippt“ werden.

Alle Kriege sind falsche Kriege.
Manche sind kurz und manche sind lang,
aber alle Kriege sind „gemacht“.

Jeder Krieg ist ein Krieg von Geheimnissen.
Kriege mit der größten Zahl von Geheimnissen dauern am längsten
Ein Krieg ohne Geheimnisse ist „eine Schlägerei, eine Überfall oder ein Testlauf.“

Jeder Krieg ist ein soziales Experiment, dessen Ausgang stets
„neue Wege zur Kontrolle der Massen“ sind. Alle Kriege sind ein Trick
und ein Vorwand, um sozialen Wandel herbeizuführen.

Kriege werden entworfen, wie ein Auto, um einen Zweck zu erfüllen –
um eine bestimmte Last zu tragen, Zerbrechlichkeit und Anzahl von Paketen über eine gewisse Entfernung, in einer bestimmten Geschwindigkeit, auf ein bestimmtes Ende hin, für eine bestimmte Gruppe.

Die Entwickler von Kriegen besitzen meistens das modernste „Vehikel“, die meisten „Vehikel“, und sind meistens hinter einem Geheimnis oder einer Ressource her, die bei anderen, weniger gut Bepackten liegt – von den Geheimnissen von Salomos Grab bis hin zum Erdöl.

Der zweite Weltkrieg versuchte all das zu verbessern, was der erste Weltkrieg erreicht hatte, und der dritte Weltkrieg wird das Gleiche tun. Weltkriege sind der Versuch, Sozialstrukturen einer Vereinigten Neuen Weltordnung [New World Order] zu errichten, damit alles, absolut alles mit jener Ordnung übereinstimmt.

Die Praxis, ausländische Politiker zu dekonstruieren, hat sich über die letzten fünfhundert Jahre herausgebildet, und ist jetzt, nach den Erfolgen von Hitler und Stalin, eine bevorzugte Methode, um Länder zu übernehmen.

„Intelligence Historian“ [englisch: Geheimdiensthistoriker], 15. September 2004:
„Uns öffnet sich ein Zeitfenster bis zum Ende des kommenden Jahres. Die Deutschen sind dran. Sie haben kürzlich in den Stasiarchiven Nachweise entdeckt, daß Hitler ein britischer Agent war.“

Die Geschichte ist aus einem Grund blind:
„Gesegnet seien die Macher von Kriegen.“

{Preface – that is: Author's Preface}

VORWORT

Spymaster: „Einer der Geheimdiensttricks besteht darin, alles abzustreiten. Sie lügen, tricksen und täuschen routinemäßig; und immer bauen sie irgendeinen Päderasten für eine hohe Stellung auf, der selbst nichts mit alledem zu tun hat. Er ist das öffentliche Gesicht der Unwissenheit. Wer auch immer diese Person angreift, wird vom gesamten Regierungsapparat niedergemacht. In der Realität werden die Leute, die sich eingesetzt haben und Leib und Leben riskiert haben, als Fantasten und Lügner hingestellt. Das ist der Lohn der Geheimdienstarbeit."

Um 8. 30 Uhr am 14. August 2003 öffnete ich meine Hintertür für ein Fahrzeug des Security Intelligence Service (geheimdienstlicher Sicherheitdienst), der als eine Firma Matrix Security getarnt war. Ich schaute auf und erblickte einen Polizeihubschrauber zwischen mir und dem Museum. Beide beobachteten mich. Eine Stunde später erschien ein Geheimdienstoffizier an meiner Tür mit zwei Kaffee und einer Zeitung. Er hatte ein Problem mit Geschichte und ernannte sich zu meinem Fahrer.

Hiernach saß ich im Fond meines Wagen, hörte aufmerksam zu und schrieb Geschichte auf. Er bewies sich, indem er mir während des ganzen folgenden Jahres die Nachrichten vor der Zeit berichtete. In mir reifte die Überzeugung, daß Spymaster (dieser Meister der Spionage) Zugang zu Informationen hatte, die es Wert sind, daß man sie aufzeichnet und ordnet. Dies bildete die Grundlage für das vorliegende Buch und für weitere Bücher, die folgen werden.

Mir wurden sechzig Bücher gegeben, je etwa vier gleichzeitig, einige Zeitschriften, und eine Menge von Dokumentarfilmen, die ich ansehen sollte. In jedem davon suchte ich nach absichtlichen Fehlern und ich fand diese auch.

Die meisten der Bücher stammten von Geheimdienstagenten, die Zeuge von Ereignissen oberhalb ihrer Tätigkeitsebene geworden waren. Ihre Fehler schrien gleichsam laut auf für all diejenigen, die über das Detailwissen verfügten, um dem nachzugehen. Der Teufel steckt im Detail; und es schien, daß der Teufel überall sei. Glücklicherweise hatte ich Zugang zu „lebenden Bibliotheken". Deren detailliertes Wissen öffnete mir die Büchse der Pandora; und eine neue Geschichte bildete sich – die Weltgeschichte aus geheimdienstlicher Sicht. Diese Geschichte war jenseits der Vertuschungen. Es war Geschichte erzählt aus dem Geheimdienst und mit dem geheimdienstlichen Blickwinkel hinter ihr. Dieses Wissen gab weiterführende Anhaltspunkte für zusätzliche Informationen aus anderen Quellen. Es war breit und eingehend genug, und als Schutzschild zu wirken. Sobald die Information ausgedeutet war, wurde sie verbreitet – sie existiert digital auf Scheiben, weltweit in Matratzen.

Mit dem Krieg begann sowohl die Führung von Dokumenten als auch die Fälschung von Dokumenten. Demgemäß gab es stets zwei Dokumentationen der Geschichte. Die eine davon kam an die Öffentlichkeit, die anderen blieb für 30, 50, 100 oder noch mehr Jahre unter Verschluß. Verschwörungsautoren kratzen an der Oberfläche und gelangen halb zum Ziel. Selten liegen sie ganz richtig. Um es ganz richtig hinzubekommen, muß man die Bewegungen und Motive verstehen und braucht Insider in jedem Aspekt des Kriegs, der Politik und des Schlafzimmers. Als Ergebnis sind in 95% der Geschichtsbücher zwei Drittel der Informationen falsch.

Die Geschichte, die an die Öffentlichkeit gelangt und an die man sich hält, ist Unsinn.

Mitglieder der Geheimdienste, denen das Überleben gestattet wird, sind bekannt als „lebende Bibliotheken". Sie sind „menschliche Enzyklopädien", die es verstehen, die Spreu

vom Weizen zu trennen. Sie kommen auf den Punkt und besitzen die angenehme Gewohnheit, in Sätzen von zehn oder weniger Worten zu sprechen. Ihre Geschichten haben das Gefühl der Wahrheit in sich, und wenn man die Teile zusammenfügt, passen sie so wie die Zahnräder in ein Getriebe passen. Indem man ihren Erzählungen lauscht, beobachtet man die Mechanik der Geschichte, ein Zahnrad ins andere greifend, und eine neue Geschichte bildet sich heraus.

Der Sinn, warum man sich mit Geschichte beschäftigt, besteht darin, daß man über den ersten Gang hinauskommt, letztendlich sogar darin, daß es einem möglich wird, die Geschichte zu beeinflussen. Sobald ein Zahnrad identifiziert ist, ruft das nächste nach Aufmerksamkeit, und nach diesem wieder das nächste. Ein Zahnrad wird erst dann sichtbar, wenn das vorhergehende Zahnrad ausgeleuchtet worden ist. In diesem Sinne wird Geheimdienstarbeit ein additives Puzzle – weitgehend fälschungssicher, es sei denn, daß gleich schon in der allerersten Geschichte der Wurm drin war. Die offizielle Geschichte ist voll von Würmern.

Wenn genug ineinandergreifende Zahnräder ausgeleuchtet sind, dann wurde eine neue Geschichte gebildet. Diese macht die Gegenwart leichter erklärlich und die Zukunft einfacher zu verstehen, oder sogar vorauszusagen.

Die Aufgabe des Historikers besteht darin, die Informationen in einer Weise zu enträtseln und mitzuteilen, daß es die Öffentlichkeit verstehen kann. Einige der dümmsten Menschen der Welt sind Historiker, die etwas lehren, was nichts weiter als *Geschichtspropaganda* ist; und einige der intelligentesten Historiker der Welt streichen Häuser. Das ist die Krux mit der Geschichte.

Während ich dieses Buch geschrieben habe, habe ich Informationen von Geheimdienstleuten aus der ganzen Welt eingesammelt. Ich habe dabei jedem Informanten ein Stückchen Information von einem anderen Informanten gegeben, was dieser dann überprüft hat. Auch wenn ich andere Hinweise hatte, habe ich sie von meinen Informanten prüfen lassen; und mir wurde gesagt, wie akkurat es war. Meistens lief dies durch das Geheimdienstnetzwerk, das auf dem Horchposten arbeitet, der Neuseeland heißt. Im Verlauf dessen stellte sich gegenseitiger Respekt ein, und der Faktor des „Verschaukelns" hörte auf. Ich tue dies nun seit 22 Jahren, und in den vergangenen vier Jahren bin ich bis zu vier Mal pro Woche unterrichtet worden, was mich zu einem Insider hat werden lassen, sicher keiner ganz im Zentrum des verborgenen Wissens.

Wenn sich eine Information als korrekt herausstellt - und dies war die Regel, abgesehen von einigen Details, die mit Hilfe aller Medien korrigiert wurden -, dann entwarf ich ein Szenario und illustrierte die Rolle des Agenten darin, und formulierte dann das „Wie und Warum" der Intrigen, Mordanschläge, Kriege und sozialpolitischen Marschlinien. Auf diese Weise habe ich eine Ansammlung von Daten erworben, die im Prinzip die Geschichte der vorigen Jahrhunderts neu schreibt. Während ich diese Daten geordnet haben, hat sich eine neue Geschichte gebildet, die akkurater ist als die bisherige Geschichte.

Gelegentlich wurde es eng, insbesondere gegen Ende, als ich ein „Eigentum" hatte, das es wert war, zu beschützen, aber auch zu beseitigen. In den allermeisten fällen waren diese Treffs (Treffen von Spionen) an Angesicht zu Angesicht, gelegentlich durch einen Vertreter, in einigen Fällen auch durch Vertreter auf beiden Seiten. Viele der Leute, von denen ich Informationen einsammeln durfte, durfte ich nicht zu Gesicht bekommen. Geld wechselte niemals den Besitzer; und die teuerste Information hatte den Preis eines Essens über die Straße. Keiner hatte Allüren und keiner hat einen Trenchcoat getragen; aber wir haben viel gelacht, Tee getrunken, Plätzchen gegessen.

Für die Treffen gibt es Aufzeichnungen, Tagebücher, Tonbandaufzeichnungen, Transkripte, Vereinbarungen und Datenträger, in gesicherter Form. Viele Autoren beenden ihr Vorwort mit „Ich hoffe, daß dies ..." aber ich habe keine Illusionen. Aus Nichts wird Viel gemacht werden; und Nichts wird aus Vielem gemacht werden.

C'est la vie, und so ist der Krieg.

Greg Hallett
Auckland, Neuseeland, August 2005

{Translator's Preface}

VORWORT DES ÜBERSETZERS

Als Übersetzer bin ich um ein eigenes Vorwort gebeten worden zu dem englischsprachigen Buch von Greg HALLETT & THE SPYMASTER, *Hitler was a British Agent*, [Hitler war ein britischer Agent], zweite erweiterte Auflage, Auckland 2006, 550 Seiten. Das Buch wurde zuerst 2005 veröffentlicht.

Ich möchte Sie einführen in ein Feld seriöser historischer Forschung, vornehmlich im anglo-amerikanischen Raum, das der deutschen Leserschaft praktisch unbekannt ist. Wir in Deutschland sind konditioniert worden, uns vor gewissen zionistischen Vorstellungen über unsere jüngere Vergangenheit in den Kotau zu werfen. Im Prinzip sind alle diese Vorstellungen falsch. Dieses Buch möchte helfen, unseren falschen zionistischen Kotaureflex zu heilen.

Schlüsselbegriffe: Sachbuch – Geschichte und ihre Fälschung – mündliche Quellen innerhalb der Geheimdienste – Spionage – Ausbildung von Agenten der obersten Ebene – Tavistock und die Aufzucht von Monsterpersönlichkeiten – Biographie und Genealogie – Rothschild-Familie – Adolf Hitler – Hitlers britisches Training – Hitlers Geisteszustand – Kooperation von Churchill, Hitler und Stalin – zweiter Weltkrieg – Dünkirchen als Beispiel verdeckter deutscher Selbstsabotage – Pearl Harbor als Beispiel verdeckter amerikanischer Selbstsabotage – Operation Winnie the Pooh (verdeckte britische Evakuierung von Hitler aus dem Bunker) – Doppel von Politikern – Fluorschwindel – Rudolf Hess-Schwindel – Übernahme der Bank von England.

Das Buch offenbart ein Schlüsselelement falsifizierter Geschichte: Adolf Hitler, die deutsche Naziära (1933-1945), der zweite Weltkrieg (1939-1945) und der Holocaust der Nazis waren keine Unfälle der Geschichte sondern wurden im Voraus von den Briten als Spionageoperation der höchsten Ebene geplant. Hitler war kein Unfall sondern wurde als britischer Spion der höchsten Ebene ausgebildet, bezahlt und gesteuert. Er war mit der Rothschild-Familie verwandt, mit Winston Churchill und Josef Stalin. Churchill, Hitler und Stalin kooperierten insgeheim. Sie haben ihre jeweiligen Nationen über ihre Ziele und ihre Agenda im wesentlichen belogen. Ihre Aktionen wurden von einer geheimen Agenda motiviert. Diese beinhaltete die militärische Zerstörung von Deutschland (das somit von Hitler verraten wurde), die Erschaffung des Staates Israel, die Zahlung für den Staat Israel durch Deutschland, die Zahlung für die Kosten des zweiten Weltkriegs durch Großbritannien (das daran bankrott ging), und die Erschaffung der westlichen Familie von demokratischen Staaten der Nachkriegszeit als Frontorganisationen für die ultrakriminellen Mächte, die Gestalten vom Schlage eines Hitler und Stalin schufen. Die größte Lüge ist, daß Churchill, Hitler, Stalin die obersten Führer gewesen seien. Sie waren keine obersten Führer sondern waren Agenten für mächtige Finanziers hinter den Kulissen, beispielsweise Mitglieder der Familien Rothschild, Rockefeller, Harriman, Ford und andere. Die Bush-Familie stellte einen Bankier dieser Hitlerfinanziers, den Vater und Großvater nicht nur eines sondern zweier US-Präsidenten in unserer jüngsten Zeit.

Die Übersetzungsarbeit ging leicht von der Hand, da die Sprache einfach und direkt ist, die meiste Zeit über sogar geradezu wie ein Gespräch. Ferner ist mein Kontakt, der Co-Autor Greg Hallett, höchst sympathisch mit einem guten Sinn für Humor. Ungeachtet dessen haben er und The Spymaster ihr Buch selbstverständlich nicht als ein Werk des Humors sondern als eine Aufzeichnung ihrer historischen Einsichten verfaßt, die ihnen von ihren Kontakten in der Welt der Geheimdienste gegeben worden sind.

Wenn ich gefragt werden, warum ich eingewilligt habe, der Übersetzer eines solchen *scheinbar* unerhörten Geschichtsbuchs zu sein, muß ich darauf hinweisen, daß das Buch der Wahrheit erstaunlich nahe kommt, näher als die sogenannten Hitler-Biographien. Sie werden vielleicht verwundert fragen: Wie kann ich das wissen? Meine Erwiderung: Als Deutscher wissen Sie nicht viel von der Geschichte. Abgesehen von weniger als zwölf Ausnahmen an deutschen Universitäten, und abgesehen von Geheimdienstlern und Spitzenpolitikern mit einschlägigem Ressort, gibt es in Deutschland keine Person, die einen guten Überblick über den Schlüssel hat – die dunkle Seite der amerikanischen Geschichte. Alles, was wir wissen, ist eine polierte Propagandaversion der amerikanischen Geschichte – von der Machart, die durch Worte gekennzeichnet wird wie „gut und herrlich". Das ist ein gefährlicher Mythos, der eng mit dem Hitlermythos verbunden ist. Bis heute überstrahlt der Mythos die Zweifel, aber er verdämmert.

Ich hatte das Privileg, schon früh meine Barrieren der Unwissenheit über die USA zu durchbrechen, nämlich während meiner Studien über die amerikanische Rechtsgeschichte 1985 bis 2000, und Gerichtsprozesse in dem bestechlichen amerikanischen Gerichtssystem. (Dort nennt man es nicht Bestechung sondern Wahlkampffinanzierung für die Wahlkämpfe der Richter auf Landesebene, und andere ähnliche Mechanismen für Richter auf der Bundesebene.) Aber dieses Buch geht über ein anderes Thema, das Jahrzehnte in unserer Vergangenheit liegt.

Wenn Sie dieses Buch lesen, wird sich bei Ihnen eine Frage zu Wort melden: Ist es wahr? Kann dies unabhängig verifiziert werden? In Vorwegnahme dieser Frage, die ich mir ja auch selbst gestellt habe, habe ich einen Forschungsbericht erstellt, der unsere Frage beantwortet. Der Bericht hat meine eigene Ungewißheit zu meiner Zufriedenheit gelöst: Ein breites Feld der Finanzgeschichte, das der deutschen Leserschaft praktisch unbekannt ist, beweist, daß Adolf Hitler ein sehr hoch bezahlter britischer Agent war. Dieser Befund ist vollkommen unabhängig von dem vorliegenden Buch. Aufgrund dieses unabhängigen Befunds war ich einverstanden, dieses Buch für diejenigen Leser zu übersetzen, die mehr als alle anderen das Recht haben, zu untersuchen, was wirklich passiert ist: die Deutschen.

Für meinen Forschungsbericht per Juli diesen Jahres siehe mein Nachwort am Ende dieses Buchs.

Das Buch liegt hier in überarbeiteter Fassung vor. Der erste Absatz von Kapitel 1 ist neu. Kapitel 2 wurde mit einer neuen Einleitung versehen.

Ich wünsche diesem Buch skeptische Leser von offener Geisteshaltung, die nach der Wahrheit hinter der bröckelnden Fassade suchen.

Dr. jur. Stefan Grossmann
Frankfurt am Main, August 2008

{The 2nd-to-the-last paragraph of the Translator's Preface was added. It reads, in English: The book is submitted here in a revised version. The first paragraph of chapter 1 is new. Chapter 2 was provided with a new introduction.}

„Er erstaunte uns dann, indem er mit Bewunderung vom Britischen Empire sprach, von der Notwendigkeit seiner Existenz, und von der Zivilisation, die Großbritannien in die Welt gebracht hatte ...
Er verglich das Britische Empire mit der katholischen Kirche – er sagte, daß beide notwendige Elemente der Stabilität in der Welt seien. Er sagte, daß alles, was er von Großbritannien wollte, war, daß es Deutschlands Position auf dem Kontinent anerkennen solle.
Die Rückgabe von Deutschlands verlorenen Kolonien sei wünschenswert, aber nicht wesentlich; und er würde sogar anbieten, Großbritannien mit Truppen zu unterstützen, wenn sie irgendwo in Schwierigkeiten verwickelt würden.“
Dies faßt zusammen Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt über Adolf Hitlers Worte in einer Unterredung am 24. Mai 1940 bezüglich des Nichtangriffs auf die alliierten Truppen bei Dünkirchen, zitiert bei dem renommierten englischen Militärhistoriker Basil H. LIDDELL HART *(The Other Side of the Hill*, 1948, Kapitel 10). Adolf Hitler hatte zuvor schon Ähnliches geschrieben in seinem anglophilen jämmerlichen Machwerk *Mein Kampf*. Bei der zitierten Unterredung waren noch zwei Adjutanten zugegen. Generaloberst von Rundstedt wurde am 19. Juli 1940 zum Generalfeldmarschall hochbefördert, in den Wochen nach Dünkirchen.

Adolf Hitlers eigenes Motiv, über 300.000 Truppen der angeblichen Kriegsgegner bei Dünkirchen entkommen zu lassen, war nach seinen eigenen Worten sein Wunsch, das Britische Empire nicht in seinem Bestand zu gefährden. Kein ernsthafter der Wahrheit verpflichteter Historiker kann das substantiiert in Zweifel ziehen. Wie irregeleitet muß ein Volk sein, um mißzuverstehen, daß Hitler seinem Kriegsgegner Großbritannien bei Dünkirchen deshalb das Leben gerettet hat, weil er ihn schützen wollte, wie er es selbst schrieb und sagte? Was ist das für ein angeblicher Kriegsherr, der seinen angeblichen Kriegsgegner am Boden hat, ihn eigenhändig aufhebt und nach Hause schickt, damit er noch für Jahre weiterkämpfen kann, bis das Land des Kriegsherren selbst in Trümmern liegt? Warum hat Hitler von Rundstedt, den Kommandeur für das strategisch fatale deutsche Militärversagen bei Dünkirchen, gleich danach in den höchsten Offiziersrang befördert? Nicht nur *hat* Hitler seine alliierten Gegner Ende Mai, Anfang Juni 1940 vor der militärischen Vernichtung geschützt: das war kein Mißgriff sondern war seine *Absicht wie geäußert.* Die Engländer haben von Rundstedt aus amerikanischer Gefangenschaft geholt, ihn in den Nürnberger Prozessen als einen von ganz wenigen von Hitlers Generälen ohne Prozeß laufen lassen und ihn in der englischen Besatzungszone in Hannover ganz bequem in ein Altersheim gesteckt; die Amerikaner haben schon damals vermutet, da seien politische Motive im Spiel.
Es wird oft gesagt, man hätte auf Hitlers Worte achten müssen; dann hätte man den Krieg und den Holocaust kommen sehen können. Mehr noch: Man hätte auf Hitlers Worte achten müssen; dann wäre es einem noch klarer als zuvor, was er wirklich wollte. So abscheulich die Holocaust-Lüge ist, nicht zuletzt weil sie die Gerichte dazu bringt, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einschränkend auszulegen: Lügen, die noch viel schlimmer sind als jede Holocaust-Lüge, umschleiern die Gestalt von Adolf Hitler bis heute wie eine dunkle Gewitterfront.

{I changed this page on August 12, 2008. It reflects Liddell-Hart , his chapter 10, about Hitler’s own statement to Marshal von Runstadt on 24 Mai 1940 – namely, to preserve the existence of the British Empire. See my English translation for you on the next page. S.G.}

{Translation of foregoing changed page.}

{„He then astonished us by speaking with admiration of the British Empire, of the necessity for its existence, and of the civilisation that Britain had brought into the world ...
„He compared the British Empire with the Catholic Church – saying they were both essential elements of stability in the world. He said that all he wanted from Britain was that she should acknowledge Germany's position on the continent.
„The return of Germany's lost colonies would be desirable, but not essential, and he would even offer to support Britain with troops, if she should be involved in any difficulties anywhere."
This summarizes General Field Marshal Gerd von Rundstedt on Adolf Hitler's words in a discussion on 24 May 1940 relating to the non-attack on the allied troops at Dunkirk, cited in the renowned British military historian Basil H. LIDDELL HART *(The Other Side of the Hill,* 1948, chapter 10). Adolf Hitler had previously written similarly in his anglophile abominable tome *Mein Kampf.* Two adjutants were also present during the aforesaid discussion. Colonel-General von Rundstedt was elevated to General Field Marshal on 19 July 1940 in the weeks after Dunkirk.

Adolf Hitler's own motive for letting over 300,000 troops of the alleged war enemy escape at Dunkirk was, according to his own words, his wish not to jeopardize the existence of the British Empire. No serious truth-oriented historian can cast substantiated doubt on this. How misled must a nation be in order to misunderstand that Hitler saved the life of his war enemy Great Britain at Dunkirk for the very reason that he wanted to protect it, as he himself said and wrote? What kind of an alleged war lord is that who has his alleged war enemy on the floor, picks him up with his own hands and then sends him home for him to continue fighting for years, until the country of the war lord is fallen in smoldering ruins? Why did Hitler promote von Rundstedt, the commander of the strategically fatal German military failure at Dunkirk, right after the act, to the highest officers rank? Not only *did* Hitler protect his allied opponents in late May, early June 1940 from military destruction: that was not a blunder but it was his *intention as stated.* The British hailed von Rundstedt out of Soviet captivity, they let him, as one of very few of Hitler's generals, get away scott free without a day in court in the Nuremberg Trials, and then they comfortably retired him in an old age home in Hannover in the British occupied zone; the Americans even back then suspected political motives for this tidy chain of events. It is often said that one should have paid attention to Hitler's words; for then one would have been able to see the war and the holocaust coming. But more than that: One should have paid attention to Hitler's words; then it would stand out even more clearly what his intentions were. As terrible as the lies of holocaust denial are, not least because they make the courts interpret the civil right of free opinion in a restrictive fashion: lies that are far worse than any holocaust denial are enshrouding the figure of Adolf Hitler to this very day like a dark storm front.}

{Contents – adjust page numbers in final editing}

INHALT

1 LEBENDE BIBLIOTHEKEN

Der US-General Smedley BUTLER hat im vorigen Jahrhundert aus der Schule geplaudert und ein Buch des Titels verfaßt: *War is a racket.*[1] Das heißt sinngemäß, daß der Krieg ein langfristig geplantes Mafiageschäft ist. Die geheimdienstliche Sicht von Hitler und aller Kriege ist genau das, soweit es je offen mitgeteilt wird. Was der Mann auf der Straße über den Krieg glaubt, nehmen die Geheimdienstler in keiner Weise ernst. Soweit die Meinung des Mannes auf der Straße ein Faktor in der Geschichte ist, wird sie als beeinflußbare Unwissenheit verbucht. Die emotionale Einstellung, dies intern zu verarbeiten, ist Humor. Das ist der Grund - der einzige Grund -, warum Humor in der folgenden Darstellung so häufig durchscheint. Hitler war ein „gemachtes“ Phänomen. Um Hitler zu verstehen, muß man sich in die Denkweise seiner Macher hineinfühlen.

{The foregoing paragraph was added. I find this necessary for the emotional response to the book which is full of humor. This can possibly turn the German reader off totally if it is received in the wrong vein. The foregoing paragraph reads in English: US-General Smedley Butler wrote a book in the last century entitled: War is a racket. That means to say that war is a mafia business that is planned on a long-term scale. The intelligence view of Hitler and of all wars is precisely that, as far as it is ever openly mentioned. What the man in the street believes about war is not taken seriously by intelligence agents in any way. To the extent that the opinion of the man in the street is a factor in history it is accounted for as ignorance that can be manipulated. The emotional approach to handle this internally is humor. That is the reason - the only reason - why humor shines through the lines of the folloing narrative so often. Hitler was a „made” phenomenon. In order to understand Hitler one must get the feel for the way how his makers think.}

{The rest below is a close but readable 1:1 translation of chapter 1.}

Zu Beginn einer Mission ist die Lebenserwartung sehr gering. Wenn sechs Operative auf einer Mission sind, dann erzählen sie eine oder zwei Geschichten, wie es wirklich passiert ist. Schließlich haben sie ja nichts zu verlieren. Ein paar der Agenten sterben, vier sind übrig und haben acht Geschichten. Nach ein oder zwei Jahrzehnten fangen die Geschichten an, sich zu wiederholen; aber diesen erschreckten, überraschten Überlebenden steckt die Weltgeschichte tief unter der dicken Haut. Während sie reden und dabei ihre Umgebung vergessen, offenbaren sie ihre Geheimnisse; und eine ganz neue Welt tut sich auf.

Das Problem mit Agenten ist, daß sie eine Rolle gespielt haben, jedoch nicht in das Gesamtbild eingeweiht worden sind. Jeder hatte ein Stück der Beweise mitzuteilen; aber nur, wenn man ihre verschiedenen Geschichten sammelt, erhält man ein ganzes Bild. Wenn Herr 08/15 mehr als einen von ihnen interviewt und ihnen ihren kollektiven Anteil an der Geschichte zeigt, dann stellt sich sofort eine schützende und teilnehmende Freundschaft ein. Ihr Rat ist immer richtig. Schließlich sind sie ja die Überlebenden der Ideologien diverer Regierungen und der bizarren Gelüste der Macht.

Indem sich diese Geschichten ausrollen und in Perspektive gelegt werden, entfaltet sich die Natur der Geheimdienste. Bei fünf Jahrzehnten von Geschichten von mehr als einem Spieler überlappen ihre Geschichten tausendfach; und eine zusammenhängende Geschichte

[1] Smedley BUTLER, *War is a Racket*, New York 1935. Der hochdekorierte General verwendet als Hauptbeispiel den ersten Weltkrieg. Dieser Absatz im obigen Text stammt vom Übersetzer in Absprache mit den Verfassern.

wird geboren. So viel ich Ihnen hier zeige – noch viel mehr wird weggelassen. Indem Soldaten, Autoren und Historiker wegsterben, verlassen ihre Aufzeichnungen oft mit ihnen die Welt.

Viel von Geschichte wird aus fabrizierten Dokumenten erschaffen. Die wahre Geschichte allerdings versieht uns mit einem Verständnisschatz über die „bizarren Strebungen der Menschheit nach Reichtum und Macht“, unsere wechselseitige Zerstörung, das Verlangen nach Massenmord, und die darauf folgende Verschleierung. Heldentum wird im Krieg verschwendet – man mag die Schlacht gewinnen aber den Krieg verlieren, während Verrat mit ganzen Ländern belohnt wird nebst Kost und Logis umsonst ... aber dein Leben gehört nicht dir.

Geheimgesellschaften haben schon seit Langem Zugang zu den eigentlichen Ereignissen in der Geschichte. Dies ist die Geschichte dessen, was der Geheimdienst durch die Jahrhunderte tradiert hat und der Elite zum Erfolg zugänglich gemacht hat. Dies ist das Wissen der Macht. Es gibt vier Methoden, um an dieses „Wissen der Macht“ zu gelangen: Der erste besteht darin, erschöpfende Recherchen von Null an anzustellen. Der zweite, wenn man die Gelegenheit hat, „lebende Bibliotheken“ zu interviewen – alte Geheimdienstleute, die jenen klugen, mißtrauischen, fragenden Blick in ihren Augen haben (der zu viel Aktion und völlige Überraschung bezeugt, daß man noch am Leben ist). Der dritte, ein aktiver Historiker zu sein, der den Lauf der Geschichte durch den Tropfen herbeiführt, der das Faß zum Überlaufen bringt. Der vierte, einer Geheimgesellschaft anzugehören und sich nach oben zu arbeiten, wobei man, erst einmal oben angelangt, dann allerdings die Information nicht mehr offenbaren kann ... dies macht Bücher wie dieses hier so selten.

Ich habe Zugang zu drei dieser Methoden und kann dreißig andere benennen, die so ordinär und bizarr sind, daß man sie gewöhnlich für Erfindung und Fantasie hält – aber sie funktionieren, einige nur zum Starten, andere für die Details ohne das Gesamtbild.

Ich bin neulich gefragt worden: „Wie sind Sie ohne Eintrittskarte an hundert Wachen vorbei zu dem Abendessen mit Vortrag von Präsident Bill Clinton gelangt?“ Ganz einfach. Ich habe eine Technik verwendet, die so ordinär und bizarr ist, daß man sie für Fantasie halten würde, eine Technik, die ich 18 Stunden zuvor erfunden hatte. Das Glück lächelt dem Tapferen; und die Geschichte ist jenen anvertraut, die den Integritätstest am längsten bestehen.

Der Lackmustest, wie mit Geschichte, ist „was auch immer gehen mag“. Diese Geschichte beschränkt sich nicht darauf, in einem britischen Winkel zu stehen.

Die Geschichte wiederholt sich alle 60 Jahre, plus oder minus zwei Jahre. Um das Jetzt zu studieren, ist der effektivste Ausgangspunkt die Zeit vor 60 Jahren, wo man lernen kann, wie die Vorgänger der heutigen historischen Akteure ihr Training erhielten.

In jedem Krieg gibt es Doppelagenten, die bis an die Spitze reichen. Je effektiver sie sind, desto stärker kompromittiert sind sie, und desto stärker werden sie nachher im Geheimen beschützt, durch die Zeitalter hindurch.

Kriege werden immer durch Doppelagenten und korrumpierte Prinzipien hervorgerufen. Kriege beruhen immer auf dem Profit. Diejenigen, die profitieren, ignorieren die Toten. Diejenigen, die leiden, kommen an den Toten niemals vorbei. In diesem Sinne vermag nur eine unbelastete Generation, den Schwindel des Krieges zu durchschauen.

Um einen Krieg zu erzeugen, muß man zuerst einen fiktiven Gegner erfinden; und dann muß man ausziehen, um ihn zu töten – ohne den eigenen Doppelagenten dabei umzubringen. In den meisten Fällen muß man den Doppelagenten wie auch den Feind selbst anzüchten. Dies ist seit über einem Jahrhundert gängige Praxis.

Stalin begann sein britisches Training 1907 und Hitler begann sein britisches Training 1912. In beiden Fällen wurden diese Doppelagenten schließlich die Staatsoberhäupter der Länder, die ihnen ihre Trainer gegeben hatten. Stalin war aus Georgien und erhielt Rußland; Hitler war aus Österreich und erhielt Deutschland.

Um dies zu illustrieren, ist es notwendig, den Krieg in seine Komponenten und die resultierende Sozialkontrolle herunterzubrechen. Obgleich die Toten höchst real sind, besteht Krieg zu einem erheblichen Teil aus Schall und Rauch. Verschleierungen und Lügen, die von organisierten Gesellschaften ausgeführt werden, die uns ständig mit Zaubertricks umgarnen – ein unablässiger Lauf im großen Hakenschlagen.

Um die wirklichen Ereignisse offenzulegen, muß man verstehen, wie diese Tricks ausgeführt werden. Geheimgesellschaften haben „ein Gedächtnis, Rachegelüste, Ziel und Resourcen über Generationen hinaus"; und dies ist es, was sie so mächtig macht.

„Die, die unsere Anführer werden wollen, wählen die Prüfungen des Krieges, um sich des Privilegs würdig zu erweisen."

„Was ist, wenn gerade Frieden ist?"

„Es gibt immer Kriege, die ausgefochten werden müssen."[2]

Wenn die britischen *Freimaurer* Krieg machen wollen, dann versorgen die amerikanischen *Skulls* sie über den Atlantik mit Munition und umgekehrt. Wenn entweder die Freimaurer oder die Skulls einen Krieg für Profite brauchen, dann setzen sie MI-6 und den CIA ein, um ihn zu erzeugen.

Die Geheimdienste anderer Länder sind ebenfalls beteiligt. Sie beteiligen sich auf der Grundlage, sexuelle Minderheitspraktiken welcher Art auch immer ihrer Anführer zu schützen. Die abweichenden Sexualpraktiken der Anführer von Ländern sind *der* Hauptgrund für die Fehlkalkulationen des Krieges.

Mit monogamen heterosexuellen Anführern halbiert sich die Häufigkeit von Kriegen. Als Resultat besteht die Tendenz, Anführer, die nichts zu verbergen haben, zu eliminieren, entweder durch Frustration ehe sie an die Macht gelangen, oder wenn sie an der Macht sind indem man sie umbringt. Das ist die Natur des Krieges. Tote zählen nicht, nicht einmal wenn es die eigenen Anführer sind.

Gleich nach dem zweiten Weltkrieg wurde der OSS (Office of Strategic Services) durch den CIA ersetzt (Central Intelligence Agency, 1946). Der CIA entwickelte sich zu einer ehrgeizigen, skrupellosen, sich selbst unterworfenen Organisation auf hoher Ebene – im Effekt ein marodierender Staat in Bewegung, ein umherschweifender Eroberer.

Die Skulls (deutsch: Totenköpfe) rekrutierten ihre neuen Mitglieder aus dem CIA. Der Prominteste hiervon war George Herbert Walker Bush (Bush senior) 1948, gefolgt von George W. Bush 1968 (der gegenwärtige amerikanische Präsident). Die Skulls wurden 1832 an der Yale-Universität für die Elitekinder der Wall Street-Bankiers gegründet. Sie waren mit den Illuminaten verbunden (gegründet am 1. Mai 1776); und durch diese hatten sie Zugang zu den Freimaurern und den Mercers. Sie nehmen 15 neue Mitglieder pro Jahr auf.

2003, just vor seiner Amtseinführung als Governeur von Kalifornien, wurde Arnold Schwarzenegger ein 16tes Mitglied der Skulls. Das geschieht nicht sehr oft.

Amerika, diese boshafte, jugendliche, rachedurstige Fortuna, gab ihr Bestes, um von den gemanagten Kriegen, nämlich dem ersten Weltkrieg (1914-1918) und dem zweiten Weltkrieg (1939-1945) zu profitieren. Diese waren europäische Bürgerkriege und freimaurerische Kriege – als Vergeltung für den amerikanischen Bürgerkrieg (1861-1865), den die Briten einige Jahrzehnte zuvor arrangiert hatten ... und so wird Geschichte gebildet.

Der Teufel steckt in den Details und die Details werden selten offenbart.

---

[2] The Skulls, 1999.

2 ADOLF HITLER
DER INZESTUÖSE KATHOLISCHE JUDE

{Chapter 2 cannot be published legally without some modification for the German edition. It would ***extremely*** likely draw successful slander litigation by Jewish lobby interests. The German courts from the lowest to the highest will kowtow if there is any opening. Example: Certain statements based on the single strength of Eustace Mullins have been held slanderous by a valid precedent of the highest court from the 1950s. The consequences can be: court order to seize printed books, court order to gag authors from further publications, damages, fines. I'll take any heat of your criticism, of course, but I will stand to this point. Note that the form of presentation is critical. Is there a legitimate independent research cover for the facts? Are the authors making own statements versus pointing out external sources independent from themselves? The law takes the text of one book in its entirety; that is, a "Chapter Introduction" can serve the purpose of German legalities. The only way to smuggle this chapter through is to give it a trial format.}

Vieles über Hitlers Abstammung konnte bis heute aufgeklärt werden oder war sogar schon zu Hitlers Lebzeiten bekannt. Die Frage jedoch, wer der Vater von Adolf Hitlers Vater war, bleibt bis heute eines der bestgehüteten Geheimnisse unserer Vergangenheit. Die Antwort auf diese Frage war aus unserer heutigen Sicht Hitlers Existenzgeheimnis.

Wenn Adolf Hitler einen wunden Punkt in seiner Vergangenheit hatte, dann war es seine Abstammung. Hitler tat alles in seiner Macht stehende, um zu verhindern, daß bekannt wird, wer sein Großvater väterlicherseits war. Er machte zeitlebens generell ein großes Geheimnis um alles, was seine Herkunft betraf. Beispielsweise wurde 1930 bekannt, daß Leute versuchten, Hitlers Familienhintergrund aufzuklären. Diesbezüglich sagte Hitler: „Diese Leute dürfen nicht wissen, wer ich bin. Sie dürfen nicht wissen, woher ich komme und aus welcher Familie ich stamme.“[3]

2.1 Das Problem von Hitlers Abstammung

Der Film „Der Untergang“ (2004) mit Bruno Ganz in der Hauptrolle beruht auf dem gleichnamigen Buch von Joachim Fest und bemüht sich darum, die Ereignisse von Hitlers letzten Wochen möglichst authentisch auf die Leinwand zu bringen. In der mitternächtlichen Hochzeitsszene im Bunker fragt der Standesbeamte Eva Braun nach ihrem Ariernachweis. Sie händigt ihm diesen aus; er wirft einen kurzen prüfenden Blick darauf, und fragt dann Adolf Hitler nach seinem Ariernachweis. Hitler hat jedoch keinen Ariernachweis. Trauzeuge Dr. Josef Goebbels wirft ein, daß der Standesbeamte es doch mit dem Führer zu tun habe. Der Standesbeamte übergeht daraufhin diesen Punkt stillschweigend und verheiratet die beiden.

Hitler hatte keinen Ariernachweis. Er hätte keinen solchen Ausweis bekommen können, da die Belege für seine Abstammung sorgfältig vernichtet waren. Soweit es bekannt ist, hat Hitler auch nie die Ausstellung eines solchen Ausweises für sich veranlaßt oder in Gang gebracht.

---

[3] DER SPIEGEL, 1967, Nr. 31, S. 40; zitiert nach Joachim FEST, *Hitler*, 1973, S. 31. Die Abschnitte bis zum Ende von 2.5 dieses Kapitels stammen vom Übersetzer in Absprache mit den Verfassern.

Es gab zu Hitlers Lebzeiten zahlreiche Gerüchte, daß der Vater seines Vaters jüdisch gewesen sei.

Eine mündlichen Information aus Geheimdienstkreisen zufolge hatte Hitler einen britischen Paß, der den Vermerk „Jude“ (Jew) trug.

Nach einer weiteren mündlichen Information aus Geheimdienstkreisen war Hitlers Großvater väterlicherseits ein führendes Mitglied der Rothschild-Familie in Wien. Diese Information soll hier allerdings nicht ungeprüft mitgeteilt werden. Namhafte Historiker haben nämlich einer solchen Aussage immer wieder entgegengehalten, dies lasse sich nicht mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft beweisen.

Joachim FEST zufolge ist (bis heute) der gültige Stand der Geschichtswissenschaft:[4]

> „Eine erneute Nachforschungsaktion, im August 1942 von der Gestapo im Auftrag Heinrich Himmlers unternommen, blieb ohne greifbaren Erfolg, und nicht viel gesicherter als alle übrigen Großvaterschaftstheorien, wenn auch von einigem kombinatorischen Ehrgeiz zeugend, ist die Version, die Johann Nepomuk Hüttler mit ‚an absolute Sicherheit grenzende Wahrcheinlichkeit‘ als Vater Alois Schicklgrubers bezeichnet. Zuletzt endet die eine wie die andere dieser Thesen im Dunkel verworrener, von Not, Dumpfheit und ländlicher Bigotterie geprägter Verhältnisse: Adolf Hitler wußte nicht, wer sein Großvater war.“

Demgegenüber behaupten unsere Geheimdienstquellen, daß der Vater von Adolf Hitlers Vater ein führendes Mitglied der Rothschildfamilie war. Dieselben Quellen behaupten, daß Adolf Hitler dies auch wußte und davon getrieben war, dies um jeden Preis geheimzuhalten. Dieselben Quellen behaupten, daß dies Teil einer langfristigen Strategie war. Wir glauben unseren Quellen, da wir ihre persönliche Glaubwürdigkeit beurteilen können. Wir glauben darüber hinaus jedoch auch, daß es dokumentierte Gründe dafür gibt, anzunehmen:

- daß zahlreiche Geschichtsbücher diesen Zusammenhang gezielt verdunkeln, und
- daß sich eine Beweiskette zur Würdigung durch den Leser dafür bilden läßt, daß Hitlers Großvater väterlicherseits ein führendes Mitglied der Rothschild-Familie war.

Wir sind zunächst auf Indizien angewiesen. Es folgt zwei Beispiele, die den Zweifel beleuchten:

1. In New York leben drei männliche Verwandte von Adolf Hitler aus seiner direkten väterlichen Linie. Man könnte bei Einverständnis der Beteiligten durch Gentests leicht herausfinden, ob und welche Blutsverwandtschaft mit den Rothschilds besteht. Aber das wird offenbar nicht gewollt. So muß man dieser Geschichte wohl weiterhin ohne klärenden Gentest nachgehen.

2. Das Hitler-Regime hat 1941 einer führenden jüdischen Bankiersfamilie einen kaum glaublichen aber wahren Gefallen getan, nämlich der Familie Warburg. Die Warburgs galten als Geschäftsagenten für die Rothschild-Bankinteressen. Dazu muß man folgendes wissen:

1913 wurde in den USA eine große Privatbank bestimmter reicher Familien (einschließlich Rothschild und Rockefeller) gegründet, die bis heute als öffentliche Notenbank der USA fungiert (die Federal Reserve Bank). Während des ersten Weltkriegs war der in Deutschland geborene jüdische Bankier Paul Warburg der Gouverneur der privaten US-Notenbank. Sein Bruder Max Warburg war im ersten Weltkrieg der deutsche Geheimdienstchef und Finanzier von Vladimir Iljich Lenin.[5]

---

[4] Joachim C. FEST, *Hitler,* München 1973, S. 32.

[5] Eustace MULLINS, *Secrets of the Federal Reserve*, 1952, Kapitel acht (erster Weltkrieg).

Zusammen mit den Familien Rockefeller, Harriman, Walker/Bush, Ford und anderen, auch mit Fritz Thyssen, Friedrich Flick und dem I.G. Farben-Kartell brachte Max Warburg riesige amerikanische Investitionen in die deutsche Industrie und baute die deutsche Kriegsfinanzierung für Hitlers Krieg auf. Weitere Helfer waren Hjalmar Schacht und Max Warburgs enger Freund Montagu Norman, der Gouverneur der Bank von England. Ein Dach hierfür war der Dawes-Plan, später als Young-Plan modifiziert, nebst Rückkehr der USA nach Europa nach dem Ende des ersten Weltkriegs.

Im März 1941, wurden 14 Angestellte und Familienangehörige von Warburg & Co., der holländischen Niederlassung der internationalen Familienbank M.M. Warburg & Co., ungewöhnlicherweise aus dem Lande verschickt. Man würde eigentlich vermuten, daß die Nazis, die Holland besetzt hielten, die jüdischen Bankiers mit Furor direkt in ein Konzentrationslager geschickt haben würden. Doch nein. Die Vierzehn wurden auf einen Linienzug gesetzt und erhielten eine besondere SS-Eskorte, die sie bewachen und beschützen sollte. Aufgrund anderweitiger Abkommen fuhren in diesem Zug noch andere Warburgs mit. Der Zug fuhr durch das besetzte Frankreich, durch das nicht besetzte Frankreich, Spanien und Portugal. Nach einer Darstellung hielt das Warburg-Kontingent seine Abteiltüren verschlossen, damit die SS-Wachen nicht hereinkommen konnten. Unmittelbar for der französischen Grenze sagte ein SS-Mann eine Person im Warburgabteil: „Wir sollen Sie bis San Sebastian begleiten, aber ich habe eine Freundin in Hendaye. Würden Sie mir gestatten, Sie in Hendaye zu verlassen?“ Der angesprochene Warburg antwortete trocken: „Ich glaube, daß wir das selbst schaffen.“ In Lissabon ging die Gruppe an Bord eines Schiffs nach Kuba und reiste dann in die USA ein, mit Visas, die mit Hilfe der amerikanischen Warburgs erlangt wurden. Einige von ihnen erhielten als Angestellte von E. M. Warburg & Co. an der Wall Street Beschäftigung.[6]

Nach dem Aufbau des Nazireichs wird man sicher annehmen dürfen, daß diese Aktion im Einverständnis Hitlers erfolgt. Sie widerspricht krass der projizierten Annahme des blindwütigen Judenverfolgers. Unglaublich aber doch glaubwürdig berichtet, ist es, daß der SS-Mann sich das Einverständnis des Mitglieds der Warburg-Familie einholte, den Zug vorzeitig verlassen zu dürfen. Die konventionelle Hitler-Biographie hat keinerlei Erklärung hierfür.

2.2 Hitlers manische Spurenbeseitigung

Die Spurenbeseitigung war eine Manie Hitlers. Soweit wir dies anhand der verbleibenden historischen Dokumentation beurteilen können, wollte Hitler vertuschen, daß er aus kleinen und inzestuösen Verhältnissen stammte. Er wollte nicht vertuschen, daß er als Österreicher geboren wurde, was man ohnehin wußte. Er wollte wohl auch nicht mit gesteigerter Heftigkeit vertuschen, daß sein Vater ein uneheliches Kind war. Denn all dies kann man ja heute gut belegen. Hitler hätte dies vertuschen können, wenn dies sein Ziel gewesen wäre. Aber auch dies war nach diesen Überlegungen nicht sein Ziel.

Das Fehlen eines Ariernachweises für Adolf Hitler läßt plausibel schließen, daß Hitlers Manie wohl einen rassischen Aspekt hatte. Nach Würdigung der Sache sagt einem dies der gemeine Menschenverstand.

Man schaue einmal genau darauf, was Adolf Hitler alles unternommen hat, um die Spuren seiner Abstammung zu beseitigen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der väterlichen Linie.

6 Ron CHERNOW, *The Warburgs, the twentieth century odyssey of a remarkable Jewish family,* New York 1993, s. 508 f.

Die Vorfahren von Alois Hitler (dem Vater Adolf Hitlers) stammten angeblich aus der Gegend um Döllersheim im österreichischen Waldviertel. Die Ereignisse werden anschaulich von einem Heimathistoriker beschrieben:[7]

> „Wenige Wochen nach der Okkupation Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland begann die Deutsche Wehrmacht im Sommer 1938 im Waldviertel mit der Errichtung eines Schießplatzes. Er sollte ‚durch eine genau überlegte, in ihrer Realisierung handstreichartige Verfügung der NS-Militärbehörden' mit rund 19.081 Hektar ‚der größte des Deutschen Reiches' werden. Daß Hitlers Großmutter hier lebte und sein Vater in Strones bei Döllersheim geboren wurde, war kein Hinderungsgrund. Am 8. August 1938, 13 Monate vor Beginn des 2. Weltkriegs, fand das erste Scharfschießen der Deutschen Wehrmacht in den Dörfern rund um Groß-Poppen und Edelbach statt.
>
> Bis 1942 mußten zwischen den Bezirksstädten Zwettl, Horn und Waidhofen/Thaya nicht weniger als 42 Ortschaften, mehrere Streusiedlungen, Einzelgehöfte und Mühlen geräumt werden, vier Pfarren werden von der Landkarte gelöscht, fünf weitere schwer getroffen. Die rund 7.000 Bewohner, denen zum Teil nicht einmal Zeit zum Einholen der Ernte eingeräumt wird, wurden von der ‚Deutschen Ansiedlungsgesellschaft' ausgesiedelt."

Und weiter, mit den Details des Taufbuchs, die den heutigen Zweifel begründen:

> „In der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts lebte in dieser Gegend eine wohl sehr arme Frau namens Maria Anna Schickelgruber. 1796 wurde sie in Strones geboren und ist - noch recht jung - am 7. Jänner 1847 im Alter von 50 Jahren in Klein-Motten verstorben. Begraben wurde sie im Pfarrort Döllersheim. Sie war die Großmutter Adolf Hitlers. Am 7. Juni 1837 gebar sie in Strones Nr. 13 einen unehelichen Sohn namens Alois, der noch am selben Tag in Döllersheim getauft wurde. Fünf Jahre später heiratete sie den Müllergesellen Johann Georg Hiedler, der 1792 geboren war und bis 1857 lebte. Dieser legitimierte aber den vorehelichen Sohn seiner Frau zu Lebzeiten nicht. Der Sohn verbrachte seine Kindheit und Jugend auch nicht im Haushalt der Mutter, sondern auf dem Bauernhof des Johann Nepomuk Hiedler, eines Bruders seines Stiefvaters, in Spital bei Weitra.
>
> Erst 19 Jahre nach dem Tode des Johann Georg Hiedler, am 6. Juni 1876, erschien dieser Ziehvater Johann Nepomuk Hiedler mit drei Zeugen, Bauern aus Spital, beim Notar Joseph Penker in Weitra und gab die Erklärung ab, der damals 39-jährige Aloys Schickelgruber sei der Sohn seines verstorbenen Bruders Johann Georg Hiedler, was der Notar beglaubigte. Am folgenden Tag kamen die vier Männer zu Pfarrer Joseph Zahnschirm nach Döllersheim, der den Namen Schickelgruber im Taufbuch durchstrich und durch ‚Hitler' ersetzte - die Schreibweise, die sich auch im Protokoll des Notars in Weitra findet.
>
> Weiters füllte er die bis dahin leere Rubrik ‚Vater' mit Georg Hitler aus. Die drei Zeugen bekräftigten dies mit jeweils drei Kreuzen - sie konnten nicht schreiben. Unmittelbar danach ließ Aloys Schickelgruber seinen Namen in Hitler ändern."

Und weiter, über den messiansichen Aspekt von Hitler's Selbstverständnis:

[7] Johannes MÜLLNER, *Die entweihte Heimat*, 1983 (zitiert nach der Online-Ausgabe).

> „Jüngere Forschungen belegen, daß derartige Motive durchaus nicht unbedeutend dafür gewesen sein könnten, daß der Übungsplatz gerade hier, in der Heimat von Hitlers Vorfahren, angelegt wurde: ‚Sitzungsbericht vom 14. August 1943 - Vorschlag 6 - ... zur Vorlage an den Führer angenommen: ‚Sofortige und bedingungslose Abschaffung sämtlicher Religionsbekenntnisse nach dem Endsieg ... mit gleichzeitiger Proklamierung Adolf Hitlers zum neuen Messias. ... Der Führer ist dabei als ein Mittelding zwischen Erlöser und Befreier hinzustellen – jedenfalls aber als Gottgesandter, dem göttliche Ehren zustehen. Die vorhandenen Kirchen, Kapellen, Tempel und Kultstätten der verschiedenen Religionsbekenntnisse sind in ‚Adolf Hitler Weihestätte' umzuwandeln. ... Als Vorbild des Gottgesandten möge die Figur des Gralsritters Lohengrin dienen ... Durch entsprechende Propaganda müßte die Herkunft des Führers noch mehr als bisher verschleiert werden, so wie auch sein künftiger Abgang einmal spurlos und in vollständiges Dunkel zu erfolgen hätte.' Unter diesen Vorschlag schrieb Hitler: ‚Der erste brauchbare Entwurf! Zur Bearbeitung an Dr. Göbbels.'"

Hitler hat es allerdings versäumt, die Abstammungsdokumente der zuständigen Pfarrei Döllersheim sicherstellen und vernichten zu lassen. Diese Abstammungsdokumente liegen uns noch heute vor und sind von der Geschichtsschreibung ausgewertet worden. Die Abstammung von Adolf Hitler läßt sich damit rekonstruieren. Unsicher bleibt lediglich, wer der Großvater väterlicherseits von Adolf Hitler denn wirklich war.

Die Verschleierung begann mit dem Taufeintrag von Aloys Schicklgruber, da seine uneheliche Mutter Anna Maria Schicklgruber es gegenüber dem Pfarrer verweigerte, den Namen des Vaters preiszugeben; zu blieb die Spalte im Taufbuch für den Namen des Vaters zunächst leer.[8]

Adolf Hitler hat es versäumt, die Dokumente vernichten zu lassen, die uns das folgende Bild seiner Abstammung hinterlassen. Es ist klar, daß Döllersheim etc. *nicht* etwa deshalb geräumt wurde, um Hitlers Abstammungsdokumente zu vernichten, die bis heute erhalten sind.[9]

2.3 Die Analyse von Walter C. Langer

Ein amerikanischer Analyst, Walter C. LANGER,[10] hat die wesentlichen zweifelhaften Punkte in der uns erhaltenen Dokumentation über Hitlers Abstammung zusammengefaßt. Walter Langer hat für den OSS gearbeitet, die Vorläuferorganisation des CIA. Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte er den Auftrag, eine Studie über Hitler zu verfassen. Es folgt ein Auszug aus dem Buch von Langer. Konventionelle Hitlerbiographien etwa von Joachim Fest klären uns über wesentliche Zweifelspunkte nicht auf. Nach geheimdienstlicher Sicht sind derartige Hitlerbiographien (z.B. die von Joachim Fest) zu wesentlichen Teilen Falsifikate von mehr oder weniger subtiler Machart.

> „Es gibt eine beträchtliche Unsicherheit, wenn man Hitlers Stammbaum studiert. Vieles davon beruht darauf, daß der Name unterschiedlich geschrieben worden ist: Hitler, Hidler, Hiedler und Huettler. Man darf allerdings annehmen, daß es

---

[8] Wolfgang ZDRAL, *Die Hitlers, Die unbekannte Familie des Führers*, Bergisch-Gladbach 2008, S. 13.

[9] Die Altmatriken der Pfarre Döllersheim wurden in das Diözesanarchiv in St. Pölten verbracht. In der Sammlung liegt auch das berühmte Taufbuch (VII/7/10/1837), in dem die Geburt und die Taufe von Aloys Schicklgruber aufgezeichnet sind, die Vaterschaft zunächst offen blieb, und in dem die Namensänderung in Aloys Hitler dokumentiert sind, siehe Müllner, Online-Ausgabe, http://www.doellersheim.at/doellersheim/Das_Buch/Die_Pfarre/die_pfarre.htm .

[10] Die folgende Darstellung ist ein Auszug aus: Walter C. LANGER, *The Mind of Adolf Hitler, The Secret Wartime Report*, New York 1972, S. 111-113.

im Prinzip immer der gleiche Name ist, der von verschiedenen Familienmitgliedern verschieden geschrieben worden ist, in einer bäuerlichen Familie, die wohl des Schreibens weitgehend unkundig war. Adolf Hitler selbst schrieb seinen Namen Hittler auf den ersten Mitgliederformularen der Partei; und seine Schwester schrieb ihren Namen als Hiedler. Ein weiteres Element der Verwirrung rührt daher, daß die Mutter von Adolfs Mutter ebenfalls hitler hieß, was später zum Familiennamen des Vaters wurde. Einiges von dieser Unsicherheit verflüchtigt sich allerdings wieder, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß Adolfs Eltern einen gemeinsamen Vorfahren hatten (Großvater des Vaters und Urgroßvater der Mutter), ein Bewohner des [damals] kulturell rückständigen Waldviertels in Österreich.

Adolfs Vater, Alois Hitler, war der uneheliche Sohn von Maria Anna Schicklgruber. Es wird häufig in Betracht gezogen, daß der Vater von Alois Hitler ein Johann Georg Hiedler war, ein Müllersgehilfe. Alois wurde nicht legitimiert und er trug den Namen seiner Mutter, bis er vierzig Jahre alt war, als er sich in Hitler umtaufen ließ. Warum genau dies notwendig war, ist nicht klar; aber generell wird gesagt, dies seit nötig gewesen, damit er ein Vermächtnis erhalten könne. Wo das Vermächtnis herkam, ist nicht klar. Man könnte annehmen, daß Johann Georg Hiedler auf seinem Sterbebett von Reue überkommen wurde, und seinem nichtehelichen Sohn ein Vermächtnis zusammen mit seinem Namen hinterließ. Es ist allerdings merkwürdig, daß er seinen Sohn nicht legitimiert hatte, als er fünfunddreißig Jahre zuvor Anna Schicklgruber geheiratet hatte. Warum der Sohn den Namen Hitler anstatt Hiedler annahm, bleibt ebenfalls ungeklärt. (...) Eine eigenartige Abfolge von Ereignissen vor Hitlers Geburt gibt reichlich Anlaß zur Spekulation(:)

(...)

1. Daß es unwahrscheinlich ist, daß ein Müllersgehilfe in einem kleinen Dorf in diesem Bezirk viel in Form eines Vermächtnisses zu hinterlassen haben würde.
2. Daß es merkwürdig ist, daß Johann Hiedler den Jungen nicht anerkannt haben würde, should not claim the boy until thirty-five years after he had married the mother and the mother had died.
3. Wenn Hiedler ein Vermächtnis hinterlassen haben würde unter der Bedingung, daß Alois seinen Namen annehme, wäre es ihm nicht möglich gewesen, sich in Hitler umtaufen zu lassen.
4. Daß die Intelligenz und das Verhalten von Alois, wie auch seiner beiden Söhne, völlig aus dem Rahmen fällt, den man gewöhnlich in österreichischen Bauernfamilien findet. (...)
5. Daß Alois Schicklgruber sein Heimatdorf in jugendlichem Alter verließ, um sein Glück in Wien zu suchen, wo seine Mutter gearbeitet hatte.
6. Daß es merkwürdig für Alois Hitler sein würde, während er als Zollbeamter in Braunau tätig war, einen Juden namens Prinz, aus Wien, als Adolfs Patenonkel zu wählen, es sei denn, daß er selbst Bande zu Juden empfand.”

Einzelheiten, wie der amerikanische Geheimdienstmitarbeiter recherchiert hat, daß Alois Hitler seinem Sohn Adolf zu einem jüdischen Paten namens Prinz aus Wien verholfen haben soll, werden nicht mitgeteilt.[11] Immerhin steht dieses selten mitgeteilte Rechercheergebnis des amerikanischen Kriegsgeheimdienstes in den Annalen. Es hatte soweit ersichtlich auch nicht den Zweck, während des Krieges als Propaganda verwertet zu werden.

[11] Das Recherchenetzwerk bezeichnet diese Information bezüglich Prinz als zutreffend aber als falsche Spur, in die man sich nicht verlieren soll.

Man könnte dies auch in einer kurzen Fußnote abtun; aber das bleibt dem Beurteilungsspielraum des Bearbeiters oder auch des Lesers überlassen.

Im Internet findet sich diese Information mehrfach zusammen mit der Behauptung erwähnt, daß die Ärzte der Hitler-Familie jüdisch gewesen seien, und/oder daß ein jüdischer Arzt bei der Geburt von Adolf Hitler geholfen haben soll. Das Recherchenetzwerk, hierzu befragt, hat geantwortet: Mehr als wahrscheinlich. Viele Ärzte waren Juden. Ärzte arbeiten oft auch für den Geheimdienst. Sie sind auch oft Freimaurer oder gehören einer anderen Geheimgesellschaft an.

2.4 Der Erpressungsversuch von William Patrick Hitler

Adolf Hitlers Halbbruder Alois Hitler junior in England hatte einen Wohn, William Patrick Hitler. William Patrick Hitler versuchte, sich seinem mächtigen Onkel Adolf Hitler anzunähern, was erst gelang, als William Patrick hieb- und stichfeste Verwandtschaftsnachweise vorlegen konnte. Sein Onkel Adolf gab ihm 500 Mark und verschaffte ihm eine Stelle bei Opel. William Patrick versuchte auch, Druck auf seinen Onkel auszuüben, indem er ihn wissen ließ, es könnten ja unangenehme Details aus der Familiengeschichte an die Öffentlichkeit gelangen.

Patrick Hitler schrieb 1939 tatsächlich einen, wenn auch sehr milden, Artikel in der Zeitung Paris-Soir. In dem Artikel wird ein Dienstherr von Anna Maria Schicklgruber in Graz namens Leopold Frankenreiter erwähnt.[12] Adolf Hitlers Rechtsanwalt Hans Frank hat, zuletzt in den Nürnberger Prozessen, verwirrenderweise einen gewissen Frankenberger in Graz erwähnt, der sich bei näherer Nachforschung jedoch inzwischen als nichtexistent erwiesen hat. Der Spiegel schreibt hierzu:

> „Ein Frankenberger kommt auch in den Grazer Einwohnerlisten jener Zeit nicht vor. Wohl aber entdeckten die Forscher jenen Leopold Frankenreiter, der von Hitlers Neffen William Patrick als Dienstherr von Hitlers Großmutter namhaft gemacht worden war. Dienstherr Frankenreiter, Sohn eines katholischen Schusters aus Bayern, war 1795 ebenfalls in Bayern geboren worden und nach Graz übergesiedelt, wo er den Beruf eines Fleischhauers und Flecksieders ausübte.“

Eine jüdische Verbindung war dies sicher nicht. Daß Hitlers Großmutter bei Leopold Frankenberger 1836 in Diensten stand, ist nicht erwiesen. Es gehörte angeblich zur Familiengeschichte der Schicklgrubers/Hitlers, daß ein Frankenreiter/-berger 14 Jahre lang Alimente für Aloys Schicklgruber (Hitlers Vater) bezahlt habe. Laut Hans Frank habe Adolf Hitler dies nicht bestritten.

Werner MASER hat recherchiert, daß Anna Maria Schicklgruber aus Strones weder im Grazer „Dienstbotenbuch“ noch im Grazer „Bürgerbuch“ registriert ist.[13]

Diese Einzelheiten werden hier angeführt, da der Bericht über die geheimdienstlichen Informationen weiter unten im Text (unten, 2.6) hierzu Stellung nimmt. Dabei wird die Spur Frankenreiter/Frankenberger als Desinformation eingeordnet. Das gibt immerhin einen weiteren Anhaltspunkt dafür, daß es etwas zu verbergen gab, und auch ungefähr, in welche Richtung das wohl gegangen sein mag.

---

[12] Siehe dazu die Recherchen des ehemaligen Landesarchivars Franz JETZINGER, *Hitlers Jugend, Phantasien, Lügen und die Wahrheit,* Wien 1956. Neuere Details hierzu per 2007 werden vom SPIEGEL online berichtet, https://www.spiegel.de/spiegel/vor50/0,1518,487012,00.html .

[13] Werner MASER, *Adolf Hitler,* München 1997, S. 28. Ausführlich zu Adolf Hitlers Familie siehe jetzt auch: Wolfgang ZDRAL, *Die Hitlers, Die unbekannte Familie des Führers,* Bergisch-Gladbach 2008.

2.5 *Der Bericht von Hansjürgen Köhler*[14]

Die geheimdienstlichen Quellen sind sich einmütig sicher, daß Hitler (ebenso wie Churchill, Stalin, also die obersten *sichtbaren* Akteure) Abkümmlinge der jüdischen Rothschild-Familie gewesen seien. Es sei von vornherein undenkbar, daß derartige Agenten von außerhalb des Familienkreises ausgewählt würden. Diese Quellen stimmen mit informierten Historikern wie Werner SOMBART[15] und Niall FERGUSON[16] darin überein, daß es in Europa jedenfalls bis zum ersten Weltkrieg nur eine einzige dominierende Macht gegeben habe, nämlich die Rothschild-Familie. Für die Zeit danach werden die Historiker vorsichtiger, da Zugang zu dem Familienarchiv der Rothschilds in London gegenwärtig nur für den Zeitraum bis 1914 gestattet wird. Es ist jedoch nicht ersichtlich, warum dieser Einfluß bis zur Hitlerzeit geschwunden wäre, wie etwa das Beispiel der mit Rothschild eng verbundenen Warburgs belegt. Die Warburgs, Rockefellers, Rothschilds und Schiffs sind Insiderangaben zufolge bis heute maßgebliche Privatanteilseigner der privaten US-Notenbank, was als ein gutes Maß für die weiterhin bestehenden wahren Machtverhältnisse gelten kann. Die geheimdienstlichen Quellen sind sich einmütig sicher, daß Hitler ein Abkömmling der Rothschild-Familie war.

Dies würde die Darstellung von Hansjürgen KOEHLER stützen, einem hohen Gestapo-Offizier und Überläufer zu den Briten im Jahre 1940. Koehler hat auf englisch ein brisantes Buch veröffentlicht, in dem er in einem Kapitel ausführlich zu dieser Frage Stellung nimmt.[17] Nach seiner Darstellung ist er Augenzeuge für gewisse Dokumente, die die österreichischen Kanzler Dollfuß und Schuschnigg bezüglich Hitlers Abstammung zusammengestellt haben. Hierzu gehört auch eine amtliche Meldebescheinigung der Stadt Wien, aus der hervorging, daß Anna Maria Schicklgruber (Mutter von Alois Hitler) zum wahrscheinlichen Zeitpunkt der Zeugung von Alois im Haus der Familie Rothschild in Wien angestellt war. Die konventionelle Hitlerbiographie bestreitet die Richtigkeit dieser Darstellung pauschal oder verschweigt diese Quelle.

Koehlers Darstellung weist nach inneren Kriterien keine ersichtlichen Lügenmerkmale auf. Insbesondere ist sie detailliert, konsistent detailliert und in sich widerspruchsfrei. Außerdem werden zahlreiche Teilnehmer der Aktion namentlich benannt, so daß sich Koehler keineswegs als suspekter „einziger Zeuge“ in Szene setzen will oder der historischen Überprüfung von Begleitereignissen entziehen will. Dadurch erlangt Koehlers Darstellung einige Glaubwürdigkeit. Zieht man die geheimdienstlichen Quellen heran, um die es im vorliegenden Buch hauptsächlich gehen soll, so erweist sich, daß auch unter diesem Aspekt Widerspruchsfreiheit und logische Einpassung gegeben sind. Die Einpassung ist stimmig und von hoher, ja restloser Genauigkeit. Zieht man also Koehler zusammen mit den geheimdienstlichen Quellen heran, so ergibt sich wechselseitige Bestätigung als ein für die Geschichtsforschung neu akzentuierter Wahrheitsbeleg für die Annahme, daß Adolf Hitler zu einem Viertel seiner Abstammung jüdisch und ein Rothschild war.

Koehler berichtet: Reinhard Heydrich habe ihm dienstlich eröffnet, daß der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg Adolf Hitler zu erpressen versuche. Schuschnigg habe nämlich ein Dossier über Hitlers Abstammung. Schuschnigg habe Hitler eine Kopie des Dossiers geschickt. Heydrich beauftragte Koehler, das Original des Dossiers um jeden Preis

---

[14] Das Recherchenetzwerk bezeichnet diese Diskussion als überflüssig. Es handele sich um einen umfangreichen Vorgang. Details wie dieses würden von dem großen Gesamtbild ablenken, um das es im Buch allein gehe. Die gesamte Einleitung zu diesem Kapitel wurde auf Anraten des Übersetzers für die deutsche Leserschaft aufgenommen, um zu belegen, daß die mögliche Abstammunslinie von der Rothschild-Familie zu Adolf Hitler auch aus historiographischer Sicht keineswegs aus der Luft gegriffen ist.

[15] Zu SOMBART siehe sogleich im Text.

[16] Niall FERGUSON, *The House of Rothschilds, Bd. 2, The World's Banker, 1849-1999,* London 2000.

[17] Hansjürgen KOEHLER, *Inside the Gestapo, Hitler's Shadow Over the World,* 2008; zuerst London 1940. Das in Rede stehende Kapitel ist überschrieben: „The Fatal File” (Die schicksalhafte Akte).

zu entwenden. Das Dossier habe bereits drei Menschenleben gekostet. Nach monatelange Spionagearbeit sei Koehler dies gelungen.

Heydrich gab Koehler zunächst eine Kopie des Dossiers und befahl Koehler, das Dossier zu lesen, was Koehler tat. Koehler weist darauf hin, daß er die Originale der Dokumente nie gesehen habe.

Heydrich hatte die Dokumente im Dossier in drei Abteilungen geordnet. Die erste Abteilung waren Dokumente, die der deutsche General Schleicher gesammelt gegen Hitler gesammelt hatte. Diesem Teil des Dossiers zufolge hatte Hitler keinen einzigen Tag des ersten Weltkriegs im Schützengraben verbracht. Er war vielmehr ein Bote, ein Läufer. Weiter fragte General Schleicher, warum Hitler (der militärisch hoch ausgezeichnet wurde, nämlich mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse) noch nach vier Jahren Dienst nur ein Gefreiter war. Die Armee hatte ein chronisches Defizit an Unteroffizieren. Hitler hätte längst befördert werden müssen; alles andere war für den General völlig unverständlich. Als Unteroffizier oder Feldwebel hätte Hitler dann allerdings im Schützengraben Dienst tun müssen. Die hohe Auszeichnung wurde nur für ganz besondere Verdienste verliehen, vor allem wenn es sich um einen bloßen Gefreiten handelte. Gleich nach dem ersten Weltkrieg wurde eine Geschichte des Lister Regiments veröffentlicht. Dort wurden alle besonderen Verdienste der Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere beschrieben. Adolf Hitler findet sich dort allerdings nicht erwähnt, was den General sehr verwundert hat. Bei weiterer Nachforschung stellte sich heraus, daß Hitler das Eiserne Kreuz erster Klasse nicht im Krieg sondern nach dem Krieg erhielt.

Schleicher schickte dann nach der Machtübernahme Hitlers sein angefangenes Dossier an Engelbert Dollfuß, den Bundeskanzler von Österreich. Hitler wußte angeblich, daß Schleicher ein Dossier gegen ihn erstellte. Als Hitlers Schergen den General Kurt von Schleicher ermordet hatten (30. Juni 1934), wurde zu Hitlers Leidwesen festgestellt, daß das Dossier nicht mehr in dessen Besitz war, sondern bei Dollfuß in Österreich in Verwahrung war.

Nun las Koehler die zweite Abteilung des Dossiers. Dollfuß hatte nämlich die Sammeltätigkeit Schleichers fortgesetzt. Schließlich stammte Hitlers gesamte Familie ja aus Österreich; und Adolf Hitler selbst war in Österreich geboren. In guter bürokratischer Manier sammelte Dollfuß die relevanten Geburtsurkunden, Meldebescheinigungen, Protokolle etc. Aus diesen ergab sich das folgende Bild:

Der österreichische Zollamtsoberoffizial Alois Schuecklgruber (oder Schicklgruber) war der Vater von Adolf Hitler. Dollfuß erste Frage war, wie Alois Schicklgruber zu Alois Hitler geworden ist. Es wurde bemerkt, daß der Name Hitler unter den oberösterreichischen Bauern völlig ungewöhnlich war. Auch in Galizien war der Name keineswegs geläufig, wo es allerdings einige Juden gab, die Hitler hießen. In dem schriftlichen Antrag auf Namensänderung schrieb Alois Schicklgruber hierzu, daß seine Schwiegermutter Hitler hieß. Diesen Namen wolle er deshalb annehmen, um den merkwürdig klingenden Namen Schicklgruber nicht weiterführen zu müssen. Nach der Namensänderung heirate Alois Hitler seine Nichte Klara Pöltzl. Sie gebar ihm drei Kinder, nämlich Gustav, Adolf und Paula Hitler. Gustav starb im Kindesalter. Adolf hatte einen Halbbruder und eine Halbschwester aus der früheren zweiten Ehe seines Vaters, Alois Hitler junior und Angela.

Das Hauptstück in der Dollfuß-Sammlung, schreibt Koehler, war eine Meldebescheinigung aus Wien. Über sechzig Jahre zuvor war eine Matild Schuecklgruber, die als Großmutter Hitlers bezeichnet wird, nach Wien gekommen, um eine Arbeit zu suchen. Dort passierte etwas: Matild Schucklgruber wurde schwanger und ging nach Hause in ihr Heimatdorf zurück, um sich der Schande zu stellen.

Die amtliche Meldekarte befand sich in der Sammlung des Dossiers, die von Kanzler Dollfuß angelegt wurde. Koehler weist darauf hin, daß er keine Möglichkeit hatte, deren Echtheit zu überprüfen. Er weist jedoch auch darauf hin, daß das Dokument gewaltige

Auswirkungen hatte. Die Meldekarte besagte, daß Matild Schuecklgruber eine Dienerin im Hause der Rothschilds war. Dollfuß habe an dieser Stelle des Dossiers auch eine handschriftliche Bemerkung gemacht.

Sodann las Koehler die dritte Abteilung des Dossiers, die vom neuen österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg stammte (dem Nachfolger von Dollfuß, nachdem dieser bei einem von langer Hand vorbereiteten Putschversuch von einem Attentäter am 25. Jui 1934 angeschossen wurde und dann verblutete) Schuschnigg hatte ergänzend recherchiert, woher Adolf Hitlers Großmutter Johanna Hitler stammte. Weiter hatte Schuschnigg recherchiert, was es mit dem Selbstmord von Hitlers Nichte Greta Raupal auf sich hatte.

Nach dieser Lektüre überlegte sich Koehler, daß nur Vier den Inhalt dieses Dossiers kannten: Schuschnigg, Mussolini, Heydrich und er selbst. Koehler überlegte sich, ob sein Wissen für ihn gefährlich sein konnte.

Vierundzwanzig Stunden später habe Koehler getarnt als Berliner Briefmarkenhändler Karl Krause im Wiener Hotel Metropol Quartier bezogen. Er habe von Papen in der deutschen Botschaft getroffen. Es folgt eine längere Darstellung, wie Jagd auf die Akte gemacht wurde. Als besonderes Problem erwies sich die Ehefrau Herma von Kanzler Schuschnigg, bis sie bei einem tragischen Autounfall ums Leben kam. (Ein solcher Unfall ist für den 13. Juli 1935 in der Nähe von Pichling bei Linz dokumentiert.) Nach dem Trauerfall konnte durch eine Spionagearbeit von Monaten eine Spionin, Gräfin Vera Fugger von Babenhausen (Vera Fugger-Czernin), in die engsten Kreis von Schuschnigg eingeschleust werden.

Dramatisch wurde es kurz vor dem Berchtesgadener Abkommen zwischen Hitler und Schuschnigg vom 12. Februar 1938): Vera Fugger-Czernin war zu dieser Zeit bereits zu eng mit Schuschnigg verbunden, da die beiden heiraten wollten. Die Deutschen hatten das Dossier noch nicht von dem sehr vorsichtigen Kanzler entwenden können. Himmler und Heydrich waren beide in Berchtesgaden und ließen sich auf das Genaueste aus Wien berichten. Sie instruierten Koehler, er solle selbst das Dossier entwenden.

Am Morgen des entscheidenden Tages sei ein deutscher Agent zu ihm gekommen, der auf Einbrüche und das Aufbrechen von Tresoren spezialisiert gewesen sei. Kurz darauf sei auch die Gräfin Fugger dazugekommen. Koehler habe ihr eröffnet, daß es nun Zeit für den Transfer der Dokumente sei. Sie sei jedoch erstaunt gewesen und habe geantwortet, ob er nicht Wissen, daß von Papen anders disponiert habe. Baron von Kettler, von Papens Sekretär, habe ihr einen Besuch abgestattet und das Dossier mitgenommen. Sie zeigte Koehler den leeren Tresor.

Koehler eilte in die deutsche Botschaft und machte Meldung an Heydrich. Heydrich schrie fast, aber war geistesgegenwärtig genug, Koehler anzuweisen, er solle herausfinden, welche Reiseroute Kettler genommen hatte. Kettler war mit dem Auto nach Berchtesgaden unterwegs; Koehler hatte die Autonummer herausfinden können.

Kettlers Auto passierte während der Berchtesgadener Konferenz in der Nacht die Grenze von Österreich nach Deutschland. Hitler wurde sofort informiert. Erst da habe sich das Blatt gegen Österreichs Unabhängigkeit gewendet (es stand der Anschluß Österreichs an Nazi-Deutschland bevor). Hitler drohte Schuschnigg in Berchtesgaden jetzt damit, er werde nötigenfalls in Österreich einmarschieren. Schuschnigg verteidigte sich damit, in dem Fall werde er sein Dossier als Weißbuch veröffentlichen. Hitler warf schlagfertig ein, das werde wohl aus leeren Blättern bestehen. Schuschnigg wurde ganz unsicher. Hitler ging zu einem Schrank, öffnete ihn und zeigte Schuschnigg das Dossier, das Schuschnigg sicher in seiner Verwahrung in Wien glaubte.

Danach sei Koehlers Mission beendet gewesen, und er sei an seinen Schreibtisch in der Gestapo in Berlin zurückgekehrt.

Die Historiker, soweit sie diesen Punkt erwähnen, sind sich darin einig, daß der Industrielle und Hitler-Finanzier Fritz Thyssen von den Vorgängen um das Dossier, die

Koehler erwähnt, ebenfalls Kenntnis hatte.[18] Sowohl Koehler als auch Thyssen hatten Positionen, die ihnen Zugang zu derart privilegierter Information verschaffen konnten. Eine scharfsinnige Analyse dieser Quellenlage unternimmt - aus der Sicht eines jüdischen New Yorker Journalisten - Ron ROSENBAUM.[19] Rosenbaum will es nicht glauben. Er handelt diese Frage in seinem zweiten Kapitel ab, überschrieben: *Der film noir der Hitlerfamilie.* Diese Überschrift läßt auf eine inhaltliche Färbung Rosenbaums schließen, wie generell jüdische Autoren in diesem Punkt ein rassistisches Vorurteil zu haben scheinen. Schließlich ist die jüdische Volks- und Religionsgemeinschaft auf Rassismus gegen andere ethnische Gruppen gegründet, was sich etwa in dem abwertenden Begriff der „Goyim" (Plural von Goy: Nicht-Jude) ausdrückt. Ein führendes amerikanisches Wörterbuch ordnet den Ausdruck „Goy" als pejorativ ein.[20] Man wird dem möglichen Rassisten sein Vorurteil nicht blindlings abnehmen.

Die Gründe, die Rosenbaum gegen die Quellen (Koehler und Thyssen) anführt, sind nicht stichhaltig, vor allem nicht, was den Bericht über das Dossier angeht. Der Sache nach behauptet Rosenbaum pauschal, die Darstellungen von Koehler und Thyssen seien unecht, gefälscht (english „spurious"); und nicht-jüdische Historiker hätten offenbar einen Komplex, Hitler einen Rothschild als Vorfahren unterzuschieben. Ein derartiges Argument aus rassistischer Heuchelei verstellt eher die Wahrheit und hat zudem keinen bedeutungsvollen Informationsgehalt.

Nach dieser Quellenlage von zwei Gewährsleutes mit Zugang zu den Details und ohne erkennbare Interessenskonflikte, im Fall von Thyssen sogar mit dem Interesse, dies zu verschweigen, war der Vater von Adolf Hitler, Alois Hitler, der unehelich ohne Nennung des Vaters im Taufregister als ein Schicklgruber geboren wurde, sehr wahrscheinlich ein in Wien gezeugter Sohn der internationalen jüdischen Bankiersfamilie Rothschild. Dafür spricht nicht nur die Existenz der Wiener Meldekarte der Matilda Schicklgruber. Besondere Bedeutung kommt vielmehr auch der Reaktion Adolf Hitlers auf das Dossier zu, die in sich selbst einen erheblichen historischen Quellenwert hat. Die Änderung des Taufregisters Jahrzehnte nach der Geburt, die Alois Schicklgruber den Namen Alois Hitler zukommen ließ, wird zu Recht von keinem Historiker geglaubt. Ein großväterlicher Rothschild im Stammbaum bietet zugleich ein glaubwürdiges Motiv (i) für Adolf Hitlers wahnhafte Geheimhaltung seiner Abstammung, (ii) für das völlige Fehlen von Verwandtschaft der Vaterseite welcher Art auch immer in den Erinnerungen seiner Geschwister, und (iii) dafür, daß Adolf Hitler keinen Arierausweis hatte. Somit spricht viel dafür, daß Adolf Hitlers Macht abgeleitete Macht der Rothschilds war.

Nach diesem einführenden Einschub zu Beginn dieses Kapitels mag nun die Übersetzung des englischen Originals von „Hitler was a British Agent" fortfahren:

---

[18] Siehe etwa Ron ROSENBAUM, *Explaining Hitler, The Search for the Origins of his Evil,* New York 1998, S. 17.

[19] ROSENBAUM S. 17 ff.

[20] *The American Heritage Dictionary,* 2. Auflage Boston 1985 und folgende Auflagen. Der Eintrag zu „Goy" wird als „offensive" gekennzeichnet, auf deutsch also „beleidigend, anstössig, offensiv." Das gilt im jüdischen Sprachgebrauch in einer rassistischen Weise für alle, die nicht jüdisch sind. Man beachte etwa den heftigen talmudischen Rassismus, der in der jüdischen Orthodoxie einflußreich ist, ähnlich anderen Fundamentalismen in deren jeweiligen Kreisen. Als Illustration sei angeführt, daß nach diesem Fundamentalismus ein Jude von einem Goy straflos stehlen darf (Sanhedrin 57a), daß die Goyim rechtlos sind (Baba Kamma 37b), daß Juden die Goyim anlügen dürfen (Baba Kamma 113a). Auf Einzelheiten dieser abstrus rassistischen religiösen Rechtsordnung und Moral ist hier allerdings nicht einzugehen. Der moderne jüdische Nationalismus (Zionismus) ist historisch gesehen ein Ableger des talmudischen rassistischen Fundamentalismus, so wie auch der Staat Israel eine Gründung von terroristischen Mördern ist, wofür jene Rechtsordnung eine rechtliche und moralische Deckung bereithält.

2.6 Wie es die Geheimdienstquellen sehen

„Wie unvollständig, wie abwesend, wie fragmentarisch
ist doch unser Wissen über Hitlers Vergangenheit und was ihn ticken ließ.“[21]

Willst du eine Revolution erschaffen, so führe neue Erwartungen und Regeln für das Leben ein. Willst du einen Revolutionär erschaffen, so erschaffe jemanden, der aus dem Rahmen seiner Zeit fällt – und stelle sicher, daß sie davon vor den Kopf gestoßen werden. Dies tut man einfach so, indem man jemanden in einer Ideologie ausbildet, die verschieden von dem Zeitalter ist und von dem, was üblicherweise zum Ausdruck kommt. Viele werden ausgebildet und die meisten fallen weg. Die, die überleben, um zu führen, werden aus unterschiedlichen Gründen Revolutionäre sein. Je schwerer ihr Weg desto umwälzender werden ihre Veränderungen sein. Dies nennt man: „Potential im Revolutionär erzeugen.“

Die meisten erzeugten Bewegungen werden für subversive Zielsetzungen ins Ausland exportiert. Bewegungen und Ideologien sind zu den neuen Kriegen geworden. Durch eine Bewegung oder Ideologie kann man ein gegnerisches Land vernichten, ohne eine Waffe abzufeuern. Politische Korrektheit (political correctness, PC) ist ein Hauptbeispiel – in Rußland erfunden, wurde sie in den Westen exportiert, um die Familie und die Lebensfreude zu vernichten ... und den Fortschritt des Westens zu stoppen.

Hitlers Familiengeschichte ist ein fast perfektes Beispiel, wie man einen Kriminellen erzeugt. Traurigerweise hat man seine persönliche Geschichte als ein Exempel für Familie genommen, das so genau wie möglich von nahezu jeder Regierungsbehörde wiederholt wird, die sich durch die westliche Welt hinweg mit Kindern befaßt ... aber ich schreibe hier, um Hitlers Ursprünge und sein Training offenzulegen. Anfangs war er von Natur aus freundlich, sorgsam und sanft. Er war ein typischer geschlagener Junge aus einer Familie, die viel zu verbergen hat.

Katholischer Inzest

Offiziell hatte Hitler mit Alois und Klara inzestuöse Eltern. Seines Vaters Großeltern und seiner Mutter Urgroßeltern waren ein und dieselben beiden Leute. Ihre Heirat war Inzest des zweiten und dritten Grades. Die Frau (25) war die Nichte des Mannes (48), der somit auch ihr Onkel war. Dies war Hitler zweifellos bekannt und verwirrte den Stammbaum und den Kopf, der ihn studierte.

Nichtsdestotrotz wurde die Heirat von Alois und Klara von der katholischen Kirche genehmigt; und sie heirateten 1885. Drei Jahre später erblickte am 20. April 1889 in Braunau am Inn Adolf Hitler das Licht der Welt, offiziell gestorben im Alter von 56 Jahren am 30. April 1945 in Berlin. In seinem Leben versuchte er, die Welt zu verändern, aber die „höheren Mächte“ veränderten sie zurück – ein bißchen, und lediglich einstweilen. Dennoch ist Hitler im rückwärtigen Teil dunklerer Sitzungszimmer ein Modell für die Weltherrschaft geworden. Sozialismus war das äußere Ziel und Faschismus war die Methode.

Hitler war ein durchschlagender Erfolg, ein immenses Versagen und ein noch größeres Mysterium. Sein Leben war ein Kampf mit verwirrten Anfängen.

Hitler wollte in seinem Leben aufräumen und „Sein Glauben an arische Vorherrschaft bedeutete, daß er in der Lage sein sollte, seinen Stammbaum nachzuweisen, und daß es keine Leichen im Keller geben sollte. Adolf wollte verzweifelt alle familiären Wurzeln und Ursprünge ausradieren, um den Eindruck zu stärken, daß er ein Gottgesandter an das deutsche Volk war. Er wollte als göttliche Gestalt erblickt werden.“[22]

---

[21] ROSENBAUM, *Explaining Hitler*.
[22] *Hitler*. Siehe unten, Bibliographie. Gemeint ist die englische Ausgabe von Joachim FEST.

Adolf arbeitete fieberhaft daran, Dokumente von Verwandtschaft zu beseitigen, ihrer Missetaten, ihrer Neigung zur Blutschande und von seiner jüdischen Verbindung, da der deutsche Rassetest es erforderte, die arische Abstammung zurück bis 1750 nachzuweisen.

Beide Seiten von Hitlers Familie stammten aus Walterschlag, Spital, Strones und Groß-Wolfgers in Niederösterreich. Hitlers Vater wuchs in Strones auf; aber der Ort war zu klein, um Sitz einer Pfarrei zu sein, und so wurde er in dem kleinen Bauerndorf Döllersheim registriert.

Sobald Adolf in Österreich an die Macht kam, befahl er hastig, daß die Bewohner zu entfernen seien und daß die Wehrmacht das Gelände für Artillerieübungen zu nutzen habe (März 1938). Ferner, als die Gemeinde Spital 1942 gerade eine Plakette angebracht hatte, rastete der Führer aus und forderte ihre befahl ihre sofortige Entfernung.

Adolf hatte nichts zu tun mit der väterlichen Seite der Familie. Keiner seiner Verwandten wußte, wer der Vater seines Vaters war, aber sie mochten die mütterliche Seite der Familie. Auch praktizierten sie Inzest zweiten Grades. Dies war zu der Zeit gängig und ist inzwischen durch den verbreiteten Gebrauch des Kraftfahrzeugs weitgehend geheilt worden.

Paula Hitler:[23]

> „Die Schmieds und die Koppensteins sind unsere lieben Verwandten, vor allem ein Cousin Schmied, der einen Koppenstein geheiratet hat. Ich weiß von keinem von der Familie meines Vaters. Meine Schwester Angela und ich haben oft gesagt: ‚Vater muß irgendwelche Verwandten haben, aber wir kennen sie nicht einmal.'"

Inzest war sehr verbreitet bei den Deutschen und den Österreichern, und nach dem ersten Weltkrieg gehörte es zu den gängigsten Methoden, den Familienstammbaum zu bereinigen, Friedhöfe zu sprengen und Registraturen niederzubrennen. Britische Geheimdienstoffiziere waren es gewohnt, nachts zu Fuß unterwegs zu sein; aber sie wurden angewiesen, nicht zu nahe an deutschen Friedhöfen zu gehen, da sie eine Neigung hatten, gegen Mitternacht zu explodieren.

Spymaster: „Die meisten Anführer der Welt sind erpicht darauf, ihre gewöhnlichen Ursprünge in ein Schaustück glitzernder Glorie umzumodeln. Wer unter den heutigen Anführern der Welt würde mit einem solchen plumpen Trick davonkommen, ihre Familiengeschichte zu zerstören oder umzuschreiben? Es ist extrem, Panzer zu entsenden, um ein vollkommen intaktes Städtchen zu beschießen und zu zerstören, sogar unter den Anführern der Welt, die für ihre Extreme bekannt sind."

Der Name Hutter wurde Hiedler und dann Hitler. Hitler war ein Schreibfehler und Schreibfehler haben die Weltgeschichte dominiert. Die wichtigsten sind die „Israeliten" versus die „Ishmaeliten" (die Christen und Juden gegen den Islam); und „Oradour-sur-Glane" versus „Oradour-sur-Vayres", wo im zweiten Weltkrieg 642 Menschen im falschen französischen Dorf massakriert worden sind.

Schreibfehler stehen verantwortlich für mehr als jeder andere Aspekt der Geschichte. Die Sprache besteht aus verschiedenen Dialekten, und Schreibfehler verbreiten sich durch weiteren und schnelleren Transport, und werden zur Norm. Die, die ortsfest bleiben, sprechen mit starkem Akzent, entwickeln eine phonetischere Schreibweise und begehen weniger historische Fehler.

„Crack" in Irland ist ein gutes Beispiel: In einem Bezirk heißt es als Dialektwort „Unterhaltung", etwa in „good crack"; und in einem anderen Bezirk weiß man nicht, was man dafür bekommen wird.

[23] 101st Airborne Division, Interview, 12. Juli 1945. (Zitat steht im Original im Text.)

Jüdische Ursprünge

Adolf Hitler erhielt einen Brief von seinem Halbbruder Alois, der andeutend sprach von „sehr merkwürdigen Umständen in unserer Familiengeschichte“; und es ist in der Tat merkwürdig. Dies bezog sich auf die Zeugung ihres Vaters Alois Hitler.

Adolf Hitlers Großvater war nicht Teil eines inzestuösen katholischen Baums, sondern einer der führenden Finanziers von Europa. Um zu verstehen, wer Adolf Hitlers Großvater war Alois Hitlers Vater), muß man verstehen, wie Europa damals war.

Werner SOMBART sagte in seinem Buch *Die Juden und das Wirtschaftsleben,* (Leipzig 1911), sagte, daß es seit 1820 das „Zeitalter des Rothschild“ war. Er schloß, daß es in Europa „lediglich eine Macht in Europa gab, und das ist Rothschild.“[24]

Nachdem der Patriarch Mayer Rothschild am 19. September 1812 gestorben war, gab sein Testament seinen Nachkommen spezifische Richtlinien:

> „Die Familie soll mit ihren ersten und zweiten Cousins einheiraten, damit ihr Vermögen in der Familie gehalten werden kann, und um den Eindruck eines geschlossenen Finanzimperiums zu bewahren.“

Als Resultat waren 16 der 18 Heiraten von Mayer Amschel Rothschilds Enkeln zwischen ersten Cousins. Selbst sein Sohn James (Jacob) Mayer heiratete die Tochter seines Bruders, Salomon Mayer. Dies führte eine inzestuöse Kultur herbei (obwohl es rechtmäßig ist, seinen Cousin zu heiraten) und bedeutete auch, daß die fünf Rothschildsöhne keine legitimen Kinder außerhalb der Familie haben konnten. Um dies zu kompensieren, hatten sie illegitime Kinder, häufig mit ihren Dienerinnen.

Walter LANGER zufolge, ein Psychoanalytiker, der *The Mind of Adolf Hitler* schrieb (Der Geist Adolf Hitlers), war Adolf Hitler ein satanischer deutscher Führer, der der Enkel eines Rothschild war. Es wird generell angenommen, daß der Vater von Alois Hitler der Johann Georg Hiedler war, aber:

> „Einige Leute bezweifeln ernsthaft, daß Johann Georg Hiedler der Vater von Alois war ... [ein österreichisches Dokument wurde angeblich angefertigt] das bewies, daß Anna Maria Schicklgruber [Hitlers Großmutter] zu jener Zeit in Wien lebte, als das Kind gezeugt wurde [31. August 1836] ... Zu jener Zeit war sie als eine Dienerin im Hause des Barons Rothschild angestellt. Sobald die Familie ihre Schwangerschaft feststellte, schickte man sie nach Hause zurück [Haus Nr. 13, Strones, Österreich] ... wo Alois [senior] geboren wurde.“[25]

Als Reaktion hierauf griff Hitler das österreichische Städtchen Döllersheim an und zerstörte die Friedhöfe, die er für Panzerübungen verwendete. Dies zerstörte die Geburtsurkunden seines Vaters, die seine jüdischen Vorfahren offenbart haben würden.[26]

Ferner schloß Hitler die Rothschild-Bank, S. M. Rothschild und Söhne, 1938 in Wien. Sie hatte Salomon Rothschild gehört, einem seiner möglichen Großväter.

Die Naziführerschaft verbarg ihre jüdischen Familiengeschichten durch Granaten. Sogar Heydrichs Zulassung zur SS wurde verschoben, bis seine Familiengrabsteine gesprengt waren. Heydrich war ein viertelster Jude von der Mutter seiner Mutter her, und war verantwortlich für fast den gesamten jüdischen Terror und die jüdische Unterdrückung des Naziregimes. Er war leidenschaftslos und hatte eine bezeichnende Charakteristik der Unmenschlichkeit.

---

[24] Rückübersetzt aus dem Englischen. Ebenso das folgende Zitat. (Anmerkung des Übersetzers.)

[25] *Hitler,* S. 15.

[26] Siehe etwas anderslautende Details in der Einleitung zu diesem Kapitel. (Anmerkung des Übersetzers.)

Die Rothschilds waren alle Illuminaten, eine unabhängige Organisation, die 1776 begann und sich mit den existierenden Freimaurern durchsetzte, allmählich sogar deren Elite aufsog. Ihr Ziel war weltweite Dominanz und Kontrolle. 1836 waren die Rothschilds die einflußreichste Familie in Europa. Sie hatten die amerikanische Revolution erschaffen und, wie es für Banken typisch ist, beide Seiten finanziert.

Die illegitimen Kinder der Rothschidls hatten zwei Zwecke. Einer war, Verbündete zu schaffen, und der andere war, Feinde zu schaffen. Die „Verbündeten" wurden von den Rothschilds als Front für ihre Finanztransaktionen verwendet; und die „Feinde" wurden verwendet, um Kriege zu erschaffen. Die Rothschilds finanzierten beide Seiten der Kriege und profitierten enorm von den finanziellen Transkationen, die von den Kriegen erzeugt wurden. Da den Rothschilds alles gehörte, hatte seine keine Angst vor Repressalien durch die Gerichte.

Okkulte Ursprünge

Seite 1776 wird der „31. August" als eine satanische Nacht reserviert, ein Zeitpunkt, zu dem die Rothschilds ihre Samen säten, um die Kinder des Krieges zu zeugen. Es ist ein wichtiger Tag für die Zeugung eines „Agenten für den Krieg" gemäß ihrem privaten okkulten Hexenkult, dem „Golden Dawn".[27] Solche okkulten Akte werden so geplant, daß sie zwischen 1.30 Uhr und 3.10 Uhr frühmorgens stattfinden (13er). Dies war das Äquivalent von Guy Fawkes[28] für illegitime Kinder, wobei die Rothschilds wie für Halloween verkleidet waren.

Der 31. August ist der letzte Tag des Sommers auf der nördlichen Hemisphäre und die Nacht, in der die Behörden beide Augen zudrücken vor heidnischen Ritualen. Das ist ähnlich wie der 27/28/29. Februar in der südlichen Hemisphäre, wenn Strandparty-Wahnsinn regiert.

Am 31. August war es das Ziel der Rothschilds, den Bejabbers (Jesus) aus den Frauen zu jagen, damit sie in absoluter Angst einen Eisprung vollziehen konnten, im Glauben, daß sie sich mit dem Teufel paarten. Es war Gruppenvergewaltigung, wobei an jeder einzelnen Vergewaltigung drei Rothschilds beteiligt waren; der eine vergewaltigte, der zweite stellte in dem Raum Dominanz und Verwirrung sicher, und der dritte wartete draußen; dann nochmal mit neu verteilten Rollen.

Die Hierarchie deutscher Adelstitel reichte von König, Fürst, Herzog, Markgraf, Graf, Freiherr (Baron) bis Ritter. Ritter war dem englischen „Knight" gleichwertig und brachte den Familiennamen „Ritter von ___" mit sich. Dies war die Hierarchie von Deutschland. Wer heiraten wollte, brauchte die Genehmigung des Grafen und/oder Markgrafen (gleichwertig mit Viscount).[29] Der Graf war für das Gebiet verantwortlich und hatte das Recht, in der Hochzeitsnacht Sex mit der Braut zu haben. Dies wurde als prima nocte bezeichnet. Das gleich galt seinerzeit in England, Schottland und in ganz Europa.

Die Geschichte von „prima nocte", „jus primae noctis" (Recht der ersten Nacht), oder „droit du seigneur" (Recht des Herren, Jagd, Besteuerung, Arbeitsleistungen, Sex mit jungfräulichen Bräuten) ist voller Verleugnung, beispielsweise, daß die „Defloration einer Jungfrau eine größere Verantwortung mit sich brachte, als es nicht-adliger Bräutigam tragen

[27] Eigenname, der in der deutschen Literatur nicht übersetzt wird (Bedeutung: „goldene Morgendämmerung"). (Anmerkung des Übersetzers.)

[28] Guy Fawkes: Sprengstoffattentäter auf das britische Parlament, der in letzter Stunde gestoppt wurde, 5. November 1605. Der Tag wird noch heute in England als „Guy Fawkes Day" begangen. (Anmerkung des Übersetzers.)

[29] Dieses vielfach belegte Phänomen entsprang der Leibeigenschaft, galt nicht in Städten und war lokal verschieden, zum Teil eher mythisch. Auf diese Einzelheiten ist hier nicht einzugehen. Die obige Darstellung ist eine Typisierung. Die früheste bekannte Erwähnung des Phänomens findet sich im *Gilgamesch-Epos* (3. Jahrtausend v.Chr.). (Anmerkung des Übersetzers.)

konnte ... nichts als ein Verdienst des Herrschers ... so lobenswert wegen seines schieren Muts."[30]

Der Brauch war besonders in Frankreich und Italien beliebt; aber als französische Ritter nach England auswanderten, gaben sie prima nocte auf, da die Briten ihre Landarbeiterinnen als größer anpriesen, als sie es wirklich waren.

Im Roman *Nineteen Eighty-Four* (Neunzehnhundertvierundachtzig) aktualisierte George ORWELL prima nocte als „das Gesetz, nach dem jeder Kapitalist das Recht hat, mit jeder Frau zu schlafen, die in einer seiner Fabriken arbeitet."

Dieses „Nachtrecht" wurde beliebig von jenen in Besitz genommen, die den Titel „Baron" tragen durften, ein Titel, den alle Rothschilds besaßen, wobei nur einige von ihnen ihren Namen in Baron Rothschild umänderten. Prima nocte ließ Generationen illegitimer Kinder und illegitimer Rothschild-Kinder entstehen; aber den Rothschilds war dies durch Mayer Rothschild (gestorben am 19. September 1812) offiziell verwehrt.

Um dies zu kompensieren, würden die Rothschilds illegitime Kinder zeugen, während sie Masken und Kostüme trugen, um ihre Identität zu verbergen.

Aufgrund der Rebellion der Nicht-Adligen gegen prima nocte war es leicht genug, in die Schlafzimmer von jungen Mädchen im Paarungsalter zu gelangen. Österreich und Deutschland jener Zeit praktizierten „Fensterln"; vor allem junge Burschen, die in den frühen Morgenstunden an Regenfallrohren und Spalieren hochkletterten, um sie vor ihrer Hochzeit zu schwängern.

Ihre Väter widersprachen nicht kategorisch und sahen die abenteuerlustigen jungen Burschen oft als potentielle Aushilfen für den Hof an. Wenn sie schwanger wurde, wurden die beiden verheiratet. Es war eine ländliche Gemeinschaft, und Kinder wurden gebraucht, um auf dem Familienhof zu helfen. Bis zum heutigen Tage gibt es noch eine starke Kultur in Deutschland, daß man das schwangere Mädchen heiratet.

Wenn ein junges Mädchen im Paarungsalter jemanden das Regenrohr hochklettern hörte, würde sie, anstatt sich zu fürchten, sich vorbereiten – eine rasche Zahnreinigung mit einer Dachshaar-Zahnbürste gefolgt von einem natürlichen Schwamm. Der Spätsommer vor allem war eine Zeit zum Herumstreichen und Bumsen; und oft beschränkten sich die Mädchen nicht auf einen Partner, vor allem die in Armut – und die Hälfte der katholischen Mädchen. Immerhin galt es ja, „den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist" zu berücksichtigen.

Um auf den Punkt zu kommen: Die superreichen Rothschilds hatten Dienerinnen. Illegitime Kinder mit Dienerinnen zu haben, war so verbeitet, daß einer der Rothschilds zwanzig hatte und sie alle anerkannte, daß er schließlich sogar mit seiner Freundin zusammen wohnte und seine unzugängliche Ehefrau mied – seine eigene Cousine.

Zu Beginn des August erhielten viele Dienerinnen Urlaub während des heißen Sommermonats; und vorübergehende Aushilfskräfte wurden engagiert. Diese Aushilfskräfte wurden häufig mit Blick auf den 31. August ausgewählt, wenn nach einem Monat des Zusammenseins zwischen dem Herren und der Dienerin die Agenten des Krieges gezeugt wurden.

Hitlers Großmutter, Maria Anna Schicklgruber, war eine nicht besonders aufgeweckte katholische Frau und wurde eingeladen, im Sommer 1836 bei den Rothschilds in Wien zu arbeiten. [31]

---

[30] Claude JORDAN, *Voyages Historiques de l'Europe*, Bd. IV, S. 140-141; Alain BOUREAU, *The Lord's First Night, Encyclopedia Britannica,* 15te Auflage, Bd. 10, S. 610.

[31] Der hieran anschließende Absatz mit der Namensetymologie von Hitlers Großmutter wurde korrigiert und paßt jetzt nicht mehr in den Zusammenhang. Der Kuriosität halber sei die korrigierte Information in dieser Fußnote erwähnt: Ihr Familienname „Schicklgruber" ist wahrscheinlich mit der indoeuropäischen Wurzel sleig- (schleimig, gleiten, glätten) verwandt, von der auch das Wort „Schlick" herkommt. Schickl könnte eine mundartliche Bezeichnung für Jauche oder Fäkalien sein. Der Namensbestandteil „Grube" würde dann auf eine Jauche- oder Fäkaliengrube verweisen. Der Schicklgruber war vermutlich der, der das aushob. (Der

Die Rothschilds ließen ihre Dienerin wissen, daß sie ausgehen würden, und sagten ihr, sie solle früh zu Bett gehen. Drei der Rothschilds kehrten gegen 23.30 Uhr am 30. August 1836 in ihr Haus zurück, legten sich ihre Teufelskostüme an, absolvierten ein mitternächtliches Ritual ihres Golden Dawn-Hexenkults und begannen, Maria Anna Schicklgruber in einem druckvollen Szenario zu terrorisieren. Das Klappern von Türen, das Rauschen von Blättern, das Geräusch weglaufender Schritte, alles das Horrorfilmzeug, das uns so lange eingetränkt worden ist und uns jetzt durch Übergewöhnung lachhaft erscheint.[32]

Alles war so eingefädelt, daß es anhaltende Angst erzeugte, ihren Blutkreislauf mit Adrenalin überschwemmte und ihren physiologischen und psychologischen Zustand in einen des absoluten Schreckens versetzte.[33]

Um 1.30 frühmorgens am 31. August 1836 erschienen die drei Rothschilds in ihrem Zimmer als drei Teufel. Nicht nur war sie finanziell hilflos; sie war auch physisch hilflos. Ihre Schreie verhallten ungehört, da die drei Rothschilds vermeintlich ausgegangen waren. Sie wurde vergewaltigt, von allen dreien verführt oder war im Begriff, der Rothschild-Familie beizutreten, je nach ihrer Wahrnehmung. Jeder Rothschild hatte eine Chance von eins zu drei (vorbehaltlich von Empfängnisbereitschaft[34]), mit ihr ein Kind zu zeugen; und sie vergnügten sich damit, der Maria Anna Schicklgruber aus vielen verschiedenen Gründen die Seele aus dem Leibe zu ängstigen.[35]

Finanziell völlig abhängig in einer sehr teuren Stadt, blieb Maria[36] als Dienerin, aber gegen Ende November wurde ihre Schwangerschaft auch für den Rest der Familie offensichtlich; und sie kehrte nach Hause in das Haus Nr. 13 in Strones zurück – Auftrag ausgeführt.

Die wahrscheinlichsten Täter waren Salomon Mayer Rothschild (1774-1855); sein jüngerer Bruder aber doch Oberhaupt der Familie, Nathan Meyer, Baron de Rothschild (1777-1836), der offiziell fünf Wochen zuvor verstorben war; und sein Sohn Lionel Nathan Rothschild (1808-1879).

Salomon Mayer Rothschild (1774-1855) führte die Bank S. M. Rothschild und Söhne in Wien. Er erlaubte seiner Tochter, seinen Bruder Karl zu heiraten (14 Jahre jünger als er selbst), der seinen Sitz in Neapel hatte – ein Onkel, der seine Nichte heiratete.

Salomon war ein Freimaurer und ein Mitglied der Illuminaten, deren Anführer Adam Weishaupt viel Zeit damit verbrachte, alle okkulten Praktiken zu entschlüsseln und zusammenzustellen.

Da die Rothschilds gleichbedeutend mit den Illuminaten waren, waren sie auch gleichbedeutend mit okkulten Praktiken. Adam Weishaupt erschuf eigens für sie ihren privaten okkulten Hexenkult, „Golden Dawn“. Es waren harte Leute, für die das Sprichtwort: „Moral ist für die Massen“, eine Selbstverständlichkeit war. Sie waren die frühesten Praktiker des *effektiven* Golden Dawn-Hexenkults.

Nathan Meyer Rothschild (1777-1836) gründete 1805 die Bank N. M. Rothschild and Sons in London, 2 New Court, St. Swithin’s Lane, in der Nähe der Bank von England und der Börse. Obgleich der dritte Sohn, war er der Patriarch seiner Generation nach dem Tode seines Vaters 1812. Zehn Jahre später wurde er der österreichische Generalkonsul in England (1822) aber verwendete nie den Titel eines Barons, den ihm Österreich verlieh. Seine Anleihen für

---

„Hiedler“ stammt wohl von dem „Hüttler“. „Hitler“ ist eine Schreibvariante von „Hüttler“. Alles deutet auf die Kleinheit der Verhältnisse hin.) (Anmerkung des Übersetzers.)

32 Es handelt sich offenbar um eine szenische Rekonstruktion der Ereignisse, ähnlich wie auch der Film „Der Untergang“ eine szenische Rekonstruktion ist, wobei „Der Untergang“ angesichts der Beweislage stark fiktive Züge trägt, ohne daß der Betrachter hierauf hingewiesen wird. (Anmerkung des Übersetzers. Weitere Details im Nachwort des Übersetzers unten am Ende dieses Buchs.)

33 Siehe vorhergehende Fußnote.

34 Zusatz des Übersetzers.

35 Siehe vor-vorhergehende Fußnote.

36 Laut Koehler, siebe oben bei 2.5, könnte ihr Rufname als Dienerin in Wien Matild gewesen sein.

Frankreichm Rußland und Südamerika waren beliebt bei britischen Investoren, da sie Zahlung in Pfund Sterling vorsahen.

Auf einer Party in seinem Anwesen sagte Nathan Meyer Rothschild:

> „Es ist mir gleichgültig, welche Marionette auf den Thron von England gesetzt wird. Der Mann, der die Geldversorgung von England kontrolliert, kontrolliert das Britische Empire; und ich kontrolliere die Geldversorgung von England.“

Hier war ein Mann, der das Recht kaufen konnte, und für den die Moral einen öffentlichen Aufschrei erforderte, der leicht durch Schweigen, Desinformation und Kontrolle der Presse gestoppt wurde ... aber es ist sein Sohn Lionel Nathan Rothschild, der das Kind Alois Hitler eigentlich zeugte.

{Translation of the text below the two side-by-side photographs at the bottom of page 13 of the printed book:

Lionel Nathan Rothschild (1808-1879) und sein illegitimer Sohn Alois Hitler.

}

Verwirrung in der Abstammungslinie von historischen katholischen Juden

Die anderen möglichen Väter, für die beansprucht wurde, sie seien der Vater von Alois Hitler, waren Johann Georg Trummelschläger, Johann Nepomuk Hüttler und sein Bruder Johann Georg Hiedler. Aber als Hitlers Vater in der Pfarrkirche von Döllersheim auf den Namen „Alois“ getauft wurde, blieb die Spalte für den Namen des Vaters leer. Möglicherweise war sich sogar die Mutter nicht sicher.

Hans Frank zufolge, Hitlers persönlichem Rechtsanwalt,[37] lebte und arbeitete Maria im Haus von Herrn Frankenberger, als sie schwanger wurde. „Das Fehler harter Beweise läßt diese These jedoch überaus zweifelhaft erscheinen.“[38]

Von der Geburt bis zu seinem 14ten Jahr war es Frankenberger (ein Jude), der Unterhaltszahlungen für Alois leistete, während er allerdings standhaft abstritt, dessen Vater zu sein. Es hatte den Anschein, daß er für Rechnung eines Dritten Kindesunterhalt zahlte, eines Dritten, der vermutlich ebenfalls ein Jude war. So jedenfalls Hans Frank.

Die Theorie von Hans Frank war eine falsche Spur, um Historiker von der Fährte der illegitimen Kinder der Rothschilds abzubringen. Falsche Spuren zu legen, war ein Standardverfahren für die Rothschilds; und da sie Geschichte *waren,* war jedes größere Ereignis wahrscheinlich ihres. Zu jedem Zeitpunkt gab es immer und gibt es immer mindestens einen illegitimen Rothschild, der eine Hauptrolle in der Geschichte spielt.

Hans Frank erpreßte später Hitler und überlebte ein SS-Komplott allein durch den Schutz, den ihm das wahre Wissen um Adolf Hitlers jüdische Rothschild-Vorfahren einbrachte.

War also Hitler jüdisch? Er war mindestens zu einem Viertel jüdisch. Hatte Hitler jüdische Onkel und Tanten? Ganz gewiß; und es waren sie, die so ziemlich die Welt steuerten. Sein Großvater war Lionel Nathan Rothschild (1809-1879), sein Onkel war der erste Baron Rothschild (1840-1915) und sein Cousin war der zweite Baron Rothschild (1868-1937), was Hitler zu so etwas wie dem Onkel des dritten Baron Rothschild machte (1910-1990).

Als Resultat dessen, ungeachtet des äußeren Chaos, lebte Hitler ein extrem prä-organisiertes Leben, das durch die beiden vorausgehenden Generationen durch okkulte

[37] Für seine Verdienste wurde Hans Frank der Präsident der Akademie des Deutschen Rechts, Führer der nationalsozialistischen Rechtsanwaltsvereinigung, Mitglied des Reichstags und Generalgouverneur von Polen. Während der Nürnberger Prozesse war er als „Schlächter von Polen“ bekannt.

[38] Hitler, D. 15. Siehe auch oben in der Einleitung zu diesem Kapitel, Ziffer 2.4.

Praktiken dominiert war. Hitler brachte definitiv das große Geld-Rad für die Rothschilds in Schwung; und sie erwirtschafteten allein durch den zweiten Weltkrieg ein Vermögen.

Hitlers Vater (Alois Hitler) wurde am 31sten August1836 gezeugt (dem gleichen Tag, an dem Lady Di 1997 umgebracht wurde); und wurde am 7. Juni 1837 geboren (Wahnsinnstag, alles 6er und 7er).

Alois Hitlers Zeugung war eine vorausgeplante Satanische Sport*** - eine rituelle Vergewaltigung, deren Absicht darin bestand, „in Angst zu zeugen“ und „Angst zu zeugen“.

Adolf Hitler war zu einem Viertel ein Rothschild sowie zu einem Viertel jüdisch aufgrund semi-inzestuöser katholischer Elternschaft. Er war ein illegitimer Rothschild, der als ein Agent des Krieges gezüchtet worden war. Er war der physische Feind der Rothschilds aber ihr finanzieller Verbündeter mit unbegrenzter finanzieller und politischer Unterstützung.

Adolf Hitler war ein illegitimer Rothschild, der die Hauptrolle in der Geschichte seiner Zeit gespielt hat. Sein Status war durch die Finanzelite der Geheimgesellschaften bestens anerkannt. Als solcher erhielt er völlige Unterstützung, um seine Ziele zu erreichen. In seiner Zeit war Adolf Hitler anerkannt als

„Hitler-Rothschild, der satanische katholische Jude“.

Hitlers Vater Alois war sicherlich zornig genug, um das Produkt einer Vergewaltigung zu sein; und im 19ten Jahrhundert waren Juden dafür bekannt, daß sie ausgiebig Sex mit ihren Dienerinnen hatten. Geheimdienstoffiziere mit dem Wissen einer „lebenden Bibliothek“ und „sprechenden Enzyklopädie“ sind sich sicher, daß Hitler der Enkel eines Rothschild war; und alle anderslautenden Geschichten sind eine Täuschung. Normalerweise kann ihr Urteil durch Recherchen beeinflußt werden, aber nicht so in diesem Fall. „Nein, Hitler war der Enkel eines Rothschild.“

Adolfs Eltern

Für Geheimgesellschaften ist es gängige Praxis, daß sie sich die Tage aussuchen, an denen sie Geschichte beeinflussen. Gewiß war die Vergewaltigung einer alleinstehenden Frau am letzten Tag des Sommers, des 31sten August 1836, die im Haus Nr. 13 wohnte, ein ominöser Tag für die Zeugung eines zornigen Großvaters des Krieges. Im geheimen Code des Golden Dawn-Zirkels wird das Datum mit vertauschten Ziffern geschrieben, also der 31ste geschrieben als „13te“ und 8 geschrieben als „∞“. {One more sentence in this paragraph, see below.}

{Typographical note: The googool symbol (8 on its side, symbol of infinity), second sign before the foregoing full stop/sentence end was used from the font named: MT Symbol. Fonts are elected as “embedded” in this Word document, but if you do not have the same set of fonts installed on your PC/Mac, then you can read/print only, not change the text. The last sentence of the paragraph reads in translation:}

{The following sentence is the last sentence of the foregoing paragraph:} Der 31ste August war der Tag für die Zeugung von Kindern des Krieges – „13∞“.

Alois zog mit 13 Jahren von zu Hause aus und arbeitete als Schuster in Wien. Mit 18 Jahren fand er in den kaiserlichen Zolldienst Aufnahme, wo seine zornige Bulldoggenpräsenz ihn zu einem geschätzten Zolleintreiber und Beamten auf Lebenszeit werden ließ.

1864, 27 Jahre alt, heiratete er Anna Glass, Tochter eines Arbeitskollegen. Die Ehe blieb kinderlos; und Anna verstarb 19 Jahre später, 1883. Im selben Jahr heiratete er Franziska Matzelberger; und sie gebar ihm zwei Kinder, Alois junior und Angela. Franziska verstarb 1885 an Tuberkulose, keine zwei Jahre seit der Heirat.

Als alleinstehender Vater zweier Kinder, und nach seinen bedrückenden Erfahrungen mit seinen zwei Ehen, stellte Alois dann seine Nichte Klara Pölz als Haushaltsgehilfin ein und ging daran, sie zu ehelichen. Er sagte, sie sei seine Cousine, obwohl sie seine Nichte war.

Alois und Klara richteten ein Gesuch an den Bischof von Linz, am 27. Oktober 1884, worin sie ausführen: Das kirchenrechtliche Ehehindernis der Verwandtschaft dritten Grades, wenn nicht zweiten Grades, verbiete eine Heirat. Ob es nicht eine Ausnahmebewilligung geben könne. Als Gründe werden angeführt: Er ist Vater zweier minderjähriger Kinder, ein Bub von 2 ½ Jahren (Alois jun.) und ein Mädchen von 1 Jahr und 2 Monaten (Angela). Er ist Zollbeamter, der häufig abwesend sein muß, tagsüber und oft auch über nacht. Klara wird beschrieben als seine Haushaltsgehilfin und mittellos, was hieß, daß sie nicht genug Geld hatte, um zu heiraten. Sie sah ziemlich jungenhaft aus.

Der Bischof von Linz sorgte sich um Inzest und verweigerte eine Heirat. Das Paar appellierte daher nach Rom um einen besonderen Dispens. Der Vatikan war lediglich um die Höhe der Bestechung besorgt und bewilligte alsbald das Recht auf eine Heirat.

Alois und Klara wurden inzestuös verheiratet und folglich dafür prädestiniert, daß genetische Defekte in ihnen dominant werden könnten. Sie hatten zusammen fünf Kinder, aber nur Adolf und seine jüngere Schwester Paula überlebten die Kindheit. Gustav und Ida starben im Kindesalter an Diphterie 1885 und 1886. Hitler war das *dritte* Kind, geboren 1889. Sein Bruder Edmund wurde 1894 geboren und starb 1896, im selben Jahr, in dem seine Schwester Paula geboren wurde. Als Adolf das Licht der Welt erblickte, war sein Vater Alois 51 und seine Mutter Klara war 28. Nach Alois jun. (geboren 1882) und Gustav (gestorben 1885) war Adolf *der dritte Sohn.*

Es gibt ein Gerücht, daß Adolf Hitler mit nur einem Hoden geboren worden sein. Es gibt eine andere Geschichte, daß ihm ein Hoden abgebissen worden sei, als er in Leondig bei Linz auf eine Ziege gepinkelt hätte, was in den Lieblingslimerick der Freimaurer eingegangen ist. Die Ziegengeschichte ist wahr genug – die Person, die sie erzählte, wurde kurz nach dem Erzählen umgebracht. Seit dem Alter von acht Jahren hatte Adolf Hitler nur einen Hoden.

„Hitler had only one big ball,
Rommel had two but they were small.
Himmler was slightly similar,
but poor old Goebbels hat no balls at all."

Der englische Knittelvers sei nicht übersetzt. Auf Anfrage hat Greg Hallett erklärt, daß das Gerücht mit Hitlers Hoden in diesem Buch ausdrücklich offen bleiben soll.[39]

Als Hitler erwachsen war, hat ihn sein Leibarzt Dr. Morell (1937-1945) genitaler hypoplasie mit Orchikrin behandelt. Das war wegen exzessiver Kleinheit eines Geschlechtsorgans. Weiter behandelte Dr. Morell Hitler mit Prostakrinum wegen Mangels an Sexualhormonen; und mit Testosteron, um seine Männlichkeit wiederherzustellen. Hitler hatte einen kleinen Penis und einen kleinen Hoden (was nicht unbedingt heißt, daß er *nur* einen hatte). Mit fünfzig begann er auszusehen wie eine Frau.

Keiner von Hitlers Ärzten sahen ihn nackt. Die einzige Person, die Hitler unbekleidet sah, war sein Fahrer/Leibdiener Emil Maurice, der nach dem Krieg einige Zeit mit Dr. Morell in einer Gefängniszelle verbrachte. Emil Maurice machte gegenüber Dr. Morell immer wieder Bemerkungen, daß Hitlers Geschlechtsorgane nicht ganz in Ordnung waren.

Hitler wurde in der kleinen Grenzstadt Braunau am Inn an der deutsch-österreichischen Flußgrenze geboren. Er blieb bis in die 1930er Jahre österreichischer Staatsbürger. Er betrachtete das östlich davon gelegene Linz als seine Heimatstadt; und die Welt betrachtete den Freistaat Bayern als die Wiege des Nazitums. Noch heute, wenn jemand im Zug einen antisemitischen Witz reißt, lacht der ganze Waggon. Wie andere Gruppierungen

---

39 Für medizinische Details im Zusammenhang mit Hitlers angeblichem Selbstmord siehe im Nachwort des Übersetzers unten am Ende dieses Buchs. Dort insbesondere zur Pariser Analyse von 1993/94, die nach zwei Jahren Recherche ergeben hat, daß es keine haltbaren medizinischen Beweise gibt, daß Hitlers Leichenteile je gefunden worden wären. Die entsprechenden Passagen in den meisten gängigen Hitlerbiographien sind nicht authentisch; und das *non liquet* (Beweislosigkeit) bleibt dem Leser meist vorenthalten beziehungsweise er wird in die Irre geführt. (Anmerkung des Übersetzers.)

auch, mit Hauptbeispielen in den germanischen und jüdischen Völkern, wird der Rassenhaß durch die Generationen weitergereicht. Es liegt in ihrem Blut und übersteigt alle anderen Aspekte der Akulturisation.

Alois senior sah deppert aus und „sanpaku“. Das ist ein schwerer „yin“-Zustand, in welchem der untere Teil vom Weißen des Auges sichtbar ist. Das ist oft das Zeichen einer Person, die einen Part in der Geschichte spielt, aber keine Kontrolle über diesen Part hat – sie müssen ihn eben nur spielen. Lady Diana, die Princess of Wales, hatte den gleichen Zustand, als sie das Ende der britischen Monarchie in Gang setzte, und gebar Kinder, ähnlich Hitler, die in ihren Examen durchfielen.

Alois war kahlköfpig, mit grifförmigem Schnauzbart. Er war zutiefst psychotisch und obstruktiv. Er war ein „harter, gewissenhafter Zolloffizial, korrekt bis aufs i-Tüpfelchen, mit einem schwierigen Temperament, das ohne ersichtliche Provokation ausbrach. Adolf bekam diese Last auf die Schultern gelegt.“[40]

Adolf Hitlers Halbbruder (aus der zweiten von drei Ehen) hieß ebenfalls Alois. Er war „ein Raufbold, ein Dieb und ein Versager.“ Seine Mutter war gestorben und sein Vater hatte seine Haushaltsgehilfin und Nichte geheiratet – was erwarten Sie. Alois junior verließ sein Zuhause 1900 (als Adolf elf war) und verbrachte einige Zeit im Gefängnis. So wurde Adolf der älteste überlebende Sohn im Hause. Seine Schwester Paula war vier, und ihre Mutter war zugleich ihre Cousine zweiten Grades.

Als Folge der Rebellion und des markanten Versagens von Alois junior legten sowohl Alois senior als auch Klara alle ihre Hoffnungen auf Adolf, der in den Künsten eine Zukunft zu haben schien, vor allem Lesen und Malerei: „... ihr Liebling, Adolf, den sie zuhause behielt. Er versteckte sich hinter ihrem Rock, verrichtete nie ein Tagewerk.“[41] Hitler wurde als Muttersöhnchen großgezogen.

Alois senior war eine krankhaft grenzwertige Persönlichkeit und ein gestrenger Vater, der Adolf heftig verprügelte, wenn er denn zu spät nach Hause kam, was immer war; und „Klara war eine gütige und sanfte Frau, die dazu neigte, überzukompensieren und ihren Sohn zu verhätscheln,“ ihn mit Nachgiebigkeit zu verziehen. Als Ergebnis liebte Hitler Räuber und Gendarm, war ein Träumer, holte sich schlechte Schulnoten ein, haßte Mathematik und flüchtete sich in die Musik von Wagner.

Hitler war ein Eskapist, der es lernte, Frauen zu lieben, ihnen zu dienen und sich auf sie zu verlassen, indem er männlichen Autoritätsfiguren eine ausgesprochene Abneigung und Mißtrauen entgegenbrachte. Diese Muster beherrschten sein Leben und wurden aufgebläht durch seine Inzucht und den dominanten Wahnsinn, der durch das Blut seines Vaters rann.

Alois Hitler (senior) verstarb an einer internen Blutung in der Brust (Brustfellblutung) im Alter von 65 (7. Juni 1837 bis 3. Januar 1903), als Hitler 13 war. Seine Mutter Klara Pölzl starb fünf Jahre darauf an Krebs im Alter von 47 (12. August 1860 bis 21. Dezember 1907) als Hitler 18 war. Nach der Beerdigung seiner Mutter kehrte Adolf nie mehr nach Hause zurück.

{Text in the upper quarter of the photo page of the book, page 19:
Lionel Nathan Rothschild (links).
Alois Hitler senior (Adolfs Vater).
Klara Hitler geborene Pölzl (unten).
Alois Hitler junior (unten links).
(Adolfs Halbbruder).
Adolf Hitler (unten rechts). }

[40] *The Memoirs of Bridget Hitler,* S. 24.
[41] A.a.O.

{Text at the bottom of page 20 – the text on the photo is not translated – note the correct spelling of Döllersheim:

Das zerschossene Döllersheim nach dem Einmarsch.

This reads in English:

Shoot-up of Döllersheim after the troops marched in.

Suggestion: I changed the original line because Alois Sr.'s birth records were not looted nor were they destroyed – the original line is a bit misleading.}

3 HITLER IN GROSSBRITANNIEN

Adolf wurde Adolfus getauft und von seiner Familie Adi gerufen. Er hatte sich an ein verhältnismäßig leichtes Leben gewöhnt, aber als seine Mutter an Krebs starb, nahm er (18) seine Schwester Paula (11) nach Wien, zusammen mit seinem bestgehüteten Besitz, einer Fotographie von Klara (seiner Mutter und Cousine zweiten Grades). „Seine Existenz wurde nun zu einem erbarmungslosen Ringen gegen die Armut, und er kehrte Straßen, um für sich und seine Schwester Essen zu kaufen.“[42]

Von 1908 bis 1921 sah Adolf seine jüngere Schwester Paula nie. Er wurde ein Kunststudent in Wien, aber er versagte jämmerlich. „Gegen Ende 1910 und Anfang 1911 scheint Hitler eine beträchtliche Summe von seiner Tante Johanna Pölz erhalten zu haben ... Er driftete ziellos umher, doch gab er sich weiterhin als Student der Malerei aus, oder als Schreiber.“[43]

Als er 19 war, ging das Geld aus. Er schlief auf Parkbänken oder in Hauseingängen, aß in Suppenküchen und wohnte bis 1910 im Heim für obdachlose Männer, wo er sich einen Appetit für Veränderungen zulegte. Ehemals aus der versnobbten Mittelklasse, war er nunmehr ein Vagabund.

Zwei Jahre und vier Monate später, am 24. Mai 1913, verließ Hitler Wien und zog nach München.[44] Das autoritativste Buch über Hitler hat keine Kenntnis über Hitlers Aktivitäten während der zwei Jahre und vier Monate vom Januar 1911 bis zum 24. Mai 1913.

In der Zwischenzeit wurde Alois Hitler (junior, 27), also Adolfs Halbbruder, ein Kellner im Shelbourne-Hotel in Dublin in Irland, wo er in der ersten Jahreshälfte 1909 Brigid Elisabeth Dowling (17, geboren am 3. Juli 1891) kennenlernte (er war ihr erster Freund). Sie brannten von Irland nach Liverpool durch und wichen ihrem Vater William Dowling aus. Sie wurde eine Friseuse in Liverpool; und sie heirateten und hatten ein Kind, William Patrick Hitler, am 12. März 1911.

Intelligentsia in Obdachlosenasylen war die perfekte Futterkrippe für ausländische Geheimdienste, die stets auf der Suche nach vergrätzten Einheimischen sind, die willens sind, ihre eigene Gesellschaft zu zerstören, um einen Wandel herbeizuführen. Die Geheimdienstgemeinde trifft sich noch heute in solchen Asylen alter Männer. Diese bieten gute Deckung; und was auch immer mitgehört werden mag, wird entweder rasch vergessen, falsch interpretiert oder einfach nicht geglaubt und mit weiteren Medikamenten gedeckelt.

Offiziell blieb Hitler während der nächsten drei Jahre in Wien (1910-1913) und malte bekannte Wiener Baulichkeiten, wo er sich selbst als einen „Intellektuellen“ statt als einen „Abgestürzten“ bezeichnete. Ihm wird unter anderem ein unglaublich gut ausgearbeites Mutter-und-Kind-Motiv in einer Landschaft zugeschrieben; das auf die Leinwand zu bringen, hat mindestens einige Monate gedauert. Dieses Öl auf Leinwand-Gemälde („Mutter Maria mit dem Heiligen Kind Jesus Christus“, datiert 1913) steht in völlig anderem Stil und Medium. Man findet darin die rechtwinklige Träne, die verbreitet unter Werken gefälschter Authentizität ist.

Diese Fälschung wird bis zum heutigen Tage betrieben. Juli 2006: „21 Aquarelle und Skizzen, die Adolf Hitler zugeschrieben weredn, sollen im September in England verkauft werden. Die Sammlung entstand offenbar zwischen 1916 und 1918. Jefferys in Lostwithiel im

---

[42] *Prelude to Terror*.
[43] Das sehr autoritative *Hitler*, S. 57.
[44] A.a.O.

Südwesten von England wird die Sammlung versteigern. Der erwartete Preis liegt bei bis zu $9.107.“[45]

Die Gemälde von 1910-1913 werden bis August 1910 durch seinen Jugendfreund Hanisch verkauft (im Männerheim bei MA12, Haus Meldemannstraße, als „Fritz Walter“ registriert), danach für eine kurze Weile durch Neumann (einen Juden, wurde von Hitler verklagt), und dann durch Hitler selbst. Hitler glaubte, daß sein Versagen in der Wiener Kunstwelt auf der jüdischen Kontrolle beruhte. Als Hitler sein Erbe antreten konnte, hat er weder gemalt noch seine Gemälde verkauft.

{Text under the photo bottom left on page 22:
Bridget Hitler geborene
Brigid Elisabeth Dowling. }

Bei Bridget HITLER, *My Brother in Law Hitler,* steht folgendes:[46] Als William Patrick ein Jahr alt war, im November 1912, traf Brigit Adolf Hitler im Bahnhof an der Lime Street in Liverpool. „Er war ein schäbiger junger Mann, der immer einen Filzhut aufhatte ... kam und wohnte für *zwei Monate* bei uns in der Upper Stanhow Street [102 Upper Stanhope Street, Princess Road, Toxteth, Liverpool] ... war ein verdammter Störenfried, aber ganz lieb zu unserem Baby.“

Adolf war ein Snob und verbrachte seine Tage damit, die Mersey entlang zu spazieren. Zu der Zeit gab es eine große deutsche Gemeinde in Liverpool. Sie betrieben Bars, Cafés und Restaurants. Adolf brachte, mit Unterbrechungen, sechs Monate mit Alois und Brigid zu. Während dieser Zeit reisten Alois und Adolf viel in England umher. Der Aufenthalt von Adolf Hitler während der vorhergehenden 22 Monate (Januar 1911 bis November 1912) ist so etwas wie ein Mysterium. Er war damals 21 bis 23 Jahre alt.

Dies ist vermeintlich das fehlende Jahr in Hitlers Leben. Hitler schrieb in *Mein Kampf* über seine eigene Geschichte und teilt mit, daß er in Wien in diversen Heimen unter Obdachlosen und Stadtstreichern wohnte. Er beschreibt dies als den Tiefpunkt seines Lebens. Allerdings gilt: „Die einzigen Zeugen waren Vagabunden, und ihre Erinnerungen sind unsicher und unvollständig. Die Augenzeugenberichte über Hitler in Wien sind zweifelhaft.“[47] In *Mein Kampf* schreibt er, daß er 1912 ein gescheiterter Kunststudent in Wien war.

Am 24. Mai 1913 verließ Hitler Wien und zog nach München.[48] Das autoritativste Buch über Hitler, alle 844 Seiten, 681 Fußnoten und 13 Seiten Bibliographie hat keine Kenntnisse und keine Fotos von Hitler vom Januar 1911 bis Mai 1913.

Die Wahrheit über die Periode Januar 1911 bis 24. Mai 1913 war, daß Hitler 1911 sein Erbe durchbrachte. Anschließend absolvierte er neun Monate (Februar bis November 1912) Training an der britischen Militärakademie („Psych-Ops War School“, so viel wie: Kriegsschule für Psychologische Operationen) in Tavistock in England und Irland. Die sechs Monate hiernach (November 1912 bis Mai 1913) verbrachte Hitler in Liverpool mit seinem Halbbruder und seiner Schwägerin, um sich zu erholen und seine Pamphlete über psychologische Operationen zu studieren, und für „Touristenreisen“ nach London und in britische Häfen.

Adolf Hitler wurde als britischer Agent ausgebildet. Er wurde ein deutscher Agent, danach ein britischer Doppelagent, und dann der deutsche Reichskanzler als ein kriegführender britischer Doppelagent. Sein jüdischer Großvater aus der Rothschild-

[45] *New Zealand Weekend Herald,* 29. Juli 2006, B11.
[46] Sie verwendete „Bridget Hitler“ als ihren Autorennamen.
[47] *Prelude to Terror.*
[48] *Hitler,* S. 57.

Bankendynastie machte riesige Profite davon – oder genauer, dessen Nachfahren, Hitlers jüdische Cousins.

Hitler entging dem Wehrdienst in Österreich. „Um einer Festnahme zu entgehen, schrieb er sich im Wiener Männerheim 1909 (20 Jahre alt) unter dem Namen seines jüngeren Bruders Edmund ein, der fünf Jahre nach Adolf geboren war und im Alter von zwei gestorben war. Indem er Edmunds Geburtsurkunde unterschob, vermochte Adolf, sich als sein jüngerer und toter Bruder zu identifizieren. Er entwischte dem Militärdienst, indem er unter dem Namen Edmund Hitler lebte, während die Wiener Polizei allenthalben nach Adolf Hitler fahndete.“[49]

Spymaster: „Endlich ging Adolf Hitler, nach seiner Rückkehr aus England, der deutschen Polizei in München ins Netz und wurde der Wehrdienstverweigerung beschuldigt. Er entging dem österreichischen Militärdienst, indem er ärztliche Bescheinigungen vorlegte, daß er unterernährt und krank sei. Als der erste Weltkrieg kam, meldete er sich ironischerweise freiwillig (zum deutschen Militär). Der britische Geheimdienst intervenierte nicht, da sie immer über Reserveagenten verfügen. Falls es mit Hitler schiefgehen sollte, würden sie einen anderen in Reserve haben; und Kriegserfahrung war notwendig für Hitlers Akte.“

„Tatsächlich hat der britische Geheimdienst Hitler zweimal während des ersten Weltkriegs gerettet.“[50]

„Während seiner Periode in Großbritannien wurde Hitler als öffentlicher Redner ausgebildet. Sie brachten ihm bei, mit seinen Händen zu gestikulieren, um Pointen hervorzuheben. Er entwickelte sodann seinen eigenen Stil, der nicht-germanisch war und ungeheuer wirkungsvoll. MI-6 hat auch einen Stimmlehrer vom Trinity College in Dublin eingesetzt, um seine Stimme zu schulen und ihm beizubringen, wie er zur besseren Betonung mit seiner Stimme lauter und leiser reden konnte.“

„Ein erheblicher Teil des Trainungs eines Agenten bezieht sich auf sexuelle Themen. Man gibt den Agenten Drogen, Alkohol, unterwirft sie der Hypnose, erhalten Zugang zu anderen Agenten; und die Instruktoren verschwinden im Hintergrund und beobachten, was sich entwickelt. Adolf hatte Anzeichen für Bisexualität, was nicht ungewöhnlich ist in einem MI-6 Trainingsszenario, und entwickelte später kompliziertere Formen von Perversion, die viele der anderen Möchtegern-Agenten krank machten – vordringlich Koprohilie. Je extremer seine sexuellen Perversionen, desto einfacher ist er manipulierbar; und die Mandarine von Whitehall waren begeistert über seine Fortschritte. Einige sagten voraus, daß der Himmel das Limit für Hitler sein würde.“

„Ihm fehlt nur die Erfahrung,“ lautete eine der vertraulichen Beurteilungen von 1912. Die Chefs von MI-6 entschlossen sich, ihn rechtzeitig nach Deutschland zurückkehren zu lassen, damit er all die Erfahrungen sammeln konnte, die er brauchte, nämlich in dem neuen grand coup – dem zweiten Weltkrieg, der vor vollem Haus eröffnen sollte, daß es in die Zeit der Festlichkeiten nach der Ernte fallen sollte (1914).“

„Bedauerlicherweise brach es vorzeitig los. Wie es Robbie Burns einmal gesagt hat: ‚Noch die am feinsten geschmiedeten Pläne gang aft aglae‘ das ist Gälisch für ‚schiefgehen‘.“

Die Einreisebestimmungen für Großbritannien vor 1914 existierten praktisch nicht. Sogar die Oberen im Innenministerium sind sich darin einig, daß das Gesetz von 1905 leicht hätte umgangen werden können. Das ist die einzige Zeit in Hitlers Leben, da er nicht von den sperrigen Kameras fotographiert wurde. Der Mangel an Gewißheit in den offiziellen Berichten reichte aus, um ihn zu decken. Er hatte entweder ein Alibi oder einen Doppelgänger, der für ihn romantische Stadtbilder in Wien malte. In den 1930ern gab es

---

[49] *The Memoirs of Bridget Hitler,* S. 27 f.
[50] Details folgen unten in diesem Kapitel. (Anmerkung des Übersetzers.)

schon mindestens fünf Doppel, die Hitler verwechselbar ähnlich sahen, die für das Dritte Reich arbeiteten. [51]

Hitlers Halbbruder Alois Hitler: „Bleiben Sie doch auf dem Teppich. Künstler! Er ist nichts außer einem billigen Amateur. In der Kunstakademie haben sie ihn nicht einmal als Studenten akzeptiert. Und was für ein Künstler ist ein Mann, der Bilder kopiert und sie mit seinem eigenen Namen signiert?“ [52]

Hitlers verlorene zwei Jahre und vier Monate reichen vom Januar 1911 bis zum 24. Mai 1913.

1. Hitler brachte 1911 in Wiener Männerheimen sein Erbe durch.
2. Von Februar bis November 1911 verbrachte er seine Zeit mit Training in England auf der Tavistock Psych-Ops War School (Militärakademie für psychologische Operationen) und in Irland auf einer weiteren Militärakademie für psychologische Operationen.
3. Von November 1912 bis April 1913 hatte er seine Basis in Liverpool bei seinem Halbbruder. Von hier aus besuchte er strategische britische Strukturen einschließlich der Tower Bridge in London, Schiffen und Häfen, so wie es viele deutsche Touristen-Spione damals taten.
4. Im April 1913 kehrte Adolf Hitler nach Wien zurück.
5. Am 24. Mai 1913 zog Hitler nach München.

Hitlers Training als Doppelagent

In Tavistock, und in einer unbenannten irischen Militärakademie für psychologische Operationen, die nach dem zweiten Weltkrieg ihre Pforten schloß, lernte Hitler das Folgende: „Wenn ein Redner erst einmal die psychologischen Prinzipien der Massenbeeinflussung gemeistert hat, dann kann er die Massen von allem überzeugen, was er nur will. ‚Nichts ist so absurd, daß es nicht geglaubt wird, wenn es nur mit genug Überzeugung präsentiert wird.‘“

Er konnte (später) schreiben, wie ein Nachhall eines Spruchs von Marcus Tullius Cicero Jahrhunderte zuvor, „Nichts ist so schwer zu glauben, daß Rednerkunst es nicht akzeptabel machen kann...“

„Hitler befolgte das ‚sehr solide Prinzip‘, wie er es nannte, daß eine große Lüge immer glaubwürdiger ist als eine kleine Lüge. In „der primitiven Einfachheit ihrer Seelen“, so Hitler, fallen die Leute der großen Lüge einfacher zum Opfer, ‚weil sie selbst in kleinen Dingen Lügen, aber sich schämen würden, in wirklich großem Maßstab zu lügen.‘ Sie können sich nicht vorstellen, daß jemand eine wirklich monströse Täuschung begehen würde, und werden daher geneigt sein, anzunehmen, daß irgendwas dran sein müsse an einer solchen Äußerung. Daher, so Hitler, ‚wird schon irgendetwas von der schamlosesten Lüge hängenbleiben ...“[53]

Sogar Bonapartes Bruder wurde von britischen Militärakademien ausgebildet. (Alle Brüder waren Freimaurer.) Sein Großvater John Bone war ein Schotte, der nach einem fehlgeschlagenen Aufstand 1746 aus Schottland geflohen war. Der Name Buonaparte (Bonaparte) stammt von „Bone Parte“ – der Bone party, also der Partei namens Bone (wörtlich „Knochen“). Die Briten brüsteten sich, daß ihre Trainingslager die Britische Revolution und die Amerikanische Revolution ausgelöst hatten. Mit ihrem renommierten Erfolgsregister wurden sie auch eingesetzt, um den ersten Weltkrieg und den zweiten Weltkrieg auszulösen, beides britische Freimaurerkriege mit dem Ziel, Frankreich einzufangen und Deutschland zu zerstören. Beide Kriege begünstigten heftig geheime Gesellschaften und Pädophile. Radikaler Zweifel wurde auch auf die Amerikanische Revolution geworfen, wegen der Beteiligung der „Gründungsväter“ an Verbrechen und an der Kriegsauslösung durch die Freimaurerei.

---

[51] *Hitler’s Maid.*
[52] *The Memoirs of Bridget Hitler,* S. 27.
[53] *Mein Kampf,* zitiert in *Prelude to Terror,* S. 251.

Wenn Alois Hitler einen Einladungsbrief nebst Reisekosten an seinen Halbbruder schickte und ihm schrieb, er solle zu Besuch kommen, so fingen die Briten diese Post ab und verwendeten sie, um Hitler aus Österreich herauszuholen. Es sollte zugleich sein erster Mord nach seinem Training sein. Seine britischen Trainer schrieben sodann die Geschichte um, damit es fälschlich heiße, daß Leo Raubal entweder 1910 oder 1911 getorben sei, und daß Bridget Hitlers Memoiren von Leo Raubal und die Einladung von Angela Raubal geborene Hitler [Hitlers Halbschwester aus Alois Hitlers zweiter Ehe] nach England 1912 unmöglich wahr sein konnten. In dieser Weise wird die Geschichte manipuliert. In der Geheimdienstarbeit ist dies mehr als häufig; es ist alltäglicher Gebrauch.

Um diese Verschleierungsaktion auszulösen, wurde Brigid Hitlers Hause von dem letzten Bombenkontingent 1918 in Liverpool zerstört. Die feindlichen Flugzeuge wurden nie gesichtet. Alles, was an dem Tag gesichtet wurde, waren britische Flugzeuge.

Alois und Bridget Hitler erwarteten, Leo Raubal und Angela Raubal geborene Hitler im November 1912 im Bahnhof an der Lime Street zu sehen. Stattdessen traf sich dort Adolf Hitler mit ihnen. Dies gab Hitler ein Päuschen, um sich im Kreis seiner Verwandten zu entspannen, ganz in der Sicherheit des britischen Territoriums und unter britischer Überwachung.

Als Katholikin würde Angela Raubal geborene Hitler ihren Ehemann etwa für tot erklären, wenn er für sie eine Bloßstellung würde, wenn er sie betrogen hätte, sie für eine andere verlassen hätte, oder eine zweite Ehe in Bigamie geschlossen hätte. „Er [Leo Raubal] verbrachte seine Zeit im Pub, trank und rauchte, verspielte sein Geld, und obendrein war er Beamter.“[54]

Im Mai 1914 war Alois Hitler so erpicht darauf, Bridget zu verlassen, daß er seinen eigenen Tod vortäuschte und dann nochmal heiratete.

Die Memoiren von Bridget Hitler *(The Memoirs of Bridget Hitler)* wurden während des zweiten Weltkriegs in Amerika geschrieben und waren dem amerikanischen Geheimdienst bekannt. Das Werk gelang in den 1970ern erstmals unter die Historiker, als Teil einer Sammlung von Papieren des verstorbenen Dr. Edmund Pauker, einem in Europa geborenen Theateragenten. Die Memoiren wurden zuerst 1979 veröffentlicht. Das Manuskript endet 1937 mit einem Komma.

In keinem der vielen durchforschten Dokumente gibt es einen Hinweis auf die Ursache von Leo Raubals Tod. Jennifer Roseberg (jüdisch) erwähnt auf ihrer Webseite, daß Leo Raubal am 11. Juni 1879 geboren wurde und am 10. August 1910 starb, mit der Bemerkung versehen: „Meine Mitforscher stimmen mit diesem Datum nicht überein.“

Andere Quellen sagen, daß Leo am 11. Juni 1879 oder 1880 geboren wurde, daß er Angela Hitler (20) am 13. September 1902 oder am gleichen Tag 1903 geheiratet habe und im Alter von 31 am 10. August 1910 oder 1911 gestorben sei, und einen Sohn gleichen Namens hatte, dessen angebliches Todesdatum zwischen 1942 und 1979 schwankt.

Hiernach soll Angela Raubal (28. Juli 1883-30 Oktober 1949) nochmals geheiratet haben, nämlich einen Architekten in Dresden (The Young Hitler I Knew) oder nach 1818 nach Wien gezogen sein (Office of Strategic Services Profile), von wo aus sie und ihre Tochter Geli auf den Obersalzberg gezogen sind, dann nach Berchtesgaden, wo sie seit 1925 die Haushälterin ihres Halbbruders war. Sein Name war Adolf Hitler.

Andere Geschichten zeigen, daß Hitler Angela Raubal 1936 aus Berchtesgaden hinausgeworfen hat, daß sie nach Dresden zog und Professor Hamitsch heiratete, der im zweiten Weltkrieg während einer russischen Offensive ums Leben kam.

Da Adolf Hitler ein Doppelagent von historischer Statur war, ist seine Familiengeschichte absichtlich konfus. So wie viele politische Figuren, mordete Adolf Hitler seinen Weg nach oben.

---

[54] *The Young Hitler I Knew,* 1954.

„Hitler bat seine verwitwete Halbschwester, Angela Raubal, seine Haushälterin zu sein. Sie kam in Begleitung ihrer siebzehnjährigen Tochter Geli [4. Januar 1908-18. September 1931].“[55]

Es gibt auch keine Geschichte, woran Leo Raubal gestorben ist, ob er an seinen Wettschulden gestorben ist, am Alkohol, oder ob er seine Frau betrog und „für sie tot“ war, wie es der katholische Weg gehörnter Glucken war. Solche Verwirrung um Leo Raubal addiert sich zu einer Verschleierung auf.

Es ist eine Tradition der Absolventen von Tavistock, während oder kurz nach ihrer Ausbildung einen umzulegen, und zwar jemanden aus ihrem inneren Kreis. Das zeigt ihren Führungsoffizieren, daß sie bereit sind, alles zu tun, um die politischen Ziele ihrer Führungsoffiziere durchzusetzen.

Seitdem Adolf „Edmund“ Hitler gegen Ende 1912 von Tavistock abgegangen war, im November 1912 in Liverpool anstelle von Leo und Angela Raubal auftauchte, und da Leos Geburts-, Heirats- und Todesdatum verwirrt sind, ist es gut möglich, daß Leo Raubal der erste war, den Hitler umbrachte. Sein jüdischer Name und die Heirat mit seiner Halbschwester waren Motivation genug. Die Daten wurden verwirrt, um Hitlers Hand im Spiel zu verdecken, und auch, um die Memoiren von Bridget Hitler zu diskreditieren.

Das Treffen von Leo und Angela Raubal mit Alois und Brigid Hitler in Liverpool wurde recht offen im November 1912 geplant. Ihr Fernbleiben hieß, daß Angela auf Entschuldigungen verwiesen war. Angela war stolz; und Leos Glücksspiel, Alkoholismus und Fremdgehen waren ausreichend, um die Öffentlichkeit zu überzeugen.

Was Angela betraf, so mag ihr Mann Leo vielleicht einfach plötzlich weg gewesen sein; und dann kam ihr Stolz zum Vorschein. Ihr Stolz wurde Adolfs Gelegenheit. Wundersamerweise nahm Adolf den Platz von Leo und Angela in Liverpool ein; und wie es sich herausstellte, würde er zwei Jahrzehnte später ein weiteres Mitglied der Familie Raubal hinmorden. Angela Raubal geborene Hitler würde sich auch darüber in Schweigen ergehen.

Das erste Interview mit Paula Hitler (Hitlers Schwester, Angelas Halbschwester) datiert vom 12. Juli 1945, durch die U.S. Army, 101st Airborne, wurde auf einer Schreibmaschine schlechter Qualität aufgezeichnet, mit vielen Zeilen aus dem Raster fallend und variabler Schriftqualität (altes Farbband). Es erwähnt nicht Leo Raubal.

Paula wurde aufgefordert, ihre sämtliche Habe zu diesem Interview mitzubringen. Diese wurde am nächsten Tag in Koffern, Truhen und einem Lkw transportiert. Alles wurde gestohlen, bis auf die Tasche mit Übernachtungssachen, die sie bei sich führte. Somit wurde ihre gesamte physische Beziehung zu ihrem Bruder Adolf am 13. Juli 1945 der öffentlichen Analyse entzogen.

Das zweite Interview mit Paula Hitler war am 5. Juni 1946, und wurde aufgezeichnet durch den Records of Army-Stab (G2). Record Group 319 IRR XE575580 erwähnt, daß Leo Raubal 1910 starb. Zufolge von Paula Hitler heiratete ihre Halbschwester Angela Hitler (1883-1949) den österreichischen Finanzbeamten Leo Raubal 1903, und er starb 1910.

Vieles von dem Inhalt des zweiten Interviews ist verdächtig. Es endet mit 600 Worten von pro-alliierter Propganda von seiten des Interviewführers „ ... sie von der Publicity wegzudrücken.“ Die originale deutsche Aufzeichnung ist nicht verfügbar; und die englische Version besteht aus kaum lesbarer Handschrift und anglisierten Daten.

Beide Interviews zeigen Eingriffe und Wunschdenken von Seiten des Interviewers. Keine alliierte Macht wollte, daß bekannt werde, daß Hitler in Großbritannien war, und wünschte alle eidesstattlichen Versicherungen und Memoiren, die dies bestätigten, zu diskreditieren.

Wenn es Verwirrung zwischen den Generationen gibt, dann sind oftmals größere Mächte am Werk, die die Geschichte manipulieren.

[55] *Hitler*, S. 236.

Wenn die Geschichtsingenieure am Werk sind, werden regelmäßig Zeugen eingeschüchtert und „auf Null“ zurückgestellt. Die wesentlichen Elemente von Paula Hitlers Akten wurden verwirrt oder entfernt. Sie wurde eingeschüchtert und durfte in Armut gehen – „null Besitz“. Das Einzige, was ihr verblieb, war ihr Leben – was sollte dann noch die Wahrheit für einen Unterschied machen?

In dieser Weise werden kritische Verbindungen der Geschichte gewöhnlich aus viel Propaganda mit anhaftenden Scheibchen von Wahrheit konstruiert. Wie üblich ist die einzige klare Antwort die, daß der Kriegsgewinner seine Geschichte zuerst erzählen kann. Dies nimmt zumeist die oberen vier Lagen der Wahrheit ein. Zu recherchieren, was darunter liegt, ist Knochenarbeit; und viel Erfahrung zählt.

Adolfs Dekonstruktion[56]

Bridget Hitler: „Wenn man jetzt zurückblickt, wäre es freilich sehr schmeichelhaft, wenn ich behaupten könnte, daß mein irisches zweites Gesicht, oder selbst nur die Intuition einer Frau, mir geholfen hätte, ungewöhnliche Eigenschaften zu erkennen, die vielleicht erklären könnten, warum der junge Mann [Adolf Hitler], den wir trafen, zu einer der notorischsten Gestalten der Geschichte werden sollte. Aber da war einfach nichts an jenem *blassen Jungen von unstetem Blick, der bewegt zu Alois zu flüstern begann,* was ihn von Tausenden von anderen unterschieden hätte.“

„Man hätte erwartet, daß er für eine so lange Reise halbwegs adrett gekleidet angekommen wäre ... aber er trug einen so abgetragenen Anzug ... Adolf *war völlig erschöpft. Seine Blässe und seine Gleichgültigkeit waren so betont, daß ich fürchtete, er sei krank; und sofort nach dem Abendessen hat er sich zurückgezogen.“*

„Mein Schwager Adolf wohnte vom November 1912 bis zum April 1913 bei uns; und einen *weniger interessanten* oder weniger einnehmenden Hausgast könnte ich mir nicht vorstellen. Zunächst blieb er in seinem Zimmer. Die meiste Zeit lag oder schließ er auf dem Sofa, das er als Bett benutzte. Ich dachte, er sei krank; *seine Farbe war so schlimm und seine Augen waren so eigenartig.* Ich hatte Mitleid mit ihm ... *er war verdrießlich und schwierig.* Adolf nahm *alles, was wir für ihn taten, wie selbstverständlich hin;* und ich bin sicher, daß er unbegrenzt geblieben wäre, wenn er die geringste Aufforderung dazu verspürt hätte.“

„Er kam mir immer *schwach und ohne Rückgrat* vor ... Meistens sagte er nicht viel sondern saß nur da. Manchmal *sprach er von der Zukunft.“*

„Sie waren sich stets gleich, wie Erbsen in der Schote. Alois hatte *Landkarten von jedem Land und studierte sie durchweg.* Wenn Adolf mit uns war, mußte ich mit ihm das Gleiche nochmal durchgehen. Er würde sie *auf den Tischen ausbreiten, oder sogar auf dem Fußboden, und würde für Stunden über ihnen brüten;* und er zögerte nie, meine Haushaltsarbeit zu unterbrechen, *um mir zu erklären, wie Deutschland seine rechtmäßige Stellung in der Welt einnehmen würde. Erst käme Frankreich, dann England.* Natürlich fand ich eine solche Unterhaltung nicht sonderlich interessant; aber *wann immer ich davon weg*

[56] Mit „Deconstruction“ meint das englische Original einen geheimen Fachbegriff aus der psychologischen Schulung auf einer Militärakademie wie Tavistock. Er bedeutet, daß die Persönlichkeit zerschmettert und auf den Trümmern eine gesteuerte Monsterpersönlichkeit gezüchtet wird. Das könnte man auch als „Monsterschmiede“ betiteln (Adolf Hitler durchläuft die Monsterschmiede des Britischen Empire); aber im Text wurde das neutralere und bündigere Wort „Dekonstruktion“ in enger Anlehnung an das englische Original übernommen. Ein Teil der Wortbedeutung ist gewiß, daß Hitler erst durch Tavistock zu *dem* Hitler wurde, ähnlich wie viele andere führende Akteure des britischen Opium-Empire. Hitlers Metzgerspersönlichkeit war in derselben Weise artifiziell krank wie etwa die von Lord Kitchener. Der über Jahrhunderte perfektionierte Ausbildungsgang zum (scheinbar) sinnlosen Massenschlächter war im wesentlichen gleich (sinnlos abgesehen von dem Hintergrund der Hochfinanz). Der resultierende gesteuerte seelenlose Finanzroboter könnte konsequenterweise als „Dekonstrukt“ bezeichnet werden (Napoleon, Kitchener, Hitler, Stalin, Mao, Saddam Hussein, Bush, etc. als „Dekonstrukte“, alle nach einem Muster geformt). (Anmerkung des Übersetzers.)

wollte, fing er an, zu schreien, obwohl ich mir kaum je die Mühe machte, ihm zu widersprechen. Ich schrieb es *zum Teil dem Vergnügen zu, das er daran nahm, seine eigene Stimme zu hören* – ein weiterer Trick, den er mit meinem Mann gemeinsam hatte."

„In Wahrheit habe ich überhaupt nicht so sehr auf seine Tiraden geachtet ... Einmal konnte ich Adolf keine Minute länger zuhören und gab ihm Pari: ‚Du hast vielleicht Nerven, hierher zu kommen und solche Sachen zu sagen. Du wirst nie den Tag erleben, wenn England durch Deutschland zerstört wird. Wenn es zu einem Kampf kommt, ist es gerade so wahrscheinlich, daß das Gegenteil passieren wird. Wieso hast du überhaupt daran ein solches Interesse? Du und wir alle sind Österreicher, nicht Deutsche."

„[Hitler] *starrte mich an, als ob ich ihm ins Gesicht geschlagen hätte.* Für eine Weile hatte er nichts zu sagen, *aber seine Verdutztheit legte sich bald;* und an ihrer Stelle kam bei ihm etwas auf, was ich nur als *verstohlene Freude* über die Tatsache beschreiben kann, daß er *eine Britin dazu gebracht hat, ihre Fassung zu verlieren."*

„Wenn Alois Zeit hatte, fuhr er weg – nach London. Adolf war *fasziniert von der Tower Bridge* (Themsebrücke am Tower of London); und für ein Trinkgeld gelangten sie in den Maschinenraum, wo sie der immensen Maschinerie beim Betrieb zusehen konnten. Alois hatte ein Faible für Maschinen; und er freute sich, einen Gleichgesinnten dabei zu haben. *Er zeigte Adolf Kraftwerke, Dynamos, Flußkräne und das Innere von Schiffen.* Wenn sie heimkamen, diskutierten sie endlos über das, was sie gesehen hatten.

„Sie hatten beide ein *intensives Interesse an allem, was englisch war, und waren immer unterwegs, um Sachen anzuschauen* ... sie waren die Vorläufer der Touristen, die später aus Nazi-Deutschland in alle Himmelsrichtungen ausschwärmten und die *verstreutesten Stückchen Information heimbrachten, zusammenflickten, zu einem kompletten Muster formten."*

„Sobald Adolf sich auskannte, *begann er, sich alleine davonzumachen,* und kehrte erst am späten Abend zurück. *Ständig war Adolf am Lesen – keine Bücher, sondern kleine Pamphlete, die auf deutsch gedruckt waren. Dies waren Adolfs Bücher. Ich wußte nicht, was in ihnen stand, noch auch, wo sie genau herkamen. So nahm ich an, daß er sie von den Deutschen erhielt, die er in der Stadt traf."*[57]

Geheimdienst: „Dies waren ‚Unterrichtsmaterialien' von Tavistock ... alles, was Hitler tat, wie er aussah, alle seine physiologischen Symptome, äußere Erscheinung und Aktionen, zeigten ihn, wie er sich nach der Dekonstruktion wieder integrierte. Die Praxis, ausländische Politiker zu dekonstruieren, hat sich über die vergangenen 500 Jahre entwickelt, und ist zur bevorzugten Methode geworden, um Staaten zu übernehmen."

Als Hitler ankam, war er für eine kurze Reise gekleidet, keine lange Reise. Er war von Tavistock gekommen, nicht von Wien. Jeder aus Wien trug Sonntagskleidung, während Hitler zerknautscht war, als ob er die letzten neun Monate die selben Kleider getragen hatte – was tatsächlich stimmte.

Hitler flüsterte in bewegter Manier und war völlig erschöpft. Er hatte eine fahle und kränkliche Hautfarbe. Er war zermürbt, sah krank aus, hatte unstete und merkwürdige Augen – alles Symptome von Dekonstruktion.

Im Wesentlichen waren Hitler gerade 20 Jahre Ideologie entfernt worden und waren durch die Ideologie der kriegsführenden Geheimgesellschaften ersetzt worden, der Freimaurer und der Illuminaten. Während der Reintegration nach der Dekonstruktion ist es nicht ungewöhnlich, daß die Augenfarbe wechselt, etwa von blau zu braun und zurück.

Nach dem Abendessen zog sich Hitler sofort in sein Zimmer zurück, verbrachte seine Tage schlafend auf dem Sofa und verbrachte die meiste Zeit im Bett. Dekonstruierte Leute brauchen viel Schlaf, um ihr Unterbewußtsein neu zu ordnen – im Wesentlichen, um die neue

---

[57] *The Memoirs of Bridget Hitler,* S. 22, 24, 29, 30, 32, 35. Hervorhebungen vom Autor (G.H.).

Zukunft zu erträumen, die zu verwirklichen ihnen vorgegeben worden ist. Manchmal schlafen sie den ganzen Tag und die ganze Nacht durch.

Adolf Hitler verharrte uninteressiert, mürrisch und schwierig. Er war völlig unpraktisch, schwach, ohne Rückgrat und nahm alles, was seine Gastgeber taten, wie selbstverständlich. Er war der ideologische Chef und alle anderen waren seine Diener, die es zu demütigen galt.

Er war egozentrisch und war ungewöhnlich beharrlich damit befaßt, seinen eigenen entfernten Ziele in die Gegenwart zu bringen, sie näher und näher zu ziehen. Dies beanspruchte seine gesamte Willenskraft und machte ihn für die Welt nahezu unbrauchbar. Er versenkte sich in seine eigene Zukunft und wich seiner gegenwärtigen Situation aus, die zu verleugnen er sein Bestes tat. Er involvierte sich intensiv in seinem ihm eingetränkten heroischen Selbstideal.

Adolf studierte Landkarten aller Länder, breitete sie auf den Tischen und auf dem Fußboden aus. Er redete von der Zukunft aber nicht von der Gegenwart. Er offenbarte seine Programmierung und die Zukunft, indem er erklärte, wie Deutschland seine rechtmäßige Stellung in der Welt antreten würde, zuerst durch Eroberung Frankreichs, dann Englands. Er tat dies und sagte all dies im Jahre 1913; und es war alles auffällig voraussagend. Er war kein „einsamer Wolf" sondern jemand, der starke Rückendeckung und Training darin hatte, eine bestimmt umrissene Zukunft zu erschaffen.

Dekonstruktion ist ein sehr mächtiges Werkzeug. Jemandes Unterbewußtsein umzukrempeln heißt, das Leben dieser Person auf ein komplett neues Fahrgleis zu setzen; und so war es mit Adolf Hitler.

Jemanden gemäß der Ideologie einer anderen Nation zu dekonstruieren heißt, die Person völlig in den Dienst jener Nation zu stellen. Ihre äußeren Gedanken und Taten mögen nationalistisch sein; aber ihre schlußendlichen Ergebnisse fallen unweigerlich zugunsten des Landes aus, das die Dekonstruktion unternommen hat.

Wann immer jemand Hitler ignorierte, schrie er ihn mit seine Botschaft an. Er freute sich am Klang seiner eigenen Stimme, da seine eigene Stimme während seiner Dekonstruktion verwendet worden war, um an sein Unterbewußtsein zu gelangen. Wann immer also Hitler sprach, glaubte er das, was er da sagte.

Während einer typischen Dekonstruktion wird eine Stimmaufnahme, oder ein Puls davon, auf die Schläfen gelegt, während andere Musik im Hintergrund gespielt wird. Im Falle von Hitler war es höchstwahrscheinlich sein politisches und musikalisches Idol Wagner, den er seit seiner Kindheit studiert hatte. (Hitler lernte Klavierspielen.) Die Musik lenkt das Bewußtsein wie auch das Unterbewußtsein ab und läßt die Botschaft direkt in das Unterbewußtsein einsinken, mit dem gleichen Vernügen, das von der Musik ausgeht. Wenn die Musik gespielt wird, läßt sie durch Assoziation die implantierte Botschaft auftauchen. Die Musik wird als „Anker" bezeichnet.

Bei einer Herausforderung reagierte Hitler, als ob er physisch attackiert würde, und gefiel sich sodann darin, alles Britische niederzumachen – seinen neuen unterbewußten Feind. Die Ideen, die er gelernt hatte, wurden vollständig absorbiert; und er eine höchst physische Reaktion auf jedes drohende Scheitern seiner Mission.

Hitler spähte interessante britische Örtlichkeiten zwecks einer späteren Zerstörung aus, einschließlich Tower Bridge, Kraftwerken, Dynamos, Flußkränen und das Innere von Schiffen. Er begann, auf eigene Faust Touren zu unternehmen, und kehrte erst in den späten Abendstunden zurück. Zusammen mit seinem Halbbruder Alois war er vier Monate lang ein Spion-Tourist. Die beiden sammelten einen Flickenteppich von Informationen, den sie dann zu einem Gesamtbild zusammenfügen konnten.

Sie führten endlose Diskussion (debriefings genannt); und Alois, sein Halbbruder, war sein Sekundant. Wenn Adolf Hitler ausfallen sollte, so würde Alois Hitler an seine Stelle

treten. Aber Adolf versagte nicht. Aus der Sicht derer, die Krieg machen, war Adolf ein voller Erfolg.

Obwohl Alois vor ihm trainiert wurde, hatte er nicht das gewöhnliche Aussahen, das Adolf hatte. Alois war endlos dabei, sich einzuklinken, eine Gewohnheit, die Adolf nicht hatte. Alois war ein heterosexueller Sexsüchtiger, wohingegen Adolf ein sexuell verbogener Einzelgänger war. Adolf war ein Koprophiler, was ihn umso leichter kontrollierbar machte, und umso nützlicher.

Den Briten zufolge war Adolf eine nahezu perfekte Marionette des Krieges; und der Beweis liegt in der Geschichte. Adolf las ständig Trainingsunterlagen für psychologische Operationen auf deutsch (der Sprache seines Unterbewußteins). Er behielt das Material für sich und brütete darüber endlos. Er war dabei, zu werden, was die Briten wollten – eine perfekte Kriegswaffe, ein deutscher Nationalist, ein Sozialist – ein Nazi.

Als Dr. Morell, Hitlers Arzt seit 1937, Hitler das erste Mal untersuchte, bemerkte er, daß „sein Geisteszustand sehr komplex ist".

Hitler im ersten Weltkrieg – der Große Krieg der Freimaurer

Krieg wurde erwartet. Britische Geheimdienstoffiziere erwarteten Krieg für Ende 1914 nach der Ernte. Er kam jedoch vorher, vor der Ernte.

Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich wurde von einem bosnischen serbischen Nationalisten in Sarajevo am 28. Juni 1914 umgebracht. Dies hatte zur Folge, daß Österreich Serbien den Krieg erklärte. Der Attentäter selbst sagte, daß der Krieg seit über einem Jahr geplant wurde. Viele deutsche Geheimdienstoffiziere glaubten, daß die Briten den serbischen Geheimdienst kontrollierten - die Schwarze Hand - und ihnen Gewehre, Sprengstoff, Geld und andere Versorgungsgüter lieferten. So viel zur britischen Erläuterung, daß der erste Weltkrieg durch einen Zufall begann.

Der erste Weltkrieg führte dazu, daß das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, das russische Reich und das ottomanische Reich zusammenbrachen, 10 Millionen Kriegstote und weitere 50 Millionen Tote in den letzten Kriegsmonaten durch die Spanische Grippe. Das Britische Empire blieb unangetastet bestehen. Die Briten planten den Großen Krieg, der später unter dem Namen erster Weltkrieg bekannt wurde. Zu der Zeit geschah nur wenig, was die Briten nicht planten.

Der Krieg brach 20 Monate aus, nachdem Hitler sein britisches Training in psychologischen Operationen vollendet hatte, und ein Jahr, nachdem er England verlassen hatte. Im ersten Weltkrieg war Hitler ein Gefreiter im bayerischen Regiment, seine Tätigkeit war ein Meldeläufer an der Westfront – eine Position, die häufig von Doppelagenten besetzt wird. Einmal kämpfte Winston Churchill (43) nur 2 km entfernt von Hitler (28). Beide hatten sich freiwillig gemeldet; und da sie beide geschützte psych-ops-trainierte britische Agenten waren, könnten sie sich unter geschützten Umständen getroffen haben. Ganz sicher waren beide geheimdienstlich vor dem Tode geschützt.

Geheimdienst: „Am 20. November 1917 bei Cambrai in Nordfrankreich, 150 km vom englischen Kanal und 50 von Belgien, wurde Hitler in den Gräben zusammen mit anderen Deutschen gefangengenommen. Die britischen Truppen, Teil des Royal Green Jacket-Regiments, hatten Befehl, keine Gefangenen zu machen, und begannen das Abschlachten. Hitler war gerade dran, als ein britischer Geheimdienstoffizier eiligst eintraf und sagte: ‚Oh no, not that man' (‚Oh nein, nicht der Mann'); und Hitler durfte zu seiner Einheit zurückkehren."

„Zweimal während des ersten Weltkriegs wurde Hitler auf Befehl eines britischen Geheimdienstoffiziers gerettet. Zu der Zeit der unnötigen, unmotivierten und demütigenden deutschen Kapitulation lag Hitler im Lazarett, vorübergehend blind durch Gas (11. November 1918)."

„[21 Jahre später,] im September 1938, traf der britische Premierminister Neville Chamberlain (69) Hitler (49) in München. Er hatte zwei Stücke Papier. Eines sagte: ‚Frieden für unsere Zeit'; und Hitler hatte es unterschrieben. Das andere war ein Brief an den Feldwebel (Lance Corporal) des Green Jacket-Regiments, das ihm für die Rettung von Hitlers Leben dankte. Der Brief benannte den Lance Corporal."

„Ich sichtete den Brief 1974 in der Offiziersmesse des Green Jacket-Regiments in der City of Winchester, 40 km südwestlich von Zentrallondon. Die City of Westminster ist die alte Hauptstadt von England (1000 n.Chr.). Sie ist eine Kathedralenstadt und die jahrhundetealte Heimatstadt des Royal Green Jacket-Regiments. Als ich viel später zurückkam, um den Brief zu sehen, fehlte er."

„Das Aldershot militärische Trainingszentrum liegt 30 Autominuten nordöstlich von Winchester auf dem Weg nach London. Winchester wurde während des zweiten Weltkriegs nicht stark bombardiert."

Spymaster: „Der Feldwebel in dem Royal Green Jacket-Regiment, der bei Cambrai Hitler das Leben rettete, fand seinen Weg in die Polizei von Liverpool. Die ersten sechs Monate des Blitzkriegs im zweiten Weltkrieg zog er durch Liverpool mit den Worten: ‚Wenn ich daran denke, daß ich dies hätte verhindern können', bis ihm der Special Branch (Sonderabteilung) einen Besuch abstattete und ihm sagte: ‚Shut the fuck up' (‚Halt bloß deine Klappe.')."

Hitler – Der verdeckte britische Agent

1911 widersetzte sich Hitler standhaft den Versuchen, ihn zur österreichischen Armee einzuziehen, indem er sich darauf berief, er sei Invalide. Nachdem er 1913 verfolgt wurde, beeilte er sich 1914, sich freiwillig zu melden. Gegen Ende 1918 wurde Hitler zu geheimdienstlichen Tätigkeiten abdelegiert. Er wurde so etwas wie ein agent provocateur, der in Barracken über Revolution sprach und dann diejenigen denunzierte, die ihm zustimmten.

Hitler, wie auch andere dekonstruierte Persönlichkeiten, war bisexuell an der Grenze zur Pädophilie. Sein Führungsoffizier, Hauptmann Röhm, war gleich veranlagt. 1919 führte Hitler aufwendigere Aufträge für den Armeegeheimdienst aus als verdeckter Agent in Zivil. Während er unter Röhm tätig war, entdeckte Hitler, daß die Druckerpressen des Völkischen Beobachters zum Verkauf standen.

Er eilte stracks zurück zu seinem Chef Hauptmann Röhm, um ihm zu sagen, daß er diese Druckerpresse kaufen müsse, aber Röhm war abwesend auf einer pädophilen Expedition. Statt zu warten, unternahm Hitler den unerhörten Schritt und rief „Gott" an. Er stellte ein R-Gespräch durch an General v. Seeckt, den Chef der Heeresleitung, und berichtete ihm von diesem unglaublichen Schnäppchen. Generaloberst von Seekt sagte, daß sich der Preis vernünftig anhörte, aber ihm fehlten die Mittel. Also bot er an, die „Cousins" anzuläuten. Die „Cousins" waren die Briten; und am nächsten Tag hatte Agent Hitler seine Zeitung. Die deutsche Heeresleitung hatte mit britischer Finanzierung die Druckerpresse des Völkischen Beobachters für Hitler gekauft.

Hitler und das deutsche Oberkommando hatten unleugbare Verbindungen zu Großbritannien; und sie waren schon früher zusammengewesen, vor, während und nach dem ersten Weltkrieg – und wie sich herausstellte, auch während des zweiten Weltkriegs.

„Der Entschluß des Führers, die Panzer am Aa-Kanal in Belgien zu stoppen, ermöglichte den Truppen der britischen Expedition, bei Dünkirchen zu entkommen."[58]

„225.000 britische und 110.000 französische Truppen wurden zwischen dem 27. Mai und dem 2. Juni 1940 aus dem französchen Hafen Dünkirchen am englischen Kanal evakuiert."[59]

---

[58] *To Catch a King*, S. 51.

[59] *The Oxford English Reference Dictionary.* Ausführlich zu diesem Verrat des britischen Agenten Adolf Hitler am Deutschen Reich siehe unten, Kapitel 10.

Gleichgelagert ist die Tatsache, daß Hitler die britischen Radartürme nicht angriff. Die Briten bauten leicht zu treffende hohe Radartürme in Vierergruppen, die es den Briten erlaubten, deutsche Flugzeuge vor deren Eintreffen in der Nacht zu erkennen. Hitler griff diese leichten Ziele nie an. Hermann Göring, der Chef der Luftwaffe, verhinderte, daß diese Ziele bombardiert wurden. Sogar die Briten deckten ihn und behauptete, daß die Deutschen mißverstanden hatten, was Göring gesagt hatte.

Ein Teil der abgekarteten Kriegsziele war es, sich wechselseitig über ihre Stellungen und ihre Absichten zu informieren. Das Radar, obgleich primitiv, tat dies automatisch. Der zweite Weltkrieg war ein Krieg, der alle Formen von Kommunikation entwickelte, einschließlich Spionen, Doppelagenten, Radar, Radio, Schlüsselungscodes und gemeinsam genutzte Erfindungen. (Siehe unten im Anhang: Information und Erfindungen, Anhang I).

HITLER WAR EIN BRITISHER AGENT
NACHWORT JULI 2008
Dr. Stefan Grossmann

Ich habe mich mit dem Gedanken befaßt, das Buch „Hitler was a British Agent" (Hitler war ein britischer Agent) von Greg Hallett und Spymaster in die deutsche Sprache zu übersetzen. Die Autoren sind zwei Geheimdiensthistoriker in Neuseeland. Im Kontakt mit Greg Hallett habe ich vorgeschlagen, in die deutsche Übersetzung zusätzliche Informationen speziell für den deutschen Leser aufzunehmen. Das könnte freilich auch für den nicht deutsch sprechenden Leser interessant sein.

Typischerweise ist die Hitler-Biographie für den Bücherschrank des sogenannten Gebildeten eine gewundene akademische Übung der Täuschung. Man nehme beispielsweise die Hitler-Biographien von Historikern, etwa: Joachim C. Fest, Werner Maser, William L. Shirer, Alan Bullock, John Toland, Ian Kershaw, Ron Rosenbaum, Hugh Trevor-Roper, und anderen. Ihre Bücher sind anwidernd, da es ihnen an Redlichkeit mangelt. Sie sollten Hitler als eine Marionette der Bankiers portraitieren, die ihm den Weg zur Macht ebneten und die den zweiten Weltkrieg finanzierten, wobei sie riesige Kriegsgewinne vereinnahmten. Leider jedoch - abgesehen von vereinzelten ritualisierten Verbeugungen hin zur Wahrheit - erscheint dieser wirkliche Hitler - Hitler der Bankbeauftragte - in ihren Büchern nirgendwo. In den Werken jener weniger als aufrichtigen Historiker glänzt die Wahrheit durch Abwesenheit. Um so beißender fallen ihre gleichsam priesterlichen Anpreisungen ihrer *Hitlermaskerade* als einer historischen Wirklichkeit aus.

In krassem Kontrast zu dem Vorstehenden hat sich ein anderer Kreis von Akademikern das Ziel gesetzt, der Öffentlichkeit den *unverkleideten Hitler* vorzustellen. Die Historiker in dieser Gruppe sind zu loben für die Ehrenrettung historischer Gelehrsamkeit.

Es gibt etwa drei Schlüsselbereiche der Hitlerhistorie, die diesen Bruch innerhalb der akademischen Welt mit besonderer Deutlichkeit zeigen. Ich würde diese drei Felder wie folgt benennen:
1. Hitlers angeblicher Selbstmord im Führerbunker in Berlin
2. Wer finanzierte Hitler?
3. Was waren die Ursachen des zweiten Weltkriegs?

1. Es gibt keine klaren und schlüssigen Beweise, daß Hitler im Führerbunker in Berlin gestorben wäre. Die Gelehrten der Gruppe *Hitlermaskerade* beziehen ihre Annahmen durch Rosinenpicken aus einer hoffnungslosen Konfusion von gemischten Indizien. Zudem zeigen sie mit dem Finger auf ihre akademischen Widersacher und argumentieren, daß keine klaren Beweis für eine Flucht Hitlers vorliegen, und daß daher Hitler im Führerbunker gestorben sein müsse. Ich finde eine derartige Argumentation unredlich und interessebehaftet, mit anderen Worten vorurteilsbeladen und nicht in dem interesselosen Sinne unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung.

Über dieses Thema ist viel geschrieben worden. Es würde ein eigenes Buch füllen, das gesamte Material zu präsentieren. Einer der Gründe, warum die Beweiswürdigung so

schwierig ist, besteht darin, daß Hitler mindestens sechs, möglicherweise sogar mehr als zehn verwechselbar ähnlich aussehende Doppel hatte, ähnliche wie zahlreiche führende Politiker heute. Hitlers angebliche sterbliche Überreste waren durch einen Kremationsversuch durch Benzinfeuer stark verbrannt. Die verkohlten Leichenteile bestanden aus kalzinierten Knochen und einem angeblichen (entfernbaren) Gebißstück, das der Öffentlichkeit nie gezeigt worden ist. Die Kremationsüberreste wurden durch die Sowjets der Stalinära gefunden – mit allem gebotenen Respekt, nicht gerade die vertrauenswürdigsten Gewährsleute. Stalin war der Ansicht, daß Hitler lebend aus dem Führerbunker entflohen sei. Vom US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower ist dokumentiert, daß er Stalins mißtrauischer Auffassung gefolgt ist. Dies waren sehr schlaue und weltgewandte Führer. Die historische Erzählung, daß Hitler Selbstmord verübt habe, beruht hauptsächlich auf sogenannten Aussagen (gegenüber sowjetischen Vernehmungsbeamten) von einigen der engsten Mitarbeiter Hitlers. Diese würden ein überragendes Interesse besessen haben, die Sowjets glauben zu lassen, daß Hitler tot sei, nicht daß er entkommen sei. Das ist auch genau dasjenige, was die sowjetischen Ermittler hören wollten. Leider sind Zeugenaussagen die schwächste Methode der Beweisführung. So etwas wie Hitlers Leiche wurde niemals gefunden, noch wurde so etwas jemals gegenüber Zeugen, alliierten Offizieren oder der Öffentlichkeit gezeigt. Die Sowjets kündigten mehrfach an, daß sie Hitlers toten Körper vorzeigen würden; passiert ist das dann jedoch nie. Außer einem einzigen wertlosen Foto von etwas in einem Kasten gibt es keine Fotographie von Hitlers Leiche. Nach unserem besten Kenntnisstand gab es im Berlin zur Zeit der sowjetischen Stadteroberung keine Hitlerleiche.

Die bürokratisch beflissenen Sowjets verfaßten einen Autopsiebericht und kamen darin zu der schriftlichen Schlußfolgerung, daß Hitler höchstwahrscheinlich im Führerbunker Selbstmord begangen habe, und daß gewisse menschliche Leichenteile, die in der Nähe jenes Orts gefunden wurden, von Hitler stammen. Nicht einmal Stalin der sowjetische Oberste glaubte dem sowjetischen Autopsiebericht. Es war eine Konvention der verängstigten unteren Chargen, den sowjetischen Anführer zu belügen, Zahlen und Statistiken in geradezu bizarrem Ausmaß zu frisieren, etc. Aus heutiger Sicht war ein solcher Märchenbetrieb ein fast schon humoriger in jedem Falle aber kennzeichnender Zug des Sowjetreichs. Selbst wenn man diesen Autopsiebericht beim Wort nehmen wollte, wäre seine Glaubwürdigkeit praktisch null, oder in etwas offenerer Sprechweise: Er ist ein besserer Witz. Eine der Hauptstützen konventioneller Hitlerbiographie.

In der ersten Hälfte der 1990er analysierte ein Team von französischen Gerichtsmedizinern den sowjetischen Autopsiebericht. Sie gelangten zum Ergebnis, daß die sowjetische Untersuchungskommission „subterfuge” (auf deutsch: Ausflucht; List, Tricks) angewendet habe. Ihre Ergebnisse wurden in zwei medizinischen Zeitschriften veröffentlicht:

E. Laurier, V. Hedouin, D. Gosset, P.H. Muller; *Le rapport d'autopsie d'Hitler : le point de vue du médecin légiste* (Hitlers Autopsiebericht in gerichtsmedizinischer Sicht), *La Semaine des hôpitaux de Paris*, 69 (10), 1993, pp. 294-300

E. Laurier, V. Hedouin, D. Gosset, P.H. Muller; *Etude critique médico-légale du rapport d'autopsie d'Hitler* (Kritische gerichtsmedizinische Analyse des Autopsieberichts über Hitler), *Journal de Médecine Légale Droit*, 37 (1) 1994, pp. 65-67

Ein (englischer) Zeitungsbericht, der sich vielfach im Internet findet, faßt die detaillierte Analyse der französischen gerichtsmedizinischen Gutachter wie folgt zusammen:

„Die Ausgabe vom 18. März 1994 von THE PLAIN DEALER [Cleveland, Ohio] enthielt eine Associated Press-Meldung mit dem Titel 'MEDIZINER FANDEN, DASS VERBRANNTER

KÖRPER NICHT VON HITLER SEIN KONNTE' ['DOCTORS FIND BURNT BODY COULD NOT BE HITLER'S.'] Einige Auszüge lauten: '...französische Gerichtsmediziner sagen, daß die verkohlte Leiche, die Hitler zugeschrieben wird, nicht sein Körper ist... Die Experten WIDERLEGTEN Verifikationsberichte, die von Stalin angeordnet wurden, um ihn ZUFRIEDENZUSTELLEN... der Körper ist in Wahrheit der eines unbekannten deutschen Mannes. [Die Gerichtsmediziner] verbrachten über zwei Jahre damit, den Bericht zu analysieren, den sowjetische Ermittler in den Tagen nach der Kapitulation des Dritten Reiches 1945 angefertigt hatten... der Körper [der Hitler zugeschrieben wird] hatte einen überzähligen Zahn und lediglich einen Hoden... kein anderen deutscher Arzt, der Hitler vor seinem Tode untersucht hatte, erwähnte jemals auch nur eine dieser Anomalien.'"

Der forensische Autopsiebericht vom 8. Mai 1945 weist darauf hin, daß „wahrscheinlich Hitlers Leiche" gefunden wurde. Für einen Autopsiebericht ist dies eine vorsichtige Ausdrucksweise, nicht völlig zuversichtlich. Kurz nachdem dieser Bericht publik wurde wurde er von anderen sowjetischen Amtsträgern dementiert. Die nächste Version, die an die Öffentlichkeit drang, war, daß das zahnmedizinische Beweismaterial die Körperteile als Hitlers Körperteile identifizierten. Wiederum kurze Zeit später wurde dann dies dementiert. (Nach Joachim Fest, 1973, Hitler, S. 1024.)

Berlin, 30. April, 1945, kurz vor 15:40 Uhr. Die meisten der Überlebenden des Führerbunkers berichten für diesen Tag, daß ein einzelner Schuß fiel. Zufolge des gefeierten Hitlerbiographen Joachim Fest (S. 1022 f.) sagte ein einziger überlebender Augenzeuge, der SS-Offizier Rattenhuber, gegenüber den Sowjets aus, daß er sag, daß Hitler tot auf einem Sofa saß, sein Gesicht mit Blut beschmiert. Hitlers tote Ehefrau neben der männlichen Leiche auf dem Sofa hatte einen unbenutzten Revolver auf ihrem Schoß liegen; sie verstarb an Blausäurevergiftung. Die sowjetischen Ermittler nahmen an, daß Hitler sich mit Blausäure vergiftet habe. Gegen 23 Uhr war der in Rede stehende Körper nahezu vollständig verbrannt und verkohlt. (Nach J. Fest, Hitler, S. 1022 f.)

Fests angeblicher einziger überlebender Augenzeuge, der Hitler tot auf einem Sofa gesehen habe, ehe Hitler durch Benzinfeuer verbrannt worden sei, war der RSD-Mann (Reichssicherheitsdienst, also Hitlers Polizeileibgarde) Rattenhuber, Chef von ca. 200 Polizei-Bodyguards, die graue SS-Uniformen trugen. Der RSD-Kommandeur Johann (alias Hans) Rattenhuber (1897-1957) war ein SS-Karriereoffizier aus Bayern in Süddeutschland. Es folgt ein Foto von Rattenhuber in schwarzer SS-Uniform (mit dem Nazi/Bush Regime-Adler und dem Yale/SS Totenkopf & Knochen-Emblem auf seiner Mütze):



Meine spontane Reaktion nach vielen Jahren anwaltlicher Prozeßführung: Dieser Mann würde einem alles erzählen, um seinen geliebten Führer zu retten. Wenn also das Gesicht der männlichen Leiche auf dem Sofa mit Blut beschmiert war, wie gut hätte Rattenhuber unterscheiden können, ob dies Hitler war oder lediglich eines der mehreren Hitlerdoppel?

Es folgt eine weitere, neuere und wesentlich andere Version von Rattenhubers Aussage, ein Beispiel für den verdächtig wechselhaften Bestand an Schüsseldetails der Hitlerhistorie im Ablauf der Jahre. Quelle (englisch): http://en.wikipedia.org/wiki/Johann_Rattenhuber

„Am 30. April war Rattenhuber in der Gruppe, der Hitler eröffnete, daß er beabsichtige, sich lieber das Leben zu nehmen als den sowjetischen Besatzungskräften in die Hände zu fallen. Er sagte später aus:

‘Gegen 22 Uhr [am 29. April] rief mich Hitler in sein Zimmer... Hitler sagte: ‘Sie haben mir über viele Jahre treu gedient. Morgen ist Ihr Geburtstag, und ich will Ihnen gratulieren und Ihnen für Ihre treuen Dienste danken, da ich dies morgen nicht mehr tun kann. Ich habe die Entscheidung getroffen... Ich muß diese Welt verlassen.’ Ich ging hinüber zu Hitler und sagte ihm, wie notwendig sein Überleben für Deutschland ist, daß es noch eine Chance gab, zu versuchen, aus Berlin zu fliehen und sein Leben zu retten. Er erwiderte: ‘Wozu das?’ ‘Alles ist ruiniert, und eine Flucht würde heißen, den Russen in die Hände zu fallen.’.’

Rattenhuber war allerdings nicht gegenwärtig, als Hitler sich am Nachmittag des 30. April das Leben nahm. Er sah nicht Hitlers Leiche und war keiner von denen, die die Leiche nach draußen brachten und sie verbrannten; aber dies wurde ihm unmittelbar danach von Heinz Linge gesagt, Hitlers Kammerdiener.

Am 1. Mai leitete Rattenhuber eine der drei Gruppen, die aus dem Bunker ausbrachen. Die anderen beiden Gruppen wurden geführt vom SS-Brigadeführer Wilhelm Mohnke und von Werner Naumann. Die meisten, wie auch Rattenhuber, wurden noch am selben Tag von den Sowjets gefangengenommen. Rattenhuber wurde nach Moskau verbracht, wo er am 20. Mai eine lange und detaillierte Beschreibung der letzten Tage von Hitler und der Naziführung im Bunker abgab. Der Text blieb in einem sowjetischen Archiv, bis er im Jahr 2000 von V.K. Vinogradov in der russischen Ausgabe von *Hitler’s Death: Russia’s Last Great Secret from the Files of the KGB* [Hitlers Tod, Rußlands letzter großes Geheimnis aus den Akten des KGB] veröffentlicht wurde.”

Man beachte die wesentlichen Diskrepanzen zwischen dieser Beschreibung und der oben zusammengefaßten Beschreibung gemäß Joachim Fest nach seiner Hitlerbiographie von 1973. Bei Fest 1973 ist Rattenhuber noch Augenzeuge, aber nach Vinogradov 2000 wird Rattenhuber zu einem bloßen Zeugen vom Hörensagen herabgestuft. Man beachte ferner, daß es Ausbrechende aus dem Führerbunker am 1. Mai 1945 gab, und daß lediglich „die meisten” aber nicht „alle” von ihnen gefangengenommen wurden.

Ron Rosenbaum *(Explaining Hitler, The Search for the Origins of His Evil,* New York 1998) ist einer der wenigen *Hitlermaskerade*-Biographen, die es wagen anzuerkennen, daß die sowjetische Autopsie von Hitler ohne verbindliche Geltung ist. Rosenbaum informiert seine Leser, daß die sowjetische Autopsie ein Falsifikat ist, da sie nicht mit der Information von Hitlers Arzt übereinstimmt. Es gab übrigens ein englisches Propagandalied über die Zeile: Hitler has only one ball (Hitler hat nur ein Ei). Hitler war im ersten Weltkrieg verwundet worden; und es gibt eine angebliche Äußerung seines Kompaniechefs des ersten Weltkriegs, daß Hitler in dem Angriff einen Hoden verlor. Keiner von Hitlers Ärzten hat dies je bestätigt.

Es gibt mehrere Filme, angeblich der authentischste ein deutscher Film mit dem Titel „Der Untergang” (2004) nach dem Buch von 2002 von Joachim Fest „Der Untergang”. Ein Überlebender, Hitlers jüdischer Fahrer und Leibwächter Rochus Misch, beschwerte sich in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (29. April 2005), daß das Buch/der Film ihn mit Äußerungen portraitiert, die er nie gemacht hat, daß er für das Buch/den Film nicht befragt worden sei, und daß andere Details der Präsentation Erfindungen sind, beispielsweise die Frage, wer in Hörweite des angeblichen einzelnen Pistolenschusses war. Fest selbst kommt zu der Schlußfolgerung, daß es gegen Ende nicht Hitlers Absicht war, den Krieg zu gewinnen sondern daß Hitler den Untergang gewollt hat. Rezensenten waren erschrocken über diese kühne Schlußfolgerung, die Fest in seinem letzten Buch ausdrückt (z.B. Rezensent Thomas Meissen in der Neuen Züricher Zeitung, 6. November 2002); und Fest verteidigte seine bemerkenswerte Auffassung in einem deutschen Fernsehinterview (mit Werner Witt, SWR 2, 19. Juni 2005). Joachim Fest starb 2006 Wochen vor seinem 80sten Geburtstag; er hat uns seine soeben angeführten letzten Schlußfolgerungen als Vermächtnis hinterlassen.

Das jüngste Produkt des *Hitlermaskerade*-Lagers ist eine kurze gerichtsmedizinische Stellungnahme von Professor Klaus Püschel in Hamburg *(Wie starb Adolf Hitler? Hitler’s Demise*, in: Rechtsmedizin, June 2008, Nr. 3, S. 202-204). Püschels Recherche liegt unter dem Niveau eines Erstsemesters; und er winkt ehrfürchtig und fraglos den sowjetischen Autopsiebericht einfach durch. Die zweijährige Analyse des Teams von französischen Gerichtsmedizinern, die 1993/94 veröffentlicht wurde, wird nicht einmal erwähnt.

Warum täuschen uns praktisch alle führenden Hitlerbiographen über diese Zusammenhänge? Müssen wir um die Wahrheit beschwindelt werden? Die Wahrheit ist, daß es keine schlüssigen Beweise gibt, daß Hitler Selbstmord beging. Im Gegensatz zur Wahrheit bringen praktisch alle führenden Hitlerbiographen das Thema als eine Sache von Routinewissen aufs Tapet, nämlich daß Hitler sich das Leben nahm. In jedem Fall fehlt einem Historiker jedweder medizinischer Sachverstand, um an dieser gerichtsmedizinischen Diskussion überhaupt nur sinnvoll teilzunehmen. Ein Hauptbeispiel, wie unredliche Geschichtsklitterung betrügerisch als Hitlerbiographie ausgegeben wird. Wie sich Geschichtsschreiber zu einer Statur aufplustern, welche mehr weiß als sie überhaupt wissen können, und die Dinge mit einem höheren Grad von Gewißheit weiß als die Realität erlaubt. Das ist anwidernd. Ist die akademische Welt ein Wolkenkuckucksland?

2. Wir wissen positiv und aufgrund breiter Dokumentation, wer Hitler finanziert hat. Was Hitler tat und was aus Hitler geworden ist (der deutsche Diktator), ist nicht aus dem Blauen heraus passiert: es ist passiert, weil eine bestimmte Gruppierung von anglo-amerikanischen Bankiers dafür bezahlt hat. Von allem Anfang an war Hitler ein bezahlter Aktivposten, und sein Krieg war eine unfaßbar lukrative Mega-Investition, von internationalen, vornehmlich anglo-amerikanischen Bankeninteressen. Dies ist eine weitere unwiderlegliche Tatsache, die die akademischen Verfälscher der Hitlerbiographie im Gesicht blaß werden läßt.

Was im vorstehenden Absatz geschrieben steht, wird manchem Leser neu und sogar exotisch klingen. Aber es ist keine Spekulation, keine Propaganda, keine Polemik. Es ist das Ergebnis eines zu wenig bekannten Zweigs der Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten. Die These von Greg Hallett und Spymaster (nämlich daß Hitler ein britisher Agent war) steht voll im Einklang mit einer Fülle von historischen Beweisen und historischer Forschung. Das einzig Exotische daran ist, daß Sie möglicherweise davon noch nichts gehört haben. Aber freilich sind Sie das Opfer von Desinformation; und Sie stehen an der Schwelle des Erwachens zum Licht, so wie Sie dies lesen.

Behalten Sie den Volksmund im Kopf: Professoren sind nützliche Idioten. Aber glauben Sie nicht immer, daß sie nützlich sind. Und selbstverständlich sind einige von ihnen richtige Goldstücke.

Eine echte Granate aus dem „Wer finanzierte Hitler"-Lager der Forschung ist: Guido Giacomo Preparata, *Conjuring Hitler, How Britain and America made the Third Reich,* [englisch: Die Beschwörung Hitlers, Wie Britannien und Amerika das Dritte Reich machten], London 2005, xix + 311 Seiten in kleinem Druck. Der gesamte Inhalt einschließlich der zehnseitigen Auswahlbibliographie seien zum Bestandteil dieser Einführung erklärt. Die Studie stammt aus der Feder eines Assistant Professor of Political Economy an der University of Washington. Sie ist eine gründliche und unwiderlegliche ökonomische Analyse dessen, wer Hitler finanziert hat. Da die massiven klaren finanziellen Beweise nicht widerlegt werden können, haben sich die Eskamoteure der Biographe vom Typ „Hitler saß tot auf dem Sofa" stattdessen darauf verlegt, all dies zu ignorieren, und wenn man sie damit in eine Ecke treibt, zu spucken und zu schmähen. Im Wesentlichen bestätigen die großartige Studie von Guido Giacomo Preparata und die zahlreichen in ihr angeführten klugen Autoren, daß Hitler nicht aus dem Blauen kam sondern daß er ein finanzielles Großprojekt war. Oder in den Worten von Guido Giacomo Preparata selbst (S. 15): Eine „detaillierte Analyse des Auftauchens des Nazismus wird offenbar generell vermieden, da dies zu viel offenbaren könnte; in Wahrheit könnte dies publik machen, daß die Nazis *niemals* ein Zufallsprodukt waren." (Kursiv im englischen Original.)

Seine umfangreiche Studie zusammenfassend, bringt es Preparata auf den folgenden höchst expliziten Punkt (S. xix):

„Um die deutsche Bedrohung zu annihilieren, hatten die herrschenden britischen Eliten mit hohem Einsatz gewettet; mehr als 30 Jahre lang (1914-1945) hatten sie ein Netz gewoben von finanziellen Machenschaften, internationalen Frontbildungen, geheimdienstlichen Kabalen, diplomatischen Teufeleien, militärischen Ränken sowie unmenschlicher Verlogenheit; und schlußendlich obsiegten sie. Dieses Spiel für anglo-amerikanische Vorherrschaft führte Kosten von annähernd 70 Millionen Menschenleben mit sich (zwei Weltkriege): Ein Holocaust, dessen Natur jenseits von Worten liegt. Beide Konflikte wurden in Großbritannien gewollt und entfesselt. Im ersten war es politische Inkompetenz, die Deutschland verlieren ließ; im zweiten gab es kein Deutschland mehr, das der Erwähnung wert gewesen wäre: Alles, was wir sehen, ist eine benebelte Bevölkerung, die vor einen einheimischen Automaten gespannt ist, der von den Briten (und den Sowjets) ausstaffiert, gerüstet und aufgezogen wurde."

Das vorliegende Buch gelangte unabhängig zu der gleichen Einsicht, zu der Preparata gelangt: Hitler war ein britischer Agent, wie es mündliche Quellen in Geheimdiensten berichten.

3. Der äußere Rahmen für die ganze Diskussion ist die Frage: was waren die Ursachen des zweiten Weltkriegs. Im folgenden Beispiel rückt das *unverkleidete Hitler*-Lager durch einen Konservativen mit Schlüsselbefunden aus dem kollektiven Gedächtnis der Geschichte nach vorne. Siehe das jüngste Buch von Patrick J. Buchanan, *Churchill, Hitler and the „Unnecessary War", How Britain Lost its Empire and the West Lost the World,* [Churchill, Hitler und der „unnötige Krieg", Wie Großbritannien sein Empire verlor und der Westen die Welt verlor], New York 2008. Dieser konservative amerikanische Politiker und Historiker nimmt die Position eines „Fehlertheoretikers" ein, die so verbreitet ist, um dasjenige wegzuerklären, was keine Fehler sondern abgründige Berechnung war. Ein Satz in seinen Buchnotizen im Internet besagt: „Unter Zitat von über 100 Historikern zeigt Buchanan, wie

die Geisteshaltung und Fehlurteile von Staatsmännern wie Churchill und Neville Chamberlain die Kriege garantierten, die die Wunden beifügten, die sich als die tödlichen Wunden westlicher Zivilisation herausstellen könnten.“ Buchanan ist entweder nicht fähig oder nicht willens, die ökonomische Seite der Geschichte zu analysieren; auf der politischen Ebene jedoch erkennt er, daß Hitlers Krieg nicht von Hitler erschaffen wurde, sondern durch britische Politik garantiert wurde. Im Verlauf seiner Gedankenführung trägt Buchanan viele Nachweise aus den Gewölben der Geschichte für diese niederschmetternde Wahrheit zusammen.

NACH DEM HITLER-PROJEKT – DIE ERNTE

Ich war ziemlich schockiert, als die US-Regierung von George W. Bush eine 57-Cent Briefmarke aufgelegt hat, auf der ein blauer Nazi Waffen-SS-Adler prangte. Irgendwie ist mir das unter die Haut gegangen, mehr als viele der *Caudillo*-Akte von Bush, Jr. Hitler war ein millionenschweres Projekt, und der zweite Weltkrieg war eine unfaßbar lukrative Mega-Investition von internationalen, vornehmlich anglo-amerikanischen Bankeninteressen. Ein halbes Jahrhundert danach erscheint das Symbol der gemeinsten Nazitruppe auf einer US-Briefmarke für den Alltagsgebrauch. Hier ist ein vergrößertes Bild jener Briefmarke (die zum Zeitpunkt dieser Niederschrift nicht mehr ausgegeben wird):



Sogenannter Art Deco Eagle. Die Farbe ist blau (auch wenn der Druck in diesem Buch nur Grautöne verwendet). Die Briefmarke wurde im Februar 2001 eingeführt. Die Briefmarke wurde entworfen von der Illustratorin Nancy Stahl. Seit der Preisänderung 2007 wird diese Briefmarke nicht länger durch das USPS ausgegeben. Robert Manis schrieb im April 2002 über den Symbolgehalt (http://www-earth.tripod.com/eagle.htm):

„Die Briefmarke, neu betitelt als ‘Art Deco Eagle’ war sofort erkennbar als der Waffen-SS-Adler, allen Studenten des zweiten Weltkriegs bekannt, und prominent vorgeführt in den notorischen Naziaufzügen in Nürnberg, Deutschland. Worauf [Al] Martin hinweist, ist, daß er völlig originalgetreu ist, bis hin zu der Farbe ‘Isländisch blau’, in dieser Zeit politischer Korrektheit von seinem ursprünglichen Namen umbenannt –’arisch blau.’” Mein Zusatz: Die vertikalen Linien symbolisieren die in den Himmel scheinenden Suchscheinwerfer, die ob ihrer Theatralik in den Nürnberger Aufzügen namens Reichsparteitag eingesetzt wurden.

Siehe ferner oben, Foto des RSD-Kommandeurs Rattenhuber mit Text bezüglich zusätzlicher okkulter Embleme von Geheimgesellschaften.

Stellen Sie sich vor, Sie seien wieder Kind. Ihr Vater fragt Sie: Wer verwendet ein Nazisymbol? Sie antworten: Ein Nazi. Aber da Sie ein Erwachsener sind, müssen wir uns einer anderen Sprache bedienen, die komplizierter ist.

Sind die Leute, die ein Nazi-SS-Symbol für eine US-Briefmarke beauftragt haben, Nazis? Gibt es da etwas Wichtiges in der Geschichte, das wir vielleicht verpaßt haben? Nach Hitler? Viele in den alternativen Medien diskutieren dies unter der Überschrift, daß die Nazis den zweiten Weltkrieg *gewonnen* haben. Die historische Erzählung, daß die Nazis den zweiten Weltkrieg verloren haben, wird dabei als Teil des Hitlermythos gesehen, als Desinformation.

Haben die Nazis den zweiten Weltkrieg *gewonnen?* Haben die Nazis die Herrschaft über Amerika und seine planetarische Einflußsphäre erlangt? Hat sich die Investition vor mehr als einem halben Jahrhundert der internationalen (vornehmlich anglo-amerikanischen) Bankiers in Hitler und seinen Krieg ausgezahlt? Was berichtet uns die unverkleidete Hitler-Seite der Geschichte hierüber? Gestatten Sie mir, ein paar Hinweise hierzu zu geben, da das Thema in den anderen Teilen des Buches nicht diskutiert wird. Wir können lernen, daß Hitler und der zweite Weltkrieg allem Anschein nach Teil einer Übernahmestrategie von langer Hand waren.

Hier sind Thesen zur historischen Entwicklung:
1. Prescott Bush Sr. war einer der Bankiers, die Hitler finanzierten.
2. Einige führende amerikanische Plutokraten waren Stützen Hitlers.
3. Es gibt Anhaltspunkte, daß die Bushs die Nazifamilie Scherff waren.
4. Einige Tausend deutsche Nazis emigrierten in die USA.
5. Viele Nazi-Einwanderer gelangten auf Schlüsselpositionen in den USA.
6. Die Ermordung von John F. Kennedy war ein Nazi-Staatsstreich.
7. Das Pentagon, der CIA und die NSA sind Nazi-Behörden.
8. Die heutigen Führer der USA sind einheimische und eingewanderte Nazis.
9. Die USA werden von den Bankiers der Nazis kontrolliert.
10. Universitäten und Medien des Mainstream sind gleichgeschaltet.
11. Es gibt eine Kontinuität seit dem britischen Opium-Empire.
12. SPECTRE in den James Bond-Romanen ist eine Untertreibung.

13. Ein spezialisiertes Gebiet rechtsgeschichtlicher Forschung weist auf die Tatsache hin, daß die Nürnberger Prozesses die Funktion hatten, Doppelagenten zu schützen. Sie waren in weitem Umfang Schauprozesse mit dem Zweck, die öffentliche Meinung irrezuführen.

14. Ein hochumstrittenes Beweismaterial soll belegen, daß General (später Präsident) Dwight D. Eisenhower verantwortlich war für den Tod von bis zu 1,7 Millionen deutscher Kriegsgefangener in seinem Gewahrsam nach Kriegsende. Sein Kommentar dazu sei gewesen, daß er Deutsche hasse.

In Kürze: Amerika ist das gesegnete Land der Nazis. Die Medien sind Goebbelsisiert. Die These des „Fourth Reich” (Vierten Reichs) in Amerika. Das Gründungsereignis war Hitler als britischer Agent, nunmehr demaskiert.

Einige Historiker und Journalisten, die sich mit Aspekten des Vierten Reichs beschäftigt haben sind (ohne daß eine vollständige Liste angestrebt wird): Mae Brussell, Mark Aarons und John Loftus, Webster G. Tarpley und Anton Chaitkin, Eric Phelps, Dave Emory, Jim Marrs, Rodney Stich, W. McCoy, Peter Dale Scott, für das Britische Opium-Empire und tote deutsche Kriegsgefangene Niall Ferguson in seinem lobenswerten offenen Stil. Einige zentrale Forschungsthemen sind: private Eigentümerschaft der amerikanischen Notenbank,

Operation Paperclip, Ermordung von John F. Kennedy, 9-11 synthetischer Terrorismus, Pentagon-Reptilienfonds.

15. Offizielle Haushaltszahlen und Revisionsberichte der US-Regierung bestätigen, daß es einen Schwarzgeldkreislauf von Billionen von Dollar pro Jahr gibt. Offiziell sind die billionenschweren Geldbeträge unerklärlich abhanden gekommen (Fehlertheorie).

Dr. Salla beginnt seinen gut recherchierten 2003 Black Budget Report (Schwarzgeldbericht, 2003) wie folgt:

„Dieser Bericht untersucht die Existenz eines CIA 'black budget' (geheimer Reptilienfonds) und ein extensives Netzwerk von 'deep black projects' (tiefen Geheimprojekten), die sich daraus finanzieren. Der Bericht weist den gesetzlichen Rahmen auf, der vom US-Congress in Kraft gesetzt wurde, um den CIA-Reptilienfonds aus den Mitteln anderer Bundesbehörden zu bilden, die durch die CIA als alleiniger Mittelsbehörde für die Umleitung von Schwarzgeld entnommen werden."

Meines Wissens ist es geheimdienstliche Insiderinformation, daß jeder Staat auf diesem Planeten ein ähnliches System doppelter Buchführung besitzt. Die Bücher des öffentlichen Finanzwesens sind frisiert, in globalem Ausmaß. Die USA sind lediglich das extremste Beispiel des Schwindels, der Hitler erschuf.

Hier ist eine Übersicht für einige Jahre aus der jüngeren Vergangenheit über den Schwarzgeldkreislauf des Pentagon, zitiert nach einem Artikel von Dr. Michael Salla, http://www.exopolitics.org/Report-Black-Budget.htm

US-Verteidigungsministerium (DoD) – Unbelegte Buchhaltungsposten 1998-2003

Haushaltsjahr	Unbelegte Buchungen in US-$$	Quelle	Ausgewählte Zitate
2002	Nicht veröffentlicht wegen buchhalterischer Unregelmässigkeiten	Unabhängiger Prüfungsbericht (Independent Auditor Report)	„Die Finanzbuchhaltungssysteme des Verteidigungsministeriums können derzeit keine ausreichenden Belege bereitstellen, um verschiedene relevante Beträge in den Bilanzen zu dokumentieren. Deshalb sind wir in keine Prüfung eingestiegen, um die in Rede stehenden Bilanzposten zu verifizieren." (84)
2001	Nicht veröffentlicht wegen buchhalterischer Unregelmässigkeiten	Unabhängiger Prüfungsbericht (Independent Auditor Report)	„Uns wurden keine ausreichenden Belege vorgelegt, um die relevanten Bilanzpositionen zu untermauern ... der Umfang unserer Arbeit ist unzureichend, um eine Meinung über diese Bilanzen zu bilden; und wir äußern keine derartige Meinung" (85)
2000	1,1 Billionen	Prüfung durch Büro des Generalinspekteurs /Rechnungshof (Office of Inspector General, Audit)	„Von den $ 4,4 Billionen der Buchhaltungsposten auf Ministerialebene gab es für $ 2,8 Billionen ordnungsgemäße Recherche, Übereinstimmung und Bilanzierungspfade. Für $ 1,1 Billionen Buchhaltungsposten auf Ministerialebene jedoch gab es keine Unterlagen oder diese waren nicht ordnungsgemäß." (86)

1999	2,3 Billionen	Prüfung durch Büro des General-inspekteurs /Rech-nungshof (Office of Inspector General, Audit)	„… Buchungen auf Ministerialebene für $ 2,3 Billionen wurden gemacht, um Finanzdaten in Übereinstimmung zu bringen mit diversen Quellen solcher Daten ohne ausreichende Recherche und Übereinstimmung, wurden gemacht, um Daten von Käufer und Verkäufer in Übereinstimmung zu bringen in Vorbereitung für Löschungsbuchungen, enthielten keine ausreichende Dokumentation und Bilanzierungspfade, oder entsprachen nicht Grundsätzen der Buchhaltung." (87)
1998	1,7 Billionen	Erklärung des Generalinspekteurs /Rechnungshof (Inspector General Statement)	"… Schlußbilanzen waren stärker verspätet als je zuvor und unbelegte Korrekturen im Rekordwert von $ 1,7 Billionen wurden zur Vorbereitung der Bilanzen getätigt." (88)

Erinnern Sie sich, als Sie das letzte Mal $2.300.000.000.000 verlegt haben? Nein? Dann fangen Sie jetzt an, sich vorzustellen, wie das wohl wäre. Wenn Sie diese narrensicher dokumentierte Realität begreifen können, dann können Sie begreifen, wer Adolf Hitler war – ein Schlüsselagent dieses selben Schwindels vor einigen Jahrzehnten.

Beachte, daß eine Billion geschrieben wird: 1.000.000.000.000. Das ist eine Million mal eine Million oder tausend mal eine Milliarde. Das ist ungefähr 20 mal das Gesamtvermögen von Bill Gates dem Gründer von Microsoft.

Dies sind die Fußnoten, die Dr. Salle für seine vorstehende Tabelle anführt (nicht übersetzt):

84 Independent Auditor's Report on the Department of Defense Fiscal Year 2002 Agency-Wide Principal Financial Statements (1/15/03) Project D2002FI-0104.000, part III, p. 225,
http://www.dodig.osd.mil/Audit/reports/
85 Independent Auditor's Report on the Department of Defense Fiscal Year 2001 Agency-Wide Financial Statements (02/26/02), Report No. D-2002-055,
http://www.dodig.osd.mil/Audit/reports/
86 Office of the Inspector General, Compilation of the FY 2000 DoD Agency-Wide Financial Statements
Report No. D-2001-181(PDF)
Project No. D2001FI-0018.003
http://www.dodig.osd.mil/Audit/reports/
87 *Department of Defense,* Office of the Inspector General – Audit, „Department-Level Accounting Entries for FY 1999"
Report No. D-2000-179 (PDF) http://www.dodig.osd.mil/Audit/reports/

Beachte ferner, daß der US-Congress lediglich einen Bruchteil der Gelder zugewiesen hat, die abhanden gekommen sind. Alle abhanden gekommenen Gelder sind Schwarzgeldkreislauf (Reptilienfonds). Die wesentliche Definition einer Demokratie ist, daß das Parlament (in den USA: der Congress) die Kontrolle über das Haushaltsbudget innehat. Das ist für die globale Supermacht USA in keiner sinnvollen Weise der Fall.

Der CIA, eine plutokratische Nazibehörde, die die USA regiert, hat die - extensiv gebrauchte - Rechtsmacht, die Haushaltsgesetzgebung des Congresses außer Kraft zu setzen. Dr. Salla,

http://www.american.edu/salla/Articles/BB-CIA.htm#_edn85
schreibt:

„Der CIA hat unter allen US-Bundesbehörden die einzig dastehende gesetzliche Berechtigung, Finanzmittel durch Entnahme aus dem Budget anderer Bundesbehörden und anderer Quellen bereitzustellen ‘ohne Rücksicht auf Rechtsvorschrifte jedweder Art’ und ohne Rücksicht auf die Absichten hinter den Haushaltszuweisungen des Congresses. Jedes Jahr werden Milliarden von Dollar von Haushaltszuweisungen des Congresses umgeleitet von ihren Haushaltszwecken zum CIA und zum Pentagon (DoD) und dessen Geheimdiensten, ohne Wissen der Öffentlichkeit und mit der stillschweigenden Duldung durch die Führer des Congresses. Die geheime Welt der ‘schwarzen Programme’ handelt in der Praxis völlig straflos, ist nur sich selbst verantwortlich, finanziert sich selbst durch geheime Reptilienfonds und ist frei von den Beschränkungen, die durch parlamentarische Überwachung, korrekte Buchhaltungsprozeduren und öffentliche Aufmerksamkeit auferlegt werden.“

Das Zitat, das Dr. Salla für diesen Absatz anführt, lautet wie folgt (US-Gesetzestext, nicht übersetzt):

„50 United States Code (U.S.C.) 403j(b).”

As of this writing, the federal statute in 50 U.S.C. 403j(b) per online source
http://www4.law.cornell.edu/uscode/html/uscode50/usc_sec_50_00000403---j000-.html
reads as follows:

„The sums made available to the Agency may be expended without regard to the provisions of law and regulations relating to the expenditure of Government funds; and for objects of a confidential, extraordinary, or emergency nature, such expenditures to be accounted for solely on the certificate of the Director and every such certificate shall be deemed a sufficient voucher for the amount therein certified.”

Wann nahm der Schwarzgeldkreislauf der USA seinen Anfang? Es begann im zweiten Weltkrieg mit Adolf Hitler als sehr hoch bezahltem britischen Agenten. Der Schwarzgeldkreislauf, der der Welt Hitler, Nazi-Deutschland und den zweiten Weltkrieg bescherte - jener globale Pfuhl krimineller Finanzmacht - verbleibt bis zum heutigen Tage die herrschende Kraft innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika, der letzten verbleibenden globalen Supermacht, angeblich gesteuert aus der City of London und dem Vatikan.

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

Ich bin mit Greg Hallett seit Oktober 2006 in Verbindung, für englische Talk Radio-Interviews für die Internetseite www.cloakanddagger.de. In vielen Diskussionen mit Leuten bin ich gefragt worden: Ist es wahr? Kann man das beweisen? Die Antwort ist ja. Die einzige prinzipielle Kritik, die ich an dem Buch anbringen würde, ist sein Titel:

Hitler was a British Agent (Hitler war ein britischer Agent)

Meines Erachtens sollte man darauf hinweisen daß:

Hitler was a *very highly paid* British agent

(Hitler war ein *sehr hoch bezahlter* britischer Agent)

und vieles von dem Geld, das Nazi-Deutschland aus der Taufe hob, stammte nicht aus England sondern von plutokratischen Familien in den USA und ihren Bankiers, wie etwa

Prescott Bush Sr., dem Vater des US-Präsidenten George Herbert Walker Bush, Großvater des US-Präsidenten George Walker Bush und Großvater des ehemaligen Gouverneurs von Florida Jeb Bush.

Für diejenigen, die harte Belege für die Tatsachen suchen, daß

Hitler ein sehr hoch bezahlter britischer Agent war

und

die USA heute in vielfacher Weise die Ernte des Siegs der Nazis im zweiten Weltkrieg sind

habe ich eine Auswahlbibliographie zusammengestellt. Es gibt zahlreiche weitere Belege, die man auffinden kann, indem man die nachfolgenden Bücher aufsucht und in deren Anmerkungen und Bibliographien recherchiert. Wie bei einem „Schneeball" kommt so der interessierte Leser auf den Weg zurück durch die Zeit zu den Originalquellen aus der Zeit, zu der es alles geschah.

Diese Auswahlbibliographie führt keine Bücher auf, die sich mit der Ermordung von John F. Kennedy befassen (außer Hepburn, ein Buch von 1968 mit eigenem Quellenwert, da es mutmaßlich aus französischen Geheimdienstquellen stammt), noch führt sie Bücher auf, die die US-Insiderangriffe am 11. September 2001 aufarbeiten (außer von Bülow, ein Buch mit eigenem Quellenwert, da es mutmaßlich aus deutschen Geheimdienstquellen stammt). Man kann derartige Bücher leicht durch das Internet zusätzlich zu der Liste unten finden. Diese Bibliographie führt lediglich Bücher auf. Artikel und Internetseiten werden nicht aufgelistet, da man sie entweder durch die Bücher oder durch eine Suchmaschine zusätzlich zu der Liste unten auffinden kann. Man muß allerdings ausreichend englisch lesen können (leider noch!)

Diese Auswahlbibliographie könnte auch jenen Journalisten eine Hilfe bieten, die über die Arbeit von Greg Hallet und Spymaster berichten, die jedoch die zugrundeliegende Botschaft als zweifelhaft lesen und sie auch als zweifelhaft melden. Die Geschichtswerke, die sich der dunklen Seite der Ereignisse zuwenden, werden zu oft vernachlässigt; ihre Botschaft ist jedoch nicht zweifelhaft: sie ist unser fehlendes Bindeglied zur Wahrheit.

Erster Teil: Als Hitler gemacht wurde

Einige ältere Bücher, die jetzt schwer zu finden sind, wurde von Dave Emory in seiner Bücherliste bei http://spitfirelist.com/ online ins Internet gestellt. Die Bücher in Dave Emorys Liste unterstreichen, daß die Befunde für keine informierte Person eine Überraschung darstellen sollten. Emory führt folgende Titel auf:

Liste von Dave Emory (zumeist ältere Werke):

ARMBRUSTER, Howard Watson; *Treason's Peace, German Dyes and American Dupes*, 1947
BORKIN, Joseph, WELSH, Charles A.; *Germany's Master Plan, The Story of Industrial Offensive*, 1943
CARLSON, John Roy; *Cairo to Damascus*, 1951
CARLSON, John Roy; *Under Cover, My Four Years in the Nazi Underworld of America*, 1943
CHASE, Allan; *Falange, The Axis Secret Army in the Americas*, 1943
COT, Pierre; *Triumph of Reason, „Contre nous de la tyrannie..."*, ca. 1943
DUBOIS, Josiah E.; *The Devil's Chemists, 24 Conspirators of the International Farben Cartel Who Manufacture Wars*, 1952
GOLLOMB, Joseph; *Army of Spies*, 1939
MANNING, Paul; *Martin Bormann, Nazi in Exile*, 1981
MARTIN, James Stewart; *All Honorable Men*, 1950

REISS, Curt; *The Nazis Go Underground,* 1944
TETENS, T. H.; *Germany Plots with the Kremlin,* 1953
WINKLER, Paul; *The Thousand-Year Conspiracy, Secret Germany Behind the Mask,* 1943

Selected Recent Works (Including Republished Older Works):

AARONS, Mark, LOFTUS, John; *Unholy Trinity, The Vatican, the Nazis and the Swiss Banks,* New York 1998
BUCHANAN, Patrick J.; *Churchill, Hitler and the Unnecessary War, How Britain Lost Its Empire and the West Lost the World,* New York 2008
BURKE, Robert F.; *The Corporate State and the Broker State, The du Ponts and American National Politics, 1925-1940,* Cambridge etc. 1990
BUTLER, Smedley (General); *War is a Racket,* Gainesville 1995
CHAITKIN, Anton; *Treason in America, from Aaron Burr to Averell Harriman,* New York 1985
ERICSON, Edward E.; *Feeding the German Eagle, Soviet Economic Aid to Nazi Germany, 1933-1941,* Westport 1999
FERGUSON, Niall; *Empire, How Britain Made the Modern World,* London 2003
FORBES, Neil; *Doing Business with the Nazis, Britain's Economic and Financial Relations with Germany, 1931-1939,* London 2000
GODMAN, Peter; *Hitler and the Vatican, Inside the Secret Archives that Reveal the Story of the Nazis and the Church,* New York 2004
GREIDER, William; *Secrets of the Temple, How the Federal Reserve Runs the Country,* New York 1987
GRIFFIN, G. Edward; *The Creature from Jekyll Island, A Second Look at the Federal Reserve,* 4te Auflage, 2002
HALLETT, Greg, SPYMASTER; *How to Take Over the World, A Right Royal Con,* Auckland 2007
HIGHAM, Charles; *Trading with the Enemy, An Exposé of the Nazi-American Money Plot, 1933-1949,* New York 1983
JUNG, Susanne; *Die Rechtsprobleme der Nürnberger Prozesse,* Tübingen 1992
KNUTH, E. C.; *The Empire of „The City", The Secret History of British Financial Power,* San Diego 2006
LEIBOVITZ, Clement, FINKEL, Alvin; *In Our Time, The Chamberlain-Hitler Collusion,* New York 1998
LEWIS, Cleona; *Nazi Europe and World Trade,* Washington, D. C. 1941
MAISKY, Ivan; *Who Helped Hitler?* London 1964
MULLINS, Eustace; *Secrets of the Federal Reserve,* Staunton 1991
POOL, James, POOL, Suzanne; *Who Financed Hitler, The Secret Funding of Hitler's Rise to Power, 1919-1933,* London 1978
PHELPS, Eric Jon; *Vatican Assassins, Wounded in the House of My Friends,* 2te Auflage, Newmanstown 2004 (Update als 3te Auflage auf einer CD ROM 2007)
PREPARATA, Guido Giacomo; *Conjuring Hitler, How Britain and America made the Third Reich,* London 2005
QUIGLEY, Carroll; *Tragedy and Hope, A History of the World in our Time,* San Pedro 1975 (long a suppressed book from a deep insider at Georgetown University)
ROTHBARD, Murray N.; *The Case Against the Federal Reserve,* 2te Auflage, Auburn 2007
SUTTON, Antony C.; *Wall Street & the Rise of Hitler,* Cutchogue 2004
WALLACE, Frank, CLARK, Stephen; *Truth About Money: The Worst Fraud / Scandal / Swindle / Crime In American History, The Federal Reserve Banking Act,* Charleston 2008

Zweiter Teil: Die Ernte nach Hitler

BÜLOW, Andreas von; *Im Namen des Staates, CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste,* 9te Auflage, München 2003

BÜLOW, Andreas von; *Die CIA und der 11. September, Internationaler Terror und die Rolle der Geheimdienste*, München, Zürich 2004

HEPBURN, James (pseudonym); *Farewell America, The Plot to Kill JFK,* Roseville 2002 (lange eine verbanntes Buch in den USA)

KOCH, Egmont R.; *Die CIA-Lüge, Folter im Namen der Demokratie,* Berlin 2008

MARRS, Jim; *The Rise of the Fourth Reich, The Secret Societies that Threaten to Take Over America,* New York 2008

MCCOY, Alfred W.; *The Politics of Heroin, CIA Complicity in the Global Drug Trade,* Chicago 2003 (auch auf deutsch erhältlich)

MCCOY, Alfred W.; *A Question of Torture, CIA Interrogation, From the Cold War to the War on Terror (American Empire Project),* New York 2006 (auch auf deutsch erhältlich)

PEPPER, William F.; *An Act of State* [Die staatliche Hinrichtung von Martin Luther King nach dem Urteil eines amerikanischen Landesgerichts vom Dezember 1999], London, New York 2003

PROUTY, L. Fletcher (Col. U.S. Air Force, Ret.); *The Secret Team, The CIA and its Allies in Control of the United States and the World,* New York 2008

SCOTT, Peter Dale; *Drugs, Oil and War, The United States in Afghanistan, Colombia and Indochina*, Lanham 2003 (auch auf deutsch erhältlich)

SKOLNICK, Sherman H.; *Overthrow of the American Republic, The Writings of Sherman Skolnick*, Tempe, 2006

STICH, Rodney; *Defrauding America, Encyclopedia of Secret Operations by the CIA, DEA, and Other Covert Agencies, Written by Rodney Stich, Former Government Investigator, Assisted by CIA and Other Spook Whistleblowers,* 3rd edition, Alamo, Reno 2003

STICH, Rodney; *Drugging America, A Trojan Horse, FBI, CIA and Other Insiders Reveal Greatest Threat to America's Men and Women From Government's Fraudulent War-On-Drugs*, 2nd edition, Alamo 2003

TARPLEY, Webster Griffin, CHAITKIN, Anton; *George Bush, The Unauthorized Biography,* Joshua Tree 2004

THOMAS, Gordon; *Journey into Madness, The True Story of Secret CIA Mind Control and Medical Abuse*, New York 1989

WEINER, Tim; *Legacy of Ashes, The History of the CIA,* New York 2007 (auch auf deutsch erhältlich)

FEDERAL REGISTER, *Saturday, November 7, 1942* 9097

Financing Hitler; 1922-1942

[Vesting Order Number 248]

ALL OF THE CAPITAL STOCK OF UNION BANKING CORPORATION AND CERTAIN INDEBTEDNESS OWING BY IT

Under the authority of the Trading with the enemy Act, as amended, and Executive Order No. 9095, as amended,[1] and pursuant to law, the undersigned, after investigation, finding:

(a) That the property described as follows:

All of the capital stock of Union Banking Corporation, a New York corporation, New York, New York, which is a business enterprise within the United States, consisting of 4,000 shares of $100 par value common capital stock, the names of the registered owners of which, and the number of shares owned by them respectively, are as follows:

	Names	Number of shares	
	E. Roland Harriman	3,991	
American NAZI	Cornelius Lievense	4	
	Harold D. Pennington	1	
	Ray Morris	1	
GW's Grandfather	Prescott S. Bush	1	*manager*
German NAZI	H. J. Kouwenhoven	1	
German NAZI	Johann G. Groeninger	1	
	Total	4,000	

[1] 7 F.R. 5205.

[Vesting Order Number 248]

ALL OF THE CAPITAL STOCK OF UNION BANKING CORPORATION AND CERTAIN INDEBTEDNESS OWING BY IT

Under the authority of the Trading with the enemy Act, as amended, and Executive Order No. 9095, as amended,[1] and pursuant to law, the undersigned, after investigation, finding:

(a) That the property described as follows:

All of the capital stock of Union Banking Corporation, a New York corporation, New York, New York, which is a business enterprise within the United States, consisting of 4,000 shares of $100 par value common capital stock, the names of the registered owners of which, and the number of shares owned by them respectively, are as follows:

Names	Number of shares
E. Roland Harriman	3,991
Cornelius Lievense	4
Harold D. Pennington	1
Ray Morris	1
Prescott S. Bush	1
H. J. Kouwenhoven	1
Johann G. Groeninger	1
Total	4,000

[1] 7 F.R. 5205.

all of which shares are held for the benefit of Bank voor Handel en Scheepvaart, N. V., Rotterdam, The Netherlands, which bank is owned or controlled by members of the Thyssen family, nationals of Germany and/or Hungary,

is property of nationals, and represents ownership of said business enterprise which is a national, of a designated enemy country or countries (Germany and/or Hungary);

(b) That the property described as follows:

All right, title, interest and claim of any name or nature whatsoever of the aforesaid Bank voor Handel en Scheepvaart, and August Thyssen-Bank, Berlin, Germany, and each of them, in and to all indebtedness, contingent or otherwise and whether or not matured, owing to them, or each of them, by said Union Banking Corporation, including but not limited to all security rights in and to any and all collateral for any or all of such indebtedness and the right to sue for and collect such indebtedness.

is an interest in the aforesaid business enterprise held by nationals of an enemy country or countries, and also is property within the United States owned or controlled by nationals of a designated enemy country or countries (Germany and/or Hungary);

and determining that to the extent that any or all of such nationals are persons not within a designated enemy country, the national interest of the United States requires that such persons be treated as nationals of the aforesaid designated enemy country or countries (Germany and/or Hungary), and having made all determinations and taken all action, after appropriate consultation and certification, required by said executive order or Act or otherwise, and deeming it necessary in the national interest, hereby vests such property in the Alien Property Custodian, to be held, used, administered, liquidated, sold or otherwise dealt with in the interest of and for the benefit of the United States.

Such property and any or all of the proceeds thereof shall be held in a special account pending further determination of the Alien Property Custodian. This shall not be deemed to limit the powers of the Alien Property Custodian to return such property or the proceeds thereof, or to indicate that compensation will not be paid in lieu thereof, if and when it should be determined that such return should be made or such compensation should be paid.

Any person, except a national of a designated enemy country, asserting any claim arising as a result of this order may file with the Alien Property Custodian a notice of his claim, together with a request for a hearing thereon, on Form APC-1, within one year from the date hereof, or within such further time as may be allowed by the Alien Property Custodian. Nothing herein contained shall be deemed to constitute an admission of the existence, validity or right to allowance of any such claim.

The terms "national", "designated enemy country" and "business enterprise within the United States" as used herein shall have the meanings prescribed in section 10 of said executive order.

Executed at Washington, D. C., on October 20, 1942.

[SEAL] LEO T. CROWLEY,
Alien Property Custodian.

[F. R. Doc. 42-11568; Filed, November 6, 1942; 11:31 a. m.]

America almost 1 year into WW2

50.8% of Nazi Germany's pig iron
41.4% of Nazi Germany's universal plate
36.0% of Nazi Germany's heavy plate
38.5% of Nazi Germany's galvanized sheet
45.5% of Nazi Germany's pipes and tubes
22.1% of Nazi Germany's wire
35.0% of Nazi Germany's explosives.

Anti-Semite Henry Ford receives highest medal from Hitler's emmisaries 1938...His production methods were applied to facilitate the Holocaust.



Vorstehend: Vesting Order [Beschlagnahmeanordnung] No. 248 vom 20. Oktober 1942. Darin wird der Großvater von US-Präsident George W. Bush im Zusammenhang mit Handel mit dem Feind erwähnt – Nazi-Deutschland. Nahezu ein Jahr nach Beitritt der USA zum zweiten Weltkrieg: warum waren die USA noch immer der führende Industrielieferant des angeblichen Gegners, Nazi-Deutschland?

Nachträge und Ergänzungen August 2010

1998 wurden aufgrund eines US-Bundesgesetzes 8 Millionen zuvor geheimgehaltene Dokumente über die Nazi-Zeit freigegeben. Siehe dazu mit einigen Auswertungen das Buch:

BREITMAN, Richard; et al.; *U.S. Intelligence and the Nazis,* Cambridge University Press 2005.

In historischer Perspektive war der Holocaust ein global auftretendes, jedoch zeitlich, geheimdienstlich und finanziell zentral koordiniertes globales Multi-Phänomen, das durch Verweis auf einzelne Nationalregierungen wie die von Hitler, Stalin und Mao lediglich unzureichend erklärt werden kann. Siehe dazu den Beginn einer neuen Erklärungsrichtung durch angesehene und spezialisierte Historiker in dem Band:

GELLATELY, Robert; KIERNAN, Ben; *The Specter of Genocide, Mass Murder in Historical Perspective,* Cambridge University Press 2003.

Deutliche Einrisse im Lügenschleier um den schrecklichen globalen Genozid von über 50,000,000 Menschen in der ersten Hälfte des 20sten Jahrhunderts findet sich in dem unschätzbar wertvollen Buch des israelischen Historikers Schlomo Aronsen:

ARONSEN, Schlomo; *Hitler The Allies and the Jews* (engl., Hitler die Allierten und die Juden), Cambridge University Press 2006.

Dort wird, ohne auf allzuviele Details einzugehen, die bisherige Sprachregelung ausgetauscht. Holzschnittartig wird erläutert, dass der Holocaust eine „multiple trap“ (deutsch: eine multiple Falle) gewesen sei. Das Verhängnis sei eine „doomsday machine set in motion from all sides“ gewesen. Das heisst im Klartext, dass der Holocaust wie eine „Endzeitmaschine“ von vielen Seiten in Gang gesetzt worden sei. Aronsen lehrt politische Wissenschaften an der Hebrew University of Jerusalem und steht nicht eben im Verdacht, ein Nazi, ein Judenfeind oder ein Holocaustleugner zu sein. Sein Buch ist ein Zeichen dafür, dass auch die heutige israelische Intelligenz erkennt und anerkennt, das das Hitler-Regime keineswegs die Alleinschuld am Holocaust der sechs Millionen Juden in Deutschland trägt. Man darf aufatmen, dass es nun ein solches Buch gibt.

BLACK, Edwin; IBM and the Holocaust (englisch: IBM und der Holocaust), 2001. Die Studie belegt in der vom Autor bekannten Akribie, dass der Holocaust an Sinti, Roma, Juden etc. in Nazi-Deutschland erst durch die gezielte logistische Hilfestellung durch den amerikanischen IBM-Konzern möglich wurde. Ohne das IBM-Lochkartensystem wäre es nämlich nicht möglich gewesen, die Vernichtung von mehreren Millionen Menschen administrativ zu bewältigen. Informationen über das Buch:
http://www.ibmandtheholocaust.com/

LONGERICH, Peter; *Holocaust, The Nazi Persecution and Murder of the Jews*, Oxford University Press 2010. Das Standardwerk über die Vernichtung von ungefähr 6 Millionen (zwischen 5,7 und 6,3 Millionen) Juden im Holocaust der Nazis liegt nunmehr in aktuali-sierter englischer Übersetzung vor.

NURENBERGER, Meyer Joshua; *the SCARED and the DOOMED, the jewish establishment vs. the six million*, 2. Auflage, mosaic-press 2006. Das Vorstehende liest sich wie ein Kommentar auf dieses zutiefst erschütternde Buch. Die amerikanische Regierung im Zusammenwirken mit den zionistischen Organisationen der USA boykottierten Rettungsversuche der in Nazi-Deutschland eingeschlossenen Juden von 1939 bis 1945. Im Licht des Vorstehenden wird eine konzertierte Politik erkennbar und deutlich dokumentiert, die mit Befürchtungen eines jüdischen Rassenselbstmordes von verantwortlicher zionistischer Seite zu tun hatte. Siehe näher (mit Anmerkungen und Literatur) im ersten Essay meines (englischen) Buchs,
GROSSMANN, Stefan; *Vatican Psychosis, Three Essays on Twisted History,* 2009,
als PDF-Datei:
http://www.scribd.com/doc/21447011/Vatican-Psychosis-Three-Essays-in-Twisted-History-282-p-Oct-2009
(oder suche www.google.com: Vatican Psychosis)
Die entsprechenden Passagen folgen in deutscher Zusammenfassung im fünften und letzten Band dieses Reihenwerks. – Der letzte Band betrachtet den bislang geheimgehaltenen *zionistischen* Rassenhintergrund des Holocaust, den Ursprungsort der Hebräer, die Reptilianer sowie deren Agenda menschlicher Genmanipulation. Daraus und aus zahlreichen anderen Aspekten wird das universelle Recht des Universums abgeleitet. Jenes Recht wird auf sodann auf die Situation der Erde angewendet, als das Jüngste Gericht.

Dokumentation für Band 2

Adolf Hitler
Geschichtsrevisionen durch die
englischsprachige Forschung

ARMBRUSTER, Howard Watson; *Treason's Peace, German Dyes & American Dupes,* New York 1947, ix + 438 Seiten

ARMSTRONG, Herbert W.; *Hitler Did Not Die* (englisch: Hitler ist nicht gestorben), in: The Plain Truth, a magazine of understanding (Zeitschriftentitel), vol. xvii, number 2, August 1952 (Band xvii, Nummer 2, August 1952), Seiten 1 f.

ARONSON, Schlomo; *Hitler, the Allies, and the Jews* (englisch: Hitler, die Alliierten, und die Juden), Cambridge, New York etc. 2004, ix + 382 Seiten

BARNETT, Correlli (Herausgeber); *Hitler's Generals* (englisch: Hitlers Generäle), New York 1989, 528 Seiten

BATTISTELLI, Pier Paolo; *Panzer Divisions, The Blitzkrieg Years 1939-40, Battle Orders Osprey Publishing* (englisch: Panzerdivisionen, Die Blitzkriegjahre 1939-40, Schlachtord-nungen Osprey Publishing), Oxford, New York 2007, 96 Seiten

Battle of Dunkirk – Wikipedia-Artikel, pdf per 05.06.2010, 9 Seiten

BAXTER, Ian; *Images of War, Auschwitz Death Camp* (englisch: Bilder des Kriegs, Auschwitz Todeslager), Barnsley 2009, 128 Seiten

BLACK, Edwin; *IBM and the Holocaust, The Strategic Alliance between Nazi Germany and America's most powerful Corporation* (englisch: IBM und der Holocaust, Die strategische Allianz zwischen Nazi-Deutschland und Amerikas mächtigstem Konzern), 2001, 551 Seiten

BÖNISCH, Georg; FROHN, Axel; BND, *„Schweinehunde willkommen", Jüngst freigege-bene US-Akten belegen, dass im Bundesnachrichtendienst weit mehr NS-Schergen beschäftigt waren als bisher bekannt. Das führte anfangs zu Verwerfungen zwischen konkurrierenden amerikanischen Geheimdiensten.,* in: Der Spiegel 13/2006, S. 32 f.

BORKIN, Joseph; WELSH, Charles A.; *Germany' Master Plan, The Story of Industrial Offensive* (englisch: Deutschlands Leitplan, Die Geschichte industrieller Offensive), New York 1943, 339 Seiten

BRAUNBECK, Major Paul A., Jr.; *A Military Leadership Analysis of Adolf Hitler, A Research Paper presented to Dr. Richard Muller, Air Command and Staff College, In Partial Fulfillment of the Graduation Requirements of ACSC* (englisch: Analyse der militärischen Führung von Adolf Hitler, Ein Forschungspapier, präsentiert an Dr. Richard Muller, Air Command and Staff College [englischer Name einer Militärakademie], in teilweiser Erfüllung der Examensvoraussetzungen von ACSC), 1997, 37 Seiten, pdf bei: http://www.scribd.com/doc/19205249/A-Military-Leadership-Analysis-of-Adolf-Hitler

BREITMAN, Richard; GODA, Norman J.W.; NAFTALI, Timothy; WOLFE, Robert; *U.S. Intelligence and the Nazis* (englisch: US-Geheimdienste und die Nazis), Cambridge, New York etc. 2005, xii + 495 Seiten

BRENNER, Lenni; 51 *Documents, Zionist Collaboration with the Nazis* (englisch: Zionistische Kollaboration mit den Nazis), Barricade Books 2009, 342 Seiten

BRENNER, Lenni; *Zionism in the Age of Dictators* (englisch: Zionismus im Zeitalter der Diktatoren), University of Michigan 1983, 277 Seiten

BROWN, David; *The Road to Oran, Anglo-French Naval Relations September 1939-July 1940, Foreword by Rear-Admiral Jean KESSLER* (englisch: Der Weg nach Oran, anglo-französische Marinebeziehungen September 1939-Juli 1940, Vorwort von Konteradmiral Jean Kessler), London, New York 2004, 216 Seiten

CARLSON, John Roy, *Under Cover, My Four Years in the Nazi Underworld of America, The Amazing Revelation of How Axis Agents and Our Enemies Within Are Now Plotting to Destroy the United States* (englisch: Verdeckt, Meine vier Jahre in der Nazi-Unterwelt von Amerika, Die erstaunliche Offenbarung, wie Agenten der Achse und unsere Feinde im Innern derzeit planen, die Vereinigten Staaten zu vernichten), New York 1943, 544 Seiten

CARLSON, John Roy; *Cairo to Damascus* (englisch: Kairo nach Damaskus), New York 1951, xvii + 474 Seiten

CASEY, Steven; *Cautious Crusade, Franklin D. Roosevelt, American Public Opinion, and the War Against Nazi Germany* (englisch: Behutsamer Kreuzzug, Franklin D. Roosevelt, Die amerikanische öffentliche Meinung, und der Krieg gegen Nazi-Deutschland), Oxford, New York etc. 2001, xxvi + 302 Seiten

CHASE, Allan; *Falange, The Axis Secret Army in the Americas* (englisch: Die geheime Armee der Achse in den Amerikas), New York 1943, x + 278 Seiten

CHAMISH, Barry; *Shabtai Zvi, Labor Zionism and the Holocaust* (englisch: Shabtai Zvi, Labor-Zionismus und der Holocaust), Modiin House ohne Jahr, 247 Seiten

COOPER, Harry; *Escape from the Bunker, The Escape of Adolf Hitler & Martin Bormann from the Führer Bunker as Told by Nazi Spy Don Angel Alcazar de Velasco* (englisch: Flucht aus dem Bunker, Die Flucht von Adolf Hitler & Martin Bormann aus dem Führerbunker, berichtet von dem Nazi-Spion Don Angel Alcazar de Velasco), ohne Ort, ohne Jahr, 81 Seiten

CORT, David; *The Last Prussian, Gerd von Rundstedt, the Wehrmacht's best general, takes over defense of western Germany from Hitler* (englisch: Der letzte Preusse, Gerd von Rundstedt, der beste General der Wehrmacht, übernimmt von Hitler die Verteidigung des westlichen Deutschland), in: LIFE, December 25, 1944, S. 58-63

DALLEK, Robert; *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945, with a New Afterword* (englisch: Franklin D. Roosevelt und die amerikanischen Aussenpolitik, 1932-1945, mit einem neuen Nachwort), New York, Oxford 1945, xii + 671 Seiten

DAVIES, Peter; *France and the Second World War, Occupation, Collaboration and Resistance* (englisch: Frankreich und der zweite Weltkrieg, Besetzung, Kollaboration und Widerstand), London, New York 2001, xiii + 117 Seiten

DUBOIS, Josiah E., Jr.; *The Devil's Chemists, 24 Conspirators of the International Farben Cartel Who Manufacture Wars* (englisch: Des Teufels Chemiker, 24 Verschwörer des internationalen Farbenkartells, die Kriege fabrizieren), Boston 1952, x + 374 Seiten

Dunkirk evacuation – Wikipedia Artikel, pdf per 05.06.2010, 8 Seiten

FEST, Joachim; *Der Untergang, Hitler und das Ende des Dritten Reiches,* 2002, 177 Seiten

FRIESER, Karl-Heinz; *The Blitzkrieg Legend, The 1940 Campaign in the West* (englisch: Die Blitzkrieg-Legende, Der Feldzug 1940 im Westen), Annapolis 2005, 507 Seiten

GELLATELY, Robert; KIERNAN, Ben; *The Specter of Genocide, Mass Murder in Historical Perspective* (englisch: Das Gespenst des Genozids, Massenmord in historischer Perspektive), Cambridge, New York etc. 2003, x + 396 Seiten

Gerd von Rundstedt – Wikipedia-Artikel, pdf per 19.08.2010, 8 Seiten

GLANZ, David M.; *Barbarossa, Hitler's Invasion of Russia 1941* (englisch: Barbarossa, Hitlers Invasion von Russland 1941), Charleston SC 2001, 256 Seiten

GOLLOMB, Joseph; *Army of Spies* (englisch: Armee der Spione), New York 1939, 213 Seiten

GÖRLITZ, Walter (Herausgeber); *In the Service of the Reich, originally published as The Memoirs of Field-Marshal Keitel, Chief of the German High Command, 1938-1945* (englisch: Im Dienst des Reichs, zuerst veröffentlicht als Die Memoiren des Feldmarschalls Keitel, Chef des deutschen Oberkommandos, 1938-1945), London 1965, 339 Seiten

GROSSMANN, Stefan; *Vatican Psychosis, Three Essays on Twisted History* (englisch: Vatikan-psychose, Drei Essays über pervertierte Geschichte), pdf-Dokument 2009, http://www.scribd.com/doc/21447011/Vatican-Psychosis-Three-Essays-in-Twisted-History-282-p-Oct-2009
282 Seiten, hier: erster Essay

HALLETT, Greg; THE SPYMASTER; *Hitler was a British Agent* (englisch: Hitler war ein britischer Agent), 2. Auflage, Auckland, Neuseeland 2006, 550 Seiten

HAUNER, Milan; *Hitler, A Chronology of His Life and Time* (englisch: Hitler, Eine Chronologie seines Lebens und seiner Zeit), 2. Auflage, Houndsmills, New York 2005, 229 Seiten

HECHT, Ben; *Perfidy* (englisch: Perfidie), ohne Ort, ohne Jahr, v + 253 Seiten

HEINRICHS, Waldo; *Threshold of War, Franklin D. Roosevelt and America's Entry into the Second World War* (englisch: Schwelle des Krieges, Franklin D. Roosevelt und Amerikas Eintritt in den zweiten Weltkrieg), New York, Oxford 1988, xiv + 279 Seiten

HOLMES, Richard, *World War II in Photographs* (englisch: Der zweite Weltkrieg in Fotographien), London 2000, 400 Seiten

How Hitler Lost the War (englisch: Wie Hitler den Krieg verlor), Dokumentarfilm, Executive Producer David HOFFMAN, 1989, avi-Format, Spieldauer 01:07:14 Stunden

HUNT, Linda; *Secret Agenda, The United States Government, Nazi Scientists and Project Paperclip 1945 to 1990* (englisch: Die US-Regierung, Nazi-Wissenschaftler und Project Paperclip 1945 bis 1990), ohne Ort 1991, 151 Seiten

JACKSON, Julian; *The Fall of France, The Nazi Invasion of 1940* (englisch: Der Fall Frankreichs, Die Nazi-Invasion on 1940), Oxford, New York etc. 2003, xviii + 274 Seiten

KARDEL; *Adolf Hitler, Founder of Israel, Israel in War – with Jews* (englisch: Adolf Hitler, Gründer von Israel, Israel im Krieg – mit Juden), San Diego 1997, 166 Seiten

KNUTH, Edwin C.; *The Empire of "The City", (World Superstate), The 130 Years of Power Politics of the Modern Era* (englisch: Das Imperium "der City", [Welt-Superstaat], Die 130 Jahre der Machtpolitik der Modernen Ära), ohne Ort, ohne Jahr, 125 Seiten

LAQUEUR, Walter (Herausgeber); *Holocaust Encyclopedia* (englisch: Enzyklopädie des Holocaust), New Haven, London 2001, 765 Seiten

LASSER, William; *Benjamin V. Cohen, Architect of the New Deal* (englisch: Benjamin V. Cohen, Architect des New Deal), New Haven, London 2002, xvi + 385 Seiten

LAURIER, E.; HEDOUIN, V.; GOSSET, D.; MULLER, H.P.; *Etude critique médico-légale du rapport d'autopsie d'Hitler* (französisch: Kritische gerichtsmedizinische Analyse des Autopsieberichts über Hitler), Journal de Médecine Légale Droit, 37 (1) 1994, Seiten 65-67

LAURIER, E.; HEDOUIN, V.; GOSSET, D.; MULLER, H.P.; *Le rapport d'autopsie d'Hitler: le point de vue du médecin légiste* (französisch: Hitlers Autopsiebericht in gerichtsmedizinischer Sicht), La Semaine des hôpitaux de Paris, 69 (10), 1993, Seiten 294-300

LIDDELL HART, Basil H.; *History of the Second World War* (englisch: Geschichte des zweiten Weltkriegs), London 1970, xvi + 768 Seiten

LIDDELL HART, Basil H.; *The Current of War* (englisch: Die Strömung des Kriegs), London, Melbourne ohne Jahr, 415 Seiten

LIDDELL HART, Basil H.; *The Other Side of the Hill, Germany's Generals, Their Rise and Fall, with their Own Account of Military Events 1939-1945, enlarged & revised edition* (englisch: Die andere Seite des Hügels, Deutschlands Generäle, Ihr Aufstieg und Fall, mit ihrer eigenen Darstellung der militärischen Ereignisse 1939-1945, erweiterte und revidierte Ausgabe), first Indian edition (erste indische Ausgabe), Delhi 1965, 392 Seiten

LIDDELL HART, Basil H.; *The Rommel Papers* (englisch: Die Rommel-Papiere), ohne Ort 1953, xxx + 547 Seiten

LIPSTADT, Deborah E.; *America and the Holocaust* (englisch: Amerika und der Holocaust), in: Modern Judaism, vol. [Band] 10, No. 3, Review of Developments in Modern Jewish Studies (Übersicht über Entwicklungen in modernen jüdischen Studien), Part [Teil] 1, (Oct. 1990), Seiten 283-296
Stable URL: http://www.jstor.org/stable/1396281

LONGERICH, Peter; Holocaust, *The Nazi Persecution and Murder of the Jews* (englisch: Die Nazi-Verfolgung und Ermordung der Juden), New York 2010, xiv + 645 Seiten

MAKOVSKY, Michael; Churchill's Promised Land, Zionism and Statecraft (englisch: Churchills Versprochenes Land [Idiom für Palästina], Zionismus und Staatskunst), New Haven, London 2007, xvi + 342 Seiten

MANNING, Paul; *Martin Bormann, Nazi in Exile* (englisch: Martin Bormann, Nazi im Exil), Secaucus, NJ 1981, 302 Seiten

MANSTEIN, Field Marshal Erich von; *Lost Victories, The war memoirs of Hitler's most brilliant General, Foreword by B.H. LIDDELL HART* (englisch: Verlorene Siege, Die Kriegsmemoiren von Hitlers brilliantestem General, Vorwort von B.H. Liddell Hart), pdf ohne Jahr ohne Ort, 391 Seiten

MARTIN, James Stewart; *All Honorable Men* (englisch: Alles ehrenwerte Männer), Boston 1950, viii + 326 Seiten

MCLOUGHLIN, Kate (Herausgeberin); *The Cambridge Companion to War Writing* (englisch: Cambridge Handbuch der Kriegsbeschreibung), Cambridge 2009, xxiv + 263 Seiten

MEDOFF, Rafael; *Militant Zionism in America, The Rise and Impact of the Jabotinsky Movement in the United States, 1926-1948* (englisch: Militanter Zionismus in Amerika, Aufstieg

und Wirkung der Jabotinsky-Bewegung in den Vereinigten Staaten, 1926-1948), Tuscaloosa, Alabama 2002, viii + 291 Seiten

MEDOFF, Rafael; *Blowing the Whistle on Genocide, Josiah E. DuBois, Jr. and the Struggle for a U.S. Response to the Holocaust, Foreword by Ambassodor Stuart E. Eizenstat* (englisch: Aufdeckung von Genozid, Josiah E. DuBois jun. und das Ringen um eine US-Erwiderung auf den Holocaust, Vorwort von Botschafter Stuart E. Eizenstat), Purdue University 2009, 157 Seiten

MESKILL, Paul; *Hitler Heirs, Where Are They Now?* (englisch: Hitlers Erben, Wo sind sie jetzt?), ohne Ort, ohne Jahr (1961), 191 Seiten, mit Steckbrief-Liste im Anhang für 100 Nazis

MIERAU, Peter; *Nationalsozialistische Expeditionspolitik, Deutsche Asien-Expeditionen 1933-1945,* zugleich Dissertation München 2003

MURPHY, David E.; *What Stalin Knew, The Enigma of Barbarossa* (englisch: Was Stalin wusste, Das Rätsel von Barbarossa), New Haven, London 2005, xxii + 310 Seiten

MURPHY, Robert P.; *The Politically Incorrect Guide to the Great Depression and the New Deal* (englisch: Der politisch inkorrekte Führer zur grossen Depression und dem New Deal), New York 2009, ix + 198 Seiten

NURENBERGER, Meyer Joshua; *the SCARED and the DOOMED, the jewish establishment vs. the six million* (englisch: Die Verängstigten und die Verdammten, Das jüdische Establishment gegen die sechs Millionen), 2. Auflage, Oakville, Ontario 2006 (1. Auflage: 1985), xiii + 261 Seiten

PATTERSON, David; BERGER, Alan L.; CARGAS, Sarita (Herausgeber); *Encyclopedia of Holocaust Literature* (englisch: Enzyklopädie der Holocaust-Literatur), Westport, London 2002, xviii + 263 Seiten

PREPARATA, Guido Giacomo; *Conjuring Hitler, How Britain and America made the Third Reich* (englisch: Heraufbeschwörung von Hitler, Wie Britannien und Amerika das Dritte Reich machten), London, Ann Arbor 2005, xix + 311 Seiten

RHODES, Richard; *Masters of Death* (englisch: Herren des Todes), New York 2004, ix + 410 Seiten

RIESS, Kurt; *The Nazis Go Underground* (englisch: Die Nazis gehen in den Untergrund), Garden City 1944, 210 Seiten

SCHONFELD, Reb Mosche; *The Holocaust Victoms Accuse, Documents and Testimony on Jewish War Criminals, Part I* (englisch: Die Holocaust-Opfer klagen an, Dokumente und Zeugnisse über jüdische Kriegsverbrecher, Teil I), New York 1977, 124 Seiten

SCHOENMAN, Ralph; *Hidden History of Zionism* (englisch: Verborgene Geschichte des Zionismus), 1988, Internet-Ausgabe, im pdf: 94 Seiten

SEBAG-MONTEFIORE, Hugh; *Dunkirk, Fight to the Last Man* (englisch: Dünkirchen, Kampf bis zum letzten Mann), London 2006, 701 Seiten

STONE, Dan (Herausgeber); *Historiography of the Holocaust* (englisch: Geschichtsschreibung des Holocaust), Houndmills, New York 2004, xi + 573 Seiten

SUTTON, Antony C.; *Wall Street and the Rise of Hitler* (englisch: Wall Street und der Aufstieg von Hitler), New York 1976, 148 Seiten

TETENS, T. H.; *Germany Plots with the Kremlin* (englisch: Deutschland schmiedet mit dem Kreml Ränke), New York 1953, x + 294 Seiten

The Other Side of Dunkirk (englisch: Die andere Seite von Dünkirchen), Dokumentarfilm, BBCFour, avi-Format, Erstausstrahlung am 03.06.2010, Spieldauer: 58:43 Minuten

UEBERSCHÄR, Gerd R.; *Streitfragen, Thesen und Zweifel, Warum ließ Hitler die Panzer vor Dünkirchen anhalten?,* in: Der Spiegel 4/1999, Seite 128

UROFSKY, Melvin I.; *American Zionism from Herzl to the Holocaust* (englisch: Amerikanischer Zionismus von Herzl bis zum Holocaust), University of Nebraska Press 1995, xv + 538 Seiten

WADDINGTON, Lorna; *Hitler's Crusade, Bolshevism and the Myth of the International Jewish Conspiracy* (englisch: Hitlers Kreuzzug, Bolschewismus und der Mythos der internationalen jüdischen Verschwörung), London, New York 2007, x + 294 Seiten

WEBER, Mark; *Zionism and the Third Reich* (englisch: Zionismus und das Dritte Reich), in: The Journal of Historical Review, July-August 1993 (Vol. 13, No. 4), Seiten 29–37, online:
http://www.ihr.org/jhr/v13/v13n4p29_Weber.html

WHITE, B. T.; *Tanks of the Blitzkrieg Era 1939-1941, Mechanised Warfare in Colour* (englisch: Panzer der Blitzkriegära 1939-1941, Mechanisierte Kriegsführung in Farbe), London 1972, ca. 160 Seiten

WILLMOTT, H.P.; *The Second World War in the East* (englisch: Der zweite Weltkrieg im Osten), London 1999, 224 Seiten

WINKLER, Paul; *The Thousand-Year Conspiracy, Secret Germany Behind the Mask* (englisch: Die Tausend-Jahr-Verschwörung, Geheimes Deutschland hinter der Maske), New York 1943, 381 Seiten

ZABECKI, David T. (Herausgeber); *Encyclopedia of World War II in Europe* (englisch: Enzyklopädie des zweiten Weltkriegs in Europa), New York 1999, Band 1, 2, 1920 Seiten

Bundesverfassungsgericht

Bundesverfassungsgericht ♦ Postfach 1771 ♦ 76006 Karlsruhe

Herrn
Dr. Stefan Grossmann
Meisenweg 15
63454 Hanau

Eingang
23. Jan. 2013
SG.

Karlsruhe, 21.01.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Grossmann,

anliegend wird Ihnen die Entscheidung mit dem Aktenzeichen 1 BvR 7/13 übersandt.

Mit freundlichen Grüßen
Geschäftsstelle des Ersten Senats

- Dieses Schreiben wurde mit Hilfe der Informationstechnik gefertigt und ist ohne Unterschrift gültig -

Dienstgebäude: Schlossbezirk 3, 76131 Karlsruhe
Postfach 1771, 76006 Karlsruhe
Telefon 0721/9101- 0 ♦ Telefax 0721/9101-382

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 1 BvR 7/13 -

In dem Verfahren
über
die Verfassungsbeschwerde

des Herrn Dr. Stefan G r o s s m a n n ,
Meisenweg 15, 63454 Hanau,

gegen a) den Beschluss des Landgerichts Hanau
vom 19. November 2012 - 8 T 114/12 -,

b) den Beschluss des Amtsgerichts Hanau
vom 13. November 2012 - 81 M 5810/12 -,

c) den Beschluss des Amtsgerichts Hanau
vom 9. Oktober 2012 - 81 M 5810/12 -

u n d Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

hat die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch
den Vizepräsidenten Kirchhof,
den Richter Eichberger
und die Richterin Britz
gemäß § 93b in Verbindung mit § 93a BVerfGG in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473)
am 15. Januar 2013 einstimmig beschlossen:

Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen.

Damit erledigt sich zugleich der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung.

Von einer Begründung wird nach § 93d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

Kirchhof Eichberger Britz

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT 4

Ausgefertigt
(Wagner)
Amtsinspektorin
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
des Bundesverfassungsgerichts